

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XIX. Jahrgang, Nr. 1—6

Ausgegeben am 31. Juli 1946

Die wirtschaftliche Lage
Österreichs am Ende des
ersten Nachkriegsjahres

Inhaltsverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs am Ende des ersten Nachkriegsjahres	3	<i>Wien</i>	49
Allgemeine Übersicht	3	<i>Russische Zone</i>	52
Währung	8	<i>Niederösterreich, Burgenland, Mühlviertel</i>	
<i>Das Schillinggesetz</i>	8	<i>Amerikanische Zone</i>	54
<i>Der gegenwärtige Notenumlauf</i>	10	<i>Oberösterreich, Salzburg</i>	
<i>Erhöhter Geldbedarf</i>	12	<i>Englische Zone</i>	56
<i>Mißverhältnis zwischen Bargeld und Giralgeld</i>	18	<i>Steiermark, Kärnten</i>	
<i>Entwicklung der Spar- und Kontokorrenteinlagen</i>	14	<i>Französische Zone</i>	58
Geld- und Kapitalmarkt	15	<i>Tirol, Vorarlberg</i>	
<i>Börse</i>	16	<i>Die Ernährungslage im Juni und Juli 1946</i>	60
Staatshaushalt	17	Landwirtschaft	60
<i>Der Bundesvoranschlag 1946</i>	17	<i>Stand der Landwirtschaft und Ernteaussichten</i>	60
<i>Erhöhter Ausgabenbedarf</i>	18	<i>Viehbestand und Viehzählungsergebnisse 1945</i>	62
<i>Ausschöpfung der laufenden Einnahmequellen</i>	20	<i>Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel, Bienen</i>	
<i>Kriegsschäden und Wiederaufbau</i>	21	Gewerbliche Produktion	68
Preise	22	<i>Wien, Niederösterreich und Burgenland</i>	72
<i>Die gegenwärtigen Preisverhältnisse</i>	22	<i>Steiermark</i>	79
<i>Preiserhöhende Faktoren in der österreichischen Wirtschaft</i>	22	<i>Kärnten</i>	82
<i>Aufgaben der Preispolitik</i>	24	<i>Oberösterreich</i>	84
Bewirtschaftung	25	<i>Salzburg</i>	88
<i>Ungleiche Voraussetzungen in den einzelnen Zonen</i>	26	<i>Tirol</i>	89
<i>Die Bewirtschaftungssysteme diesseits und jenseits der Demarkationslinie Enns—Semmering</i>	27	<i>Vorarlberg</i>	90
<i>Notwendigkeit einer straffen Bewirtschaftung auch in Ost-Österreich</i>	29	Verkehr	91
<i>Nach wie vor Zonenwirtschaft und innerösterreichischer Kompensationsverkehr</i>	29	<i>Eisenbahnverkehr</i>	91
<i>Bemühungen um eine gesamtstaatlich orientierte Bewirtschaftung (Warenverkehrsgesetz)</i>	30	<i>Auto- und Fuhrwerksverkehr</i>	92
Arbeitslage	31	<i>Binnenschiffahrt</i>	93
<i>Voraussichtlich tiefgreifende strukturelle Veränderungen</i>	32	<i>Postkraftwagenverkehr</i>	93
<i>Relativ hoher Beschäftigungsstand — mittlere Kapazitätsausnützung — leere Kaufäden in Wien</i>	32	<i>Postdienst</i>	94
<i>Beschäftigung und Arbeitszeit in 1.203 repräsentativen gewerblichen Betrieben Oesterreichs</i>	37	<i>Fernmeldewesen</i>	94
<i>Gegenwärtige Arbeitslage in Oesterreich</i>	39	<i>Flugpostverkehr</i>	94
<i>Entwicklung der Arbeitslage in den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg</i>	42	<i>Verkehrsbetriebe der Stadt Wien</i>	94
Ernährung	46	Außenhandel	95
<i>Hauptmerkmale der österreichischen Ernährung</i>	46	<i>Hauptprobleme des österreichischen Außenhandels</i>	95
<i>Innere Schwierigkeiten der Versorgung, Lebensmittellieferungen des Auslandes, Einheitliche Versorgung — das Ziel</i>		<i>Entwicklung in den einzelnen Monaten</i>	96
		<i>Handelspartner</i>	97
		<i>Außenhandelsgüter</i>	99
		<i>Außenhandelstätigkeit der Bundesländer</i>	101
		<i>Handelspolitische Vereinbarungen</i>	101
		<i>Handelsverträge, Kreditverträge</i>	
		<i>Oesterreichs Außenhandelsorganisation</i>	102
		Tabellenanhang:	
		<i>Wirtschaftszahlen Oesterreichs seit dem Jahre 1923</i>	104

Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs am Ende des ersten Nachkriegsjahres

Allgemeiner Überblick

Obwohl die österreichische Wirtschaft nach wie vor mit schwersten Hypotheken belastet ist, die der Krieg mit seinen vielfachen Folgewirkungen dem Lande aufgebürdet hat, lassen sich am Ende des ersten Nachkriegsjahres doch auf einzelnen Gebieten bemerkenswerte Symptome einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung erkennen.

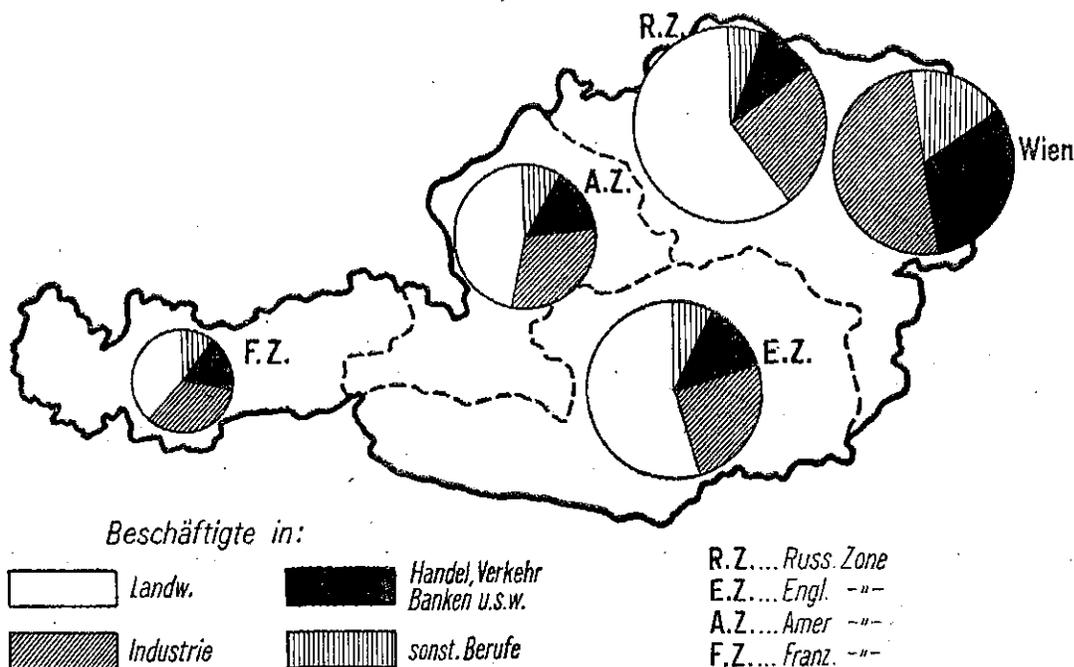
So hat die Zahl der Beschäftigten in der Industrie vom August 1945 bis Juni 1946 um rund 33 v. H. zugenommen. Während die handwerklichen Betriebe, die im allgemeinen auch im Osten Österreichs von Kriegseinwirkungen verhältnismäßig verschont geblieben sind, vermöge ihrer größeren Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit vielfach schon bald nach Beendigung des Krieges zu arbeiten beginnen konnten, ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auch die industrielle Produktion stärker angelaufen. Die Erzeugungssteigerung wirkt sich zunächst freilich mehr in der Produktionsmittelindustrie als in der Konsumgütererzeugung aus, die zu einem erheblichen Teil für die Besatzungsmächte und teilweise auch für den öffentlichen Bedarf und den Export arbeitet. Die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit den notwendigen Verbrauchsgütern ist allerdings noch völlig ungenügend und leidet darunter, daß ein nicht unerheblicher Teil der begehrten Güter durch die Maschen eines lückenhaften Bewirtschaftungssystems gleitet und der regulären Verteilung entzogen wird.

Die steigenden Verkehrsleistungen sowohl in der Güter- als auch in der Personenbeförderung, die Verbesserung in der Nachrichtenübermittlung, eine wesentlich erhöhte Strom- und Gasabgabe, insbesondere auch in Wien, vor allem aber die besonders in den letzten Monaten erheblich gestiegenen Umsätze im Außenhandel — so unbedeutend sie im Vergleich zur Friedenszeit auch noch immer sein mögen — sind weitere Zeichen einer kontinuierlichen Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (siehe Abbildungen 3 und 4).

Diese Fortschritte sind um so höher zu werten, als sie unter den denkbar größten Schwierigkeiten und von Menschen erzielt wurden, die sich seit Jahr und Tag weit unter dem physiologischen Existenzminimum ernähren. (Der vorgesehene tägliche Kaloriensatz für Normalverbraucher betrug in den ersten Monaten des Jahres 1946 ungefähr 1550 Kalorien und wurde im April auf ungefähr 1200 Kalorien herabgesetzt. Aber auch diese bescheidenen Tagessätze wurden in den meisten Bundesländern bei weitem nicht erreicht und betragen in den Elendsgebieten Ost-Österreichs täglich nur 800 Kalorien.)

Für die gegenwärtige Lage der österreichischen Wirtschaft ist ganz allgemein charakteristisch, daß auf der einen Seite bereits ein in seiner Größe allerdings kaum abschätzbarer Real-Kapitalbildungsprozeß stattfindet; die Produktivität der fortschreitenden Wiederaufbauarbeiten ist sowohl in den industriellen Privatbetrieben (zum Beispiel Reparaturarbeiten und Herstellung von Maschinen für den Eigenbedarf) als auch in der öffentlichen Wirtschaft (zum Beispiel Wiederherstellung von Verkehrsanlagen) insofern verhältnismäßig groß, als oft schon mit kleinen Verbesserungen große Vorteile für die Gesamtwirtschaft erzielt werden. Auf der anderen Seite jedoch hält der volkswirtschaftliche Vermögensverzehr, vor allem infolge der hohen Besatzungskosten, weiter an. Dieser Vermögensverzehr ergibt sich einmal dadurch, daß die österreichische Bevölkerung noch immer nicht die Abnutzung für Bekleidung, Schuhe, Hausrat usw. ersetzen kann, und daß außerdem für die Erhaltung des nackten Lebens vielfach Restbestände verschiedener persönlicher Besitztümer zum Austausch gegen Nahrungsmittel auf Schleichwegen in das Ausland gelangen. Zum anderen sind auch die Betriebe im allgemeinen noch nicht in der Lage, die laufende Abnutzung an Maschinen usw. (oft nicht einmal den laufenden Verbrauch an Rohstoffen) real oder auch nur nominell (wegen der zu niederen Stoppreise) zu ersetzen, so daß auch innerhalb der Betriebe vielfach der Substanzverkehr, die typische Erscheinung der Kriegswirtschaft, weiter anhält.

Abb. 1. Die Verteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen in den einzelnen Besatzungszonen Oesterreichs (Nach der Betriebszählung 1939)



Die Größe der Kreise entspricht der Zahl der Berufstätigen Oesterreichs in den einzelnen Zonen. 53 v.H. aller Berufstätigen leben in der russischen Zone (28,3 v.H.) und in Wien (24,7 v.H.); in der englischen Zone dagegen nur 23,9 v.H., in der amerikanischen Zone 15,6 v.H. und in der französischen Zone 7,5 v.H. (siehe Übersicht 2).

Die verschiedenen gezeichneten Sektoren der Kreise machen die Wirtschaftsstruktur, d.h. das Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen (Landwirtschaft, Industrie usw.) zueinander ersichtlich. In Wien konzentrieren sich 40,6 v.H. der österreichischen Industrie sowie 45,7 v.H. des Verkehrs, Handels, der Banken, Versicherung, öffentliche Verwaltung; in allen übrigen Zonen dominiert die Landwirtschaft. Die im Frieden sehr leistungsfähige Landwirtschaft der russischen Zone (mit 41,3 v.H. der landwirtschaftlichen Beschäftigten Oesterreichs) kann sich zur Zeit, infolge schwerster Kriegseinwirkungen, kaum selbst ernähren und von den übrigen landwirtschaftlich gut entwickelten Gebieten war die Millionenstadt Wien bisher durch die Demarkationslinien abgeschnitten.

Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Art der Bodennutzung in den einzelnen Besatzungszonen Oesterreichs

[Übersicht 1]

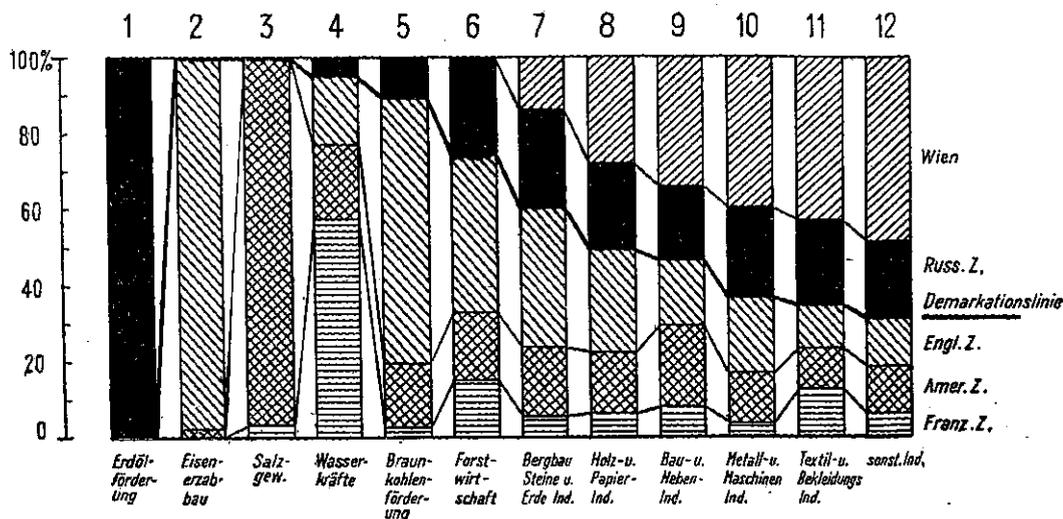
	Zone					Öster- reich insgesamt
	Wien ¹⁾	Rus- sische	Ame- rika- ni- sche	Eng- li- sche	Fran- zösi- sche	
	in v. H.					
Beschäftigte insgesamt Betriebszählung 1939) . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:						
Land- und Forstwirtschaft	2,6	60,7	47,7	54,8	42,5	41,6
Bergbau, Industrie in Steinen, Erden	1,3	2,1	2,7	3,4	1,9	2,2
Industrie insgesamt	50,3	22,5	26,3	22,6	29,9	30,5
davon:						
Eisen- u. Metallgewinnung, Herstellung von Eisen, Stahl- und Metallwaren, Maschinenindustrie . . .	9,5	4,8	5,0	5,1	2,4	5,8
Holz- und Papierindustrie	4,0	2,7	3,6	3,9	2,9	3,5
Textil- und Bekleidungs- industrie	12,4	5,6	4,4	3,5	11,2	7,0
Bauindustrie (einschließ- lich Baunebengewerbe) .	9,0	4,0	7,2	5,9	7,7	6,5
Verkehr, Handel, Banken, Ver- sicherung, öffentliche Ver- waltung	31,0	9,4	15,0	12,1	15,9	16,8
Übrige Beschäftigte	14,9	5,3	8,4	7,1	9,8	8,9
Bodennutzung nach der land- wirtschaftlichen Betriebs- zählung 1939:						
Gesamtbetriebsfläche . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:						
landwirtschaftl. genutzt	67,9	63,0	53,3	46,9	44,5	52,9
forstwirtschaftl. genutzt	29,4	33,8	35,2	46,5	33,8	38,3
unproduktiv	2,7	3,2	11,5	6,6	21,7	8,8

1) Groß-Wien.

Österreich hat in diesem Krieg rund 400.000 seiner wirtschaftlich leistungsfähigsten Männer verloren. Von 1,2 Millionen österreichischen Kriegsgefangenen war am Ende des ersten Nachkriegsjahres wohl der größte Teil, wenn auch müde und vielfach arbeitsunfähig, zurückgekehrt, aber noch immer werden mindestens 400.000 Heimkehrer erwartet, die dringend zum Wiederaufbau benötigt werden. Besonders in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, aber auch in einer Reihe anderer Berufsgruppen besteht ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften, besonders an Facharbeitern, während gleichzeitig in den Angestellten- und Beamtenberufen, verschärft durch die Notwendigkeit der Unterbringung der zahlreichen erwerbsbehinderten Kriegsbeschädigten, schwerwiegende soziale Probleme auftreten.

In den vergangenen Monaten sind durch die alliierten Besatzungsmächte einige der drückendsten wirtschaftlichen Hemmnungen gelockert und die unerträglichsten Belastungen gemildert worden. So sind im Laufe des vergangenen Jahres die Stärke der Besatzungstruppen von ursprünglich ungefähr 800.000 Mann auf gegenwärtig rund 225.000 verringert und

Abb. 2. Der Anteil der wichtigsten Urproduktions- und Verarbeitungsindustrien in den einzelnen Besatzungszonen Oesterreichs
(Natürlicher Maßstab; nach der Betriebszählung 1939)



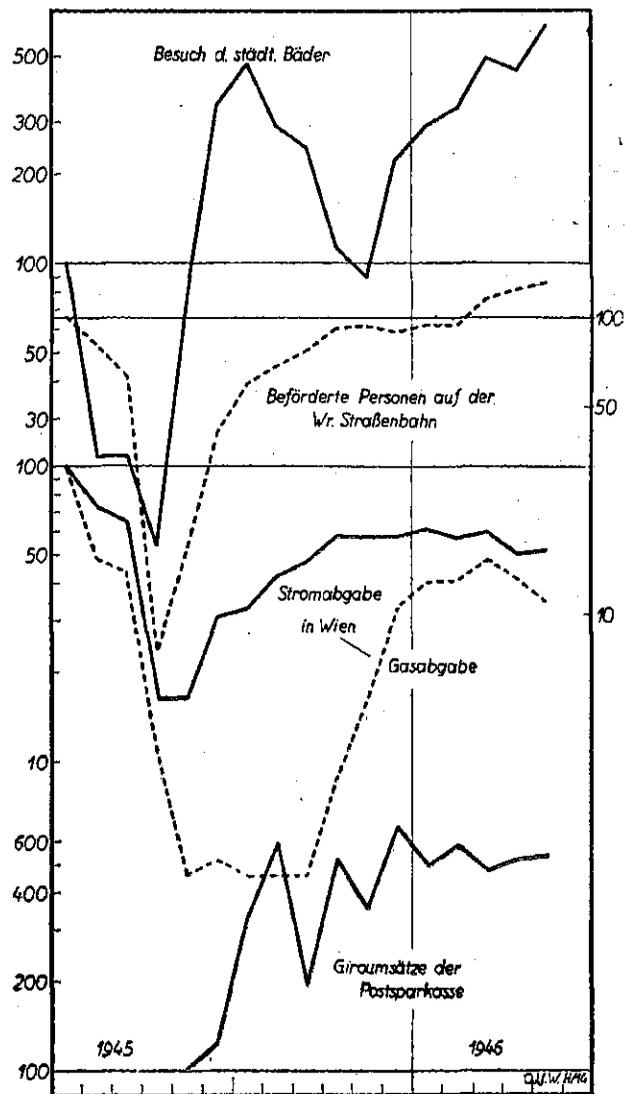
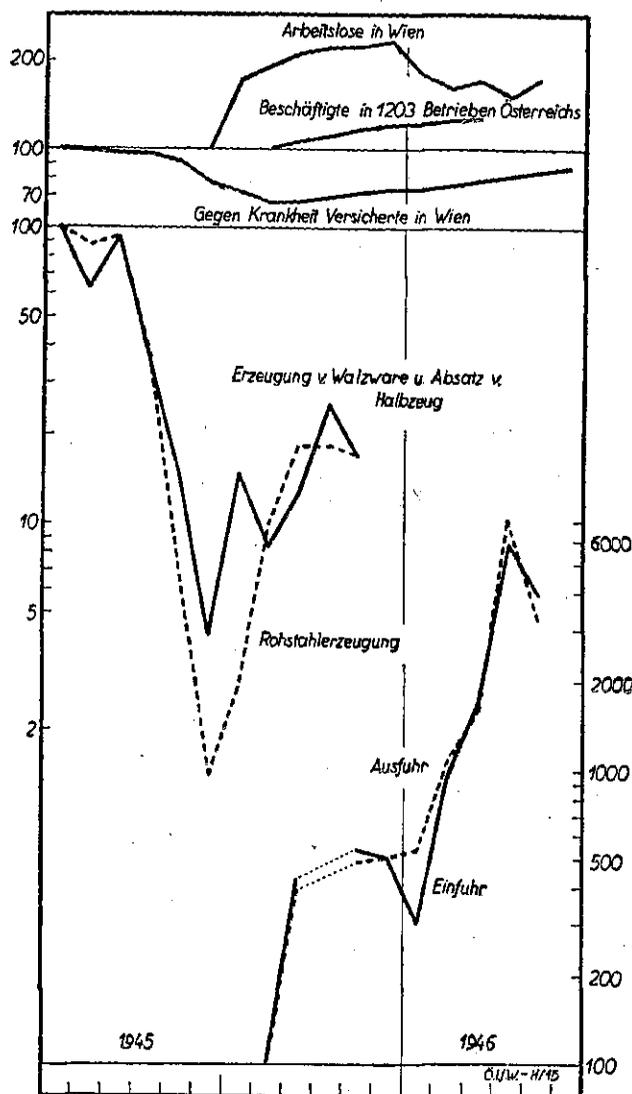
Die Gebiete der Rohstoff- und Energievorkommen und die Zentren der industriellen Fertigung fallen in Österreich weitgehend auseinander. Erdöl besitzt nur die russische Zone, Eisenerz wird praktisch nur in der englischen Zone und Salz nur in der amerikanischen Zone gewonnen. Die Kohlenvorkommen liegen größtenteils in der englischen Zone, die französische Zone besitzt einen großen Überschuss an Wasserkraftenergie. Blei- und Zinkerze gibt es ausschließlich, Rohgraphit überwiegend in der englischen Zone. Dagegen steht das von allen Rohstoff- und Energiequellen abgeschnittene Wien in allen Fertigungsindustrien weitaus an erster Stelle. Die Demarkationslinien verhindern bis zuletzt den natürlichen Ausgleich zwischen den Rohstoff- und Fertigungsgebieten und hemmen dadurch entscheidend die Ausnützung der heimischen Erzeugungsmöglichkeiten (siehe Übersichten 1 und 2).

Wichtige Wirtschaftsdaten Oesterreichs nach den einzelnen Besatzungszonen [Übersicht 2]

	Wien		Russische		Amerikanische		Englische		Französische		Österreich insgesamt
	Z o n e										
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.	
Bevölkerung Mitte April 1946 (nach den Ernährungs- ämtern) in 1000	1.405'3 ¹⁾	20'1	2.039'5 ²⁾	29'1	1.326'1	19'0	1.639'4	23'4	589'2	8'4	6.999'5
Beschäftigte insgesamt (Betriebszählung 1939) in 1000	795'6 ³⁾	24'7	912'1	28'3	504'5	15'6	770'1	23'9	244'1	7'5	3.226'4
davon: Land- und Forstwirtschaft	21'0 ³⁾	1'6	553'4	41'3	240'5	17'9	422'1	31'5	103'8	7'7	1.340'8
Bergbau, Industrie in Steinen, Erden	10'1 ³⁾	13'9	19'1	26'2	12'9	17'7	26'1	35'8	4'7	6'4	72'9
Industrie insgesamt	399'9	40'6	204'9	20'8	132'6	13'5	173'8	17'7	72'9	7'4	984'1
davon: Eisen- und Metallgewinnung, Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinenindustrie	75'8 ³⁾	39'9	44'0	23'1	25'6	13'5	39'0	20'5	5'8	3'0	190'2
Holz- und Papierindustrie	31'9 ³⁾	28'5	24'8	22'2	18'1	16'2	30'0	26'8	7'1	6'3	111'9
Textil- und Bekleidungsindustrie	98'9 ³⁾	43'8	50'7	22'5	22'2	9'8	26'6	11'8	27'4	12'1	225'8
Bauindustrie (einschließlich Bauneben- gewerbe)	71'7 ³⁾	34'2	36'5	17'5	36'5	17'5	45'5	21'8	18'8	9'0	209'0
Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen und öffent- liche Verwaltung	247'0 ³⁾	45'7	85'5	15'8	76'2	14'1	93'5	17'3	38'8	7'1	541'0
Übrige Beschäftigte	117'6 ³⁾	40'9	49'2	17'1	42'3	14'7	54'6	19'0	23'9	8'3	287'6
Ausbauleistung der Wasserkräfte (über 3000 kW) in Millionen Watt	—	—	62'2	5'8	209'7	19'5	195'2	18'2	608'1	56'5	1.075'2
Bodennutzung nach der landwirtschaftlichen Betriebs- zählung 1939:											
Gesamtbetriebsfläche in 1000 ha	94'1 ³⁾	1'2	2.355'7	30'1	1.560'6	20'0	2.628'4	33'6	1.179'1	15'1	7.817'9
davon: landwirtschaftlich genutzte Fläche	63'9 ³⁾	1'5	1.483'0	35'8	832'1	20'2	1.233'9	29'8	525'0	12'7	4.137'9
forstwirtschaftlich genutzte Fläche	27'7 ³⁾	0'9	796'4	26'6	549'5	18'4	1.221'9	40'8	368'3	13'3	2.993'8
unproduktive Fläche	2'5 ³⁾	0'4	76'3	11'1	179'0	26'1	172'6	25'2	255'8	37'2	686'2
Förderung von Bergbauprodukten 1937 in 1000 q											
Rohöl	—	—	329'0	100'0	—	—	—	—	—	—	329'0
Braunkohle	—	—	3.346'6	10'3	5.974'7	18'4	22.652'0	69'9	444'4	1'4	32.417'7
Steinkohle	—	—	2.302'2	100'0	—	—	—	—	—	—	2.302'2
Eisenerz, roh	—	—	—	—	71'1	0'4	18.775'8	99'6	—	—	18.846'9
Magnesit, roh	—	—	—	—	—	—	3.978'6 ⁴⁾	—	100'0	—	3.978'6
Rohgraphit	—	—	80'5	44'3	—	—	101'1	55'7	—	—	181'6
Blei- und Zinkerze, roh	—	—	—	—	—	—	1.127'5	100'0	—	—	1.127'5
Erzeugung von Salzsole (Rohsalzgehalt in 1000 q)	—	—	—	—	1.655'7	97'4	—	—	43'1	2'6	1.658'8

1) Wien-Stadt. — 2) Einschließlich Neu-Wien. — 3) Groß-Wien. — 4) Der größte Teil wurde in Steiermark und Kärnten (englische Zone), der Rest in Tirol (französische Zone) gefördert.

Abb. 3 und 4. Zur Wirtschaftsentwicklung in Oesterreich 1945/46
(Logarithmischer Maßstab; in v. H. des jeweiligen Basiswertes)



gleichzeitig auch die Besatzungskosten erheblich gesenkt worden. Unbeschadet dieser Erleichterung mußte der österreichische Staat allein seit Beginn des Jahres 1946 (also ohne die bis zur Schilling-Konversion unter dem Titel Besatzungskosten im Umlauf gelangten Geldmengen) bis Ende Juni insgesamt 2.320 Millionen Schilling an Besatzungskosten bezahlen. (Vergleichsweise betrug der Notenumlauf der österreichischen Friedenswirtschaft rund 950 Millionen Schilling. Schätzungsweise könnte man mit dem Betrag, der von Jänner bis Juni 1946 an Besatzungskosten bezahlt werden mußte, bei der gegenwärtigen geringen Produktion fast das gesamte Sozialprodukt Österreichs zu den offiziellen Preisen kaufen.) Die Festsetzung der Besatzungskosten für 1946 mit 35 v. H. (neuerdings mit

30 v. H.) der Budgetausgaben bedeutet für die um ihren Bestand schwer ringende österreichische Wirtschaft zwar eine Erleichterung, nichtsdestoweniger aber nach wie vor eine untragbare Belastung. Die Streichung oder zumindest Reduzierung der Besatzungskosten auf ein unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen tragbares Ausmaß bildet daher weiterhin eine der entscheidendsten Lebensfragen für die österreichische Wirtschaft. Solange die Besatzungskosten nur durch die Inanspruchnahme der Notenpresse befriedigt werden können, muß die Neuordnung und Stabilisierung der österreichischen Währung problematisch bleiben. Die Ordnung der Währungsverhältnisse in Österreich ist jedoch wiederum eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Belebung der Produktion und

würde nicht nur eine konstruktive Preis- und Lohnpolitik sowie die für die Notzeit unerläßliche Bewirtschaftung der Mangelgüter wesentlich erleichtern und eine wirkungsvolle Bekämpfung des schwarzen Marktes ermöglichen, sondern vor allem auch durch die Fixierung eines international anerkannten Devisenkurses dem österreichischen Außenhandel endlich eine feste Rechengröße geben.

Durch das Kontrollabkommen des Alliierten Rates vom 28. Juni d. J. ist, mit einigen Einschränkungen, der interzonale Personen- und Güterverkehr in Österreich freigegeben und die Souveränität der österreichischen Regierung mit gewissen Vorbehalten auch auf wirtschaftlichem Gebiet hergestellt worden. De jure bedeutet dieses Abkommen, das auf einen völligen Abbau der wirtschaftsfeindlichen Demarkationslinien abzielt — die Abbildungen 1 und 2 versuchen noch einmal, den ganzen wirtschaftlichen Widersinn der Demarkationslinien bildhaft deutlich zu machen — und der österreichischen Regierung die Möglichkeit gibt, für das ganze Staatsgebiet verbindliche Wirtschaftsgesetze zu erlassen und durchzusetzen, einen gewaltigen Fortschritt in den Bemühungen um die Wiederherstellung der verlorengegangenen wirtschaftlichen Einheit des Landes. Denn erst nach dem endgültigen Abbau der Demarkationslinien wird es möglich sein, die Produktion in den einzelnen Bundesländern und Zonen wieder aufeinander abzustimmen und in weiterer Folge auf einen annähernden Ausgleich der Grenzerträge innerhalb des österreichischen Wirtschaftsgebietes hinzuwirken.

Während das Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 eine neue Phase in der österreichischen Nachkriegsgeschichte einzuleiten verspricht, haben die Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich des deutschen Eigentums im östlichen Teil Österreichs, trotz der österreichischerseits gemachten Feststellung, daß diese Vermögenswerte österreichisches Volksvermögen verkörpern, de facto eine Anwendung gefunden, die nicht nur für die gegenwärtige Gestal-

tung der Währungs-, Preis- und Lohnverhältnisse, sondern darüber hinaus für die gesamte künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs von weittragender Bedeutung sein wird.

Die Bemühungen der österreichischen Wirtschaftspolitik um die Lebenssicherung des österreichischen Volkes wird durch die elementare Tatsache erschwert, daß als Wirkung des Krieges — Zerstörungen und Verluste an Investitions- und Betriebskapital, Verminderung des Rationalisierungsgrades, Mangel an Arbeitskräften bei einem unverhältnismäßig hohen Anteil der arbeitsunfähigen Altersschichten, ungenügende Ergänzungswirtschaft mit dem Ausland (und bisher auch im Inland), Verschlechterung der Austauschrelationen im Außenhandel, Verringerung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Böden, Raubbau in der Forstwirtschaft und im Bergbau usw. — die Produktivität sowohl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Arbeit (und damit die Höhe des volkswirtschaftlichen Realeinkommens) gegenwärtig auf ein äußerst tiefes Niveau gesunken ist. Unter diesen Voraussetzungen wird Österreich für die Zeit des Überwindens der mittelbaren und unmittelbaren Kriegsschäden, also bis zur Herstellung seiner vollen Produktionskraft, die ihm seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit sichern wird, der Hilfe des Auslandes, insbesondere auf dem Gebiete der Ernährung, nicht entbehren können, nachdem es im ersten Nachkriegsjahre nur dank der verständnisvollen Unterstützung der alliierten Militärregierungen und der UNRRA sowie der Hilfswerke einzelner Staaten möglich war, den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Österreichs hintanzuhalten. (Die diesjährige Ernte Österreichs beträgt nur rund 50 bis 60 v. H. einer Normalernte und vermag den Bedarf an Getreide, Fleisch, Fett und Zucker, selbst bei Annahme einer Tageskalorienbasis von nur 1.200 Kalorien, bloß zu rund einem Drittel bis zur Hälfte zu decken.)

Währung

Die Entwicklung der Währungsverhältnisse seit dem Schillinggesetz zeigt vielfach widerspruchsvolle Tendenzen, die nur durch die zur Zeit vollkommen abnormale wirtschaftliche Situation in Österreich erklärt werden können. Obwohl der gegenwärtige Umlauf an Schillingnoten mit fast 5 Milliarden Schilling wiederum eine Höhe erreicht hat, die kaum mehr viel hinter dem Notenumlauf knapp vor der Konversion des Schillings im Dezember vorigen Jahres zurücksteht, und obwohl nach wie vor einer nur sehr bescheidenen Gütermenge eine gewaltige Geldmenge gegenübersteht, macht sich heute bereits vielfach eine empfindliche Geldknappheit bemerkbar. Die zunehmende Geldknappheit spiegelt sich zwar folgerichtig in einem deutlichen Verfall jener Preise wider, die sich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bilden können — wie dies auf dem schwarzen Markt der Fall ist —, sie hindert aber nicht, daß gleichzeitig die Preise des legalen Marktes auf breitester Front in Bewegung geraten sind und alle bisher künstlich aufgerichteten Schranken zu durchbrechen drohen.

Das Phänomen der sinkenden Schleichhandelspreise bei steigendem Notenumlauf wird, wie erwähnt, nicht von der Wareseite her durch ein erhöhtes Angebot hervorgerufen, sondern findet seine Erklärung in einer durchaus ungesunden Verteilung des Geldes. Die Masse der gewerblich tätigen Bevölkerung, deren Einkommen in den unteren Schichten heute kaum noch zum Bezug der rationierten Waren ausreicht, versucht sich durch Ausschöpfung der verfügbaren Sparguthaben und durch Verkauf sonstiger Vermögensgegenstände zusätzlich Kaufkraft zu verschaffen, um auf dem schwarzen Markt lebenswichtige Güter zu erstehen, da die offiziellen Rationen auf die Dauer das Existenzminimum nicht gewährleisten. Je mehr dieser Entsparungs- und Entguterungsproze fortschreitet, desto mehr sinkt die Kaufkraft dieser Kreise. Während also in den breiten Schichten der Bevölkerung bereits eine spürbare Geldknappheit herrscht, konzentrieren sich große Geldbeträge in den Händen einer relativ kleinen Schicht von Nachkriegsgewinnern, die ihre Gewinne vielfach nicht bei den Banken und Sparkassen einlegen, sondern für günstige Gelegenheitsgeschafte flüssig halten oder unmittelbar auf dem schwarzen Markt arbeiten lassen. Teilweise dürften erhebliche Bargeldbestände auch in gewissen Kreisen der Landbevölkerung gehortet liegen, die aus der allgemeinen schwierigen Ernährungslage

und dem lange Zeit hindurch nur unzulänglich funktionierenden Bewirtschaftungssystem Nutzen zu ziehen verstanden haben.

Diese Vorgänge, die sich jenseits aller Bankentatigkeit abspielen und teilweise die gegenwärtig nur geringen Bankumsatze erklären, haben die normalerweise bestehenden Proportionen zwischen Bargeld und Bankgeld stark verändert. Während in der sterreichischen Friedenswirtschaft vor 1938 der Umfang des Giralgeldes ungefähr viermal größer war als der des Bargeldes, ist heute die virulente und potentielle Bargeldmenge (einschließlich der freien Giro Guthaben bei der Nationalbank), wie wir weiter unten näher ausführen werden, sogar größer als das gesamte frei verfügbare Giralgeldvolumen bei den Banken.

Zweifellos wird dieser Sachverhalt bei der endgültigen Ordnung der sterreichischen Währung mit berücksichtigt werden müssen. Die umlaufende und potentielle Notenmenge stellt sowohl in ihrer Größenordnung als auch mit Rücksicht auf ihre Verteilung eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle dar, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß der gegenwärtige Schillingumlauf durch die Ansprüche der Besatzungstruppen noch weitere Erhohtungen erfahren wird. Die Möglichkeit der Auflösung der Notenhorte sowie die Möglichkeit einer erhöhten Virulenz des Geldes bei Wegfall der Reibungen, die den heutigen Zahlungsverkehr noch belasten, muß bei Belebung der Produktionstätigkeit und bei einem allmahllichen Erscheinen von Waren auf dem legalen Markt einen Preisauftrieb auslösen, der die Wirtschaftspolitik vor schwierige Aufgaben stellt. Die noch ausstehende Wahrungsregelung wird daher auf eine nochmalige Reduzierung der Notenmenge nicht verzichten können. Vom sozialen Standpunkt aus erscheint diese Maßnahme geradezu erforderlich, um jene noch in liquider Form befindlichen ungerechtfertigten Gewinne, die sonst kaum erfafbar sind, abzuschöpfen.

Das Schillinggesetz

Der zweite Schritt zur Konsolidierung unserer Währung wurde mit dem Erlaß des Schillinggesetzes vom 30. November 1945 unternommen, nachdem bereits im Schaltergesetz vom 3. Juli 1945 eine provisorische Regelung die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kreditinstitute ermöglicht hat. Von den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die zur Bereinigung der Wahrungsfrage zur Verfügung standen, wurde durch das Schillinggesetz unter Ablehnung radikaler Methoden der Weg der schrittweisen Kon-

solidierung bei Beobachtung der Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen gewählt.

Zwei Hauptaufgaben sollten durch das Schillinggesetz gelöst werden:

Erstens die Loslösung von der Reichsmark durch die Schaffung einer österreichischen Schillingwährung, und

zweitens die Verminderung des Preisauftriebes von der Geldseite her durch Beschränkung der Umlaufmittel.

Zu diesem Zweck wurde der Umtausch der in Österreich umlaufenden Reichsmark- und Alliierten Militärschillingnoten in neue, von der Österreichischen Nationalbank ausgegebene Schillingnoten (mit Ausnahme der RM- und der AM-Schillingnoten unter 10 Reichsmark bzw. Schilling sowie der Scheidemünzen) in der Zeit vom 13. Dezember bis 20. Dezember 1945 verfügt, wobei pro Kopf der Bevölkerung nur 150 Schilling bar ausbezahlt und der Rest einem Konto gutgeschrieben wurde, über das nur beschränkt verfügt werden kann. Die RM- und die AM-Schillingnoten verloren ab 21. Dezember ihre gesetzliche Zahlkraft. Das Umtauschverhältnis zwischen Reichsmark und Schilling wurde mit 1 : 1 festgesetzt und damit auch nominell das Verhältnis zum alten österreichischen Schilling vor 1938, der damals im Verhältnis 1 : 5 gegen Reichsmark umgetauscht wurde, fixiert. Gleichzeitig wurde durch das Schillinggesetz sowie durch die mit der Verordnung vom 23. Dezember 1945 verfügte differenzierte Kontensperre die Verfügungsmöglichkeit über die Bankeinlagen beschränkt und damit die Höhe der wirksamen Kaufkraft wesentlich reduziert. In Wien und in der russischen Besatzungszone Österreichs lehnte sich die Kontensperre an die bereits im Schaltergesetz vorgesehene unterschiedliche Kontenbehandlung an, in den übrigen Besatzungszonen, in denen das Schaltergesetz nicht galt, mußte erst eine Trennung der bis dahin einheitlichen Einlagen durchgeführt werden. Durch die unterschiedliche Behandlung der Guthaben, je nachdem die Einlagen vor der Befreiung Österreichs, in der Zeit zwischen der Befreiung Österreichs und dem 30. November 1945, zwischen dem 1. und 22. Dezember 1945 oder seit dem 22. Dezember 1945 erfolgten, sowie durch die Notwendigkeit der Anpassung der Verfügungsmöglichkeit an die Erfordernisse des Wirtschaftslebens (z. B. Barentnahmen der Betriebe zur Zahlung von Löhnen und Gehältern aus Alt-Guthaben) und durch die Berücksichtigung sozialer Verhältnisse (Barentnahmen für Lebenshaltungskosten, sofern kein anderes ausreichendes Einkommen vorhanden ist)

entstanden sechs verschiedene Konten mit verschiedenen Verfügungsmöglichkeiten: Alt-Konten, Alt-Sperrkonten, Neu-Konten, Neu-Sperrkonten, Konversions-Konten und Konversions-Sperrkonten. Dieser Zustand stellt auf die Dauer sowohl für die Kreditinstitute als auch für die Einleger eine erhebliche Belastung und Erschwernis des Zahlungsverkehrs dar. Grundsätzlich werden durch das Schillinggesetz 60 v. H. aller Einlagen aus der Zeit bis zum 22. Dezember gesperrt, während über die restlichen 40 v. H. teils frei, teils bargeldlos und teils nur gegen besonderen Verwendungsausweis verfügt werden kann. Die nach dem 22. Dezember 1945 eingezahlten Beträge unterliegen keiner Verfügungsbeschränkung.

Wie jede einschneidende Währungsmaßnahme mußte auch das Schillinggesetz, obwohl es nur einen ersten Schritt zur endgültigen Währungsaniernug darstellt, fast unvermeidlich eine Reihe von organisatorischen Schwierigkeiten¹⁾, sozialen Härten und wirtschaftlichen Störungen mit sich bringen, die jedoch vermutlich nur durch die Hinnahme anderer Mängel hätte vermieden werden können.

Das Schillinggesetz erfaßt unmittelbar nur den Geldumlauf (Noten und Giralgeld) und nicht die Sachwerte. Wenn auch die Geldbesitzer nominell zunächst keine Vermögensverminderung erlitten haben, so erscheinen sie doch gegenüber den Sachwertebesitzern insofern benachteiligt, als diese ihre Sachwerte auch nach Durchführung des Schillinggesetzes gegen frei verfügbare Schillinge verkaufen konnten, während den Geldbesitzern ein großer Teil ihrer Bankguthaben mit der Aussicht gesperrt wurde, daß diese blockierten Guthaben bei einer endgültigen Währungsregelung in erheblichem Umfang durch eine Besteuerung erfaßt werden. Die Tatsache, daß zwischen der Bekanntgabe des Schillinggesetzes am 30. November 1945 bis zur Außerkraftsetzung der bisherigen Umlaufmittel am 21. Dezember 1945 eine Zeitspanne von drei Wochen lag, bewirkte vor-

¹⁾ Die aus technischen Gründen erfolgte Ausnahme der Reichsmark- und Alliierten Militärschillingnoten unter 10 RM bzw. AM-Schilling Nennwert vom Umtausch führte zu einer wilden Kleingeldhamsterei, die durch drei Wochen hindurch ein bedeutendes Hemmnis im wirtschaftlichen Verkehr darstellte. So mußte man, um dem Kleingeldmangel abzuwehren, zu einer Reihe von Übergangsmaßnahmen greifen. Auf der Straßenbahn wurden Gutscheine eingeführt, die mit 31. Dezember 1945 ihre Gültigkeit verloren, und die Nationalbank wurde ermächtigt, Teilscheine von 1 und 2 Reichsmark sowie 50 Reichspfennig in der Höhe von 14 Millionen Reichsmark auszugeben, die mit 20. Dezember 1945 ihre Zahlkraft verloren und dann auf Konversionskonten eingezahlt werden konnten.

übergehend eine verstärkte Hausse in Sachwerten und eine weitgehende Stagnation des Wirtschaftslebens, indem Erzeuger und Händler, sofern sie nicht, wie der Lebensmittelhandel, ihre Geschäftstätigkeit unbedingt aufrechterhalten mußten, mit ihren Lagerbeständen zurückhielten bzw. einfach die Annahme der zum Umtausch gelangenden Noten verweigerten. Auch zwischen Großhandel und Einzelhandel war die Last vielfach insofern ungleichmäßig verteilt, als ersterer, soweit es sich nicht um Lebensmittelgroßhändler handelte, nur mit wenig liquiden Mitteln zum Notenumtausch ging, während viele Einzelhändler ihre abverkauften Lagerbestände infolge Sperre der umgetauschten Beträge nicht mehr ergänzen konnten. Eine gewisse Enttäuschung brachte das Schillinggesetz jenen Sparern, die nach Inkrafttreten des Schaltergesetzes ihre Barbestände eingelegt hatten.

Das Schillinggesetz stellt nach dem Schaltergesetz die zweite Etappe im Zuge der Währungs-sanierung dar. Seine Bedeutung liegt darin, daß durch den Umtausch und die provisorischen Sperrmaßnahmen die Lösung der dringendsten währungs-politischen Aufgaben — Nostrifizierung des Notenumlaufes und Reduzierung des verfügbaren Kaufkraftvolumens — begonnen wurde, ohne zunächst endgültige Opfer, sei es durch Zusammenlegung der Noten oder durch partielle oder totale Vermögensbesteuerung, von der Bevölkerung zu verlangen. Jede endgültige Währungsstabilisierung wird jedoch angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse, die der wiedererstandene österreichische Staat als Erbe der vergangenen sieben Jahre übernommen hat, dem gesamten Volke schwere Opfer nicht ersparen können. Diese für die Wiederherstellung eines geordneten Währungssystems unvermeidlichen Opfer werden aber nur dann der Bevölkerung zugemutet werden können, wenn eine sozial gerechte Verteilung der Lasten erfolgt und wenn Vorsorge getroffen wird, daß durch die Währungsmaßnahmen eine endgültige Stabilisierung der Währung herbeigeführt oder zumindest die Gefahr einer Inflation gebannt werden kann, die nach allen Erfahrungen mit einer neuerlichen Erschütterung des Wirtschaftslebens und der Verelendung breiter Volksschichten verbunden wäre. Diese Gewähr der Einmaligkeit des Opfers war bei Erlaß des Schillinggesetzes noch nicht gegeben, wie sich aus der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung seither deutlich verfolgen läßt. Grundlage geordneter Währungsverhältnisse ist immer ein gesundes Wirtschaftsleben und der schönste monetäre Status, der durch eine radikale Währungsmaßnahme herbeigeführt wird, nützt

nichts, wenn die Eigengesetzlichkeit einer zerrütteten Wirtschaft und die finanzielle Bedrängnis des Staates eine Aufrechterhaltung dieses währungs-mäßigen Status unmöglich machen.

Die Erreichung des Möglichen, ohne endgültige und vielleicht vergebliche Opfer der Bevölkerung, wies daher die notwendigen Währungsmaßnahmen automatisch auf den durch das Schillinggesetz eingeschlagenen Weg¹⁾.

Der gegenwärtige Notenumlauf

Eine genaue ziffernmäßige Darstellung des Erfolges der Konversion auf Grund des Schillinggesetzes ist noch nicht möglich, da hierfür amtlich noch keine Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Die in Österreich nach der Befreiung zirkulierenden Reichsmarknoten wurden auf 8 bis 15 Milliarden Reichsmark geschätzt, wobei allerdings feststeht, daß diese Summen zu hoch gegriffen waren. Der genaue Betrag wird sich wohl nie ermitteln lassen, da infolge der ungenügend gesicherten Grenzen bis zum Umtausch eine starke Fluktuation der Noten über die Staatsgrenzen hinweg stattfand.

Während in den ersten Monaten nach Kriegsende beträchtliche Reichsmarkbeträge aus den Nachbarländern nach Österreich flossen, wurden nach Erlaß des Schillinggesetzes erhebliche Beträge über die Grenze nach Deutschland verschoben. Die zum Umtausch eingereichten Noten wurden inoffiziell mit 4 Milliarden Reichsmark und 1 Milliarde Alliierte Militärschilling angegeben. Berücksichtigt man, daß seit dem Schaltergesetz eine starke Einlagenbewegung einsetzte, die mit 3 Milliarden Reichsmark nicht zu hoch gegriffen erscheint, so gibt der Betrag von 8 Milliarden Reichsmark wohl die obere Grenze des

¹⁾ Eine Parallele zu dem von Österreich durch das Schillinggesetz eingeschlagenen Weg bildet die belgische Währungsreform, die nach denselben Methoden — Umtausch der Banknoten, Freigabe eines kleinen Notenbestandes für den Umlauf, partielle Kontensperre — vorging. Der Verlauf der belgischen Währungsreform ist für unsere Verhältnisse insofern von Bedeutung, als die erste Etappe (die unserem Schillinggesetz entspricht) bereits im Oktober 1944 durchgeführt wurde und nach allmählicher Deblockierung im Oktober 1945 durch Vermögensbesteuerung und Umwandlung der Sperrguthaben in Anleihen ihren vorläufigen Abschluß fand. In der Zwischenzeit zwischen 1. und 2. Etappe fand ähnlich wie bei uns eine nicht unbeträchtliche Vermehrung des Notenumlaufes statt, die in Belgien auf die Kriegsfinanzierung zurückzuführen war. (Siehe *Vereinigung für gesunde Währung*, Währungspolitische Aufsätze und Dokumente, Nr. 138 und Nr. 142: „Die Währungsreform in Belgien“ und „Die Währungsreform in Belgien und Holland“, Zürich, Juli 1945 und Februar/März 1946.)

Reichsmarkumlaufes in Österreich nach der Befreiung an.

Der gegenwärtige Umlauf an Schillingnoten wurde von der Österreichischen Nationalbank bisher nicht veröffentlicht, jedoch läßt sich unschwer abschätzen, daß der Notenumlauf zur Zeit ein Vielfaches des Notenumlaufes im Jahre 1938 beträgt. Anlässlich des Notenumtausches wurde pro Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 150 Schilling freigegeben und somit etwa 1 Milliarde Schilling in Umlauf gesetzt. Unmittelbar nach der Umtauschaktion flossen durch Barabhebungen der Betriebe für Löhne sowie durch zulässige Abhebungen aus Konversionserlägen weitere Barmittel in die Wirtschaft, die bis Ende Jänner mit rund $\frac{3}{4}$ Milliarden Schilling beziffert werden können. Durch weitere Abhebungen aus Konversionserlägen und verfügbaren Guthaben der Betriebe für Wiederaufbauzwecke sowie durch einen umfangreichen Entsparungsakt der Haushaltungen, erfolgte eine weitere Erhöhung des Notenumlaufes, wie aus den Giroumsätzen der Österreichischen Nationalbank (siehe Übersicht 3) ersichtlich ist. Läßt man den Monat Jänner unberücksichtigt, der insofern ein schiefes Bild ergibt, als die erhöhten Bareinnahmen der Zweiganstalten mit den Transaktionen des Schillinggesetzes in Verbindung stehen, so zeigt sich für die Monate Februar bis Mai ein Überschuß der Barausgaben über die Bareinnahmen in der Höhe von rund 700 Millionen Schilling. Um diesen Betrag muß sich, wenn wir von Verrechnungsdifferenzen absehen, der in der Wirtschaft zirkulierende Notenumlauf vermehrt haben, sei es, daß die Kreditinstitute Barmittel von der Notenbank abgezogen haben, um die Barabhebungswünsche ihrer Kunden zu befriedigen, oder daß von seiten der Nationalbank Vorschüsse an die öffentlichen Kassen

geleistet wurden. Die Notenmenge, die unabhängig von den Besatzungskosten bis Ende Mai in Umlauf gesetzt wurde, kann also ziemlich zuverlässig mit rund 2,5 Milliarden Schilling beziffert werden.

Für die Besatzungsgruppen wurde anlässlich des Notenumtausches ein Betrag von 1,5 Milliarden Schilling und in einer späteren Tranche weitere 480 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Im Mai wurde nun die endgültige Höhe der Besatzungskosten für das laufende Budget mit 35 v. H.¹⁾ der Ausgabensumme des Bundesvoranschlages 1946, also mit rund 1.100 Millionen Schilling festgelegt. Von dieser Summe wurde etwa ein Drittel = 340 Millionen Schilling bereits eingefordert. Die an die Besatzungsmächte bisher ausgegebenen Schillingnoten beziffern sich somit auf 2.320 Millionen Schilling. So erfreulich einerseits die Festlegung der Höhe der Besatzungskosten ist, da hiemit ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor unseres Wirtschaftslebens beseitigt ist und die staatliche Wirtschaftspolitik nunmehr mit einer zahlenmäßig fixierten Größe rechnen kann, so steht andererseits fest, daß diese Summe das derzeitige Leistungsvermögen der geschwächten Wirtschaft bei weitem übersteigt. Die Finanzierung dieser Summe kann daher nicht aus den laufenden Erträgen der Wirtschaft, sondern nur durch die Notenpresse erfolgen²⁾. Diese

¹⁾ Der Betrag wurde neuerdings auf 30 v. H. herabgesetzt.

²⁾ Vergleichsweise betragen in Österreich die Ausgaben für die Landesverteidigung im Durchschnitt des Jahres 1933 bis 1937 ungefähr 10 v. H. der gesamten Ausgaben des Budgets. Dieser Durchschnittssatz galt infolge der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich im Jahre 1936 und der seit diesem Zeitpunkt wesentlich gestiegenen Ausgaben bereits als sehr hoch; die Ausgaben für die Landesverteidigung hatten sich im Jahre 1937 gegenüber 1933 fast verdreifacht. Ein Teil dieses Aufwandes

Umsätze im Giroverkehr bei der Oesterreichischen Nationalbank
in Millionen Schilling

[Übersicht 3]

1946	Einnahmen			Ausgaben			Gesamt-Umsatz
	Bar	Unbar	Summe	Bar	Unbar	Summe	
Jänner: Wien	125'8	406'2	532'0	211'0	322'8	533'8	1.065'8
Zweiganstalten	480'3	909'9	1.390'2	167'2	819'8	987'0	2.377'2
Zusammen	606'1	1.316'1	1.922'2	378'2	1.142'6	1.520'8	3.443'0
Februar: Wien	81'5	426'6	508'1	210'7	325'5	536'2	1.044'3
Zweiganstalten	148'3	507'1	655'4	323'8	528'4	852'2	1.507'6
Zusammen	229'8	933'7	1.163'5	534'5	853'9	1.388'4	2.551'9
März: Wien	96'1	895'2	991'3	188'3	867'3	1.055'6	2.046'9
Zweiganstalten	84'8	745'9	930'7	131'2	726'0	857'2	1.687'9
Zusammen	180'9	1.641'1	1.822'0	319'5	1.593'3	1.912'8	3.734'8
April: Wien	76'2	626'2	702'4	142'6	738'1	880'7	1.583'1
Zweiganstalten	58'8	902'5	961'3	77'9	544'9	622'8	1.384'1
Zusammen	135'0	1.528'7	1.663'7	220'5	1.283'0	1.503'5	2.967'2
Mai: Wien	91'4	312'3	403'7	132'8	389'6	522'4	926'1
Zweiganstalten	63'6	549'7	613'3	189'8	229'9	419'7	1.033'0
Zusammen	155'0	862'0	1.017'0	322'6	619'5	942'1	1.959'1

hohen Besatzungskosten stellen somit ein wesentliches Hindernis für die Stabilisierung unserer Währung dar. Soweit das Besatzungsgeld zum Ankauf österreichischer Waren verwendet wird, findet gleichzeitig ein beträchtlicher Entgüterungsprozeß unserer Volkswirtschaft statt, für den die nominelle Höhe der Besatzungskosten allerdings keinen zutreffenden Maßstab abgibt, da die im sogenannten indirekten Export bezahlten Preise bis vor kurzem ein Vielfaches der normalen Stoppreise erreichten.

Insgesamt ergibt sich aus den beiden Quellen — Wirtschaft und Besatzungskosten — ein Gesamtumlauf an Schillingnoten von ungefähr 4,8 Milliarden Schilling. Etwa die Hälfte unseres gegenwärtigen Notenumlaufes ist also auf die Ansprüche der Besatzungstruppen zurückzuführen. Man kann allerdings nicht annehmen, daß der Notenumlauf ohne die Ausgabe großer Geldbeträge durch die Besatzungstruppen nur den oben ermittelten Betrag von 2,5 Milliarden Schilling erreicht hätte, da gerade die über die Besatzungstruppen in die Wirtschaft einströmenden Geldbeträge viele Betriebe liquid erhielten. Wären diese Geldsummen nicht in die Wirtschaft eingeströmt, so wären viele Betriebe infolge der niederen Stoppreise, die vielfach die Kosten der Erzeugung nicht mehr deckten, gezwungen gewesen, ihre Bankkonten zur Auszahlung von Löhnen weit stärker auszuschöpfen, als es tatsächlich der Fall war, und die Notenbank wäre von den Banken, die ihren Kunden Barbeträge hätten bereitstellen müssen, stärker beansprucht worden.

Erhöhter Geldbedarf

Ein Vergleich zwischen der zirkulierenden Geldmenge (Noten plus Giralgeld) im Jahre 1938 und dem gegenwärtigen Geldvolumen unter Berücksichtigung des offiziellen Preisniveaus und dem verminderten Produktionsvolumen ist jedoch nicht ohne weiteres zulässig, da die Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Größe des gegenwärtigen Geldbedarfes maßgeblich beeinflussen.

Einmal ergibt sich aus der aus konstitutionellen Gründen *verminderten Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes die Notwendigkeit einer im Vergleich zum Preisniveau und zum Produktionsvolumen relativ

mußte damals aus den Mitteln der Investitionsanleihe gedeckt werden. Obwohl die gegenwärtig von Österreich zu leistenden Besatzungskosten bereits erheblich verringert worden sind, betragen sie nach immer ein Mehrfaches des Aufwandes, den die ungleich leistungsfähigere österreichische Wirtschaft im Jahre 1937 für ähnliche Zwecke nicht mehr aus den ordentlichen Einnahmen im Rahmen des Budgets aufbringen konnte.

überhöhten zirkulierenden Geldmenge. Das System des reibungslosen Kredit- und Zahlungsverkehrs der Friedenswirtschaft ermöglicht insbesondere *im Bereich des Giralgeldes* eine raschere Geldzirkulation, als es die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben. Die beträchtliche Verzögerung des Postverkehrs sowie die Unsicherheit des Wirtschaftslebens, insbesondere der unregelmäßige Rhythmus der Waren- und Rohstofflieferungen erfordern eine bedeutend erhöhte Kassenhaltung der Betriebe und vermindern die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß zur Zeit fast keine Möglichkeit besteht, vorübergehend nicht benötigte Barmittel in leicht liquidierbarer Form anzulegen. Dazu kommt ferner — wie später näher ausgeführt wird — eine starke Verschiebung des Zahlungsverkehrs vom Giralgeldverkehr zum Barzahlungsverkehr, die ebenfalls die Umlaufgeschwindigkeit der zirkulierenden Geldmenge stark herabdrückt, da die mögliche Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes regelmäßig geringer als die des Giralgeldes ist.

Bei der Beurteilung der Größe der umlaufenden Geldmenge muß weiters mit dem *Schleichhandel* als einem zwar unerwünschten, aber wesentlichen Faktor des Geldbedarfes gerechnet werden¹⁾. Das offizielle Preisniveau der Bestimmung des Geldbedarfes zugrunde zu legen, ist angesichts des heutigen Umfangs des schwarzen Marktes jedenfalls nicht mehr zutreffend. Je größer das Schleichhandelsvolumen und je größer der Abstand der auf dem schwarzen Markt gezahlten Preise von den offiziellen Preisen ist, desto mehr müssen die auf Normalpreisen aufgebauten währungsmäßigen Überlegungen modifiziert werden. Die Vorstellung indessen, daß der Schleichhandel allein schon von der monetären Seite her durch eine „Abschöpfung des Kaufkraftüberhanges“ oder, mit anderen Worten, durch die Entziehung des Betriebskapitals der Schleichhändler wirksam bekämpft werden könne, ist abwegig. Wohl würde durch eine weitgehende

¹⁾ Nach der Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer wurden im ersten Quartal 1946 täglich pro NaVE (Nahrungsmittel-Verbrauchseinheit) 1,26 Schilling für Lebensmittelkäufe und 0,23 Schilling für Zigarettenkäufe auf dem schwarzen Markt verausgabt. Bei einem Gesamtaufwand von 492 Schilling entfallen somit rund 30 v. H. auf Schleichhandelskäufe. Berücksichtigt man, daß diesen Erhebungen durchschnittliche Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen zugrunde liegen und in den oberen Einkommenschichten der Anteil der Käufe am schwarzen Markt bedeutend größer ist, so strömt, bei vorsichtiger Schätzung, in Wien rund ein Drittel der privaten Geldeinkommen auf den schwarzen Markt.

Blockierung der Bankguthaben und entsprechende Restriktion des bisherigen Notenumlaufes auf eine dem gegenwärtigen Produktionsvolumen und dem offiziellen Preisniveau angepaßte Geldmenge unmittelbar auch der Schleichhandel getroffen und eine weitgehende Herabsetzung der Preise des schwarzen Marktes bewirkt werden. Aber diese auf rein monetäre Maßnahmen beschränkt bleibende Drosselung des Schleichhandels wäre nur von kurzer Dauer. Solange nominelle Einkommensunterschiede bestehen — und eine Nivellierung der Einkommen ist weder praktisch durchführbar noch aus psychologischen Gründen ratsam —, bleibt die Möglichkeit einer neuerlichen Alimentierung des Schleichhandels gegeben und der schwarze Markt würde wiederum Boden gewinnen, wenn man den Schleichhandel nicht gleichzeitig auch durch außermonetäre Maßnahmen bekämpft. In diesem Zusammenhang ist vor allem an eine konstruktive Preispolitik zu denken, die den gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugern durch Bewilligung ausreichender, kostendeckender Preise die Aufrechterhaltung der Produktion ermöglicht. Diese Preispolitik muß weiter durch ein straffes Bewirtschaftungssystem ergänzt werden, das verhindert, daß die nur knapp vorhandenen Güter ihrer volkswirtschaftlich optimalen Bestimmung entzogen und dem schwarzen Markt zugeführt werden.

Mißverhältnis zwischen Bargeld und Giralgeld

Die Gesamteinlagen der österreichischen Kreditinstitute (ohne Zwischenbankeinlagen) beliefen sich am 31. März 1946 auf 14,8 Milliarden Schilling und zeigen folgende Gliederung:

	frei	Mill. Schilling gesperrt	Summe
Spareinlagen	3.717,8	5.598,4	9.316,2
Scheckeinlagen	2.922,6	2.546,0	5.468,6
insgesamt	6.640,4	8.144,4	14.784,8

Rund 6,6 Milliarden Schilling oder 45 v. H. der Gesamtdepositen sind verfügbar, während 8,1 Milliarden Schilling auf gesperrten Konten festgelegt sind. Diesem freien Giralgeldbestand¹⁾ von

¹⁾ Eine Unterscheidung in aktives Giralgeld (Kassendepositen) und inaktives Giralgeld (Spardepositen) ist zur Zeit wenig sinnvoll, da heute einerseits auch die Sparkonten eine starke Bewegung aufweisen, während andererseits die Giro- und Kontokorrentguthaben der Betriebe über Kassenhaltungsbeträge hinaus auch potentielle Geldbestände enthalten, die den Banken in liquider Form verbleiben, da die Betriebe zur Zeit entweder überhaupt über keine Anlagemöglichkeit oder zumindest über keine leicht liquidierbare verfügen.

6,6 Milliarden Schilling, der seit März vornehmlich durch den Rückgang der Spareinlagen (siehe Übersicht 4) eine weitere Verminderung erfahren hat, steht ein wachsender Notenumlauf gegenüber, der bereits an die 5-Milliarden-Grenze herankommt. Die umlaufende Notenmenge hat also bereits 75 v. H. des Giralgeldes (einschließlich Spareinlagen) erreicht, während das durchschnittliche Verhältnis zwischen Bankdepositen und Notenumlauf vor 1938 rund 4 : 1 war.

Zählt man die freien Giroguthaben der Nationalbank, die 1938 nur rund 300 Millionen Schilling betragen haben, während sie zur Zeit auf etwa 4 Milliarden Schilling geschätzt werden können, dem Notenumlauf als potentielles Bargeld hinzu, da über sie jederzeit durch Barabhebung verfügt werden kann, so übersteigt die virulente und potentielle Bargeldmenge die Summe der Bankeinlagen bei weitem. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Giroguthaben bei der Österreichischen Nationalbank, deren außergewöhnliche Höhe wesentlich mit den Transaktionen des Schillinggesetzes zusammenhängt, zur Zeit keine akute Gefahr zur Vergrößerung der umlaufenden Geldmenge darstellen. Die bei der Nationalbank gehaltenen Giroguthaben stammen zum Großteil von Kreditinstituten. In normalen Zeiten könnten diese erheblichen Nationalbankgiroguthaben der Kreditinstitute, die weit über die zur reibungslosen Abwicklung des zwischenbanklichen Verrechnungsverkehrs erforderliche Höhe hinausgehen, als Basis für eine ausgedehnte Giralgeldschöpfung der Banken dienen. Zur Zeit ermöglicht jedoch die äußerst günstige Barliquidität der Kreditinstitute trotzdem keine Kreditausweitung, da diese ihre Gelder in erheblichem Umfang in Reichsschatzwechseln und langfristigen Reichstiteln immobilisiert haben.

Wir stehen somit vor der Situation, daß seit dem Schillinggesetz der Notenumlauf steigt, der Giralgeldbestand aber abnimmt. Die Begründung, daß das anormale Verhältnis zwischen den beiden Geldformen auf die zusätzliche Notenschöpfung, die durch die Ansprüche der Besatzungsmächte hervorgerufen wurde, zurückzuführen ist, kann zur Erklärung des Sachverhaltes nicht als ausreichend erachtet werden. Bei normalem Wirtschaftsablauf muß jede einseitige Vermehrung des Notenumlaufes automatisch auch zu einer Steigerung des Giralgeldes führen, da bei normalen Geschäfts- und Zahlensitten der zusätzliche Notenstrom im Wirtschaftskreislauf seinen Weg früher oder später über Bankkonten nimmt²⁾.

Die tatsächliche Kontenentwicklung seit dem Schillinggesetz zeigt aber keine derartige Tendenz, die sich bei dem starken Mißverhältnis zwischen

²⁾ Die Vermehrung des Notenumlaufes in fast allen Staaten während des zweiten Weltkrieges hat überall ein Steigen der Bankeinlagen zur Folge gehabt, wenn auch die Steigerung des Notenumlaufes in der Regel relativ größer war als die der Bankeinlagen.

Noten und Giralgeld deutlich abheben müßte. Es ist also eine Verlagerung des Schwergewichtes vom Giralgeld zum Bargeld eingetreten, die für die gegenwärtige Struktur unserer Geldwirtschaft charakteristisch ist und als typisches Zeichen eines Umschichtungsprozesses vom bargeldlosen Zahlungsverkehr zu Bargeldtransaktionen und von Sparguthaben zu Notenhortungen gedeutet werden muß. Die Vorliebe für Bargeld hängt in großem Umfange ebenfalls mit dem Schleichhandel und dem gedrosselten Produktionsvolumen zusammen. Aber auch der gesamte Geldverkehr der Besatzungstruppen wickelt sich bar ab.

Während sich in normalen Zeiten der reine Geschäftsverkehr, soweit er Produzentenumsätze betrifft, regelmäßig über Bankkonten vollzieht, basieren die Käufe der Besatzungstruppen und der gesamte schwarze Markt auf Bargeldtransaktionen.

Jedenfalls absorbieren heute die hohen Preise auf dem schwarzen Markt und die mit der Unregelmäßigkeit der illegalen Geschäfte verbundene hohe Kassenhaltung einen großen Teil des Notenumlaufes¹⁾.

Neben dieser tatsächlichen, wenn auch zur Zeit nur langsam umlaufenden Notenmenge muß man aber auch mit einem ziemlich umfangreichen *Horten* von Geldbeträgen rechnen, die bestimmungsgemäß nicht zur Nachfrageentfaltung verwendet werden. Diese Geldhorte stammen zum Teil aus Schleichhandelsgewinnen, die begreiflicherweise nicht auf Sparkonten eingezahlt werden. Daneben mögen auch beabsichtigte Steuerhinterziehungen und die Angst des Publikums vor weiteren Währungsmaßnahmen, die — wie man annimmt — sich in erster Linie auf die Bankkonten erstrecken werden, eine Rolle spielen. In erheblichem Umfang wird heute Bargeld auch bei der Landbevölkerung gehortet.

Entwicklung der Spar- und Kontokorrenteinlagen

Die für weite Bevölkerungskreise bestehende Notwendigkeit, zur Sicherung ihres Existenzminimums auf dem schwarzen Markt zu Preisen einzukaufen, die die Einkommensverhältnisse der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten weit übersteigen, hat zu einem beträchtlichen Entspa-

¹⁾ Die vielverbreitete Ansicht, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes im Schleichhandel besonders groß ist, trifft, zumindest für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht zu. Die Tendenz, die Bargeldbestände möglichst rasch abzustößen, ist nur dann gegeben, wenn unmittelbare Preissteigerungen erwartet werden. Da sich zur Zeit eine preissenkende Tendenz auf dem schwarzen Markt zeigt, ist eher eine Zurückhaltung der Kassenbestände anzunehmen.

rungs und Entgüterungsvorgang geführt²⁾. Die Tendenz der privaten Haushalte, ihre Sparguthaben, soweit sie nicht blockiert sind, restlos auszus schöpfen, tritt naturgemäß in den wirtschaftlich und ernährungsmäßig schlechter gestellten Gebieten im Osten Österreichs und insbesondere in Wien am deutlichsten hervor. Die Spareinlagenbewegung der Wiener Kreditinstitute (einschließlich der Provinzfialen) zeigt seit dem Schillinggesetz folgendes Bild:

Spareinlagenbewegung bei den Wiener Kreditinstituten¹⁾ (einschließlich Provinzfialen)

[Übersicht 4]

in der Zeit	Ab- hebungen		Saldo
	Einlagen		
in tausend Schilling			
vom 23. Dez. bis 31. Dez. 1945	10.896	31.937	— 21.041
vom 1. Jan. bis 31. Jan. 1946	193.593	306.501	— 112.908
vom 1. Feb. bis 28. Feb. 1946	157.102	223.042	— 65.940
vom 1. März bis 31. März 1946	186.836	260.498	— 73.662
vom 1. Apr. bis 30. Apr. 1946	165.989	233.096	— 67.107
vom 1. Mai bis 31. Mai 1946	195.443	256.258	— 60.815
vom 1. Juni bis 30. Juni 1946	192.769	260.358	— 67.617
	1.102.928	1.571.718	— 469.090

¹⁾ Erfasst wurden folgende Kreditinstitute: Postsparkassenamt, Creditanstalt, Länderbank, Hypotheken- und Creditanstalt, Gewerbe- und Handelsbank, Genossenschaftliche Zentralbank, Niederösterreichische landwirtschaftliche Genossenschafts-Zentralkasse, verschiedene private Bankhäuser, Erste österreichische Sparcasse, Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Die Mehrabhebungen von 469 Millionen Schilling innerhalb von sechs Monaten stellen zwar nicht ganz, aber vermutlich doch überwiegend einen Entsparungsakt gerade der kleinen und mittleren Sparer dar. Wenn diese Abhebungen auch teilweise zum Wiederaufbau von Betrieben, also für Zwecke der Realkapitalbildung, oder auch für die Finanzierung von Betriebsverlusten (Auszahlung unproduktiver Löhne u. ä.) verwendet wurden, so repräsentieren sie im wesentlichen doch eine, das Einkommen der kleinen Sparer übersteigende Nachfrage nach Konsumgütern.

Dieser zusätzlichen Nachfrageentfaltung aus Sparguthaben stehen auf anderen Gebieten der Wirtschaft überhöhte Gewinne gegenüber. Tatsächlich können wir bereits heute einen Vermögensumschichtungsprozeß größeren Ausmaßes feststellen, und zwar sowohl im Verhältnis zwischen Stadt und Land als auch innerhalb des städtischen Lebenskreises selbst. Der bereits während des Krieges einsetzende Vermögensumschichtungsprozeß zugunsten des Landes, das von den verheerenden Bombenangriffen viel weniger betroffen wurde als die industriellen und

²⁾ Nach der Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer wurden im ersten Quartal 1946 pro NaVE (Nahrungsmittel-Verbrauchseinheit) täglich rund 25 Groschen Sparguthaben aufgezehrt.

verkehrswichtigen städtischen Zentren, hat im ersten Nachkriegsjahr vielfach geradezu groteske Formen angenommen, indem die hungernde Stadtbevölkerung oftmals ihre letzten Sparpfennige und nicht selten auch selbst dringend benötigte Bekleidungs- und Hausratgegenstände auf das Land trug, um sich die zur Fristung des nackten Lebens unbedingt notwendigen Nahrungsmittel einzutauschen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in den Städten, wo der Verarmung und dem Vermögensverzehr der Masse des Mittelstandes die Bildung einer kleinen Schicht Neureicher gegenübersteht, die aus Schleichhandelsgeschäften riesige Gewinne, die natürlich nicht auf Sparkonten deponiert werden, erzielen konnte. Die Vermögensverschiebung, die aus dem Verbrauch der Spareinlagen resultiert, spiegelt indessen nur einen Teil des Verarmungsprozesses der unteren und mittleren Schichten wieder, da diese vielfach auch nichtliquide Vermögensanlagen (Gold, Schmuck) und dauerhafte Gebrauchsgegenstände veräußerten.

Während bei den Sparguthaben der fortschreitende Entspargungsvorgang deutlich erkennbar ist, machen sich bei der Entwicklung der *Giro- und Kontokorrenteinlagen* verschiedene Einflüsse geltend, die es verwehren, von einer einheitlichen Gesamtentwicklungstendenz zu sprechen.

Einen Überblick über die Entwicklungstendenz der Kreditoren einer Reihe Wiener Kreditinstitute (einschließlich Filialen) gibt Übersicht 5. Das größte Interesse beansprucht dabei die Entwicklung der „sonstigen Kreditoren“, also der Bankdepositen der Wirtschaft, die innerhalb von drei Monaten um rund 100 Millionen Schilling abgenommen haben.

Gliedert man die „sonstigen Kreditoren“ nach der Verfügbarkeit, so ergibt sich folgendes Bild:

	frei verfügbare Konti	beschränkt ver- fügbare Konti Tausend Schilling	gesperrte Konti
Februar 1946	291.427	423.176	1.006.647
März 1946	327.762	370.312	937.884
April 1946	368.270	346.917	906.583

Aus den beschränkt verfügbaren Konti, in erster Linie aus den Alt-Guthaben, werden laufend

Beträge für die erlaubten Verfügungszwecke, also vor allem für Löhne, abgezogen. Andererseits vermehren sich die frei verfügbaren Neukonten im gleichen Maß, wie sich die beschränkt verfügbaren Konti verringern, so daß die Summe der überhaupt verfügbaren Gelder zwar gleichgeblieben ist, durch die Verschiebung zugunsten der frei verfügbaren Neukonti jedoch eine größere Bewegungsfreiheit der Betriebe über ihre Guthaben erreicht worden ist. Der Rückgang der „sonstigen Kreditoren“ um rund 100 Millionen Schilling ist auf die Freigabe von Sperrkonten zurückzuführen. Das Finanzministerium war gezwungen, namhafte Beträge aus Sperrkonten freizugeben, sei es, daß die betreffenden Betriebe dauernd Verluste erleiden, die ihre bisherigen Barmittel bereits aufgezehrt haben, so daß sie zur Aufrechterhaltung ihres laufenden Betriebes ihre Sperrkonten angreifen müssen, oder daß den Betrieben Investitionen, bzw. Warenbeschaffungsmöglichkeiten eröffnet wurden, die ihre verfügbaren liquiden Mittel überstiegen. Charakteristisch für die Lage der Wirtschaft ist jedenfalls, daß sich eine allgemeine Aussage über die Entwicklungstendenz der Flüssigkeit der Betriebe nicht treffen läßt, da die betriebsindividuellen Verhältnisse sehr verschieden gelagert sind. Einerseits finden wir Betriebe, die ziemlich liquid sind und etwa im sogenannten indirekten Export namhafte Gewinne erzielen, die sie sogar zur Tilgung von Bankkrediten verwendeten, während andererseits eine Reihe von Betrieben tatsächlich mit großen Verlusten arbeitet und ernste Liquiditätsschwierigkeiten hat.

Geld- und Kapitalmarkt

Die Geschäftstätigkeit auf dem Geld- und Kapitalmarkt leidet nach wie vor unter den ungeklärten wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Verhältnissen und ist bisher über bescheidene Ansätze, die mehr symptomatischen Charakter tragen, nicht hinausgekommen. Der planmäßige Wiederaufbau unserer Wirtschaft kann auf einen reibungslos funktionierenden organisierten Kreditmarkt nicht verzichten,

Entwicklung der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Wiener Banken¹⁾
in Tausend Schilling

[Übersicht 5]

	Öffentliche Kassen	Einlagen von Kreditinstituten		Einlagen der Vertragsver- sicherungs- anstalten		Sonstige Kreditoren ²⁾						Kredi- toren insge- samt	
		frei	gesperrt	frei	gesp.	A	A Sp	N	NSp	K	KSp		Summe
Februar 1946	830.597	839.118	1.172.129	23.988	28.740	349.059	575.463	291.427	312.181	74.117	119.003	1.721.250	4.615.822
März 1946	811.436	838.477	1.198.847	33.752	29.746	300.843	534.262	327.762	294.859	69.469	108.763	1.635.958	4.548.216
April 1946	915.021	864.519	1.176.694	35.535	33.264	284.013	523.250	368.270	277.060	62.958	106.273	1.621.824	4.646.857

¹⁾ Vergleichbare Gesamtziffern für ganz Österreich stehen zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Um dennoch die Entwicklungstendenz der Kreditoren darzustellen, wurden die verfügbaren Ziffern einer Reihe von Wiener Kreditinstituten (einschließlich Provinzfialen) zusammengefaßt und somit mit etwa 65 v. H. des gesamten Kreditorenstandes erfaßt. — ²⁾ Aufgliederung nach Verfügungsmöglichkeiten (Seite 9, Zeilen 2 ff.)

da nur dieser durch seine Organisation und die den verschiedensten Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßte Vielfalt von Geschäftsformen in der Lage ist, dem enormen Kapitalbedarf unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues zweckentsprechend zu genügen. Wenn trotzdem die Einschaltung des Bankapparates in den Wiederaufbau unserer Wirtschaft bisher nur eine geringe Rolle gespielt hat, so sind dafür mannigfache Gründe maßgebend, die aus den besonderen Verhältnissen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation resultieren. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft steckt noch im Anfangsstadium und gerade die großen Aufbauprojekte, die ihrer Natur nach auf die Mitwirkung des organisierten Kreditmarktes nicht verzichten können, stehen, in erster Linie infolge des Mangels an Rohstoffen und Arbeitskräften, noch im Planungsstadium. Soweit bisher Betrieben die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit und die Beseitigung ihrer Kriegsschäden möglich war, waren sie infolge der durch den Krieg bedingten unfreiwilligen Liquidität meist in der Lage, die Finanzierung der Wiedereingangssetzung aus eigenen Mitteln, sei es aus verfügbaren Konten oder nach Erteilung von Ausnahmegenehmigungen durch das Finanzministerium aus Sperrkonten vorzunehmen, ohne den Kreditmarkt in Anspruch nehmen zu müssen.

Die geringe Geschäftstätigkeit, die im Vergleich zum Umsatz große Geldflüssigkeit der Unternehmungen in Ostösterreich und die unsicheren Wirtschaftsverhältnisse haben die bei normaler Geschäftstätigkeit unentbehrlichen kurzfristigen Geldmarktgeschäfte weitgehend zum Erliegen gebracht und die äußerst geringen Bestände und Umsätze der Banken an Handelswechseln zeigen, daß der Wechsel als kurzfristiges Finanzierungsinstrument seine Bedeutung zur Zeit eingebüßt hat. Der wesentlichste Grund für das zögernde Anlaufen des Kreditmarktes liegt aber in der nach wie vor bestehenden Unsicherheit der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Solange die Frage des deutschen Eigentums in Österreich nicht gelöst ist, Beschlagnahmen durch die Besatzungstruppen vorkommen und unsichere Verkehrs- und Nachrichtenverhältnisse den Geschäftsverkehr erschweren, fehlen die notwendigen Voraussetzungen jeder geregelten Kreditfähigkeit. Dazu kommt noch, daß die Liquiditätslage der meisten Kreditinstitute einer großzügigen Kreditgewährung hindernd im Weg steht und die zur Zeit bestehenden Risiken das Eingehen neuer Geschäfte unmöglich machen.

Die Banken verfügen zwar zur Zeit über äußerst umfangreiche Barreserven (Bargeld, freie National-

bank- und Postsparkassengiro Guthaben), die bei einigen Instituten ein Viertel der Bilanzsumme ausmachen und weit über den normalen Reservesatz und die zur Abwicklung des Kassendienstes notwendigen Kassenbestände hinausgehen. Die Kreditinstitute sind jedoch vielfach trotz der ertragsmäßigen Nachteile zur Aufrechterhaltung dieser überhöhten Barreserven gezwungen, da sie weder über einen umfangreichen rediskontfähigen Wechselbestand noch über lombardfähige Effekten verfügen und völlig immobilisierte und aller Voraussicht nach weitgehend wertlose Reichstitel (im Durchschnitt etwa 50 v. H. der Bilanzsummen) im Portefeuille haben. So ist trotz der überhöhten Barliquidität die Gesamtliquidität der Kreditinstitute dennoch mangelhaft und die Banken zeigen bei neuen Kreditansuchen eine um so stärkere Zurückhaltung, als die laufende Verminderung der Spareinlagen sie zu einer vorsichtigen Geschäftsgebarung zwingt. Insbesondere Investitionskredite werden nur einzeln gewährt, so daß sich zum Teil bereits finanzielle Schwierigkeiten bei Wiederaufbauvorhaben bemerkbar machen.

Erhebliche Bedeutung für die Finanzierung des Wiederaufbaues kommt den UNRRA-Lieferungen zu. Die im Rahmen des UNRRA-Vertrages an Österreich gelieferten Lebensmittel und Wiederaufbaugüter werden dem österreichischen Staat kostenlos überlassen, wobei der Erlös aus dem Verkauf dieser Lieferungen dem österreichischen Staat für Wiederaufbauzwecke zur Verfügung steht⁴⁾.

Ein erfreulicher Fortschritt auf dem Wege der Einschaltung der Kreditinstitute in die Finanzierung des Wiederaufbaues ist ferner die Erhöhung der Belehnungssätze für Realitäten bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien von 50 auf 80 v. H., wobei die Gemeinde Wien eine Ausfallhaftung für die zusätzlichen 30 v. H. übernimmt. Dadurch ist auch für bereits belastete Mietobjekte die Kapitalbeschaffung zur Behebung von kleinen und mittleren Schäden ermöglicht und von der finanziellen Seite her der Weg zur Beseitigung der Wohnungsnot erleichtert.

Börse

Die Wiener Wertpapierbörse ist seit der Befreiung Österreichs geschlossen. Das Fehlen eines organisierten zentralen Kreditmarktes, der sowohl für die Kapitalvermittlung als auch für die Kontrolle des Kapitalverkehrs von ausschlaggebender Bedeutung ist, verstärkt die allgemeine Unsicherheit und die unübersichtliche Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Im Jahre 1945 waren an der Wiener Börse noch 163 Anlagewerte und 146 Aktien zum Börsenverkehr zugelassen, wobei allerdings die Umsatz-

⁴⁾ Bis Ende Juni 1946 waren ursprünglich Lieferungen im Werte von 59 Millionen Dollar vorgesehen, der Betrag wurde jedoch überschritten. Für das ganze Jahr 1946 stehen 117,3 Millionen Dollar zur Verfügung.

tätigkeit infolge der Kriegsereignisse und der rigorosen reichsdeutschen Vorschriften, die die Wiener Börse in das ihr wesensfremde deutsche Börsenschema preßten, einer zunehmenden Stagnation verfiel. Nach der Befreiung Österreichs hat sich allmählich ein bescheidener Privatverkehr in einigen Titres entwickelt, der sich naturgemäß infolge der Unsicherheit über das künftige Schicksal der Werte in engen Grenzen halten mußte. Eine einigermaßen zutreffende Kursgestaltung war unmöglich, da die seit 25. Jänner 1943 gestopten Kurse inzwischen jeden Zusammenhang mit den tatsächlichen Verhältnissen verloren haben. Kennzeichnend für diesen inoffiziellen Verkehr ist jedoch, daß die Abschlüsse seit dem Schillinggesetz mit Ausnahme von Papieren, über deren Sicherheit und Ertragsfähigkeit weitgehende Klarheit herrscht, zu Kursen getätigt wurden, die zum Teil bereits unter dem ehemaligen Stoppkursniveau lagen.

Eine Reihe österreichischer Anleiheschuldner, besonders Länder, Gemeinden und Hypothekenanstalten sowie einige Industriefirmen haben ihren Zinsendienst bereits wieder aufgenommen, so daß die Lage der Anleihewerte im allgemeinen übersichtlicher als die der Aktienwerte ist, mit Ausnahme der Reichsanleihen, von denen nur die 4½%-Reichsanleihe 1938/II einigermaßen gesichert erscheint, die beim Umtausch der ehemaligen österreichischen Bundesanleihen aufgelegt wurde.

Neben der allgemeinen Situation, die sich auf alle wirtschaftlichen Fragen, besonders stark aber auf den Effektenmarkt auswirkt, kommt hier noch als wesentliches Hindernis für die Wiederaufnahme der Börsentätigkeit die Ungewißheit über das Schicksal der sammelverwahrten Effekten hinzu.

Das Deutsche Reich hatte die Sammelverwahrung durch die Gründung der Wertpapiersammelbank, die der Deutschen Reichsbank angehörte, monopolisiert, so daß die sammelverwahrten Effekten bei der Wiener Zweigstelle der Wertpapiersammelbank (dem früheren Wiener Giro- und Kassenverein) konzentriert waren. Vor der Befreiung Wiens wurden die von den Couponbögen getrennt aufbewahrten Mäntel nach Regensburg verlagert, wo sie von

den Amerikanern aufgefunden wurden, die sie zur Zeit zur Verfügung Österreichs halten. Die Couponbögen wurden von den Besatzungstruppen beschlagnahmt und das einzige Nummernverzeichnis, das existierte, wurde nach Erfurt gebracht, ohne daß über dessen Schicksal bisher etwas bekannt wurde. Somit ist also zur Zeit lediglich ein Teil der in Streifbanddepot und in Eigenbesitz aufbewahrten Effekten verfügbar, für die auch im Privatverkehr höhere Schätzkurse genannt wurden. Die Voraussetzungen für die Errichtung eines geregelten Effektenmarktes müssen also für die girosammelverwahrten Stücke durch Rekonstruktion des Nummernverzeichnisses, verbunden mit einem Anmelde- und Nachweisverfahren, erst geschaffen werden.

Erst die Klarstellung der Besitzverhältnisse der einzelnen Stücke sowie die Kraftloserklärung der nicht wieder beschaffbaren Mäntel- und Couponbögen bieten die Möglichkeit der Eröffnung eines beschränkten Börsenverkehrs, der sich vorerst allerdings auf jene Papiere wird beschränken müssen, für die eine einigermaßen zuverlässige Kursbildung auf Grund der wirtschaftlich und rechtlich geklärten Lage der Emissionsinstitute möglich ist.

Staatshaushalt

Der Bundesvoranschlag 1946

Am 22. März 1946 wurde vom Bundesminister für Finanzen der Bundesvoranschlag 1946 als erster Jahresvoranschlag nach der Befreiung Österreichs dem Nationalrat vorgelegt. Dieser Bundesvoranschlag, der sich infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse in vielen Positionen mit vorsichtigen Schätzungen begnügen muß, zeigt den Willen, vor allem auf dem Gebiet des Staatshaushaltes, dem besonders in Notzeiten weit über die reine Finanzverwaltung hinaus größte allgemeinwirtschaftliche Bedeutung zukommt, klare und übersichtliche Verhältnisse zu schaffen. Die veranschlagten Budgetziffern sind vor allem von Bedeutung:

- erstens* für die Konsolidierung der Währung,
- zweitens* als Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs, insbesondere der Schäden

Bundesvoranschlag 1946
in Millionen Schilling

[Übersicht 6]

	Laufende Gebarung				Ao. Aufwand und Investitionen	Überschuß (+) bzw. Abgang (-)	
	Ausgaben			Einnahmen		der laufenden Gebarung	der Gesamtgebarung
	persönliche	sachliche	Summe				
Hohheitsverwaltung	715'2	989'6	1.704'8	1.740'8	431'1	+ 36'0	- 395'1
Monopole	5'9	39'3	45'2	88'8	2'2	+ 43'6	+ 41'4
Bundesbetriebe	176'3	88'8	265'1	226'8	29'6	- 38'3	- 67'9
Eisenbahnen	311'2	199'5	510'7	436'2	121'3	- 74'5	- 195'8
Reingewinn der Österr. Tabakregie				37'4		+ 37'4	+ 37'4
Summe	1.208'7	1.317'3	2.526'0	2.530'2	584'2	+ 4'2	- 580'0

und Belastungen durch die Ereignisse der letzten Jahre, und

drittens für die finanziellen Anstrengungen des Staates zum Wiederaufbau der Wirtschaft.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß der Bundesvoranschlag 1946, der sich soweit als möglich an die Budgetansätze des österreichischen Staates vor 1938 anlehnt, zwar bestrebt ist, im wesentlichen unter Ausschöpfung der bisher üblichen laufenden Einnahmequellen, die finanzielle Ordnung der traditionellen, laufenden Staatsaufgaben herbeizuführen, aber keine Lösung einer Reihe schwebender, für die Gegenwart charakteristischer Probleme enthält. Vor allem sind die *Besatzungskosten* nur etwa zu einem Fünftel im Budget veranschlagt, während vier Fünftel von vornherein als aus den laufenden Staatseinnahmen nicht deckbar unberücksichtigt bleiben. Die Bedeutung des Bundesvoranschlages 1946 liegt daher im wesentlichen darin, daß durch die finanzielle Regelung eines beschränkten Teilgebietes der staatlichen Aufgabensphäre und durch Erkenntnis der Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres Staates nach den traditionellen Methoden ein fester Grundstein gelegt wurde, auf dem dann aufgebaut werden kann, wenn die bisher noch ungeklärten wirt-

schaftlichen und politischen Fragen, deren Lösung nicht nur von uns abhängt, geklärt sind.

Der Bundesvoranschlag 1946 sieht bei einer veranschlagten Einnahmensumme von 2.530 Millionen Schilling Ausgaben in Höhe von 3.110 Millionen Schilling vor. Von den Gesamtausgaben entfallen 2.526 Millionen Schilling auf die laufende Gebarung und 584 Millionen Schilling auf außerordentliche Aufwendungen und Investitionen (siehe Übersichten 6 bis 8). Einem Überschuß der laufenden Gebarung von 4 Millionen Schilling steht somit ein Gesamtgebarungsabgang von 580 Millionen Schilling oder rund 23 v. H. der Einnahmensumme gegenüber.

Die Wiederherstellung geordneter Währungsverhältnisse hängt in wesentlichem Umfang davon ab, inwieweit es gelingt, das in wirtschaftlichen Notzeiten nahezu unvermeidliche Budgetdefizit auf ein tragbares Minimum herabzudrücken bzw. durch Kreditoperationen eine Deckung des Defizits ohne Inanspruchnahme der Notenpresse zu ermöglichen. Die Tendenz zur Steigerung des Budgetdefizits ist in einer weitgehend zerstörten und verarmten Wirtschaft im Anschluß an Kriegereignisse sowohl von der Einnahmen- als auch von der Ausgabenseite her besonders stark. Die durch die wirtschaftliche Verarmung der Volkswirtschaft auf einen Bruchteil reduzierte Steuerkraft der Bevölkerung, die Mindererträge (meist Defizite) der Staatsbetriebe und Monopole führen zu stark verminderten Einnahmen, während gerade in diesen Zeiten die Notwendigkeit zu stark überhöhten Ausgaben für die Umorganisation des Staatsapparates, der einen fast fixen Kostenbestandteil innerhalb der Staatswirtschaft darstellt, für den Schuldendienst, die Besatzungskosten, für erhöhte soziale Fürsorgemaßnahmen insbesondere für Kriegsbeschädigte, für den Wiederaufbau des staatlichen Besitzes und der staatlichen Betriebe sowie für die Mithilfe beim Wiederaufbau der Wirtschaft auftritt. Diese Tendenz zur Einnahmenverminderung und Ausgabensteigerung des öffentlichen Haushaltes sowie die entgegengesetzten Bestrebungen der Finanzpolitik, durch Drosselung aller irgendwie vermeidbaren Ausgaben und durch Ausschöpfung der verfügbaren Einnahmequellen, das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen, charakterisieren auch den Bundesvoranschlag 1946.

Erhöhter Ausgabenbedarf

Im einzelnen zeigt sich die Tendenz der *Ausgabensteigerung* in folgenden Positionen:

1. *Erhöhter Personalstand.* Durch die erhöhten Verwaltungsanforderungen der Kriegsjahre und die

Investitionen der Monopole, Bundesbetriebe und Bundesbahnen [Übersicht 7]

	Schilling	Schilling
Monopole:		
Salz	2,000,000	
Branntwein	165,000	2,165,000
Bundesbetriebe:		
Post- und Telegraphenanstalt	25,920,000	
Österr. Bundesforste	500,000	
Staatsdruckerei	250,000	
Bundestheater	907,000	27,577,000
Staatsbahnen	12,000,000	12,000,000
Summe		41,742,000

Außerordentlicher Aufwand der Hoheitsverwaltung, Bundesbetriebe und Eisenbahnen [Übersicht 8]

	Schilling	Schilling
Hoheitsverwaltung:		
Parlamentseinrichtung	500,000	
Bundespolizei	2,800,000	
Bundesgendarmerie	5,289,200	
Hochschulen	150,000	
Wissenschaftliche Anstalten	100,000	
Musealwesen	135,000	
Herstellung bundeseigener Kunstdenkmäler	84,000	
Finanzlandesbehörden	2,300,000	
Landwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsanstalten	350,000	
Bundesgärten	150,000	
Landwirtschaftliche Betriebe	100,000	
Besitzfestigung	6,000,000	
Vieh- und Milchwirtschaft	3,400,000	
Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Wasserkraftanlagen	17,300,000	
Wiederaufbau	44,830,000	
Übergangsmaßnahmen	347,605,300	431,093,500
Bundesbetriebe:		
Österreichische Bundesforste	2,000,000	2,000,000
Eisenbahnen:		
Staatsbahnen	109,345,000	109,345,000
Summe		542,438,500

Hypertrophie des Verwaltungsapparates hat sich der Personalstand sowohl in der Hoheitsverwaltung als auch in den Bundesbetrieben gegenüber 1938 beträchtlich vermehrt. Dem veranschlagten Personalaufwand von 1.209 Millionen Schilling wurde folgender Personalstand zugrunde gelegt:

	Aktiv Bedienstete	Pensionisten
Hoheitsverwaltung	119.000	89.000
Monopole und Betriebe	51.000	26.000
Staatseisenbahnen	44.000	76.000
zusammen	214.000	191.000

Gegenüber 1938 hat sich der Personalstand der Hoheitsverwaltung um 12.500 vermehrt, die Zahl der Beschäftigten bei den Eisenbahnen (einschließlich Arbeiter) ist von 79.000 im Jahre 1938 auf 104.000 und der Personalaufwand für aktive Bedienstete der Bundesforste von 2.66 Millionen (1938) auf 6.89 Millionen gestiegen. Allein der Personalstand der Post hat sich um 29.000 erhöht. Die Reduzierung der überhöhten Personalstände auf das notwendige Mindestmaß bildet einen wesentlichen Faktor zur Gesundung des Staatshaushaltes. Wenn sich auch der Beamtenabbau und die Arbeiterentlassungen in engeren Grenzen als bei der Währungsanierung nach dem ersten Weltkrieg halten¹⁾ und durch die Ausschaltung politisch Belasteter erleichtert werden, so ergibt sich doch eine Reihe von Umstellungsschwierigkeiten, da insbesondere die entlassenen und pensionierten Beamten das schon bestehende Überangebot an Angestellten vermehren. Andererseits ist eine starke Reduzierung des Beamtenstandes deshalb kaum möglich, weil der Staat heute auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung weit mehr Aufgaben als 1938 übernommen hat.

2. Erhöhter Aufwand für *Kriegsbeschädigte*. Für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist ein Betrag von 174.2 Millionen Schilling gegenüber 53 Millionen im Jahre 1938, also mehr als das Dreifache vorgesehen, wovon allein 136 Millionen Schilling (1938 42 Millionen) auf Versorgungsgebühren entfallen. Daß diese Summe angesichts der großen Zahl der Kriegsbeschädigten nur das unbedingt Erforderliche darstellt und daß die einzelnen Fürsorgemaßnahmen infolge der Knappheit der finanziellen und realen Mittel eng begrenzt sind, zeigen folgende Vergleichsziffern:

¹⁾ Im Zuge der Sanierung der österreichischen Währung nach dem ersten Weltkrieg wurden vom 1. Oktober 1922 bis 14. März 1925 84.252 Bedienstete abgebaut, so daß sich der Personalstand von 276.890 auf 192.638 verringerte. — Siehe *Kienböck, V.*, „Das österreichische Sanierungswerk“, Stuttgart 1925, S. 55.

	1946 Schilling	1938
Heilbehandlung in Kranken- und Heilanstalten	1.690.000	2.152.500
Berufliche Ausbildung	1.100.000	2.500
Beschaffung von Körperersatzteilen	2.250.000	797.500
Prothesenwerkstätten	316.800	543.000

3. Außerordentliche Aufwendungen zur Beseitigung von *Kriegsschäden* und zum *Wiederaufbau des Staatsapparates*. Die Ausgaben für die Beseitigung von Kriegsschäden am Staatseigentum wurden im außerordentlichen Haushalt eingesetzt und stellen eine erhebliche Belastung des Budgets dar, obwohl diese Summen im Vergleich zu den entstandenen Schäden zum Teil als äußerst gering bezeichnet werden müssen und kaum mehr als den guten Willen des Staates bekunden, trotz finanzieller Anspannung die Beseitigung der ärgsten Schäden am Staatsbesitz zu beginnen. Der Hauptanteil dieser Wiederaufbaukosten fällt mit 109 Millionen Schilling den Staatsbahnen zu, da die Wiederherstellung des Verkehrsnetzes eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Normalisierung unseres Wirtschaftslebens ist. Vom außerordentlichen Aufwand für den Wiederaufbau in Höhe von 44.8 Millionen Schilling entfallen 25.6 Millionen auf Bundesgebäude und 15.8 Millionen auf Straßen- und Brückenbauten. Berücksichtigt man, daß der Wiederaufbau der Wiener Staatsoper allein mit rund 30 Millionen Schilling veranschlagt wird, so erkennt man, wie begrenzt der Wiederaufbau Österreichs aus staatlichen Mitteln sein muß.

4. Budgetbelastung durch *Besatzungstruppen, Ausländer- und Heimkehrerfürsorge*. Der im Budget als Besatzungskosten eingesetzte Betrag von 250 Millionen Schilling umfaßt nur etwa ein Fünftel ihrer tatsächlichen Höhe und enthält nur jene Aufwendungen des Staates, die für Leistungen an die Besatzungstruppen (z. B. Verkehrsleistungen in Höhe von 130 Millionen Schilling, die bei den Staatsbahnen als Verkehrseinnahmen eingesetzt sind) gezahlt werden müssen²⁾.

Für Ausländerbetreuung ist ein Betrag von 56 Millionen Schilling (4 Millionen für Reichs- und Volksdeutsche, 52 Millionen für übrige Ausländer) und für Heimkehrerfürsorge von 11 Millionen Schilling vorgesehen.

²⁾ Die unmittelbaren Besatzungskosten, die nicht im Budget aufgenommen sind und durch die Notenpresse finanziert werden müssen, wurden für 1946 ursprünglich mit 35 v. H., später mit 30 v. H., der Ausgaben-summe des Bundesvoranschlags festgesetzt (siehe Abschnitt Währung).

Der Gesamtbetrag für diese außerordentlichen Übergangsmaßnahmen in Höhe von 347·6 Millionen Schilling umfaßt 60 v. H. des Budgetdefizits.

5. Ungeklärte Höhe des *Schuldendienstes*. Eine der Hauptbelastungen des Nachkriegsbudgets fast sämtlicher kriegsführender Staaten, der Schuldendienst für die Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld, spielt im Bundesvoranschlag 1946 nur eine relativ geringe Rolle. Die ungeklärte allgemeine politische Lage und die bisher noch nicht präzisierten staatsrechtlichen Verhältnisse des neuen österreichischen Staates, insbesondere die Frage der in österreichischem Besitz befindlichen Reichsschuldentitel und das Reparationsproblem erlauben noch keine Abschätzung der gegenwärtigen Staatsschuld und der daraus entspringenden Verpflichtungen. So wurde im Budget lediglich eine Pauschalvorsorge in der Höhe von 150 Millionen Schilling für den Schuldendienst der österreichischen Staatsschuld vor 1938 eingesetzt, die 1938 vom Deutschen Reich übernommen wurde, das aber den Zinsendienst während des Krieges einstellte, so daß die Garantiestaaten einspringen mußten.

Ausschöpfung der laufenden Einnahmequellen

Auf der *Einnahmenseite* tritt das Bestreben der Finanzverwaltung deutlich hervor, trotz starker Verminderung des Volkseinkommens durch Ausschöpfung der verschiedensten Einnahmequellen die Einnahmehöhe von 1938 zu erreichen. Von den Bruttoeinnahmen von 2.530 Millionen Schilling entfallen 1.415·6 Millionen Schilling, also rund 56 v. H. auf *Steuern* und *öffentliche Abgaben*.

Veranschlagte Steuereinnahmen in Millionen Schilling

	1946	1938
Direkte Steuern	620·1	338·4
Umsatzsteuer	200·0	291·5
Zölle	10·0	200·3
Tabaksteuer	523·6	— ¹⁾
Sonstige Verbrauchssteuern . .	61·0	196·4
Verkehrssteuern und Gebühren	70·9	133·5
Summe	1.485·6	1.160·1
ab Gewerbesteuer an Gemeinden	70·0	—
ab Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	—	213·6
Verbleibende Bundeseinnahmen	1.415·6	946·5

¹⁾ Im Jahre 1938 bestand das Tabakmonopol, das mit einem Überschuß von 177·6 Millionen Schilling veranschlagt war (demgegenüber veranschlagter Reingewinn der Österreichischen Tabakregie 1946: 37·4 Millionen Schilling).

Obwohl die Steuerkraft der österreichischen Wirtschaft infolge der Kriegsschäden und des Rückganges der Produktion erheblich gesunken ist, betragen die dem Bund verbleibenden öffentlichen Abgaben, wenn man von der außergewöhnlichen Tabaksteuer absieht, 892 Millionen Schilling, also nur 54 Millionen Schilling weniger als 1938. Dieses Ergebnis kann nur durch Beibehaltung der äußerst rigorosen deutschen Kriegssteuern erreicht werden, denen durch Wiedereinführung des alten österreichischen Gebührenrechtes noch neue Belastungen hinzugefügt werden. Das bestehende Steuersystem findet seine Hauptstütze in den *direkten Steuern* gegenüber der überwiegend *indirekten* Besteuerung vor 1938.

Im Hinblick auf die bekannten Unterschiede in der Wirkung der direkten und indirekten Steuern auf die Produktionskosten und auf die Elastizität der Preise kommt das Überwiegen der direkten Steuern im gegenwärtigen Zeitpunkt den Bedürfnissen der Wirtschaft mehr entgegen als eine vorwiegend indirekte Besteuerung.

Wesentlich für die Beurteilung der Steuereinnahmen ist die Tatsache, daß die normalen Steuerquellen bis zur Höchstgrenze ausgeschöpft sind, daß also in den laufenden Steuern keine entscheidenden Reservequellen mehr vorhanden sind, so daß zur Erhöhung der Einnahmen der Notweg der Erhebung eines Wiederaufbauzuschlages auf Tabakerzeugnisse beschritten werden mußte. Die Tabaksteuer einschließlich des Wiederaufbauzuschlages bringt eine halbe Milliarde, also ein Viertel der Gesamtbruttoeinnahmen ein. Über diese aus dem Rahmen der üblichen Besteuerung fallende Tabaksteuer hinaus sind jedoch einmalige und außerordentliche Steuerquellen nicht herangezogen worden. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil in den außerordentlichen Steuerquellen, wie Abschöpfung der Kriegs- und Schleichhandelsgewinne, einmalige Vermögensabgaben und Sondersteuern für ehemalige Nationalsozialisten, Reserven liegen, die für die kommenden Währungsmaßnahmen freistehen.

Aus den *sonstigen* Bruttoeinnahmen, insbesondere der Bundesbetriebe, ist ebenfalls zu ersehen, daß der Versuch unternommen wird, die sich aus der Wirtschaftsnot ergebende rückläufige Einnahmentendenz durch Gebühren- und Tarifierhöhungen wieder wettzumachen.

Die Gebühreneinnahmen der Post- und Telegraphenanstalt werden mit 153·2 Millionen Schilling (1938 199·6 Millionen Schilling) veranschlagt, wobei die gegen 1938 um 46·4 Millionen Schilling verringerten Einnahmen nur durch eine geplante

Gebührenerhöhung erreicht werden können. Die Verkehrseinnahmen der Staatseisenbahnen sollen 419·5 Millionen Schilling, also nur um 9·3 Millionen Schilling weniger als 1938, einbringen. Berücksichtigt man, daß der gegenwärtige Bahnverkehr zumindest im Güterverkehr nur einen Bruchteil des Friedensverkehrs¹⁾ umfaßt, so ist klar, daß die veranschlagten Verkehrseinnahmen auf stark überhöhten Tarifen aufgebaut sind. Tatsächlich wurde bereits im Personenverkehr, der 60 v. H. der Einnahmen bringen soll, eine Tariferhöhung im Nahverkehr auf 5 Groschen pro Kilometer und außerdem für den gesamten Personenverkehr ein Wiederaufbauzuschlag von 50 v. H. eingeführt.

Als Ergebnis der Bemühungen um den Budgetausgleich wurde eine vollkommene Deckung der laufenden Ausgaben erreicht und das ausgewiesene Defizit der Gesamtgebarung (18·7 v. H. der Ausgabensumme), das durch den vorübergehend erhöhten Ausgabenbedarf verursacht ist, erscheint im Vergleich zu den Budgetdefizits der meisten anderen Staaten nicht übermäßig hoch. Dieses äußerlich optimistische Bild erlaubt jedoch keine Rückschlüsse auf die Währungsverhältnisse, da aus der Summe der Gesamtbelastungen unseres Staates, die zum Teil nur ungefähr abschätzbar und zum Teil überhaupt vollkommen unbestimmt sind, nur jener Teil der Ausgaben und Belastungen im Haushaltsplan seinen Niederschlag gefunden hat, der in seiner Größe erfaßbar, und, was vielleicht noch wesentlicher erscheint, durch ordentliche Einnahmen und Kreditoperationen, voraussichtlich ohne Inanspruchnahme der Notenpresse, gedeckt werden kann. Das vorliegende Budget ist also zur Beurteilung der Währungsverhältnisse deshalb nicht geeignet, weil gerade jener die Währungsverhältnisse maßgeblich beeinflussende Betrag der Ausgaben, der durch Inanspruchnahme der Notenpresse finanziert werden muß — in unserem Fall die Höhe der unmittelbaren Besatzungskosten —, nicht im Budget aufscheint (siehe Abschnitt Währung).

Kriegsschäden und Wiederaufbau

Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes, der geringe Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt sowie die umfangreichen Schäden der Kriegsereignisse, die wir in ihren realen Auswirkungen täglich verspüren, finden

¹⁾ Die Güterverkehrseinnahmen der Österreichischen Staatseisenbahnen betragen im April 1946 nur 4 Millionen Schilling gegenüber mehr als 25 Millionen Schilling im April 1937.

in fast sämtlichen Ein- und Ausgabenposten ihren Niederschlag. Abgesehen von den bisher erörterten Posten werfen vor allem zwei Positionen ein charakteristisches Schlaglicht auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist dies einmal die Höhe der veranschlagten *Zolleinnahmen*, die mit 10 Millionen Schilling gegenüber 200 Millionen im Jahre 1938 veranschlagt werden und die die enorme Schrumpfung der Außenhandelstätigkeit aufzeigen sowie die für bestimmte Einfuhren (z. B. Lebensmittel) vorgesehene Zollfreiheit berücksichtigen. Weiters ist der Förderungsbetrag für den Fremdenverkehr in Höhe von 12.000 Schilling (1938 1·7 Millionen Schilling, davon 1·6 Millionen Subventionen für Verkehrswerbung) nicht aus finanztechnischen Gründen zur Ausgabensparung so niedrig gehalten worden, sondern aus dem einfachen Grund, weil infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Fremdenverkehr dieses Jahres nur ganz bescheidenen Umfang annehmen kann.

Untersucht man, welchen Beitrag der Staat investitionsmäßig zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft leistet, so ist festzustellen, daß sich die Budgetziffern im wesentlichen auf die Beseitigung der Kriegsschäden am staatlichen Besitz, sowohl der Hoheitsverwaltung als auch der staatlichen Betriebe und Monopole, beschränkt und die hiefür angesetzten Ziffern aus Mangel an finanziellen und realen Mitteln im Vergleich zu den Schäden als sehr gering bezeichnet werden müssen. Lediglich der Förderungsbeitrag für die Land- und Forstwirtschaft von 40·8 Millionen Schilling, wovon 9·4 Millionen Schilling als außerordentlicher Aufwand eingesetzt sind, und die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Wasserkraftanlagen in Höhe von 17·3 Millionen Schilling reichen über die staatliche Besitzsphäre hinaus. Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft ist allerdings bereits in Angriff genommen worden. Da sich nach übereinstimmender Ansicht der Staat in den Wiederaufbau unserer Wirtschaft maßgeblich einschalten soll, gibt auch in dieser Hinsicht das Budget nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit der vom Staat zu bewältigenden Aufgaben und der durch den Staat bewegten finanziellen Mittel. Das Problem der Wohnbaufinanzierung, die Behandlung der Kriegsschäden und der Wiedergutmachungsansprüche finden im Budget keine Lösung. Das heißt aber letzten Endes, daß, abgesehen von den unklaren Verhältnissen, die einer Lösung dieser Probleme vielfach noch hinderlich im Wege stehen, eine Bereitstellung von Mitteln für diese

Zwecke aus den laufenden, im Budget erfaßten Einnahmen unmöglich ist und hierfür neue Finanzierungsquellen bzw. Lastenverteilungsformen gefunden werden müssen.

Preise

Die gegenwärtigen Preisverhältnisse

Die Anpassung der Preise an die geänderten, fast durchwegs erhöhten Produktionskosten hat das gesamte Preisgefüge erfaßt und zum Teil schon erhebliche Preissteigerungen mit sich gebracht. In der allgemeinen Entwicklungslinie nähern sich die Preise bereits dem Schillingpreisniveau von 1937, während einige Gütergruppen, bei denen besondere kostensteigernde Tendenzen auftreten, diese Grenze schon überschritten haben.

Bemerkenswert ist, daß trotz des gegenwärtigen Notenumlaufes von fast 5 Milliarden Schilling auf vielen Gebieten ein Nachlassen der Preisauftriebenden Tendenzen von der Geldseite her zu beobachten ist. Diese Tendenz läßt sich deutlich auf dem schwarzen Markt verfolgen, wo die Preise trotz eines verminderten Güterangebotes in den letzten Monaten ständig zurückgegangen sind (siehe Abbildung 5). Noch deutlicher wird diese Entwicklung in den sinkenden, dem freien Spiel der Kräfte überlassenen Preisen der nachfrageelastischen Güter, wie z. B. an den fallenden Versteigerungspreisen der Briefmarkenauktionen im Wiener Dorotheum, sichtbar (siehe Abbildung 6).

Preiserhöhende Faktoren in der österreichischen Wirtschaft

Die latenten Preisauftriebenden Tendenzen im gebundenen Preissystem der deutschen Kriegswirtschaft wurden in Österreich nach Kriegsende durch die Verschärfung der Mangellage, durch die Wirkungen des Besatzungsgeldes sowie durch den Abbau der staatlichen Preisstützungen noch bedeutend verstärkt. Daneben machte sich aber im österreichischen Wirtschaftsgefüge selbst zusätzlich eine Reihe preissteigernder Faktoren geltend, die sich ganz allgemein aus der veränderten Kostenlage der österreichischen Wirtschaft ergibt.

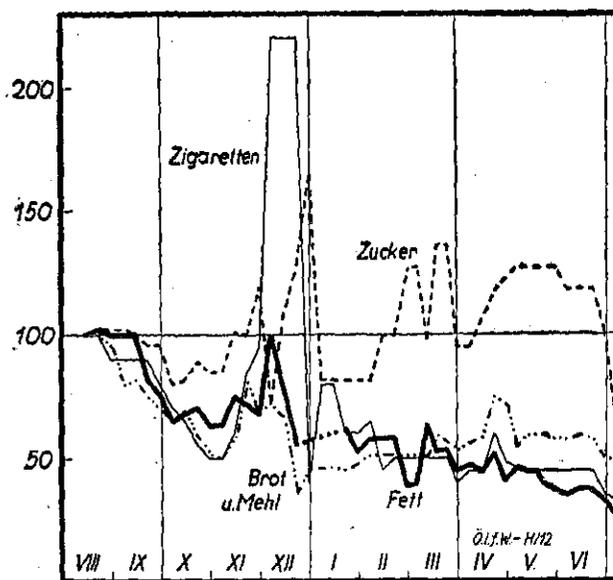
Zusammenfassend lassen sich die von der Kostenseite her wirkenden Preiserhöhungen

erstens auf die Herauslösung Österreichs aus dem größeren Wirtschaftsverband des Deutschen Reiches zurückführen,

zweitens sind sie unmittelbare Folgeerscheinungen von Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen, und

Abb. 5. Entwicklung der Preise auf dem Wiener schwarzen Markt 1945/46

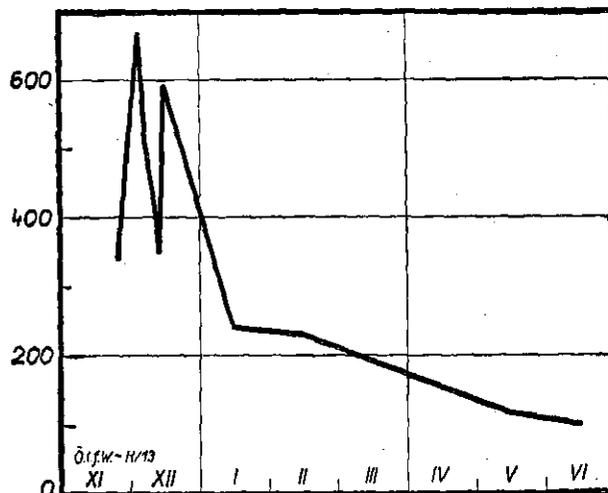
(Natürlicher Maßstab; August 1945 = 100)



Die Entwicklung der Schleichhandelspreise zeigt im allgemeinen eine sinkende Tendenz. Obwohl die Preise auf dem schwarzen Markt den vielfältigsten Einflüssen sowohl von der Angebot- als auch von der Nachfrageseite her ausgesetzt sind, die sich in ihrem Wechselspiel schwer analysieren lassen, ist der Einfluß der Geldseite auf die Preisentwicklung deutlich erkennbar.

Abb. 6. Versteigerungspreise der Briefmarkenauktionen (Oesterreichische Wohltätigkeitsausgaben) im Wiener Dorotheum 1945/46

(Natürlicher Maßstab; Rufpreis = 100)



Die Entwicklungskurve wurde durch Verschmelzung der Meßziffern für die Preise einer Reihe österreichischer Wohltätigkeitsmarken gewonnen und zeigt deutlich die zunehmende Geldverknappung seit dem Schillinggesetz, die sich in einer stetigen Abwärtsentwicklung der Preise auswirkt.

drittens hängen sie mit den ungünstigen Kursverhältnissen und realen Austauschrelationen des österreichischen Außenhandels zusammen.

Die preiserhöhenden Faktoren, die sich aus der *Herauslösung Österreichs aus dem deutschen Wirtschaftsraum* ergeben, wurden bereits im letzten Bericht angedeutet¹⁾. Unter anderem wurde dort auf den durch die Verselbständigung Österreichs notwendig gewordenen Übergang zu einem vielgestaltigeren Produktionsprogramm sowie auf die Verwendung teurerer und qualitativ schlechterer Roh- und Hilfsstoffe hingewiesen. Eine große Rolle spielt weiters der Wegfall der früheren *Reichszuschüsse*, die für einzelne wichtige industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse gewährt wurden. Die Fortführung des Zuschußsystems wird von der österreichischen Regierung aus grundsätzlichen Überlegungen, die sich nicht zuletzt auf die üblen Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg stützen, abgelehnt. Zweifellos würden die erforderlichen Summen infolge des überlasteten Staatshaushaltes aus den laufenden Staatseinnahmen kaum aufgebracht werden können. Auf der anderen Seite aber handelt es sich bei dem Abbau der Preissubventionen um eine folgenschwere Entscheidung, da der Abbau der ehemaligen Reichszuschüsse, die zum Teil sehr beträchtlich waren — der Zuschuß für österreichisches Handelseisen betrug z. B. rund 150 v. H. des offiziellen Stopp Preises —, nur durch erhöhte Preise ausgeglichen werden kann. Insbesondere müssen erhebliche Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte infolge der damit unmittelbar verbundenen Steigerung der Lebenshaltungskosten²⁾ unvermeidlich Lohnerrhöhungen und in weiterer Folge neue Preiserhöhungen auf anderen Gebieten auslösen.

Trotz dieser fatalen Folgen mußte sich die österreichische Regierung angesichts der katastrophalen Ernährungslage dazu entschließen, gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung, im Interesse einer höchstmöglichen Produktionssteigerung, vordringlich die Preise den Gestehungskosten anzupassen.

Die österreichische Landwirtschaft war 1938 in das Fest- und Höchstpreissystem der deutschen

¹⁾ Siehe „Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung“, XVIII. Jahrgang, Heft 1/2 (vom 1. Dezember 1945), S. 8 ff.

²⁾ Die vorgesehenen und teilweise bereits bewilligten Preiserhöhungen für Getreide, Kartoffeln, Milch und Molkeprodukte würden schätzungsweise den Ernährungsaufwand einer Wiener Arbeiterfamilie mit zwei Kindern auf Grund der Zuteilungen der 15. Versorgungsperiode (Monat Juni) um rund 20 v. H. erhöhen.

Landwirtschaft eingebaut worden, das selbst in Deutschland nur bei intensiver Führung der landwirtschaftlichen Betriebe tragbar war. In Österreich fehlen aber für eine entsprechend intensive Bewirtschaftung vielfach die Voraussetzungen (Gebirgs-lage), vor allem auch die dazu erforderlichen landwirtschaftlichen Maschinen. Überdies sind in Österreich der Boden im Durchschnitt schlechter und die klimatischen Verhältnisse ungünstiger als in Deutschland. Die Unterschiede, die sich aus den höheren Gesteungskosten in Österreich ergeben, wurden zum Teil durch Reichszuschüsse überbrückt. Der Abbau dieser Zuwendungen — der bisher in den einzelnen Gebieten Österreichs allerdings nicht einheitlich erfolgte — muß notwendigerweise einen starken Preis-auftrieb auslösen. Nachdem bereits vor einigen Monaten, im Einvernehmen mit Vertretern der Konsumenten, die Preise einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse provisorisch reguliert worden waren, erfolgte im Monat Juni d. J. eine neue Festsetzung der Preise für eine Reihe wichtiger landwirtschaftlicher Produkte auf einer Höhe, die voraussichtlich für längere Zeit die Grundlage für die Berechnung der Lebenshaltungskosten darstellen wird.

Ein ganzer Komplex kostenerhöhender Faktoren ergibt sich — allerdings in ihrer Auswirkung regional sehr verschieden — als spezifische *Kriegs- und Nachkriegswirkung*. Dazu gehört der Verlust von Maschinen und anderen technischen und baulichen Einrichtungen durch Zerstörungen oder Beschlagnahmen, im Zusammenhang damit die Ersetzung von Maschinenarbeit durch Handarbeit bzw. die Verwendung veralteter, weniger leistungsfähiger Maschinen an Stelle der verloren gegangenen modernen Ausrüstungen, die Verschlechterung der Kapazitätsausnutzung, die Erhöhung des Anteils der unproduktiven Löhne durch Unregelmäßigkeiten in der Energieversorgung und durch unbefriedigende Transportverhältnisse (die den regelmäßigen Zufluß der Rohstoffe und den Abtransport der Fertigerzeugnisse erschweren), weiters die verminderte Arbeitsfähigkeit der Arbeiter durch die unzureichende Ernährung und vielfach der Mangel an geeigneten Arbeitskräften.

Während die in der ersten Gruppe genannten Einflüsse die ganze Wirtschaft treffen, treten die in der zweiten Gruppe in Punkt 2 zusammengefaßten kostenerhöhenden Faktoren in Wien und Niederösterreich stärker als in den anderen Bundesländern hervor. In Wien und Niederösterreich ist überdies auch der von der Geldseite her ausgehende Preis-auftrieb stärker als in den anderen Bundes-

ländern, was sowohl mit der unterschiedlichen Warenversorgung als auch mit der verschiedenen Virulenz des Besatzungsgeldes zusammenhängt.

Die über den *Außenhandel* sich ergebenden Preissteigerungstendenzen beruhen vor allem auf den überhöhten Wechselkursen und der ungünstigen Verschiebung der realen Austauschverhältnisse, dann aber auch auf Monopolstellungen der Handelspartner und auf der Verrechnung hoher Risikoprämien der ausländischen Exporteure infolge der Unsicherheit der österreichischen Verhältnisse (siehe auch Abschnitt Außenhandel). Vielfach ist Österreich aber auch genötigt, sich infolge der derzeitigen Lieferunfähigkeit der früheren Lieferstaaten neue, ungünstigere Bezugsquellen zu erschließen.

Die Festsetzung des Schillingkurses im Verhältnis 1 Dollar = 10 Schilling stellt eine schwere Belastung der österreichischen Preispolitik dar. In dem Maße, als die österreichische Wirtschaft anzulaufen beginnt und Rohstoffbezüge vom Auslande erfolgen, muß dieser Wechselkurs zwangsläufig und unmittelbar zu entsprechenden Preissteigerungen führen. Während z. B. auf Grund der Kaufkraftparitäten 1 Schweizer Franc im Durchschnitt 0,80 Schilling wert sein mußte, wird heute auf der Basis 1 Dollar = 10 Schilling ein Kurs von 2,30 Schilling für 1 Schweizer Franc berechnet.

Weitere Preissteigerungen ergeben sich aus der ungünstigen Verschiebung der realen Austauschverhältnisse. Die Preisrelationen auf dem Weltmarkt haben sich der Mangellage bedeutend stärker angepaßt als unser inländisches Preisgefüge, d. h. die Preise der lebensnotwendigen Güter sind stärker gestiegen als die Güter des elastischen Bedarfs. Da Österreichs Einfuhr vorwiegend aus nachfrageunelastischen Gütern, insbesondere Lebensmitteln und Rohstoffen, besteht, während die österreichischen Exportgüter zum Teil nachfrageelastisch sind, ergibt sich, daß die Einfuhrgüter stärker im Preis gestiegen sind als die Ausfuhrwaren. Für dieselbe Quantität Ausfuhrwaren kann daher nur mehr eine geringere Quantität Einfuhrwaren gekauft werden und damit tritt notwendigerweise eine Preissteigerungstendenz bei den Importgütern ein.

Aufgaben der Preispolitik

Die österreichische Preispolitik steht gegenwärtig vor der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe, im Interesse der Erhaltung und Wiederbelebung der Produktion den von der Kostenseite her wirkenden preiserhöhenden Faktoren nachzugeben, ohne damit gleichzeitig eine zu heftige

Preis- und Lohndynamik auszulösen. Die Gefahr eines Durchbruches der Preise ist heute um so größer, als es zur Zeit noch nicht möglich ist, die weitaus überhöhte Geldmenge durch entsprechende Währungsmaßnahmen auf ein den Verkehrsbedürfnissen angemessenes Volumen zu vermindern.

Der Umstand, daß heute nicht nur einzelne Preise, sondern das gesamte Preis- und Lohnniveau in Bewegung geraten ist, läßt das bisher bevorzugte Einzelausnahmegenehmigungsverfahren immer mehr problematisch erscheinen. Allein schon die Fülle der Anträge, die angesichts des in Fluß geratenen Preissystems täglich eingereicht werden müssen, läßt sich praktisch sachgemäß nicht mehr bewältigen. Die Preispolitik muß auch der Tatsache Rechnung tragen, daß jede von den Preis- und Lohnbehörden genehmigte Preis- und Lohnerhöhung mehr oder minder zwangsläufig auch Preis- und Lohnerhöhungen auf anderen Gebieten zur Folge hat. Um ein wildes Preis- und Lohnchaos zu vermeiden, kann die Preis- und Lohnpolitik die einbrechende Flut von Ausnahmegenehmigungsanträgen nicht mehr in der Reihenfolge ihres zufälligen Einganges behandeln, sondern muß bemüht sein, die Preise entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Wichtigkeit zu berücksichtigen und in ihrem inneren organischen Zusammenhang zu erfassen. So ist es auch verständlich, daß sich die Preisbehörden in den vergangenen Monaten vor allem mit der Neufestsetzung der Preise für landwirtschaftliche und bergbauliche Produkte, auf denen sich in weiterer Folge alle übrigen Kosten und Preise aufbauen, befaßten.

Wenn auch der Prozeß der Preisanpassung ein viel zu komplizierter Vorgang ist, als daß es möglich wäre, die zu erhöhenden Preise gleich mit einem Schlag richtig festzusetzen, so muß die Preispolitik andererseits schon aus rein praktischen Gründen, und um die Herrschaft über die Preisbewegung nicht zu verlieren, bestrebt sein, die jeweils genehmigten Preise möglichst lange Zeit hindurch aufrechtzuerhalten. Diese Absicht könnte u. a. dadurch gefördert werden, daß die Preis- und Lohnerhöhungen in den einzelnen wirtschaftlichen Branchen bzw. Unternehmungen zeitlich gekoppelt werden, so daß in den bewilligten Preiserhöhungen jeweils bereits die erhöhten Löhne einkalkuliert werden. Natürlich wird auch dieses Verfahren weitere Preis- und Lohnsteigerungen nicht ausschließen, aber doch bis zu einem gewissen Grad hemmen. Damit aber wäre schon viel gewonnen, denn das ganze Bemühen der Preispolitik läuft doch darauf hinaus, den aus vielfachen Gründen notwendig gewordenen Anpassungs-

prozeß der Preise und Löhne nach oben langsam und organisch zu vollziehen und dabei Zeit zu gewinnen, bis auch von der Währungsseite her eine Entlastung erfolgen kann.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die österreichische Preispolitik, die in einem den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und den spezifischen Bedingungen unserer Wirtschaft entsprechenden Tempo die Auflockerung unserer Preise zu erreichen bestrebt ist, durch das Einwirken der vom Ausland sich geltend machenden Preissteigerungen in empfindlicher Weise gestört wird, da diese Preissteigerungen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse unserer Preispolitik unmittelbar und in voller Wucht in Erscheinung treten. Wenn auch heute noch kein echter Wechselkurs ermittelt werden kann, so wäre doch wohl ein Umrechnungsschlüssel anzustreben, der dem vermutlichen neuen Gleichgewicht näher kommt als die Relation 1 Dollar = 10 Schilling.

Sofern dieses Ziel jedoch nicht erreichbar ist, könnte der vielfach erörterte, aber bisher nicht konsequent verwirklichte Plan einer *Ausgleichskasse* für Aus- und Einfuhren einen Ausweg bieten. Durch Zuerkennung eines angemessenen Exportzuschlags auf die offiziellen, für den Innenmarkt geltenden Stopppreise, könnten die berechtigten Ansprüche der Exporteure berücksichtigt werden. Da die Exportüberschüsse nur einen Teil der erforderlichen Importzahlungen kompensieren würden, müßte das Defizit allenfalls durch staatliche Zuschüsse aufgebracht werden, sofern es nicht zweckmäßig erscheint, die höheren Importpreise ganz oder teilweise unmittelbar schon in der Kostenrechnung zu berücksichtigen. Selbstverständlich würde es sich auch hier nur um eine zeitlich befristete und in ihrem Erfolg nicht voll befriedigende Notmaßnahme handeln, die bei Neuordnung der Währung überflüssig würde.

Der Erfolg der Preispolitik in den kommenden Monaten wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, Preis- und Lohnbildung, Preis- und Lohnkontrolle sowie Bewirtschaftung aufeinander abzustimmen und zu einem funktionsfähigen Ganzen zusammenzufassen.

Der Preisbildung kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, Preiserhöhungen nur in jenem Ausmaß zu bewilligen, das im Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Erfordernisse und in diesem Zusammenhang für die Aufrechterhaltung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion unerlässlich ist. Jedenfalls aber wird die offizielle Preisbildung alle jene Preiserhöhungen zu verhindern

haben, mit denen die Unternehmer, in Erwartung künftiger Preissteigerungen, heute schon zu kalkulieren neigen, weil erfahrungsgemäß gerade in dieser Vorwegnahme künftiger Entwicklungstendenzen eine der stärksten inflationistischen Auftriebskräfte liegt. Sache einer strengen *Preis- und Lohnkontrolle* aber wird es sein, die Einhaltung der offiziell genehmigten Preise und Löhne, gegebenenfalls auch mit scharfen Sanktionen, durchzusetzen. Ein notwendiges Korrelat zur Preispolitik stellt unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schließlich ein gut funktionierendes *Bewirtschaftungssystem* dar, das auf der Grundlage eines wenigstens in groben Umrissen skizzierten Wirtschaftsplanes für eine gesamtwirtschaftlich optimale Verteilung der knapp vorhandenen Roh- und Hilfsstoffe und Fertigwaren sowie für eine möglichst zweckmäßige Verwendung der verfügbaren Arbeitskräfte und Kredite sorgt.

Bewirtschaftung

Durch das am 28. Juni 1946 in Kraft getretene alliierte Kontrollabkommen sind de jure günstige Voraussetzungen für eine wirksame bundeseinheitliche und das gesamte Staatsgebiet umfassende Bewirtschaftungsordnung geschaffen worden. Das neue Kontrollabkommen sieht in den Demarkationslinien von nun an nur noch Grenzlinien militärischer Natur, die die einzelnen alliierten Besatzungszonen voneinander scheiden, und hebt alle Hindernisse auf, auf die der innerösterreichische Personen- und Güterverkehr bisher an den Demarkationslinien gestoßen ist. Damit ist theoretisch und de jure das österreichische Bundesgebiet als wirtschaftliche Einheit nach einer mehr als achtjährigen Unterbrechung wieder hergestellt. Es liegt nun an der österreichischen Regierung, durch geeignete Durchführungsbestimmungen auch de facto die Freizügigkeit des Personen- und Güterverkehrs zwischen den Bundesländern einzurichten. Was die Bewirtschaftung im besonderen betrifft, ist es klar, daß es einer gewissen Zeit bedarf, bis das jetzt geltende „Zwischenzonenhandelsverfahren“ durch eine bundeseinheitliche, zentral geleitete Bewirtschaftung abgelöst werden kann.

Die nachfolgenden Darstellungen sind nicht nur von historischem Interesse, sie haben vielmehr volle Gültigkeit, bis auch tatsächlich die wirtschaftliche Einheit Österreichs wieder hergestellt ist, die Regierung und ihre Bewirtschaftungsstellen auch wirklich über alle österreichischen Produktivkräfte, Produktionsanlagen, Produktionsmittel, Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren uneingeschränkt verfügen können, und zwar im Sinne eines österreichischen Interesses verfolgenden Produktions-

und Güterverteilungsplanes, und bis eine für das ganze Bundesgebiet gültige, zentral geleitete, gut funktionierende Bewirtschaftung eingerichtet ist. Da diese Voraussetzungen noch nicht voll gegeben, vor allem auch die Rechte der Besatzungsmächte, Teile des österreichischen Sozialproduktes außerhalb der österreichischen Bewirtschaftungsregeln in Anspruch zu nehmen, nicht klar ausgesprochen und festgelegt sind, hat das neue alliierte Kontrollabkommen die bisher bestehenden Verhältnisse in der Bewirtschaftung noch kaum beeinträchtigt.

Wie immer man zur Bewirtschaftung grundsätzlich eingestellt sein mag, ob man sie bloß als eine zeitbedingte Erscheinung betrachtet, die man in Notzeiten in Kauf nehmen müsse, um sie bei erster Gelegenheit wieder aufzulassen, oder ob man in ihr bereits zukunftsweisende Elemente einer planmäßig gelenkten Produktion und Verteilung erblickt, die praktischen Erfahrungen im ersten Nachkriegsjahr in Österreich haben jedenfalls gezeigt, daß die österreichische Wirtschaft, zumindest so lange als keine geordnete Währung und kein marktregulierendes Preissystem besteht, auf eine Bewirtschaftung nicht verzichten kann. Wenn im abgelaufenen Jahre die Wiederbelebung und der Wiederaufbau der Wirtschaft in den westlichen und südlichen Bundesländern unverkennbar größere Fortschritte gemacht haben als in den östlichen Landesteilen, so ist diese ungleiche Entwicklung auch darin begründet, daß jenseits der Hauptdemarkationslinie ein im wesentlichen gut funktionierender Bewirtschaftungsapparat für eine wenigstens nach regionalen Gesichtspunkten optimale Verteilung von Roh- und Hilfsstoffen und Fertigwaren sorgt, während das Fehlen einer solchen Bewirtschaftung in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sowohl in der Rohstoff- und Produktionsgüter-, als auch in der Verbrauchsgütersphäre zu einer oft höchst unwirtschaftlichen Verteilung geführt hat.

Die regional überaus verschiedenen Verhältnisse auf dem Gebiete der Bewirtschaftung sind teilweise durch die ungleichen Voraussetzungen erklärbar, die die Bewirtschaftung in den einzelnen Zonen vorfindet.

Ungleiche Voraussetzungen in den einzelnen Zonen

Die *Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes* ist eine der Grundvoraussetzungen für eine optimale Bewirtschaftung von Mangelgütern. Wenn auch keine der vier Besatzungszonen in sich wirtschaftlich ausgeglichen ist, so gereicht den westlichen und

südlichen Bundesländern gegenwärtig doch ihre relativ bessere Ausstattung mit Rohstoffen sehr zum Vorteil, während die überwiegend arbeits- und absatzorientierten Industrien in Niederösterreich und Wien fast zur Gänze auf Rohstofflieferungen aus anderen Landesteilen oder aus dem Auslande angewiesen sind. Dazu kommt noch, daß die amerikanische, englische und französische Besatzungszone, bei all ihrer räumlichen und wirtschaftlichen Beschränktheit und Unausgeglichenheit wenigstens verwaltschaftsmäßig jede für sich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellen, während Ost-Österreich mit Wien noch zusätzlich durch eine Mehrzahl *innerer Demarkationslinien* zersplittert ist, die in ihren Wirkungen, wenigstens auf dem Gebiete des Güterverkehrs, den eigentlichen Demarkationsgrenzen sehr ähnlich sind. So wurden zwischen Alt-Wien und den sogenannten „Randbezirken“ 22 bis 26, weiters zwischen diesen Gebieten und dem Lande Niederösterreich und schließlich Monate hindurch sogar innerhalb Wiens zwischen der französischen Zone und den übrigen Bezirken neue Scheidewände aufgerichtet.

Diese Zustände entstanden zunächst dadurch, daß im Oktober 1945 fünf Außenbezirke von Groß-Wien, die im Jahre 1938 in das Wiener Stadtgebiet eingegliedert worden waren, wiederum an Niederösterreich zurückfielen. Mit der Abtrennung verband sich sofort eine unterschiedliche Versorgung der beiden Wiener Bevölkerungsteile mit Nahrungsmitteln und Kohle. Seither wird nur die Bevölkerung der 21 Alt-Wiener Bezirke mit den für das „eigentliche“ Wien vorgesehenen Lebensmittelrationen beteiligt, während die Versorgungssätze für die „Randbezirke“ bisher zwischen den für die Stadt Wien und den erheblich niedrigeren für das Land Niederösterreich lagen. Die aus Süd- und West-Österreich kommenden Kohlen durften bis vor kurzem nach den Vorschriften der Alliierten nur den Haushalten, den gewerblichen und industriellen Betrieben Alt-Wiens zugeteilt werden. Für die äußeren fünf Wiener Bezirke und für das Land Niederösterreich standen nur die vollkommen unzulänglichen Förderungen von Grünbach (Niederösterreich) zur Verfügung, es sei denn, ein niederösterreichischer Gewerbebetrieb arbeitete ausschließlich für den Wiener Verbrauch. Auf Grund dieser Regelung hatten z. B. die Haushaltungen in den 21 Wiener Bezirken während des Winters immerhin eine sehr bescheidene Zuteilung von Kohle und Holz erhalten, während die Bewohner der restlichen Wiener Bezirke vollkommen leer ausgingen. Am 1. Juli 1946 ging die gesamte österreichische Brennstoffbewirtschaftung aus der Kompetenz der Alliierten auf das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau über. Erst seit diesem Tage ist eine von rein ökonomischen Kriterien bestimmte einheitliche Brennstoffbewirtschaftung möglich.

Die konsequenteste Weiterentwicklung des Systems der innerösterreichischen Demarkationslinien bildete mehrere Monate lang die von der französischen Militärregierung über die französische Zone Wiens seit Anfang

Dezember 1945 verhängte Blockade. Jeder Transport von Gütern aller Art von der französischen Zone in die anderen Wiener Zonen sowie jede Veränderung des Lagerzuganges und Lagerabganges von Gütern eines in der französischen Zone Wiens gelegenen Industrie-, Großhandels- und Gewerbeunternehmens (letzteres mit mehr als 10 Arbeitern und Angestellten) bedurfte der Genehmigung der französischen Militärregierung. Dadurch war ein aus einem englischen, amerikanischen oder russischen Bezirk in einen französisch besetzten Bezirk Wiens zur Weiterbearbeitung oder Veredlung geliefertes Gut in Gefahr, in der französischen Zone blockiert zu bleiben, so daß es vorkam, daß der Arbeitsfluß in ein und demselben Unternehmen, das nur zufällig seine Werkstätten oder Niederlassungen in verschiedenen Stadtbezirken hatte, Monate hindurch unterbrochen wurde, bis eine entsprechende Gegenleistung endlich die Freigabe des blockierten Gutes bewirkte. Dieser Zustand fand erst ein Ende, als sich die Situation wirklich als unhaltbar erwies.

Das *Fehlen geschützter Staatsgrenzen* wirkte sich für die Bewirtschaftung in Ost-Österreich noch ungünstiger aus als in den übrigen Landesteilen. Der Grenzverkehr der westlichen Bundesländer mit den Nachbarstaaten, vor allem mit der wirtschaftlich reich ausgestatteten Schweiz, aber teilweise auch mit Bayern, brachte der heimischen Wirtschaft gelegentlich sogar eine nicht unerhebliche Erleichterung. Die offenen Ostgrenzen Österreichs dagegen bewirkten und bewirken noch immer einen starken Sog österreichischer Mangelwaren nach dem Osten und begünstigten einen gut organisierten Großschleichhandel. Sofern Güter aus den östlichen und südöstlichen Nachbarländern über die österreichischen Grenzen hereinkommen, entziehen sie sich der Bewirtschaftung und alimentieren den schwarzen Markt.

Die Bewirtschaftung im Süden und vor allem im Westen Österreichs wird gegenüber der im Osten Österreichs auch durch ungleich bessere *Verkehrsverhältnisse* begünstigt. Während es den zentralen Bewirtschaftungsbehörden in Niederösterreich und Burgenland oft noch nicht einmal möglich ist, mit den einzelnen Landesteilen administrativ regelmäßige Verbindungen zu unterhalten — was immerhin zu den selbstverständlichen Voraussetzungen einer funktionsfähigen Bewirtschaftung gehört —, ermöglicht jenseits der Demarkationslinie ein teilweise fast friedensmäßig arbeitender Nachrichten- und Verkehrsdienst nicht nur die Ausbreitung und Verankerung eines straffen Bewirtschaftungsnetzes über das ganze Land, sondern auch ohne erhebliche Schwierigkeiten einen interregionalen Gütertausch zwischen Überschuß- und Zuschußgebieten.

Eine straffe *Preis- und Lohnordnung* erleichtert die Durchführung der Bewirtschaftung wesentlich.

Auch in dieser Hinsicht sind die Bewirtschaftungsbedingungen im Süden und Westen Österreichs viel günstiger als im Osten, wo sich der das bestehende Preis- und Lohngefüge bedrohende Einfluß der Besatzungskosten besonders stark geltend macht.

Auch im Hinblick auf die *zu bewirtschaftende Substanz* besitzt der von Kriegshandlungen verschont gebliebene Westen gegenüber dem Osten Österreichs einen gewaltigen Vorsprung. Die Bewirtschaftung in den westlichen Bundesländern zog zunächst daraus größeren Nutzen, daß im Verlaufe des Krieges namhafte Mengen an Roh- und Hilfsstoffen, Halbfabrikaten und auch Fertigwaren (Maschinen, Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände) nicht nur von den staatlichen Dienststellen, sondern vielfach auch von privaten Unternehmungen in die militärisch weniger gefährdeten Gebirgsländer verlagert wurden, wodurch sich bereits lange vor Beendigung des Krieges viele Lager in den westlichen Ländern auf Kosten der Vorratshaltung der östlichen Gebiete füllten. Wenn auch in den westlichen Bundesländern Beschlagnahmen seitens der Besatzungsbehörden vorgekommen sind (vor allem in Tirol und Vorarlberg), so wurden die Bestände an Mangelwaren doch gleichzeitig wieder durch andere wertvolle Güter ergänzt (so z. B. durch eine erhebliche Zahl von Fahrzeugen der einzelnen Besatzungsmächte). Die Bewirtschaftung in Oberösterreich wurde einige Zeit hindurch auch durch die Überlassung von verschiedenen Beutegütern, die sich bei Kriegsende auf den im oberösterreichischen Teile der Donau festgefahrenen Schleppern befanden, erleichtert.

Für die Beurteilung der verschiedenen Bewirtschaftungssituation in West- und Ost-Österreich fällt nicht zuletzt auch der Umstand entscheidend ins Gewicht, daß jenseits der Demarkationslinie die *Kontinuität des Bewirtschaftungssystems* gewahrt geblieben ist, während in Ost-Österreich mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch auch der alte Bewirtschaftungsapparat vollkommen aufgelöst wurde¹⁾.

Die Bewirtschaftungssysteme diesseits und jenseits der Demarkationslinie Enns—Semmering

Österreich ist heute noch weit davon entfernt, eine das gesamte Staatsgebiet als einheitliches Wirkungsfeld umfassende zentrale Bewirtschaftung zu besitzen, die die knapp vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte nach einem Gesamtplan in bestmöglicher Weise für den Aufbau der österreichischen

¹⁾ Siehe hierzu auch „Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung“, XVIII. Jahrgang, Nr. 1/2 (vom 1. Dezember 1945), S. 10 f.

Volkswirtschaft lenken würde. Die Besetzung Österreichs durch vier Mächte und die dadurch verursachte Zerstückelung des österreichischen Staatsraumes in mindestens vier mehr oder minder sich „autonom“ fühlende Wirtschaftsgebiete führten dazu, daß sowohl die Besatzungsmächte als auch die ihnen unterstellten österreichischen Behörden die Demarkationslinien als „Staatsgrenzen“ und den Güterverkehr über die Demarkationslinien als „Außenhandel“ aufzufassen begannen. Jede einzelne Besatzungsmacht fühlte sich bald nur zur Betreuung ihrer eigenen Zone verpflichtet und betrieb (und betreibt teilweise noch) innerhalb dieser eine Wirtschaftspolitik, als ob ihre Zone eine geschlossene Volkswirtschaft wäre. Von dieser Auffassung blieben zum Schaden der österreichischen Gesamtwirtschaft häufig auch manche verantwortliche österreichische Stellen nicht unberührt. So entwickelte sich in Analogie zum kompensatorischen Außenhandel über Staatsgrenzen, der vielleicht als der erste mühsame Versuch einer Wiederanbahnung außenwirtschaftlicher Beziehungen im verwüsteten Nachkriegseuropa bezeichnet werden kann, im vergangenen Jahr auch innerhalb Österreichs selbst zwischen den einzelnen Bundesländern und Zonen ein primitiver Kompensationstausch, wobei jede Zone längere Zeit hindurch ängstlich darauf bedacht war, möglichst wenig in eine andere Zone zu „exportieren“ und sofort mit Repressalien zu drohen, wenn die gewünschten Gegenlieferungen einmal ausblieben. Auf dem Gebiet der Bewirtschaftung hat die künstliche Zerstückelung des österreichischen Wirtschaftsgebietes jedenfalls die sonderbarsten Blüten gezeitigt.

Obwohl in jedem Bundesland ein eigener selbständiger Bewirtschaftungsapparat nach einem besonderen Reglement arbeitet, besteht in den westlichen und südlichen Bundesländern, unbeschadet einiger Verschiedenheiten, doch eine so weitgehende Übereinstimmung der Bewirtschaftungsregeln, daß man das Bewirtschaftungssystem jenseits der Hauptdemarkationslinie (Enns—Semmering) als eine Einheit betrachten kann. In den westlichen und südlichen Bundesländern ist der Bewirtschaftungsapparat der Kriegszeit personell und organisatorisch weitgehend erhalten geblieben und konnte daher ohne Unterbrechung seine während der ganzen Kriegszeit geleisteten Arbeiten fortsetzen. In dieser Kontinuität lag ein bis zum heutigen Tage nachwirkender großer Vorteil, weil dadurch der Bewirtschaftungsstelle von Anfang an die vorhandenen Gütervorräte und die Produktionskapazitäten bekannt waren und damit die Rohstofflenkung und

Güterverteilung sofort übersichtlich und planvoll gestaltet werden konnte. Da noch hinzukommt, daß, wie oben erwähnt, in den westlichen und südlichen Bundesländern die zu bewirtschaftenden Gütervorräte wesentlich größer sind als in Ost-Österreich und gleichzeitig auch die Weiterführung der Produktion auf viel geringere Hemmungen stößt, vermag die Bewirtschaftung jenseits der Demarkationslinien im ganzen genommen durchwegs befriedigend zu funktionieren.

Der Bewirtschaftungsapparat selbst liegt in den Händen der Landeswirtschaftsämter, die in West- und Süd-Österreich im allgemeinen viel umfangreichere und weitgehendere Aufgaben zu erfüllen haben als in Wien und Niederösterreich. Die zuständigen Länderbehörden befassen sich nicht nur, wie das Hauptwirtschaftsamt in Wien und das Landeswirtschaftsamt in Niederösterreich und im Burgenland, mit der Verbrauchsregelung gegenüber dem Letztverbraucher, sondern kontrollieren und lenken in Zusammenarbeit mit den Handelskammern auch die Rohstoffbewirtschaftung. Zweifellos hat die Bewirtschaftung in diesen Bundesländern in den vergangenen Monaten erhebliche Fortschritte gemacht, insofern als die Bewirtschaftungsmethoden und das Meldewesen verbessert und die Belieferung mit Waren reibungsloser gestaltet wurden, wobei sich der behördliche Apparat mehr und mehr einspielte.

Ähnlich wie die Gebiete West- und Süd-Österreichs sind auch die Bundesländer östlich der Demarkationslinie Enns—Semmering unter dem Gesichtspunkt der Bewirtschaftung als eine Einheit zu betrachten. Merkbare bewirtschaftungsmäßige Unterschiede zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland bestehen nicht. Diese Einheitlichkeit ist nicht zuletzt darin begründet, daß mit dem deutschen Zusammenbruch der gesamte in Wien, Niederösterreich und Burgenland eingerichtete und funktionierende Bewirtschaftungsapparat in sachlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht völlig zerschlagen und erst nach einer langen Zeitspanne darangegangen wurde, mühsam einen neuen Apparat aufzubauen, wobei bis heute die Bedingungen für ein voll funktionierendes Bewirtschaftungssystem nicht erarbeitet werden konnten.

Notwendigkeit einer straffen Bewirtschaftung auch in Ost-Österreich

Im strengen Sinne des Wortes können die zur Zeit in Ost-Österreich bestehenden Ansätze einer planmäßigen Lenkung von Produktion und Verbrauch noch nicht als ein Bewirtschaftungssystem be-

zeichnet werden. Das Fehlen eines funktionierenden Vorrats- und Produktionsmeldesystems macht eine Bewirtschaftung praktisch illusorisch. Da die bewirtschaftenden Stellen weder einen Überblick noch eine ausreichende Kenntnis der vorhandenen Vorräte und Produktionsmöglichkeiten besitzen noch auch über einen für die Bewirtschaftung unerlässlichen Überwachungs- und Kontrollapparat verfügen, sucht man sich mit der Einrichtung der sogenannten *Lieferzusage* zu behelfen, die bewirtschaftungsmäßig für das gesamte östliche Gebiet charakteristisch ist. Danach müssen Firmen und Konsumenten, die auf die Zuteilung eines bewirtschafteten Gutes Anspruch erheben, zunächst durch eigene Bemühung einen Lieferanten ausfindig machen, der seine Bereitschaft und Fähigkeit zur Lieferung dieses Gutes durch die Ausfertigung einer Lieferzusage bescheinigt. Diese Lieferzusage ist dann dem Antrag auf Zuteilung der Mangelware beizuschließen.

Dieses Verfahren hat zu Ergebnissen geführt, die mehr und mehr zum Gegenstand einer scharfen Kritik gemacht wurden. Tatsächlich hat sich das System der Lieferzusagen als absolut unzulänglich erwiesen. In der ersten Zeit stellten Händler und Produzenten, offenbar in optimistischer Erwartung eines bald bevorstehenden Wirtschaftsaufschwunges, verhältnismäßig bereitwillig solche Lieferzusagen aus, um sich für die Zukunft einen möglichst breiten Kundenstock zu sichern. Durch das Ausbleiben der erhofften günstigen Wirtschaftsentwicklung wurden diese Lieferzusagen jedoch bald zu „ungedeckten Schecks“ entwertet. Inzwischen droht die gütermäßig fundierte Lieferzusage zu einem begehrten Tauschobjekt und zu einem hoch notierenden Wertpapier des schwarzen Marktes zu werden. Lieferzusagen sind heute für die arbeitende Bevölkerung, die keine Zeit hat, hinter Lieferzusagen her zu sein, und die auch nicht in der Lage ist, die Lieferbereitschaft in natura oder zu Überpreisen zu bezahlen, praktisch nicht erhältlich.

Das Fehlen einer straffen Bewirtschaftungsordnung hat dazu geführt, daß heute der weitaus größte Teil der gewiß bescheidenen, aber immerhin nicht mehr ganz unerheblichen Güterproduktion in Ost-Österreich nicht auf dem legalen Markt erscheint und oft auch nicht seiner dringendsten und sozial gerechtfertigten Verwendung zugeführt wird.

Nach wie vor Zonenwirtschaft und innerösterreichischer Kompensationsverkehr

Wenn auch in den vergangenen Monaten das Prinzip des innerösterreichischen Kompensations-

verkehrs teilweise gelockert wurde, so hemmen doch nach wie vor zahlreiche formale und materielle Schwierigkeiten einen gedeihlichen interregionalen Güter- und Leistungsaustausch.

Noch vor einigen Monaten war es üblich (heute kommt es nur noch vereinzelt vor), daß von Firmen, zum Teil unterstützt von Behörden, sehr primitive Kompensationsgeschäfte beantragt wurden. Der Lieferant machte seine Lieferung davon abhängig, daß sein Kunde eine bestimmte Ware im gleichen Gesamtwerte gegenliefern. Das führte mitunter zu grotesken Situationen. Wenn z. B. der Treibriemenlieferant im Bundesland A der Zuckerfabrik im Bundesland B die Treibriemen nur liefern will, wenn ihm die Zuckerfabrik Treibstoff oder einen sonstigen für die Zuckerfabrik betriebsfremden Artikel gegenliefern, so war das Geschäft entweder undurchführbar oder der Zuckerlieferant machte einen dritten Partner, in diesem Falle einen Benzinlieferanten ausfindig, oder die Zuckerfabrik kaufte — vielleicht auf dem schwarzen Markt — Benzin, um es dem Treibriemenherzeuger zu liefern, damit sie die Treibriemen erhalte. Es ist gewiß nicht unbedenklich, wenn auf solche Weise dem schwarzen Markt wirtschaftliche Funktionen übertragen werden.

Ein gewisser Fortschritt durfte darin erblickt werden, daß sich die britischen und amerikanischen Militärregierungen vor einiger Zeit entschlossen hatten, gewisse Überschußgüter in ihren Besatzungsgebieten für den Zwischenzonenhandel freizugeben. Sie stellten es den zuständigen österreichischen Behörden anheim, über die Freigabe dieser Güter selbst zu entscheiden. Solange jedoch nicht eine sichere Gewähr dafür besteht, daß dieses — übrigens nur auf die britische und amerikanische Zone beschränkte — freie Verfügungsrecht ausschließlich nach gesamtwirtschaftlichen Erwägungen gebraucht wird, darf der Nutzen dieser Maßnahme nicht überschätzt werden. Wenn ein Land z. B. erst dann einen Überschuß als gegeben erachtet, wenn sein eigener Bedarf voll gedeckt ist, werden angesichts der allgemeinen Güterknappheit nur in verhältnismäßig wenigen Fällen freie Überschüsse in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dagegen kann es leicht vorkommen, daß in einem mit Rohstoffen reicher bedachten Bundesland eine Fabrik in drei Schichten arbeitet bzw. auch noch Fertigungen ermöglicht werden, die mit Rücksicht auf den österreichischen Gesamtbedarf als nicht mehr vordringlich bezeichnet werden müssen, während die vielleicht leistungsfähigeren Fabriken der gleichen Branche und wichtigere Fertigungen in anderen Bundesländern aus Mangel an Rohstoffen feiern müssen. Für die Feststellung, ob in einem Lande ein Überschuß an diesem oder jenem Gute besteht, müßte eine für das gesamte österreichische Wirtschaftsgebiet gültige Rang-

ordnung der Dringlichkeiten der Fertigungen maßgebend sein.

Häufig wurde die Freigabe eines Gutes für eine andere Zone an die Bedingung geknüpft, daß das Gut nur in bestimmten Gebieten oder für bestimmte Zwecke verwendet wird. So durften lange Zeit von der britischen Militärregierung aus Steiermark und Kärnten freigegebene Güter nur in Alt-Wien verwendet werden. Oder in anderen Fällen wurde gefordert, daß das freigegebene Gut nur einer ganz bestimmten Fabrikation zugeführt wird. Wenn nun die Ansichten über die optimale Verwendung des freigegebenen Gutes im freigebenden Lande andere sind als im Verwertungsgebiet oder andere bei der freigebenden zuständigen Militärregierung als bei der im Verwertungsgebiet verantwortlichen Militärregierung oder eine andere bei der Militärregierung als bei den österreichischen Dienststellen, so ergeben sich daraus schwer lösbare Konflikte.

Der Güterverkehr über die Demarkationslinien ist auch noch immer an *formale* Bedingungen gebunden, die den Neuaufbau unserer Wirtschaft empfindlich hemmen. Vom Tage des Antrages einer Firma auf Bezug eines Gutes aus einer anderen Zone bis zum Einlangen dieses Gutes vergehen oft viele Wochen. Eine ordentliche betriebliche Planung ist unter solchen Umständen ausgeschlossen, zumal der Antrag allein durchaus nicht garantiert, ob und wieviel von der beantragten Menge durch die zuständige Kontrollstelle freigegeben wird.

Vielfältige Schwierigkeiten ergeben sich auch aus der Verschiedenheit der von den zuständigen Militärregierungen für den interzonalen Güterverkehr erlassenen (oder nicht erlassenen) Verfahrensbestimmungen. In der britischen und amerikanischen Besatzungszone ist der bisher von alliierter Seite bewirtschaftete Kreis von Gütern stark eingeschränkt worden; so hat z. B. die britische Militärregierung Mitte April die Kontrolle über Eisen, Stahl, Schuhe und Treibriemenleder aufgegeben und den steirischen Behörden übertragen¹⁾. Dagegen wird der Güterverkehr zwischen Wien und Niederösterreich und den übrigen Zonen gerade durch die Ungeklärtheit der Bewirtschaftungsverhältnisse sehr erschwert. Heute weiß noch niemand, was z. B. in Niederösterreich als russisch bewirtschaftet oder als

unkontrolliert zu gelten hat. Wenn etwa eine Salzburger Firma einen Antrag auf Bezug eines Gutes aus Niederösterreich stellt, so ist es unklar, ob die österreichische Antragsammelstelle in Wien um die russische „Freigabe“ ansuchen muß oder nicht. Sucht sie darum an, provoziert sie vielleicht unnötigerweise eine Ablehnung oder vielleicht eine kompensatorische Gegenforderung, die, weil nicht erfüllbar, das beantragte Geschäft zunichte macht. Selbst wenn die „Freigabe“ erteilt wird, türmen sich bei größeren Lieferungen neue Schwierigkeiten auf, wenn Waggons bereitgestellt werden müssen. Es ist z. B. noch immer schwierig, das Problem zu lösen, ob für den niederösterreichischen Treibstoff oder das Kaolin ein steirischer oder ein niederösterreichischer Zisternenwagen oder Waggon zur Verfügung gestellt werden soll. Anzustreben wäre, daß sämtliche vier Besatzungsmächte einheitliche und aufeinander abgestimmte Regeln über das Verfahren der „Freigabe“ aufstellen. Niemand weiß heute genau Bescheid, ob in einem einzelnen Falle eine österreichische oder alliierte Dienststelle für die „Freigabe“ zuständig ist. Nichts aber ist für die Wirtschaft hemmender, als Unklarheit darüber, was rechtens ist.

Im ganzen hat sich demnach bisher an dem Grundsatz, daß die Zonen unabhängig voneinander und selbständig ohne zentrale Lenkung wirtschaften, wenig geändert. Die Tatsache, daß gewisse Güter, die in den westlichen und südlichen Zonen als überschüssig festgestellt werden, unter strenger Kontrolle die Demarkationslinie Enns—Semmering passieren dürfen, ändert an dem Prinzip der Aufspaltung des österreichischen Wirtschaftsgebietes in Teilgebiete nichts.

Bemühungen um eine gesamtstaatlich orientierte Bewirtschaftung (Warenverkehrsgesetz)

Während im vergangenen Jahre alle Bemühungen der Regierung, die Bewirtschaftungsregeln in den einzelnen Zonen aufeinander abzustimmen, noch erfolglos geblieben waren, konnte sich das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau seit Beginn dieses Jahres in den *Länderkonferenzen*, die allmonatlich von ihm einberufen und von allen mit der Bewirtschaftung und dem Zwischenzonenhandel befaßten Referenten aller österreichischen Landwirtschaftsämter und Handelskammern beschickt werden, ein Instrument schaffen, das eine höchst realistische und praktische Bewirtschaftung im bundeseinheitlichen Sinne ermöglichte. Auf diesen Länder-

¹⁾ Am 24. Mai 1946 wurde die britische Bewirtschaftung (LRAB = Local Resource Allocation Board) ganz aufgegeben. Seit diesem Tage besteht für die britische Militärregierung keinerlei den Güterverkehr über die südliche Demarkationslinie behindernde Zonengrenze mehr.

konferenzen wurde bis jetzt eine für das ganze Bundesgebiet gültige Bewirtschaftung von Häuten, Leder, Schuhen, Aluminium, Fahrrädern, Blechen eingerichtet. Eine analoge Ordnung auf dem Gebiete der Textilwirtschaft ist im Gange. Ebenso wertvoll haben sich diese Länderkonferenzen dadurch erwiesen, daß sie in den bisher nicht im ganzen Staatsgebiet voll anerkannten und beachteten, in Wien aber schon seit dem Sommer 1945 eingerichteten und gesetzlich verankerten Bewirtschaftungen von Holz, Baustoffen und Chemikalien in allen Bundesländern voll Geltung verschaffen. Diesen praktischen Vorleistungen der Länderkonferenzen werden die kommenden Verordnungen nur noch die gesetzliche Sanktion verleihen brauchen und als ihr großes Verdienst wird anerkannt werden müssen, daß sie bedeutende Zeitverluste vermieden haben.

So hat sich in letzter Zeit der Kontakt zwischen den Bewirtschaftungsstellen in den Ländern und den Zentralämtern in Wien verstärkt und das gegenseitige Verständnis für die regionalen und gesamtstaatlichen Probleme vertieft. Auch in jenen Bundesländern, die augenblicklich durch verschiedene Umstände verhältnismäßig begünstigt und im Zwischenzonenverkehr als die „Gebenden“ erscheinen mögen, weiß man genau, daß auf die Dauer gesehen das Wohl und Wehe aller Bundesländer und aller Landesteile von der Wiederherstellung eines völlig ungehinderten innerösterreichischen Güter- und Leistungsaustausches abhängt.

Durch das vom Ministerrat beschlossene *Warenverkehrsgesetz* wurde die Schicksalsfrage Österreichs, nämlich die Frage der Aufhebung der Demarkationslinien und damit die Beseitigung einer exklusiven Zonenwirtschaft klar und eindeutig den Besatzungsmächten zur Entscheidung vorgelegt. Das Warenverkehrsgesetz ermächtigt das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, im Verordnungswege eine *zentrale Bewirtschaftung* auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion einzurichten. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Verordnungen ausgearbeitet, die den Verkehr mit Eisen, Stahl, Metallen, Erzeugnissen aus diesen Rohstoffen, mit Textilrohstoffen, Häuten, Fellen und anderen Gütern staatlich regeln sollen. Der Alliierte Rat hatte das Warenverkehrsgesetz mit seinen Durchführungsverordnungen im März 1946 zurückgewiesen. Inzwischen ist dem Nationalrat neuerlich die Vorlage eines Warenverkehrsgesetzes unterbreitet worden; nach dem neuen Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 tritt der Beschluß des Nationalrates vom 24. Juli 1946

in Kraft, wenn die Alliierten nicht binnen 31 Tagen einstimmig Einspruch erheben.

Arbeitslage

Ein genauerer Überblick über die *Beschäftigungslage* in Österreich, und zwar sowohl hinsichtlich der absoluten Größenverhältnisse als auch über die Verwendung der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen (also auch über die gegenüber der Vorkriegszeit erfolgten strukturellen Veränderungen), wird erst nach Abschluß der zurzeit in den einzelnen Bundesländern laufenden Beschäftigungserhebungen möglich sein. Aber auch das dann vorliegende Bild wird in der Folge noch viele Modifikationen erfahren, denn die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich in den erhobenen Zahlen widerspiegeln, werden noch als weitgehend irregulär gelten müssen. Es läßt sich heute vor allem noch nicht absehen, in welcher Weise quantitativ und qualitativ die Berufsstruktur unserer Wirtschaft durch die Rückkehr der noch zu erwartenden österreichischen Heimkehrer verändert werden wird. Erst nach Abschluß der durch den Krieg bewirkten großen Menschenbewegungen, von denen Österreich mit Rücksicht auf seine geographische Mittellage in Europa in besonderer Weise betroffen wurde, und erst wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen „normalisiert“ haben werden — auch wenn wir dann noch immer erst am Beginn des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft stehen sollten —, wird es möglich sein, auf Grund einer umfassenden *Volks- und Betriebszählung* Klarheit über den uns zur Verfügung stehenden Wirtschaftsfaktor „Mensch“ zu gewinnen.

Auf der anderen Seite aber treten täglich unmittelbar lebensnahe Ansprüche an die Arbeitsvermittlungsstellen heran, die unaufschiebbare Entscheidungen verlangen. Um diese, aus der unmittelbaren Lebensnot heraus zu treffenden Dispositionen aber doch über das rein Improvisatorische und Zufällige hinauszuhelien, mag es auch in der gegenwärtigen Übergangsphase gerechtfertigt erscheinen, zu versuchen, vorläufig wenigstens allgemeine Gesichtspunkte und Leitlinien aufzuzeigen, die sich vorsichtig an die tatsächlichen Verhältnisse heranzutasten bemühen. Gewiß werden dabei unvermeidlich große Fehlerquellen in Kauf genommen werden müssen. Sofern man sich jedoch immer der Bedingtheit und Problematik der ermittelten Größen und gewonnenen

Teilerkenntnisse bewußt bleibt, kann die Gefahr voreiliger Verallgemeinerungen und endgültiger Schlußfolgerungen verhältnismäßig leicht vermieden werden.

Voraussichtlich tiefgehende strukturelle Veränderungen

Die vorläufigen Ergebnisse einer im Landesarbeitsamtsbezirk *Salzburg* mit dem Stichtag 17. November 1945 durchgeführten Beschäftigten-erhebung weisen auf tiefgreifende strukturelle Wandlungen hin, die während des Krieges und nach Kriegsende vermutlich nicht nur in der Wirtschaft des Landes *Salzburg*, sondern in ganz Österreich vor sich gegangen sind.

Das vorhandene statistische Material erlaubt zwar nicht uneingeschränkt einen Vergleich mit den vor Ausbruch des Krieges bestandenen wirtschaftlichen Verhältnissen, da die Erhebungsgrundlagen der Beschäftigtenzählungen vom 17. November 1945 und 17. Mai 1939 nicht völlig übereinstimmen. Die in Übersicht 9 gegebene Gegenüberstellung beschränkt sich daher auf jene Wirtschaftszweige, in denen eine Vergleichbarkeit einigermaßen vorhanden ist. (Im Nachrichten- und Verkehrswesen, in der Öffentlichen Verwaltung einschließlich Wehrmacht und Erziehung und in einigen anderen Berufszweigen verbieten die zu verschiedenen Erhebungsgrundlagen selbst einen vorsichtigen Vergleich.)

Nach der letzten Vorkriegszählung vom 17. Mai 1939 betrug die Gesamtzahl aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Lande *Salzburg* 84.162 Personen. Obwohl inzwischen beträchtliche

Beschäftigungsstand im Lande *Salzburg* 1939 und 1945 [Übersicht 9]

Wirtschaftszweige	Anzahl der Beschäftigten		
	absolut		1945 in v. H. von 1939
	17. Mai 1939	17. Nov. 1945 ¹⁾	
Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten	84.162	94.474	112'3
davon:			
Land- und Forstwirtschaft	44.688 ²⁾	28.157	63'0
Bergbau	579	684	118'1
Steine und Erden	2.492	906	36'4
Eisen- und Metallindustrie	1.836	3.308	180'3
Elektrotechnik	315	886	281'3
Feinmechanik und Optik	49	244	498'0
Chemische Industrie	222	573	258'1
Textilindustrie	504	868	172'2
Papierherstellung und -verarbeitung	702	536	76'4
Druck- u. Vervielfältigungsgewerbe	427	733	171'7
Ledergewerbe	85	711	836'5
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2.446	3.909	159'8
Bekleidungsindustrie	744	3.313	445'3
Musikinstrumenten- und Spielwaren- erzeugung	17	122	717'6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2.964	3.518	118'7
Bau- und Baunebengewerbe	7.820	7.317	93'6
Handel	2.864	5.073	177'1
Geld und Versicherung	745	980	131'5
Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung	607	1.017	167'5
Gaststättenwesen	4.121	3.116	75'6

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse einer Beschäftigterhebung des Landesarbeitsamtes *Salzburg*. — ²⁾ Davon 16.062 Familienremde, 28.515 Familienangehörige und 111 nicht landwirtschaftliche Kräfte.

Kriegsverluste gerade in den leistungsfähigsten Jahrgängen eintraten und zahlreiche österreichische Kriegsgefangene noch nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind, erhöhte sich im Lande *Salzburg* die Zahl der Beschäftigten um mehr als 10.000 Personen auf 94.474.

Der Beschäftigtenstand in den einzelnen Berufszweigen hat sich sehr ungleich entwickelt. Während sich die Zahl der Beschäftigten in den im Lande *Salzburg* als bodenständig anzusehenden Gewerben im allgemeinen stark verringerte, haben andere, bisher vielfach weniger bedeutende Berufszweige einen teilweise auffallend starken Zuwachs neuer Kräfte erhalten. Zur ersten Gruppe zählen jene Gewerbe, deren Ausübung, wie die Land- und Forstwirtschaft, das Bau- und Baunebengewerbe und die Gewinnung von Steinen und Erden, mit großem körperlichem Aufwand verbunden sind. Aber auch das unter normalen Bedingungen für *Salzburg* wichtige Gaststättengewerbe (Fremdenverkehr) hat ein Viertel seines Beschäftigtenstandes verloren, ebenso die Papierindustrie. Dagegen hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, im Bekleidungs- und Ledergewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie, in der chemischen Industrie und in den Holzverarbeitenden Gewerben (insbesondere auch in der Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung) wesentlich erhöht (siehe Übersicht 9). Es handelt sich fast durchwegs um Fabrikationszweige, deren Erzeugungsapparat verhältnismäßig leicht transportabel und deren Rohstoffbedarf nicht ausgesprochen standortbedingt ist, so daß ihre Verlagerung in die geschützteren Alpengegenden ohne größere Schwierigkeiten möglich war. Zweifellos werden viele dieser kriegsbedingten Standortverlagerungen wieder rückgängig gemacht werden. Zu einem erheblichen Teile aber haben sich die gewerblichen Betriebe in ihre neue Umgebung bereits eingelebt und neue soziale und wirtschaftliche Lebensverhältnisse begründet, die auch in der künftigen Struktur der österreichischen Wirtschaft ihren Platz behaupten werden.

Relativ hoher Beschäftigungsstand — mittlere Kapazitätsausnutzung — leere Kaufläden in Wien

Die gemachten Vorbehalte über den Erkenntniswert des gegenwärtig vorhandenen Erhebungsmaterials über die Beschäftigungslage gelten insbesondere auch für die Beurteilung der Arbeitslage in Wien. Der im folgenden dargestellte Zusammenhang zwischen dem derzeit ausgewiesenen Beschäftigungsstand und der mittleren Kapazitäts-

ausnutzung sowie der unverhältnismäßig gering erscheinenden Produktionsleistung muß daher ebenfalls mit Vorsicht gewertet werden.

Die Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte wies am 1. Juni 1946 für das Gebiet von Groß-Wien 382.307 Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte) aus, das sind 88·7 v. H. der Beschäftigten zur Zeit knapp vor der Befreiung Österreichs (1. April 1945) und 84·4 v. H. der Beschäftigten um die Jahreswende 1944/45¹⁾ (siehe Übersicht 10).

Beschränkt man den Vergleich auf die Zahl der männlichen Beschäftigten, so fällt der gegenwärtige überraschend hohe Beschäftigungsstand noch mehr auf. Die Zahl der männlichen Beschäftigten war am 1. Juni 1946 bereits um 13·6 v. H. größer als am 1. April 1945 und um 7·6 v. H. höher als am 1. Jänner 1945.

Die Zahl der weiblichen Beschäftigten ist im ersten Nachkriegsjahr stark zurückgegangen; am 1. Juni 1946 wurden nur noch 61·7 v. H. der um die Jahreswende 1944/45 beschäftigt gewesenen weiblichen Kräfte ausgewiesen. In dieser Entwicklung spiegelt sich deutlich das Ausscheiden zahlreicher Frauen aus dem kriegswirtschaftlich bestimmten Arbeitsprozeß.

Bemerkenswerte Unterschiede in der Entwicklung des Beschäftigungsstandes zeigen sich aber nicht nur zwischen männlichen und weiblichen Be-

schäftigten, sondern vor allem auch zwischen *Arbeitern* und *Angestellten*. Während die Zahl der männlichen Arbeiter vom 1. Jänner 1945 bis 1. Juni 1946 von 100 auf 100·8 gestiegen ist, erhöhte sich die Zahl der männlichen Angestellten in der gleichen Zeit von 100 auf 134·2. Eine ähnliche, wenn auch nicht so stark hervortretende Tendenz einer Übersetzung der Angestelltenberufe läßt sich auch bei den weiblichen Beschäftigten erkennen: während die Zahl der Arbeiterinnen in der Zeit vom 1. Jänner 1945 bis 1. Juni 1946 fast um die Hälfte abnahm (von 100 auf 54·5), ist die Abnahme der weiblichen Angestellten (von 100 auf 75·9) viel geringer.

Für die Beurteilung der heutigen Beschäftigungslage und für die Abschätzung der künftigen Entwicklung ist der Vergleich mit den entsprechenden Ziffern aus der Zeit vor der Besetzung Österreichs besonders aufschlußreich, weil er das Verhältnis zur Beschäftigungsstruktur der österreichischen Friedenswirtschaft aufzeigt²⁾. Darnach waren am 31. Dezember 1937 in Groß-Wien rund 150.200 (Wien-Stadt 143.486) *Arbeiter* und rund 90.900 (86.756) *Arbeiterinnen* beschäftigt (siehe Übersicht 10). Es sind also heute, obwohl wir uns in einem wirtschaftlichen Lähmungszustand befinden, um 29.500 *mehr* beschäftigte Arbeiter ausgewiesen als am Ende des letzten österreichischen Friedensjahres. (Am 28. Februar 1938 gab es in Wien und

¹⁾ Die Zahl der derzeit in der Industrie und im Gewerbe *krankenversicherten* Arbeiter und Angestellten ist, wie weiter unten (S. 34) noch ausgeführt werden wird, nicht uneingeschränkt mit der Zahl der in diesen Berufszweigen *tatsächlich* beschäftigten Arbeiter und Angestellten gleichzusetzen. Eine Schätzung der Beschäftigten auf Grund der für Arbeiter und Angestellte ausgegebenen Lebensmittelkarten dürfte aber noch weniger aufschlußreich sein, weil u. a. die Zusatzkartenempfänger vielfach einem anderen Personenkreis angehören als die industriell-gewerblich Tätigen.

²⁾ Der Vergleich kann allerdings nicht ganz exakt durchgeführt werden, weil die Erhebungsgrundlagen von 1937/38 und 1945/46 nicht vollkommen übereinstimmen. Die Beschäftigungsausweise der Arbeiterkrankenkasse der gewerblichen Betriebe einschließlich der Gehilfen-(Hilfsarbeiter)-Krankenkassen aus den Jahren 1937/38 dürften aber weitgehend den gleichen Personenkreis umfassen wie die der Gebietskrankenkasse in den Jahren 1945/46. Da für 1937 nur Ziffern für Wien-Stadt zur Verfügung stehen, wurden, um eine Vergleichbarkeit der Zahlen zu erreichen, die Ziffern (für 1937) für Groß-Wien geschätzt.

Stand der bei der Wiener Gebietskrankenkasse versicherten Arbeiter und Angestellten in Groß-Wien

[Übersicht 10]

Stand am	In Betrieben und Unternehmungen Beschäftigte								Insgesamt Beschäftigte ¹⁾		davon			
	Arbeiter				Angestellte						männlich		weiblich	
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.						
1. Jänner 1945	178.072	100·0	152.285	100·0	45.693	100·0	77.144	100·0	453.195	100·0	223.765	100·0	229.430	100·0
1. April 1945	167.723	94·2	144.629	95·0	44.166	96·7	74.618	96·7	431.136	95·1	211.889	94·7	219.247	95·6
1. Juli 1945	124.951	70·2	103.651	68·1	40.621	88·9	68.569	88·9	337.792	74·5	165.572	74·0	172.220	75·1
1. Oktober 1945	114.370	64·2	74.709	49·1	36.426	79·7	60.631	78·6	286.136	63·1	150.796	67·4	135.340	59·0
1. Jänner 1946	136.477	76·6	74.917	49·2	50.648	110·8	55.990	72·6	318.032	70·2	187.125	83·6	130.907	57·1
1. April 1946	156.981	88·2	78.064	51·3	57.484	125·8	57.387	74·4	349.916	77·2	214.465	95·8	135.451	59·0
1. Juni 1946	179.480	100·8	82.963	54·5	61.322	134·2	58.542	75·9	382.307	84·4	240.802	107·6	141.505	61·7
31. Dezember 1937	143.486 ²⁾ 150.200 ²⁾	—	86.756 ²⁾ 90.900 ²⁾	—	74.416 ²⁾ 76.900 ²⁾	—	45.811 ²⁾ 47.400 ¹⁾	—	350.469 ²⁾ 365.400 ²⁾	—	217.902 ²⁾ 227.100 ²⁾	—	132.567 ²⁾ 138.300 ²⁾	—

¹⁾ Einschließlich aller Ausländer, die am 1. April 1945 71.494, am 1. Juli 1945 33.071, am 1. Oktober 1945 19.392, am 1. Jänner 1946 23.636, am 1. April 1946 26.415 und am 1. Juni 1946 28.032 (davon rund 12.000 Reichs- und Volksdeutsche) betragen. — ²⁾ Die Ziffer beinhaltet die von der Arbeiterkrankenkasse für gewerbliche Betriebe und Fabriken und die von der Gehilfenkrankenkasse (Hilfsarbeiter) ausgewiesenen Beschäftigten für das Gebiet von Wien-Stadt. — ³⁾ Geschätzte Ziffer für Groß-Wien.

Umgebung, abgesehen von den sogenannten „unsichtbaren“ Arbeitslosen, noch zusätzlich rund 112.000 zur Vermittlung vorgemerkte arbeitslose Arbeiter.) Die Zahl der heute (1. Juni 1946) beschäftigten Arbeiterinnen (82.963) bleibt allerdings hinter der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen vom 31. Dezember 1937 zurück (rund 90.900). Hier wird die bereits oben erwähnte Flucht der Arbeiterinnen, die jahrelang zwangsweise in den kriegswirtschaftlichen Prozeß eingespannt waren, aus der Berufstätigkeit deutlich sichtbar. Es zeigt sich jedoch, daß mit zunehmender Normalisierung der Lebensverhältnisse ein erheblicher Teil dieser Frauen, offenbar auch unter dem Druck der Verhältnisse, um das Familieneinkommen zu erhöhen, sich allmählich wieder in den Arbeitsprozeß einzubauen genötigt ist.

Bemerkenswert sind die Veränderungen im Stand der *Angestellten*. Überwog im Jahre 1937 die Zahl der männlichen Angestellten (76.900) weit aus die Zahl der weiblichen Angestellten (47.400), so hat sich im Verlaufe des Krieges eine Umkehrung des Anteiles der männlichen und der weiblichen Angestellten innerhalb der Gesamtzahl der Angestellten herausgebildet, die zunächst auch noch nach Kriegsende einige Zeit hindurch bestehen blieb. Mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen ist jedoch die kriegsbedingte Entwicklung des starken Frauenanteils wieder rückgängig geworden (siehe Übersicht 10). Am 1. April 1946 waren die Zahlen der männlichen und weiblichen Angestellten fast gleich (57.484 gegen 57.387), am 1. Juni 1946 standen 58.542 weiblichen Angestellten bereits 61.322 männliche Angestellte gegenüber. Es ist aber damit zu rechnen, daß infolge der erheblichen Kriegsverluste unter den männlichen Angestellten viele Frauen auch künftig ihren Arbeitsplatz werden behaupten können. Im übrigen sind die männlichen und weiblichen Angestelltenberufe zusammen heute (in der gewerblichen Wirtschaft Wiens, also ausschließlich der Angestellten im öffentlichen Dienst) fast friedensmäßig (96 v. H. vom Stand 1937) besetzt.

Der von den Krankenkassen ausgewiesene gegenwärtige industriell-gewerbliche Beschäftigungsstand in Wien ist sowohl im Vergleich zu den letzten Kriegsmonaten als insbesondere auch im Vergleich zum Beschäftigungsstand im Friedensjahr 1937 überraschend hoch und dürfte, nach allen Erfahrungen, mit der Zahl der gegenwärtig *tatsächlich* beschäftigten Arbeiter und Angestellten nicht ganz übereinstimmen. Viele Betriebe können heute ihre Arbeiter nicht ausreichend beschäftigen,

aber sie führen sie weiterhin im Stand, um auf diese Weise den Kern ihrer Belegschaften zusammenzuhalten und im Augenblick der erhofften wirtschaftlichen Wiederbelebung möglichst arbeitsbereit zu sein. Diese Arbeiter und Angestellten haben vor allem die innerbetrieblichen Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten geleistet und werden erst allmählich wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet.

Unter diesen Umständen können auch die von den Betrieben gemachten Angaben über die Höhe der *geleisteten Arbeitsstunden* zur Beurteilung des Produktionsvolumens nur beschränkt herangezogen werden. Das bisher über diese Frage erhobene bzw. zur Verfügung stehende statistische Material ist außerdem nicht repräsentativ genug, um aus ihm weiter reichende Schlußfolgerungen ziehen zu können; von 2.337 in Wien befragten Industriebetrieben (mit 6 und mehr Beschäftigten)¹⁾ haben im Monat April 1.775, im März 1.712, im Feber 1.551 und im Jänner sogar nur 1.295 geantwortet. Immerhin lassen sich aus den eingegangenen bzw. nicht eingegangenen Daten einige Anhaltspunkte gewinnen.

Der größte Teil der fast 600 Wiener Industriebetriebe, d. i. rund ein Viertel aller befragten Betriebe, die im April d. J. auf die Fragebogen nicht reagierten (im Jänner d. J. waren es noch 45 v. H.), dürften zur Zeit der Befragung noch inaktiv gewesen sein. Von den Wiener Betrieben, die die Fragebogen beantworteten, waren im April 382 Betriebe (rund ein Fünftel) noch ausschließlich mit der Beseitigung innerbetrieblicher Kriegsschäden beschäftigt. Von den *bereits erzeugenden* Betrieben arbeiteten 78,4 v. H. voll in 48stündiger Arbeitszeit (15 Betriebe arbeiteten sogar über 48 Stunden), 19,2 v. H. der Betriebe arbeiteten 31 bis 47 Stunden und 1,4 v. H. bis 30 Stunden wöchentlich (siehe Übersicht 51 auf Seite 74).

Hinter dem von den Krankenkassen ausgewiesenen Stand der Beschäftigung und der erhobenen durchschnittlichen Arbeitsdauer bleibt — unter Zugrundelegung der unvollständigen Produktionserhebung vom April d. J. — die *Kapazitätsausnutzung* in der Wiener Industrie einigermaßen zurück. Immerhin haben von 1.393 erzeugenden Betrieben 12,3 v. H. eine 100% ige, 23,1 v. H. eine 51 bis 99% ige und 35,8 v. H. eine 26 bis 50% ige Kapa-

¹⁾ Da nach Angaben der Industriesektion der Wiener Handelskammer in Wien 2.125 industrielle Betriebe mit 6 und mehr Beschäftigten gezählt wurden (1939), dürften bei der gegenwärtigen Erhebung praktisch wohl allen in Betracht kommenden Betrieben Fragebogen zugesandt worden sein.

zitätsausnützung gemeldet. Dieser Anteil ist um so bemerkenswerter, als sich gerade unter den besser ausgenützten Betrieben eine Reihe größerer Betriebs-einheiten befindet (siehe Übersicht 46, Seite 70, und Übersicht 47, Seite 71).

Zu den immerhin nicht unbeachtlichen Ziffern der Beschäftigung, der Arbeitszeit und der Kapazi-tätsausnützung scheint die *völlig ungenügende Ver-sorgung* der Wiener Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen in auffallendem Widerspruch zu stehen, zumal neben der Industrie auch das Hand-werk, das durch Kriegseinwirkungen sowohl hin-sichtlich seiner technischen Ausstattung als auch seiner Vorratshaltung viel weniger stark betroffen wurde als die Industrie, bereits in einem erheblichen Umfang wieder arbeitet und Güter des täglichen Bedarfes erzeugt.

Bei der Beurteilung dieses Sachverhaltes muß zunächst bedacht werden, daß ein erheblicher Teil der bereits aktiven Betriebe in Wien nicht Güter des täglichen Verbrauches, sondern *Produktionsgüter* er-zeugt. Es handelt sich dabei vor allem um die in Wien gut vertretene Maschinenindustrie, weiter um den Fahrzeugbau, um die Gießereien, den Stahl- und Eisenbau und teilweise auch um die stark zählenden Elektro-, Eisen- und Metallwaren- und chemischen Industriebetriebe. Zwar sind die einzelnen Betriebe der Produktionsmittelerzeugung zum Teil noch nicht in der Lage, fertige Aggregate herzustellen, aber sie befassen sich doch bereits mit der Er-zeugung von Bestandteilen aller Art, mit der Her-stellung von Werkzeugen und mit Reparaturarbeiten. Die meisten dieser Betriebe, besonders in der Elektro- und Maschinenindustrie, haben unter Demontagen, die den technischen Fertigungsapparat desorgani-sierten, schwer gelitten. Die Ergebnisse der in der Produktionsgütererzeugung bereits vielfach geleiste-ten Arbeiten treten naturgemäß für den Letztver-braucher nicht sichtbar in Erscheinung, sie bedeuten jedoch für die Gesamtwirtschaft den Beginn einer neuen Realkapitalbildung.

Vor allem beschäftigten Staat, Länder, Gemeinden, Eisenbahnen, Post, Telegraph, Telephon, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke eine Reihe von Industrien und Ge-werben überwiegend oder sogar bis zum Ausmaß der heute möglichen Kapazitätsausnützung, wobei es sich vor-nehmlich um die Beseitigung von Kriegsschäden handelt. Der Elektroindustrie obliegt die Instandsetzung der Wiener Fernsprechämter, der Signal- und Melde-einrichtungen sowie anderer elektrischer Anlagen von Post und Bahn, die Überholung der Telephon- und son-stigen elektrischen Apparate, die Durchführung von Installationsarbeiten für Straßen- und Eisenbahnen, Post, Telegraph und Telephon, die Ausstattung mit elektrischen Meßgeräten, - die Belieferung mit Akkumulatoren und

Trockenbatterien. Die Eisen- und Metallindustrie hat u. a. Präzisionswerkzeuge, Lehren und Lokomotivsteuerungs-teile für die Eisenbahnen anzufertigen, für verschiedenen Bahnbedarf zu sorgen, die Reparatur von Werkzeug-maschinen durchzuführen. Bei Bau-, Tür- und Fenster-beschlägen usw. haben die öffentlichen Auftraggeber den Vorrang, ebenso bei der Reparatur von eisernen Kassen, Panzerschränken und Aufzügen, ferner bei der Belieferung mit landwirtschaftlichen Geräten. Die Papier-, papierverarbeitende Industrie und das graphische Ge-werbe haben die Großaufträge für Formulare, Druck-sorten und andere Druckerarbeiten zu bewältigen, wobei z. B. die Herstellung von Schulbüchern für Druckereien und Buchbindereien eine gewaltige Beanspruchung dar-stellt. Textil- und Bekleidungsindustrie haben Gendarmerie, Polizei, Bahn und Post mit Uniformen auszustatten. Die Arbeiten der genannten Industrien und Gewerbe erfordern naturgemäß Erzeugnisse und Leistungen anderer Indu-strien und Gewerbe, so daß auch bei diesen wieder die privaten Abnehmer zurückstehen müssen.

Die *Verbrauchsgüterindustrien* wiederum stehen zu einem erheblichen Teil noch im Dienste der alliierten Mächte. So erhielt die Bekleidungsindustrie laufend Aufträge für die Herstellung neuer Unifor-men und anderer Fertigungen. Ebenso belieferten verschiedene Textilbetriebe alliierte Stellen. Die Ledererzeugung verarbeitete eine Zeitlang Häute ausschließlich für die russische Besatzungsmacht. Die Schuhindustrie und die Lederwarenerzeugung sind ebenfalls vielfach für die alliierten Truppen beschäf-tigt, wobei die Auftraggeber in der Regel auch die Rohstoffe für die Fertigungen zur Verfügung stellen. In der Papierverarbeitung sowie im graphischen Gewerbe sind erhebliche Aufträge für Rußland ein-gegangen. Die Möbeltischlereien haben neue Möbel für die Besatzungsmächte angefertigt. Auch viele der leistungsfähigsten Wiener Fleischer-, Bäcker- und Konditoreibetriebe arbeiten überwiegend oder ausschließlich für den Bedarf der alliierten Mächte.

Die in Wien besonders stark vertretenen *Ex-ports-Fertigungsindustrien* beschränken sich mangels Rohstoffen im allgemeinen meist noch auf die Her-stellung von Muster- und Schaustücken, teilweise aber tätigen auch sie unechte „Exportgeschäfte“ mit Angehörigen der alliierten Mächte.

Die Minderversorgung der Wiener Bevölkerung mit Verbrauchsgütern erklärt sich also *teilweise* daraus, daß die in Wien beheimateten Industrien vielfach nur Produktionsgüter erzeugen, sowie aus dem Umstande, daß erhebliche Bestände der produ-zierten Konsumgüter unmittelbar von den alliierten Mächten gekauft werden, wobei für die Liefer-firmen die getätigten Geschäfte finanziell sehr günstig waren, denn die erzielten, aus den Besatzungskosten bestrittenen Erlöse überstiegen häufig um ein Viel-faches die offiziellen Stopppreise. Auf diese Weise

verfügen eine Reihe von Betrieben über reichliche finanzielle Mittel, mit denen sie u. a. alte Schulden abzahlen und die Sozialversicherungsbeiträge ihrer zum Teil nicht oder nicht voll beschäftigten Arbeiter leisten.

Zum anderen erklärt sich das auffallend geringe Güterangebot auf dem regulären Markte¹⁾ aber auch daraus, daß manche Betriebe ihre Erzeugnisse weitgehend im Naturaltausch oder Naturalringtausch (wobei das Geld nur als Rechengröße fungiert) oder zu mitunter außerordentlichen Überpreisen auf dem schwarzen Markt zu verwerten suchen. Dieser Vorgang wird durch das in Ost-Österreich vollständig unzulänglich funktionierende Bewirtschaftungssystem

1) Die der heimischen Bevölkerung bereits zugute kommenden, wenn auch sehr bescheidenen Verbrauchsgütermengen und Leistungen dürfen allerdings nicht völlig übersehen werden. So sind z. B. Papierwaren wieder in großer Auswahl erhältlich, ob es sich nun um Briefumschläge, Notizbücher, Kalender in den verschiedensten Ausführungen handelt oder um Papiersäcke und Kartonnagen für die Verpackung von Lebensmitteln oder Arzneien oder um Schulhefte. Die Buchdruckereien liefern Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, die Buchbindereien sind dadurch — besonders mit der Herstellung von Schulbüchern — ebenfalls beschäftigt. In der Holzverarbeitung ist besonders die Arbeit der Bautischler bei den Wohnungs- und Häuserreparaturen hervorzuheben, ferner werden Kisten, Holzdauben, Särge usw. angefertigt. Es werden auch kunstgewerbliche Arbeiten aus Holz hergestellt, doch widersprechen sich hier sehr oft Qualität und Preis. Die Taschner erzeugen zwar noch kaum Lederwaren, aber in den einschlägigen Geschäften sind Taschen, Geldbörsen, Brieftaschen u. ä. aus Stoff oder Werkstoff erhältlich. Die Glasindustrie liefert in größeren Mengen Fensterglas, weiter Hohlglas (z. B. Fläschchen für die Apotheken) usw. Behelfe zur Wohnungs- und Haushaltspflege sind wieder erhältlich, auch Elektrogeräte, Eßbestecke oder Trinkgläser finden sich schon in den Geschäften. Zu er-

stark begünstigt (siehe Abschnitt Bewirtschaftung Seite 29). Bis zu einem gewissen Grade mögen die Betriebe bisher²⁾ zum Naturaltausch insofern auch genötigt worden sein, als sie ihre Arbeiterschaft nur dann arbeitsfähig und arbeitswillig erhalten konnten, wenn sie es verstanden haben, mit ihren Erzeugnissen andere lebenswichtige Güter, insbesondere zusätzliche Nahrungsmittel für die Belegschaften einzutauschen. Oftmals konnten auch die benötigten Rohstoffe und produktionswichtigen Hilfsstoffe nur auf diese Weise beschafft werden. Viele Unternehmer mögen nicht zuletzt auch durch die offiziell gehandhabte rigorose Preis- und Lohnpolitik, die den völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht

wähnen sind ferner verschiedene Erzeugnisse der Eisen- und Metallwarenindustrie, z. B. die Ofentypen, die die Knappheit an Brennstoffen im Haushalt zu überbrücken helfen, die sogenannten „Hausfreunde“, Ölboys und dergleichen. Zu Neuanfertigungen, aber auch bloß zu Reparaturen für die Bevölkerung sind die meisten verbrauchsgütererzeugenden Betriebe in der Regel allerdings nur bereit, wenn das benötigte Rohmaterial und die erforderlichen Zutaten beigelegt werden. Den Betrieben und Werkstätten fehlt oft jegliches Rohmaterial, so daß sie keine neuen Waren anfertigen können (z. B. Hüte, Kleider, Wäsche, Bürsten usw.).

2) Das am Höhepunkt der Ernährungskrise im Monat Mai gebildete Ernährungsdirektorium, das aus den drei Bundesministern für Ernährung, Landwirtschaft und Inneres zusammengesetzt ist, verbot in seiner ersten Sitzung ausdrücklich alle bisher üblichen Sonderaktionen der Großbetriebe, sich in eigener Regie auf dem Lande Nahrungsmittel für ihre Belegschaften zu beschaffen. Für das Gewerbe würde eine entsprechende Maßnahme zur Abstellung des zwischenbetrieblichen Tausches von Mangelgütern (etwa Schuhe gegen Textilien), wenn sie wirksam sein sollte, allerdings die Schaffung einer straffen Bewirtschaftungsordnung voraussetzen.

Entwicklung der Beschäftigung in 1.203 repräsentativen gewerblichen Betrieben Oesterreichs

August 1945 bis März 1946

[Übersicht II]

Klasse ¹⁾ (Wirtschaftsgruppe)	Zahl der Betriebe	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März ²⁾
		1945	1945	1945	1945	1945	1946	1946	1946
Stand Anfang August 1945 = 100									
Bergbau und Salinen	35	100·0	103·6	107·7	112·3	115·5	116·7	117·3	121·2
Steine, Erden, Ton und Glas	48	100·0	111·9	121·1	131·8	133·2	137·5	137·0	147·0
Baugewerbe	104	100·0	101·2	103·3	115·2	119·3	117·9	107·3	113·7
Elektrizitätswerke	14	100·0	113·1	117·3	119·9	122·9	124·5	126·8	127·8
Eisen- und Metallindustrie	382	100·0	106·6	112·8	118·6	123·9	127·3	130·6	135·2
Holzindustrie	63	100·0	105·7	113·6	117·7	118·6	119·2	122·3	124·1
Leder und Häute	15	100·0	106·2	117·2	113·4	115·2	118·2	118·0	119·6
Textilindustrie	104	100·0	109·3	106·2	120·8	126·3	129·9	132·5	136·0
Bekleidungsindustrie	65	100·0	102·4	106·2	111·5	107·4	111·3	110·4	118·0
Papierindustrie	42	100·0	103·0	108·2	111·0	115·7	117·6	116·7	112·4
Graphische Industrie	38	100·0	105·0	112·7	116·1	123·5	127·0	131·9	135·7
Chemische Industrie	81	100·0	105·7	115·1	115·2	119·8	124·7	131·9	134·8
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	116	100·0	103·9	106·2	110·5	111·8	107·7	107·4	108·7
Bergbau und Industrie zusammen	1.107	100·0	105·8	110·5	116·2	120·0	121·7	123·3	126·7
Hotel-, Gast- und Schank- gewerbe ³⁾	68	100·0	126·7	134·9	139·2	146·6	147·1	146·4	146·8
Handel	28	100·0	90·5	91·3	92·2	92·2	90·7	94·5	96·2
Gesamtindex	1.203	100·0	105·7	110·3	115·8	119·5	121·2	122·8	126·0

¹⁾ Einteilung nach dem systematischen Verzeichnis der gewerblichen Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1930. —
²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Fast nur Wiener Betriebe.

Die Arbeitszeit in Industrie und Bergbau Oesterreichs¹⁾
(I. Lohnwoche, März 1946)

[Übersicht 12]

Klasse ²⁾ (Wirtschaftsgruppe)	Zahl der Betriebe	3)	Zahl der Arbeiter				Zahl der Lehrlinge ⁴⁾	Zahl der Angestellten	Gesamtzahl der Beschäftigten	
			mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von Stunden							
			unter 40	40 bis unter 48	48	über 48				
Bergbau und Salinen	35	M	80	145	8.090	146	8.315	280	678	9.273
		F	22	16	401	10	449	8	142	599
		Z	102	161	8.491	156	8.910	288	820	10.018
		v. H.	1'14	1'81	95'30	1'75	100'00			
Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas	48	M	171	270	2.301	239	2.981	97	396	3.474
		F	69	39	514	10	622	6	186	814
		Z	240	299	2.815	249	3.603	103	582	4.288
		v. H.	6'66	8'30	78'13	6'91	100'00			
Baugewerbe	104	M	171	237	2.204	1.639	4.251	139	683	5.073
		F	28	28	167	105	328	3	262	593
		Z	199	265	2.371	1.744	4.579	142	945	5.666
		v. H.	4'35	5'79	51'78	38'08	100'00			
Elektrizitätswerke, sonstige Kraftanlagen, Wasserwerke	14	M	81	79	2.653	470	3.283	425	1.103	4.811
		F	25	7	177	15	224	60	345	629
		Z	106	86	2.830	485	3.507	485	1.448	5.440
		v. H.	3'02	0'25	80'70	13'83	100'00			
Eisen- und Metallindustrie	382	M	1.534	5.334	19.181	3.065	29.114	2.947	6.564	38.625
		F	526	1.262	3.559	204	5.542	171	3.087	8.800
		Z	2.060	6.596	22.731	3.269	34.656	3.118	9.651	47.425
		v. H.	5'94	19'03	65'59	9'44	100'00			
Holzindustrie	63	M	63	417	2.739	721	3.940	199	432	4.571
		F	38	174	517	32	761	19	197	977
		Z	101	591	3.256	753	4.701	218	629	5.546
		v. H.	2'15	12'57	69'26	16'02	100'00			
Lederindustrie	15	M	12	95	1.130	55	1.292	49	152	1.493
		F	33	67	382	5	487	3	85	575
		Z	45	162	1.512	60	1.779	52	237	2.068
		v. H.	2'53	9'11	84'99	3'37	100'00			
Textilindustrie	104	M	223	1.754	2.615	391	4.983	194	1.206	6.383
		F	947	2.812	3.665	127	7.551	121	673	8.354
		Z	1.170	4.566	6.280	518	12.534	315	1.879	14.728
		v. H.	9'34	36'43	50'10	4'13	100'00			
Bekleidungsindustrie	65	M	110	484	699	37	1.330	201	387	1.918
		F	204	1.106	759	5	2.074	256	519	2.849
		Z	314	1.590	1.458	42	3.404	457	906	4.767
		v. H.	9'22	46'71	42'83	1'24	100'00			
Papierherzeugung und -verarbeitung	42	M	61	313	3.382	395	4.150	247	745	5.142
		F	195	699	806	23	1.812	20	401	2.233
		Z	256	1.011	4.278	417	5.062	267	1.146	7.375
		v. H.	4'29	16'96	71'76	6'99	100'00			
Graphische Industrie	38	M	159	310	2.736	50	3.255	308	880	4.443
		F	303	186	1.366	15	1.870	22	580	2.472
		Z	462	496	4.102	65	5.125	330	1.460	6.915
		v. H.	9'01	9'68	80'04	1'27	100'00			
Chemische Industrie	81	M	64	724	2.790	1.406	4.084	173	1.499	6.656
		F	93	748	991	160	1.992	39	878	2.909
		Z	157	1.472	3.781	1.566	6.976	212	2.377	9.565
		v. H.	2'25	21'10	54'20	22'45	100'00			
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	116	M	209	900	6.944	2.162	10.215	358	2.029	12.502
		F	256	1.610	1.705	440	4.071	164	1.818	6.053
		Z	465	2.510	8.709	2.602	14.286	522	3.847	18.655
		v. H.	3'26	17'57	60'96	18'21	100'00			
Industrie und Bergbau zusammen	1.107	M	2.938	11.061	57.464	10.776	82.239	5.617	16.754	104.610
		F	2.739	8.744	15.150	1.150	27.783	892	9.173	37.848
		Z	5.677	19.805	72.614	11.926	110.022	6.509	25.927	142.458
		v. H.	5'16	18'00	66'00	10'84	100'00			

1) Erhebung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte.
 2) Einteilung nach der gewerblichen Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1930.
 3) M = Männer, F = Frauen, Z = Männer und Frauen zusammen, v. H. = Verteilung der Arbeiter nach der Arbeitszeit (unter 40, 40 bis unter 48, 48, über 48 Arbeitsstunden in der Woche), wenn die Gesamtzahl der Arbeiter = 100 v. H.
 4) Einschließlich der Lehrlinge der Angestelltenberufe (Praktikanten).

mehr voll Rechnung trägt, auf diesen gesamtwirtschaftlich äußerst bedenklichen Ausweg gedrängt worden sein, nachdem ihnen nur die Wahl blieb, entweder ihren Betrieb mangels Kostendeckung stillzulegen oder sich durch „Sonderaufträge“ und „Sonderverwertungen“ produktionsfähig zu halten. Im Effekt jedenfalls bewirken diese mehr unterirdisch sich vollziehenden Produktions- und Tauschkreise einerseits weitgehend leere Kaufäden für die breiten Schichten des Volkes und andererseits eine immer mehr fortschreitende Entgüterung unserer Wirtschaft mit Hilfe des Besetzungsgeldes sowie

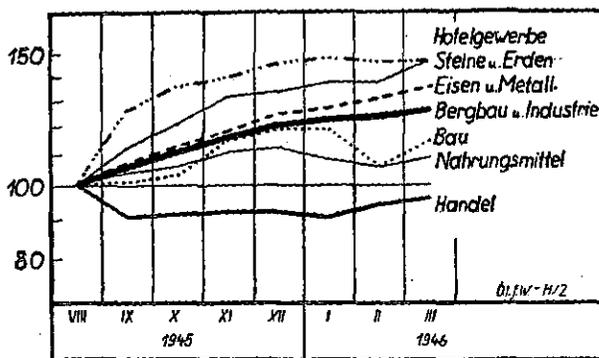
ein nach der Konversion des Schillings sich wieder neuerdings vertiefendes Mißverhältnis zwischen der Geld- und der Güterseite.

Beschäftigung und Arbeitszeit in 1.203 repräsentativen gewerblichen Betrieben Oesterreichs

Der Beschäftigungsindex für Industrie und Bergbau¹⁾ zeigt seit August 1945 eine steigende

1) Der Index wurde auf Grund der monatlichen Erhebungen der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte über den Beschäftigungsstand und die Arbeitszeit in 1.203 repräsentativen gewerblichen Betrieben berechnet. Bei der Auswahl der Betriebe wurden alle Bundesländer

Abb. 7. Beschäftigte von 1.203 Betrieben Oesterreichs
(Logarithmischer Maßstab; Anfang August 1945 = 100)



In den Groß- und Mittelbetrieben der Industrie hat sich seit Anfang August 1945 der Beschäftigtenstand ständig erhöht, am stärksten zwischen August und November, seither in einem mäßigeren Tempo.

Tendenz, doch hat sich das Tempo der Aufwärtsbewegung seit Dezember 1945 wesentlich verlangsamt: die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich von August bis Dezember von 100 auf 120 erhöht, von Dezember bis März aber nur noch von 120·0 auf 126·7. Die stärkste Entwicklung zeigt die Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas, die im Monat März einen Index von 147·0 erreichte (nach einem kleinen Rückgang von Jänner auf Februar von 137·5 auf 137·0). Es folgen die Textilindustrie (136·0), das graphische Gewerbe (135·7), die Eisen- und Metallindustrie (135·2), die chemische Industrie (134·8) und die Elektrizitätswerke (127·8). Alle übrigen Berufszweige liegen unter dem Gesamtdurchschnitt (126·7), wenn auch die Holzindustrie (124·1) und der Bergbau (121·2) eine beständige Aufwärtsbewegung des Beschäftigungsstandes aufweisen. Die Beschäftigungsindizes der Lederindustrie (119·6) und der Bekleidungsindustrie (118·0) erreichten zwar im Monat März 1946 den höchsten Stand, zeigen aber in den vorhergehenden Monaten verschiedentlich Rückschläge an. Im Baugewerbe und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurde der bisher höchste Beschäftigungsstand im Dezember 1945, in der Papierindustrie im Jänner 1946 erreicht, obwohl auch in diesen relativ günstigen

berücksichtigt. Die befragten Betriebe melden seit August 1945 ihren Beschäftigungsstand, getrennt für männliche und weibliche Angestellte, Arbeiter und Lehrlinge. Gleichzeitig wird auch nach der Länge der wöchentlichen Arbeitszeit gefragt (ob unter 40 Stunden, 40 bis 48 Stunden und über 48 Stunden). Basis der Indexberechnung ist der August 1945 (= 100). Die Ergebnisse sind in den Übersichten 11 und 12 festgehalten und werden durch Abbildung 7 illustriert.

Monaten der Beschäftigungsstand dieser Industriezweige unter dem industriellen Gesamtindex lag.

Das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe konnte im vergangenen Jahr seinen Beschäftigungsstand relativ rasch und stark erhöhen (von August bis Dezember von 100 auf 146·6); seither stagniert die Beschäftigungslage.

Am ungünstigsten sind die Beschäftigungsverhältnisse im Handel; von August auf September 1945 fiel der Beschäftigungsindex von 100 auf 90·5. Die seither erfolgte Erholung war geringfügig (März 1946: 96·2).

Nach den Erhebungen der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte war im Monat März 1946 (erste Lohnwoche) die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden im Bergbau, bei den Salinen, in der Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas die Regel. Ebenso wurde bei den Elektrizitätswerken, in einer Reihe von Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, in der Holzindustrie, in der Textilindustrie, bei der Papiererzeugung, in der chemischen und Erdölindustrie, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie überwiegend 48 Stunden wöchentlich gearbeitet.

Eine verkürzte Arbeitszeit findet sich in der Feinkeramik, in einigen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie (Metallverarbeitung, Fahrzeuge), in der Bekleidungsindustrie (Schuhfabriken, Hutfabriken), in der Gummiindustrie. In einem gewissen Umfange ist in Ost-Österreich (Wien und Niederösterreich) die verkürzte Arbeitszeit häufiger als im übrigen Österreich. Ein Beispiel dafür ist die Schuhindustrie; die Schuhfabriken in Wien und Niederösterreich arbeiten 40 bis 48 Stunden in der Woche, während in Steiermark und Kärnten die 48stündige Arbeitswoche eingehalten werden kann. Die verschiedene Versorgung mit Roh- und Brennstoff dürfte hier den Ausschlag geben. In Wien und Niederösterreich konnten einzelne Betriebe nur deshalb 48 Stunden in der Woche arbeiten, weil sie Aufträge für eine Besatzungsmacht ausführten.

Interessant sind die Fälle einer Arbeitswoche von über 48 Stunden. Da aus den Fragebogen für die einzelnen Betriebe ersichtlich ist, wie sich die Arbeiter des Betriebes nach der Arbeitszeit verteilen, ist oft festzustellen, daß innerhalb eines einzelnen Betriebes Gruppen von Arbeitern verschiedene Arbeitszeiten haben, z. B. arbeiten die Arbeiter in der Werkstätte 48 Stunden, während die Arbeiter desselben Betriebes, die auf Bauten usw. tätig sind (Monteure, Bautischler), eine längere Arbeitszeit haben, so im Baugewerbe, in der Eisen- und Metall-

industrie, in der chemischen Industrie, in der Holzindustrie. In manchen Betrieben der Holzindustrie sind die Arbeitergruppen mit 48stündiger Arbeitswoche und mit mehr als 48stündiger Arbeitszeit fast gleich stark vertreten.

Das Gesamtbild für Industrie und Bergbau zeigt, daß 5·16 v. H. der Arbeiter unter 40 Stunden, 18 v. H. zwischen 40 bis 48 Stunden, 66 v. H. 48 Stunden und 10·84 v. H. länger als 48 Stunden in der Woche arbeiteten (siehe Übersicht 12, S. 37).

Die gegenwärtige Arbeitslage in Österreich

Die Statistik der Landesarbeitsämter Österreichs weist mit dem Stichtag 30. April 1946 für das gesamte Bundesgebiet 162.848 *offene Stellen* und 78.141 *Stellensuchende* aus (siehe Übersicht 13). Darnach ist die Zahl der freien Arbeitsplätze mehr als doppelt so groß wie die Anzahl der Stellensuchenden. Die Zahl von 136.722 *Vermittlungen* weist auf eine rege Vermittlungstätigkeit hin. (In der Zahl der Vermittlungen sind auch jene Personen enthalten, die am Stichtage des 30. April 1946 zwar schon eine Arbeit zugewiesen erhielten, aber ihre Arbeitsaufnahme dem Arbeitsamte noch nicht mitgeteilt hatten.)

Diese Zahlen geben indessen kein vollständiges Bild von der gegenwärtigen Arbeitslage, weil von den einzelnen Arbeitsämtern nur jene offenen Stellen erfaßt werden, die durch Anforderungen der Bedarfsträger zur Kenntnis der Arbeitsämter gelangen, und nur jene Stellensuchenden, die sich bei den Arbeitsämtern melden. Aus der Zusammenstellung der Ausweise der Landesarbeitsämter lassen sich jedenfalls nur in sehr eingeschränktem Umfange praktisch verwertbare Erkenntnisse ableiten. Die Möglichkeiten eines interlokalen und eines innerhalb der einzelnen Berufe selbst durchführbaren Kräfteausgleiches ließen sich erst auf Grund einer genauen Analyse der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Berufs- und Fachgruppen und durch eine Untersuchung der regionalen Arbeitslage in den einzelnen Bundesländern einigermaßen richtig abschätzen. (Übersicht 14 zeigt die Anteile wichtiger Berufsgruppen an den offenen Stellen und Stellensuchenden in den einzelnen Bundesländern.)

Im ganzen besteht in Österreich ein empfindlicher *Mangel an Arbeitskräften*, besonders in der Land- und Forstwirtschaft, im Bau- und Baugewerbe und in der Berufsgruppe der Hilfsarbeiter, obwohl sich gleichzeitig in einzelnen Berufen, wie z. B. bei den Angestellten, bereits eine sehr fühlbare *Arbeitslosigkeit* bemerkbar macht.

Die Arbeitslage in einigen wichtigen Berufsgruppen zeigt folgendes Bild (siehe Übersicht 14):

Landwirtschaft. Genau ein Drittel aller offenen Stellen entfällt auf die Landwirtschaft und nur ein Zehntel aller Arbeitssuchenden steht der Landwirtschaft zur Verfügung. Die Landwirtschaft ist in Österreich der größte Bedarfsträger an Arbeitskräften, jedoch sind die Anteile dieser Berufsgruppe in den einzelnen Bundesländern recht verschieden. Diese Anteile an den offenen Stellen erreichen im Burgenland einen Satz von 68·9 v. H. und fallen in westlicher Richtung bis auf 14·0 v. H. in Vorarlberg. Der Bedarf an Arbeitskräften ist also im Verhältnis zur gesamten Arbeitslage in den Ackerbaugebieten relativ größer als in den Gebieten mit überwiegender Viehwirtschaft.

Metallindustrie. In den metallverarbeitenden Berufen ist die Arbeitslage regional sehr verschieden. Während in Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich (die übrigen Bundesländer fallen hier nicht ins Gewicht) die Zahl der stellensuchenden Metallarbeiter erheblich größer ist als die Zahl der offenen Stellen, besteht in Wien ein großer ungedeckter Bedarf an Metallfacharbeitern.

Baugewerbe und Hilfsarbeiter. Im Baugewerbe und bei den Hilfsarbeitern, die zu einem großen Teil dem Baugewerbe zugezählt werden müssen, ist der Bedarf an Arbeitskräften mit insgesamt 35·9 v. H. aller offenen Stellen ebenso bedeutend wie in der Landwirtschaft. Mit Ausnahme des Burgenlandes, das sowohl einen Überschuß an Bau- als auch an Hilfsarbeitern hat, ist der Mangel in ganz Österreich gleichmäßig groß, am größten jedoch in Wien, wo etwa die Hälfte aller in Österreich gesuchten Bauarbeiter und rund 38 v. H. aller Hilfsarbeiter benötigt werden. (Der Überschuß des Burgenlandes fällt bei dem großen Bedarf Wiens zahlenmäßig nicht ins Gewicht.)

Verkehr. Im Verkehrswesen besteht in ganz Österreich eine Übersetzung mit Arbeitskräften, die in ihrer ganzen Größe, erst in Erscheinung träte, wenn die großen Verkehrsunternehmungen mit dem Abbau ihrer überschüssigen Kräfte beginnen würden.

Angestellte. In Österreich sind gegenwärtig 28.261 Angehörige der Angestelltenberufe (darunter 21.075 Büroangestellte, 3.129 Techniker und 4.057 sonstige Angestellte) — über ein Drittel aller Beschäftigungslosen — als Stellensuchende gemeldet. Einen besonders hohen Anteil an den derzeit nicht Beschäftigten hat diese Berufsgruppe in Wien, wo fast die Hälfte aller Stellensuchenden den Angestelltenberufen angehört.

Die Arbeitslage in Oesterreich nach Bundesländern und einzelnen Berufsgruppen am 30. April 1946
a = Stellensuchende, b = offene Stellen

[Übersicht 13]

Berufsgruppe	Wien		Nieder- österreich		Steiermark		Kärnten		Oberösterreich		Salzburg		Tirol		Vorarlberg		Burgenland		Oesterreich insgesamt	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1. Landwirtschaft { männl. { weibl. { zus.	312	866	588	1.2.939	1.736	6.879	726	2.276	1.934	4.525	273	1.023	74	541	130	344	56	1.003	5.799	30.336
2. Forstwirtschaft { männl. { weibl. { zus.	27	10	53	594	185	1.547	148	795	108	611	19	175	23	135	11	36	3	16	577	3.919
3. Bergbau { männl. { weibl. { zus.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	598
4. Steine, Erden, Glas { männl. { weibl. { zus.	17	268	108	713	115	363	32	115	200	192	19	73	12	43	5	69	6	79	514	1.915
5. Metallindustrie { männl. { weibl. { zus.	744	4.366	1.275	8.79	1.831	960	204	269	1.604	1.137	176	203	75	227	138	141	89	22	6.136	8.204
6. Musikinstrumenten- industrie { männl. { weibl. { zus.	15	45	139	6	20	1	7	10	101	11	2	—	1	—	—	—	—	—	285	73
7. Chemische Industrie { männl. { weibl. { zus.	759	4.411	1.414	885	1.831	961	211	279	1.705	1.148	178	203	76	227	138	141	89	22	6.421	8.277
8. Gummiindustrie { männl. { weibl. { zus.	3	33	2	2	2	1	1	1	2	6	2	—	—	5	—	—	—	—	12	48
9. Textilindustrie { männl. { weibl. { zus.	6	269	22	211	18	24	1	5	22	—	2	—	2	6	1	—	6	—	80	325
10. Papierindustrie { männl. { weibl. { zus.	57	56	142	39	27	18	—	3	76	60	5	13	5	8	87	156	35	—	434	353
11. Lederindustrie { männl. { weibl. { zus.	85	956	246	123	8	102	5	10	52	276	11	86	5	70	34	388	19	1	465	1.962
12. Holzindustrie { männl. { weibl. { zus.	142	1.012	388	162	35	120	5	13	128	336	16	99	10	78	121	494	54	1	899	2.315
13. Nahrungsmittel- industrie { männl. { weibl. { zus.	21	88	38	40	46	17	11	11	41	15	4	2	—	—	5	10	3	—	169	184
	14	564	9	8	4	54	3	6	1	—	1	—	—	8	—	6	—	—	32	646
	35	652	47	48	50	71	14	17	42	15	5	2	—	9	5	16	3	—	201	830
	50	220	54	41	49	48	14	25	99	74	18	15	7	19	3	15	2	1	296	458
	5	105	1	—	2	1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	111
	55	325	55	41	51	49	14	30	99	74	18	15	7	19	3	15	2	1	304	569
	170	2.152	706	302	336	464	148	289	450	866	105	233	24	152	23	95	16	11	1.574	4.908
	181	2.176	399	706	336	475	148	289	454	866	105	233	24	152	23	95	16	11	1.596	4.943
	541	11	466	64	368	21	55	35	742	48	159	34	82	7	87	11	37	6	2.531	237
	106	4	6	5	3	14	5	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	134	36
	647	15	466	69	371	35	60	43	755	40	159	34	82	9	87	11	38	8	2.665	273

14. Bekleidungsindustrie	{ männl. weibl. zus.	94 92 186	1.038 2.748 3.786	137 211 348	236 116 352	263 54 317	362 372 734	51 69 120	180 104 284	298 289 587	505 161 666	71 48 119	183 219 402	13 15 28	157 81 238	28 31 59	121 195 316	19 6 25	4 3 7	974 815 1.789	2.786 3.999 6.785
15. Frisuren usw.	{ männl. weibl. zus.	61 25 86	128 226 354	61 21 82	47 43 90	82 37 119	26 80 106	16 11 27	20 10 30	157 77 234	35 11 46	40 5 45	17 17 34	7 12 19	12 28 40	11 1 12	13 13 26	5 — 5	3 4 7	440 189 629	301 432 733
16. Baugewerbe	{ männl. weibl. zus.	237 — 237	8.177 — 8.177	498 2 500	3.070 15 3.085	610 — 610	973 — 973	302 — 302	1.158 1 1.159	698 4 702	1.559 — 1.559	69 — 69	555 — 555	65 — 65	687 — 687	85 — 85	544 — 544	164 — 164	223 — 223	2.728 6 2.734	16.946 16 16.962
17. Graphische Industrie	{ männl. weibl. zus.	25 15 40	191 160 351	24 8 32	10 — 10	52 4 56	7 30 37	5 1 6	18 1 19	61 9 70	23 1 24	14 2 16	5 — 5	6 2 8	6 1 7	15 — 15	9 — 9	— — —	— — —	202 41 243	269 193 462
18. Reinigungsgewerbe	{ männl. weibl. zus.	13 3 16	58 212 270	13 8 21	28 13 41	36 11 47	35 97 132	3 4 7	2 12 14	27 8 35	7 27 34	8 2 10	2 16 18	— 2 2	4 12 16	7 — 7	10 5 15	4 — 4	4 — 4	111 38 149	150 394 544
19. Bühne, Film	{ männl. weibl. zus.	6 — 6	17 — 17	— — —	— — —	3 — 3	— — —	— — —	— — —	1 1 2	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	11 1 12	17 — 17
20. Gastgewerbe	{ männl. weibl. zus.	983 395 1.378	24 148 172	101 180 281	119 75 85	119 174 293	10 188 198	71 176 247	64 165 229	264 258 522	29 324 353	49 241 290	115 155 270	204 241 290	51 80 131	12 160 172	62 71 133	4 115 119	8 — 8	1.774 1.489 3.263	302 1.419 1.621
21. Verkehr	{ männl. weibl. zus.	1.334 96 1.430	1.122 42 1.164	675 173 848	496 4 500	712 65 777	399 204 603	584 96 680	466 91 557	1.033 167 1.200	695 51 746	212 18 230	281 12 293	281 12 293	68 3 71	45 54 99	144 6 150	43 13 56	19 1 24	4.860 476 5.485	3.566 476 4.042
22. Haushalt	{ männl. weibl. zus.	52 119 171	— 919 919	17 430 447	16 879 895	18 374 392	12 1.111 1.123	25 596 621	2 726 728	18 1.249 1.267	2 1.605 1.607	8 204 212	5 673 678	5 673 678	3 63 66	3 385 388	12 120 132	3 452 455	1 18 19	154 3.173 3.327	43 6.818 6.861
23. Hilfsarbeiter	{ männl. weibl. zus.	1.140 460 1.600	13.316 2.661 15.977	952 682 1.634	5.919 434 6.353	1.571 233 1.804	3.062 458 3.520	743 23 766	2.334 90 2.424	2.049 1.313 3.362	6.939 736 7.675	254 38 292	2.774 116 2.890	171 53 224	1.222 123 1.345	236 38 274	1.010 229 1.239	149 45 194	172 30 41.595	7.265 2.885 10.150	36.718 4.877 41.595
24. Maschinisten, Heizer	{ männl. weibl. zus.	15 — 15	37 — 37	68 — 68	39 — 39	128 — 129	29 — 29	9 — 9	7 — 7	123 — 123	21 — 21	31 — 31	31 — 31	— — —	8 — 8	14 — 14	82 — 82	6 — 6	— — —	385 — 386	236 — 236
25. Büroangestellte	{ männl. weibl. zus.	3.369 2.417 5.786	157 179 336	1.426 1.097 2.523	164 60 224	3.192 932 4.124	262 124 386	657 134 791	96 16 112	3.359 1.713 5.242	302 133 435	780 301 1.081	203 66 269	203 66 269	540 232 772	30 36 66	475 129 604	48 65 113	15 12 27	14.039 7.016 21.075	1.277 691 1.968
26. Techniker	{ männl. weibl. zus.	964 70 1.034	122 5 127	210 8 218	22 2 24	452 — 454	31 — 31	89 2 91	20 2 20	837 37 874	76 4 80	197 8 205	81 — 84	81 — 84	135 9 145	8 — 8	97 — 99	3 — 3	— — —	2.999 139 3.129	364 14 378
27. Sonstige Angestellte	{ männl. weibl. zus.	232 237 469	32 42 74	104 146 250	8 56 64	722 139 861	24 29 53	45 37 82	25 10 35	1.092 645 1.737	48 51 99	263 111 364	92 19 111	92 19 111	85 65 150	7 14 21	90 40 130	5 5 10	4 1 14	2.627 1.430 4.057	244 227 471
Zusammen	{ männl. weibl. zus.	10.478 4.336 14.814	32.795 9.546 42.341	7.330 3.725 11.055	26.169 11.786 37.955	12.827 2.871 15.698	15.882 7.635 23.517	3.959 1.489 5.448	8.348 3.515 11.863	15.557 6.471 22.028	17.781 9.097 26.878	2.828 984 3.812	6.064 2.431 8.495	1.455 560 2.015	3.454 1.537 4.991	1.774 514 2.288	2.835 1.730 4.565	811 172 983	1.570 673 2.243	57.019 21.122 78.141	114.898 47.950 162.848

Anteile wichtiger Berufsgruppen an den offenen Stellen und Stellensuchenden in den einzelnen Bundesländern am 30. April 1946

a = offene Stellen, b = Stellensuchende

(Übersicht 14)

Berufsgruppe	Wien		Nieder- österreich		Steiermark		Kärnten		Ober- österreich		Salzburg		Tirol		Vorarlberg		Burgen- land		Österreich insgesamt			
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b		
	in v. H. aller Berufsgruppen																					
Landwirtschaft	2,5	3,1	59,3	7,7	48,0	15,9	37,6	19,0	37,7	11,1	23,0	9,2	21,8	4,6	14,0	2,5	68,9	6,7	33,6	10,2		
Metallindustrie	10,4	5,1	2,3	12,8	4,1	11,8	2,4	3,9	4,7	4,3	7,7	2,4	4,7	4,5	3,8	3,1	6,0	1,0	9,1	5,1		
Holzindustrie	5,1	1,2	1,9	2,8	2,0	2,1	2,4	2,7	3,0	2,1	2,7	2,8	3,0	1,2	2,1	1,0	0,5	1,6	3,0	2,0		
Bekleidungsindustrie	8,9	1,3	0,9	3,1	3,1	2,0	2,4	2,2	2,5	2,7	4,7	3,1	4,8	1,4	6,0	2,6	0,3	2,5	4,2	2,3		
Baugewerbe	19,3	1,6	8,1	4,5	4,1	3,9	9,8	5,5	5,8	3,2	6,5	1,8	13,8	3,2	11,9	3,7	9,9	16,7	10,4	3,5		
Verkehr	2,7	9,7	1,3	7,7	2,6	4,9	4,7	12,5	2,8	5,4	3,4	6,0	2,0	3,5	1,2	6,6	1,1	10,1	2,5	7,0		
Hilfsarbeiter	37,7	10,8	16,7	14,8	15,0	11,5	20,4	14,1	28,6	15,3	34,0	7,7	26,9	11,1	27,1	12,0	7,7	19,7	25,5	13,0		
Angestellte	1,3	49,2	0,8	27,1	2,0	34,6	1,4	17,7	2,3	35,7	5,5	43,3	1,9	53,0	2,8	36,4	1,4	17,8	1,7	36,2		

Entwicklung der Arbeitslage in den Bundesländern¹⁾

Wien

In den ersten vier Monaten des Jahres 1946 zeigt sich deutlich eine Abnahme sowohl der männlichen (von 15.798 auf 10.478) als auch der weiblichen (von 7.400 auf 4.336) *Stellensuchenden*; sie ist allerdings in erster Linie auf die wechselnden Gebietsabgrenzungen zwischen den Landesarbeitsämtern Wien und Niederösterreich zurückzuführen. Am 30. April 1946 entfiel fast die Hälfte aller Stellensuchenden (49,2 v. H.) auf die Angestelltenberufe.

Die Zahl der *offenen Stellen* für Männer nahm vom 1. Jänner 1946 bis 30. April 1946 von 44.329 auf 32.795 ab, die für Frauen dagegen von 7.965 auf 9.546 zu. Auch hier wirkt sich die oben erwähnte Gebietsabgrenzung zwischen den Landesarbeitsämtern aus. Die stärkste Nachfrage nach Arbeitskräften besteht bei den Hilfsarbeitern (37,7 v. H. aller offenen männlichen und weiblichen Stellen); im Baugewerbe (19,3 v. H.), in der Metallindustrie (10,4 v. H.) und in der Bekleidungsindustrie (8,9 v. H.).

Die *Vermittlungstätigkeit* war mit 38.772 männlichen und 15.258 weiblichen Vermittlungen im Monat April d. J. bemerkenswert stark. In diesen Zahlen sind allerdings die oft nur kurzfristig als Hilfsarbeiter vermittelten ehemaligen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei enthalten; nach Abzug dieser außerordentlichen Vermittlungsfälle reduzieren sich die Arbeitszuweisungen auf rund 13.000 männliche und 9.000 weibliche Vermittlungen. Auch bei diesen rund 22.000 Vermittlungen stehen die Hilfsarbeiter weitaus an erster Stelle. Mit Abstand folgen Verwendungen als Büroangestellte, im Haushalt, in der Eisen- und Metallindustrie, im Verkehr, in der Bekleidungsindustrie und im Baugewerbe.

¹⁾ Siehe hiezu Übersichten 10 und 13 bis 15.

In die manuellen Mangelberufe werden auch ausländische Arbeiter vermittelt.

Die Wiedereinstellungen der heimkehrenden Kriegsgefangenen in ihre alten Arbeitsplätze werden statistisch nicht als Neuvermittlungen ausgewiesen.

Trotz des Hilfsarbeitereinsatzes der Nationalsozialisten (im März 32.236, im April 32.351) besteht besonders an *Hilfsarbeitern* ein großer ungedeckter Bedarf. Im *Baugewerbe* und *Bauneben-gewerbe* fehlt es vor allem an Facharbeitern, wie *Zimmerleuten*, *Dachdeckern*, *Bauschlossern*, *Bautischlern*, *Glaserern*, *Zimmermalern* und ähnlichen Berufen. In der *metallverarbeitenden Industrie* werden *Schmiede*, *Gießer*, *Former*, *Metallschleifer*, *Dreher*, *Modelltischler* (in Wien gibt es zur Zeit nur 40 Modelltischler) gesucht; dagegen sind die Aussichten für *Auto- und Motorrad-schlosser* weniger günstig. Die bekannten Wiener *Fertigungsberufe*, wie *Kunstschlosser*, *Kunsttischler*, *Drechsler*, *Galanteriedrechsler*, *Edelmetallschleifer* warten auf *Exportaufträge*. Ähnlich ist die Lage in den exportorientierten Zweigen der *Bekleidungsindustrie* und *Lederverarbeitung*. Durch den Krieg und neuerdings durch die *Abwanderung vieler tschechischer Handwerker* aus Wien im Zuge der *Repatriierungen* sind Lücken besonders in den Berufen der *Schneider*, *Zuschneider*, *Wirker*, *Stricker*, *Färber*, *Schuster* und *Modellschuhmacher* entstanden.

Umgekehrt besteht, wie in allen übrigen Bundesländern, ein großes Überangebot an Arbeitskräften in den *Angestelltenberufen*; es haben sich achtmal mehr *Techniker* und fünfzehnmal mehr *Büroangestellte* gemeldet, als offene Stellen vorhanden sind. Ähnlich überwiegt auch im *Gastgewerbe* das Angebot an Arbeitskräften bei weitem die Nachfrage.

Niederösterreich

Die Entwicklung der Arbeitslage in Niederösterreich zeigt seit Beginn des Jahres 1946 eine auffallende Erhöhung sowohl der Zahl der Stellen-

Die Entwicklung der Arbeitslage in den einzelnen Bundesländern

[Übersicht 15]

Stand am	Insgesamt			Davon					
	Stellen- suchende	Offene Stellen	Ver- mittlungen	Männer			Frauen		
				Stellen- suchende	Offene Stellen	Ver- mittlungen	Stellen- suchende	Offene Stellen	Ver- mittlungen
Wien									
31. Dezember 1945	23.198	52.294	16.041	15.798	44.329	.	7.400	7.965	.
31. Jänner 1946	17.885	44.914	1) 55.665	12.311	37.645	1) 36.723	5.574	7.269	1) 18.942
28. Februar 1946	15.740	48.214	1) 52.214	10.448	38.581	1) 34.605	5.292	6.533	1) 17.609
31. März 1946 ²⁾	16.575	45.371	1) 57.738	11.402	34.967	1) 39.599	5.173	10.404	1) 18.139
30. April 1946 ³⁾	14.814	42.341	1) 54.030	10.478	32.795	1) 38.772	4.336	9.546	1) 15.258
Niederösterreich									
31. Dezember 1945 ⁴⁾	4.275	13.486	9.481	2.893	11.032	6.355	1.382	2.454	3.126
31. Jänner 1946 ⁵⁾	9.702	16.089	11.818	5.490	12.271	7.654	4.212	3.818	4.164
28. Februar 1946 ⁶⁾	10.308	26.398	13.218	6.256	18.779	8.264	4.052	7.619	4.954
31. März 1946	10.777	30.892	16.729	6.704	21.447	11.671	4.073	9.445	5.058
30. April 1946	11.055	37.955	19.508	7.330	26.169	12.642	3.725	11.786	6.866
Burgenland									
31. Dezember 1945	in Niederösterreich enthalten								
31. Jänner 1946									
28. Februar 1946									
31. März 1946	678	2.268	1.335	510	1.586	1.027	168	682	308
30. April 1946	983	2.243	1.375	811	1.570	986	172	673	389
Oberösterreich nördlich und südlich der Donau									
31. Dezember 1945	27.284	21.352	.	16.513	14.423	.	10.771	6.929	.
31. Jänner 1946	28.393	21.585	13.200	18.756	14.460	9.806	9.637	7.125	3.394
28. Februar 1946	26.713	21.616	16.794	18.747	13.847	11.681	7.966	7.769	5.113
31. März 1946	24.897	23.566	13.841	17.886	15.426	9.731	7.011	8.140	4.110
30. April 1946	22.028	26.878	22.579	15.557	17.781	15.862	6.471	9.097	6.717
Oberösterreich südlich der Donau⁵⁾									
28. Februar 1946	24.186	19.222	7.780	16.852	12.362	5.499	7.334	6.860	2.281
31. März 1946	21.935	20.053	4.442	15.595	12.979	3.161	6.341	7.074	1.281
30. April 1946	19.292	23.173	9.647	13.450	15.261	6.745	5.836	7.912	2.902
31. Mai 1946	18.961	29.560	18.910	13.138	22.036	13.218	5.823	7.524	5.692
Salzburg									
31. Dezember 1945	2.973	7.214	.	2.001	5.302	.	972	1.912	.
31. Jänner 1946	3.581	6.895	6.082	2.421	4.868	3.967	1.160	2.627	2.115
28. Februar 1946	3.773	6.760	6.606	2.737	4.798	4.150	1.036	1.962	2.456
31. März 1946	3.721	7.425	6.593	2.715	5.214	4.378	1.006	2.211	2.215
30. April 1946	3.812	8.495	6.857	2.828	6.064	4.471	984	2.431	2.386
Steiermark									
31. Dezember 1945	13.036	17.982	.	11.121	12.632	.	1.915	5.350	.
31. Jänner 1946	14.534	15.499	14.502	12.357	10.452	10.385	2.177	5.047	4.117
28. Februar 1946	15.231	15.175	11.490	12.990	10.162	7.834	2.331	5.013	3.656
31. März 1946	15.281	18.053	12.713	13.062	12.322	8.714	2.219	5.731	3.999
30. April 1946	15.698	23.517	15.289	12.827	15.882	10.243	2.871	7.635	5.046
Kärnten									
31. Dezember 1945	4.527	10.824	.	3.596	7.236	.	931	3.588	.
31. Jänner 1946	4.818	9.910	6.615	3.859	6.785	4.632	959	3.125	1.983
28. Februar 1946	4.445	11.444	6.982	3.619	7.991	4.940	826	3.453	2.042
31. März 1946	5.309	12.490	8.723	4.127	8.760	6.085	1.242	3.730	2.638
30. April 1946	5.448	11.863	10.704	3.959	8.348	6.902	1.489	3.515	3.802
Tirol									
31. Dezember 1945	2.518	4.466	.	1.542	3.094	.	976	1.372	.
31. Jänner 1946	2.786	4.025	4.519	1.924	2.799	2.759	862	1.226	1.760
28. Februar 1946	3.359	4.114	4.320	2.249	2.791	2.981	1.110	1.333	1.348
31. März 1946	2.493	4.454	4.112	1.682	3.045	2.606	781	1.409	1.506
30. April 1946	2.015	4.991	4.577	1.455	3.454	2.884	560	1.537	1.693
Vorarlberg									
31. Dezember 1945	2.467	2.500	.	1.593	1.247	.	874	1.253	.
31. Jänner 1946	2.376	2.908	1.677	1.709	1.545	1.004	661	1.363	673
28. Februar 1946	2.460	3.360	2.004	1.850	1.879	1.208	610	1.481	796
31. März 1946	2.318	4.200	1.983	1.791	2.694	1.153	527	1.506	750
30. April 1946	2.288	4.565	1.803	1.774	2.835	1.147	514	1.730	656

¹⁾ Einschließlich der Hilfsarbeitereinsätze der Nationalsozialisten im Jänner 30.889 (21.387 männliche, 9.502 weibliche), im Februar 28.325 (20.206 männliche, 8.119 weibliche), im März 32.236 (24.624 männliche, 7.612 weibliche), im April 32.351 (25.717 männliche, 6.634 weibliche). — ²⁾ Ab März ohne die Lehrlinge. — ³⁾ Rückgliederung der Randgebiete von Wien an Niederösterreich. — ⁴⁾ Einschließlich des Burgenlandes. — ⁵⁾ Angaben des Landesarbeitsamtes Linz.

suchenden als auch der der offenen Stellen und Vermittlungen. Dies ist vor allem auf die neue Gebietsabgrenzung zwischen den Landesarbeitsämtern Wien und Niederösterreich zurückzuführen. Außerdem dürfte sich in diesen Zahlen die zunehmende Wirksamkeit der Arbeitsämter in Niederösterreich ausdrücken, die sich mehr und mehr in die Arbeitsvermittlung einzuschalten vermögen.

Ähnlich wie in Wien bleibt auch in Niederösterreich die Zahl der *Stellensuchenden* (11.055 am 30. April 1946) weit hinter der Zahl der angebotenen Arbeitsplätze (37.955) zurück. 27,1 v. H. aller Stellensuchenden sind Angestellte. Auffallend groß ist die Zahl der Bewerbungen in der Metallindustrie (12,8 v. H. aller Arbeitsuchenden) und im Verkehr (7,7 v. H.) im Verhältnis zu den offenen Stellen (nur 2,3 bzw. 1,3 v. H. aller offenen Stellen).

Unter den 37.955 am 30. April d. J. ausgewiesenen *offenen Stellen* waren 59,3 v. H. landwirtschaftliche Arbeitsplätze. Mit Abstand weisen auch die Hilfsarbeiterverrichtungen, das Baugewerbe und die Holzindustrie (mit 16,7, 8,1 und 1,9 v. H. aller offenen Stellen) einen Mangel an Arbeitskräften auf. Besonders stark nahm in den ersten vier Monaten dieses Jahres die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften zu (von 2.454 auf 11.786).

Burgenland

Das neugebildete Landesarbeitsamt für das Burgenland weist erstmalig im Monat März dieses Jahres Ziffern über die Arbeitslage im Burgenland aus. Bis dahin sind die entsprechenden Daten in den Ausweisen des Landesarbeitsamtes für Niederösterreich enthalten. Die vorliegenden Ziffern über die Arbeitslage im Burgenland geben daher nur einen ersten allgemeinen Überblick.

Bezeichnenderweise entfallen mehr als zwei Drittel aller *offenen Stellen* (68,9 v. H. am 30. April d. J.) auf die Landwirtschaft.

Oberösterreich

Abweichend von allen übrigen Bundesländern war bis zum März d. J. in Oberösterreich die Zahl der *Stellensuchenden*, insbesondere der männlichen Arbeitskräfte, erheblich größer als die Zahl der offenen Stellen. Erklärbar wird dieses — allerdings nicht in allen Wirtschaftszweigen bestehende — Überangebot an Arbeitskräften durch die Zuwanderung zahlreicher Flüchtlinge aus den östlichen Landesteilen vor und unmittelbar nach Beendigung des Krieges. (Zu Kriegsende befanden sich 600.000 landfremde Personen in Oberösterreich, nicht ein-

gerechnet rund 100.000 aus den anderen Bundesländern zugezogene Österreicher. Ein Viertel der Landfremden waren Reichsdeutsche, der Rest setzte sich aus Angehörigen aller Nationen zusammen.) Aber bereits in den Monaten Jänner bis März d. J. ist die Zahl der männlichen und weiblichen Stellensuchenden merklich zurückgegangen (von 28.393 auf 24.897 bzw. 22.028 im April d. J.). Seit April d. J. dagegen werden auch in Oberösterreich sowohl nördlich als auch südlich der Donau bereits erheblich mehr offene Stellen als Stellensuchende ausgewiesen. Ein Überangebot an Arbeitskräften besteht, außer in den Angestelltenberufen (35,7 v. H. aller Stellensuchenden), besonders in der Metallindustrie und in der Nahrungsmittelindustrie.

37,7 v. H. aller *offenen Stellen* entfallen auf die Landwirtschaft. Die Rückwanderung der ausländischen landwirtschaftlichen Facharbeiter (insbesondere Melker und Stallpersonal) hat große Lücken entstehen lassen, die durch die bisher heimkehrenden österreichischen Kriegsgefangenen noch bei weitem nicht geschlossen werden konnten. Außerdem bereitet es angesichts der allgemein wenig günstigen Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft vielfach große Schwierigkeiten, die aus dem *aktiven* Wehrdienst ausscheidenden, aus der Landwirtschaft stammenden Kräfte wieder in ihre alten Berufe zurückzuführen. Groß ist auch der Mangel an Hilfsarbeitern (28,6 v. H. aller offenen Stellen) und an Fachkräften im Baugewerbe (5,8 v. H.). Im ganzen nimmt nach dem allmählichen Abwandern der landfremden Elemente und mit der zunehmenden Wirtschaftsbelebung die Zahl der offenen Stellen zu.

Salzburg

Nach einem Bericht des Landesarbeitsamtes Salzburg entfielen Mitte März d. J. fast 60 v. H. aller *Stellensuchenden* allein auf das Stadtgebiet von Salzburg; 15 v. H. der ausgewiesenen Stellensuchenden befinden sich in Vermittlung, der Rest konnte aus verkehrstechnischen Gründen, wegen Krankheit, Überalterung, Rückstellung zu besonderer Verwendung und aus anderen Gründen nicht vermittelt werden. Unter den Stellensuchenden überwiegen auch im Bundesland Salzburg weitaus die Angestellten (43,3 v. H. aller Stellensuchenden am 30. April d. J.).

Der Anteil der Landwirtschaft an den *offenen Stellen* (23 v. H. aller offenen Stellen) läßt nur teilweise den bestehenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften erkennen. Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Salzburg fehlten für die Früh-

jahrsbestellung, abgesehen von den im Monat März ausgewiesenen offenen landwirtschaftlichen Stellen für Männer (958) und Frauen (879), noch zusätzlich rund 3.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Die Gebirgslage und große regionale Streuung der landwirtschaftlichen Betriebe erschweren die Erfassung und Vermittlung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Die Zunahme der Beschäftigtenmeldungen der landwirtschaftlichen Tagelöhner in Salzburg wird dahingehend gedeutet, daß viele Heimkehrer ein bloß loses Arbeitsverhältnis einer festen Verpflichtung vorziehen, um sich gegebenenfalls anderweitig bessere Einkommensmöglichkeiten zu sichern. In der Forstwirtschaft werden 400, im Bergbau 650 Arbeitskräfte gesucht. In der Bauwirtschaft fehlen 800 Arbeitskräfte, 28,7 v. H. aller offenen Stellen entfallen auf Hilfsarbeiter. Bei allen diesen Berufen handelt es sich um schwierige körperliche Verrichtungen, die einen höheren Kalorienbedarf bedingen.

Steiermark

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Steiermark vom 30. April 1946 hat sich die Zahl der weiblichen *Stellensuchenden* um fast ein Drittel gegenüber dem Monat März erhöht. Dadurch weist die Gesamtziffer der Stellensuchenden trotz einer geringfügigen Abnahme der beschäftigungslosen Männer eine leichte Steigerung auf. Wie in den anderen Bundesländern überwiegen die stellenlosen Angestellten mit 34,6 v. H. aller Stellensuchenden. Aber auch in der Landwirtschaft ist der Anteil der Stellensuchenden mit 15,9 v. H. auffallend hoch und nimmt nach den Angestellten den zweiten Platz ein. Dann folgt die Eisen- und Metallindustrie (11,8 v. H. aller Stellensuchenden); in dieser Berufsgruppe stehen 1.851 Stellensuchenden 961 offene Stellen gegenüber.

An der Spitze aller *offenen Stellen* steht die Landwirtschaft. Es sind 11.285 freie Arbeitsplätze vorhanden (48,0 v. H. aller freien Stellen). Neben der Landflucht muß die vorsorglich dem tatsächlichen Kräftebedarf vorgreifende Anforderungspolitik der Bauern einerseits und die Erschwerung der Erfassung der landwirtschaftlichen Fach- und Hilfskräfte durch schlechte Verkehrsverhältnisse sowie die Streuung der Höfe im Gebirge andererseits als Ursache des Mißverhältnisses von Angebot und Nachfrage bei landwirtschaftlichen Arbeitskräften angeführt werden. Neben der Landwirtschaft sind im wesentlichen nur noch in der Forstwirtschaft

und in der Berufsgruppe der Hilfsarbeiter ungedeckte Anforderungen von Arbeitskräften festzustellen. Das in der Textilindustrie und den Holzverarbeitenden Gewerben sowie im Baugewerbe bestehende leichte Übergewicht an offenen Stellen ist so geringfügig, daß in diesen Berufsgruppen von einer ausgeglichenen Lage gesprochen werden kann. Die bisher heimgekehrten österreichischen Kriegsgefangenen haben gerade der Landwirtschaft, wo sie am dringlichsten benötigt werden, keine spürbare Entlastung bringen können.

Kärnten

In den vergangenen Monaten hat sich der Beschäftigungsstand in Kärnten stark gebessert. Die Vermittlungen konnten um etwa die Hälfte gesteigert werden. Auch die Zahl der *Stellensuchenden* erhöhte sich in diesem Zeitraum, allerdings nicht entfernt in dem Maße, um den vorhandenen offenen Stellen einen Ausgleich zu bieten. Als eine Besonderheit muß vermerkt werden, daß in Kärnten der Anteil der stellensuchenden landwirtschaftlichen Kräfte an der Gesamtheit der Unbeschäftigten mit 19,0 v. H. größer ist als jener der Angestellten mit 17,7 v. H. Diese Lage entsteht vornehmlich dadurch, daß in Kärnten die Arbeitslosigkeit der Angestellten im Gegensatz zu den anderen Bundesländern zurücktritt, während die Vermittlung der beschäftigungslosen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf Grund der besonders weitläufigen und vorwiegend kleinbäuerlichen Struktur des Landes auf Schwierigkeiten eines Arbeitsausgleiches in der Landwirtschaft stößt. Die Auswirkungen der Landflucht konnten durch ein Beschäftigungsverbot für landwirtschaftliche Berufskräfte in Industrie und Gewerbe gemildert werden. Soziale Maßnahmen sollen dieses Verbot des Berufswechsels wirksam ergänzen. Bei 792 vermittelten Angestellten hält sich im April die Anzahl der unbeschäftigten Angestellten mit 964 Personen in verhältnismäßig engen Grenzen. Außer den Angestellten sind nur noch Kriegsbeschädigte ohne Beschäftigung. Ihrer Umschulung und Unterbringung wird große Aufmerksamkeit geschenkt.

Die *offenen Stellen* sind trotz der zunehmenden Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter noch immer doppelt so hoch wie die ausgewiesenen Beschäftigungslosen. Anteilmäßig führt auch in Kärnten die Landwirtschaft mit 37,6 v. H. aller freien Arbeitsplätze, es folgen die Hilfsarbeiter mit 20,4 v. H. Ein ausgesprochenes Übergewicht der offenen Stellen ist nur noch im Baugewerbe, in der Forstwirtschaft, im Bergbau, in der Holzverarbeitung und in der

Bekleidungsindustrie festzustellen. Groß ist der Arbeitermangel im Baugewerbe, in welchem 1.159 offene Stellen besetzt werden sollen. In Zukunft wird mit einem Bedarf an 15.000 Bauarbeitern gerechnet.

Tirol

Die Anzahl der *Stellensuchenden* ist in den letzten Monaten in Tirol ständig geringer geworden und hat heute mit nur 2.015 Personen den bisher tiefsten Stand erreicht. Das Hauptkontingent stellen die Angestelltenberufe mit 53,0 v. H. aller Arbeitssuchenden. Damit steht Tirol in der Angestelltenarbeitslosigkeit an der Spitze aller österreichischen Länder und wird nur noch von Wien mit 49,2 v. H. annähernd erreicht; es handelt sich hierbei um 1.067 arbeitslose Angestellte (30. April 1946). Der hohe Hundertsatz ist darauf zurückzuführen, daß bei den manuellen Berufen gerade in Tirol wohl mehr als anderswo alle Kräfte reserven ausgeschöpft wurden. In keiner anderen Berufsgruppe sind noch nennenswerte Reserven vorhanden. Das beruht auch darauf, daß in früheren Monaten die zur Verfügung stehenden und in ihrem Beruf nicht unterzubringenden Arbeitskräfte berufsfremd im Bau- und Bekleidungsindustrie, in der Forstwirtschaft und bei der Staatseisenbahn eingesetzt wurden.

Die *offenen Stellen* sind seit Jahresbeginn im ständigen Steigen begriffen (von rund 4.500 auf rund 5.000). Da die Entwicklung bei den vorhandenen Arbeitssuchenden die umgekehrte Tendenz hat, wird die Arbeitslage immer ungünstiger. Am dringendsten benötigt werden Hilfsarbeiter (26,9 v. H. aller freien Arbeitsplätze). Der Größenordnung nach folgen die freien landwirtschaftlichen Stellen mit 21,8 v. H. Diese besondere Lage ist darauf zurückzuführen, daß in Tirol wie in den anderen reinen Alpengebieten der Bundesländer Salzburg und Vorarlberg das landwirtschaftliche Arbeitskräfteproblem im Gegensatz zu den übrigen österreichischen Gebieten erheblich an Bedeutung verliert. Ansonsten tritt nur noch im Baugewerbe ein besonderer Engpaß in Erscheinung, da in Tirol in normalen Zeiten gerade das Baugewerbe und die Baustoffindustrie sehr viele Italiener beschäftigten, die heute durch die heimischen Kräfte keineswegs ersetzt werden können. Ein Übergewicht an offenen Stellen ist nur noch bei den Berufsgruppen der Forstwirtschaft, des Bergbaues, der Bekleidungsindustrie und der Holz- und metallverarbeitenden Betriebe vorhanden.

Vorarlberg

Außer im Verkehrswesen und in der Nahrungsmittelindustrie besteht nur noch bei den Angestellten ein wesentliches Überangebot an *Stellensuchenden*. 833 Angestellte oder 36,4 v. H. aller Stellensuchenden wurden am 30. April 1946 als unbeschäftigt gemeldet. Am Jahresende betrug die Anzahl der arbeitslosen Angestellten noch 1.148. Mithin konnte die Arbeitslosigkeit der Angestellten weitgehend reduziert werden.

Die Zahl der *offenen Stellen* hat in den letzten Monaten sehr zugenommen und ist in einem Zeitraum von vier Monaten (vom 31. Dezember 1945 bis 30. April 1946) von 2.500 auf 4.565 oder um 82,6 v. H. gestiegen. Der größte Mangel herrscht an Hilfsarbeitern: 1.239 oder 27,1 v. H. aller offenen Stellen entfallen auf diese Berufsgruppe. Dagegen hält sich im Gegensatz zur österreichischen Gesamtlage der landwirtschaftliche Kräftebedarf in engen Grenzen, obwohl auch er noch 14,0 v. H. aller offenen Stellen umfaßt. Besondere Schwierigkeiten bestehen infolge des Mangels an Fachkräften. Die durch den Krieg unterbrochene Nachwuchsschulung und das Fehlen der österreichischen Kriegsgefangenen beginnt sich auszuwirken. Neben dem Baugewerbe, in welchem die Vermittlungstätigkeit nicht besonders hoch ist, leiden darunter die für Vorarlberg so wichtige Textil- und die Bekleidungsindustrie, die einen wesentlichen Teil der freien Arbeitsplätze stellen. Der Facharbeitermangel in diesen Zweigen ist für die Zukunft besonders schwerwiegend, weil sich heute die Kapazitätsausnutzung (zur Jahreswende 30 v. H.) noch in engen Grenzen hält.

Ernährung

Hauptmerkmale der österreichischen Ernährung

Innere Schwierigkeiten der Versorgung

Die katastrophalen Ernährungsschwierigkeiten in Österreich nach dem Zusammenbruch Deutschlands sind die Folge einer Reihe von Ursachen: Große Vorräte sind im Laufe der Kämpfe verlorengegangen, die Aussaat und die Einbringung der Ernte haben bereits wesentlich durch die Kriegshandlungen vor allem in den östlichen Gebieten gelitten¹⁾ und die Aufbringung ist, da der Ver-

¹⁾ Die Gebiete der russischen Zone umfassen aber nahezu 50 v. H. des österreichischen Ackerlandes und bringen normalerweise etwa 60 v. H. des gesamten Weizens, 70 v. H. des Roggens, 66 v. H. der Kartoffeln und etwa 90 v. H. der Zuckerrüben hervor.

waltungsapparat besonders in den Kampfgebieten sich aufgelöst hat, sehr schwierig und unvollkommen gewesen. Aber auch schon während des Krieges sind durch den Mangel an Kunstdünger und Arbeitskräften die Hektarerträge um 30 bis 50 v. H. gesunken. Die gesamte österreichische Ernte hat daher im Jahre 1945 schätzungsweise weniger als 50 v. H. des Friedensertrages gebracht. Die Einfuhr von Lebensmitteln und der interzonale Ausgleich sind infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der Demarkationslinien nicht möglich gewesen.

Auch schon in Friedenszeiten könnte sich Österreich mit den meisten Nahrungsmitteln nicht selbst versorgen (siehe Übersicht 16), aber auch bei den viel niedrigeren Verbrauchsmengen der Nachkriegszeit könnte der Bedarf an einzelnen Nahrungsmitteln aus der heimischen Erzeugung, selbst wenn wieder friedensmäßige Hektarerträge erreicht würden, was nicht vor einigen Jahren der Fall sein dürfte, nicht

Verbrauch und Erzeugung von Nahrungsmitteln
in Oesterreich 1937¹⁾ [Übersicht 16]

Nahrungsmittel	Jahresverbrauch 1937 ²⁾	zum Verbrauch verfügbar ³⁾ Ø 1935-37	Deckung des Verbrauchs durch Inlands- erzeugung
	in 1000 t	in 1000 t	in v. H.
Getreide { Weizen	1.082	598 ⁴⁾	61 ⁴⁾
{ Roggen		591 ⁴⁾	79 ⁴⁾
Fleisch, Wurst	206 ⁵⁾	309 ⁵⁾	84 ⁵⁾
Margarine	18	.	.
Öl	12	.	.
Schmalz	53	53	28
Butter	21	19	117
Käse	30	29	111
Eier	737 ⁶⁾	698 ⁶⁾	87
Vollmilch	1.032 ⁷⁾	1.330 ⁷⁾	101
Zucker	133	154	100
Hülsenfrüchte	18	23 ⁸⁾	82
Kartoffel	516	2.386 ⁸⁾	100 ⁴⁾

¹⁾ Vergleiche auch: Ernährungsbilanz, in „Monatsberichte des Österr. Institutes für Konjunkturforschung“, XII. Jg. (1938), Nr. 4/5, S. 117. — ²⁾ Errechnet nach der Haushaltstatistik der Arbeiterkammer bei 6.757.000 Einwohnern. — ³⁾ Erzeugung plus Einfuhr bzw. minus Ausfuhrüberschuß. — ⁴⁾ Ohne Saatgut. — ⁵⁾ Ohne Geflügel und Wild. — ⁶⁾ Millionen Stück. — ⁷⁾ Millionen Liter. — ⁸⁾ Einschließlich Saatgut. — ⁹⁾ Für menschliche und tierische Ernährung und Industriezwecke.

voll gedeckt werden¹⁾. Obwohl der Anbau günstig war, wird auch die kommende Ernte im Durchschnitt nur 50 bis 60 v. H. der Vorkriegsernte erreichen (siehe Abschnitt Landwirtschaft, S. 60 ff.).

¹⁾ Der Bedarf des Landes an Brotgetreide (Weizen und Roggen) wird bei einer Bevölkerung von 6,640.000 Personen (Stand anfangs 1945) und bei einem Wochenverbrauch von 250 Kilogramm Brot und Gebäck, 070 Kilogramm Mehl und Grieß auf 992.000 Tonnen geschätzt. Der Tagessatz würde dann durchschnittlich 2.000 Kalorien erreichen. Wenn die Brotgetreideerzeugung im Durchschnitt der letzten vier Friedensjahre mit 960.000 Tonnen angenommen wird, so bleibt zwar nur ein Zuschußbedarf von 33 v. H., doch erhöht sich dieser durch das einbehaltene Saatgut und die Tatsache, daß in einzelnen Jahren die Ernte weit unter dem errechneten Durchschnitt bleibt, bedeutend.

Die noch immer nicht gelösten *Transportprobleme* Österreichs und die *Demarkationslinien* bedingten eine weitere Erschwerung der Ernährungslage sowohl im Hinblick auf die Aufbringung als auch auf die Verteilung, wodurch sich auch eine regional sehr verschiedene Versorgung ergeben hat.

Durch das Bedarfsdeckungsstrafgesetz vom Februar 1946 und das Lebensmittelanforderungsgesetz vom April 1946 sowie durch Bestellung von Ernährungsinspektoren und die Bildung eines Ernährungsdirektoriums ist ein strafferes Bewirtschaftungssystem für das ganze Bundesgebiet gesichert worden.

Das Problem der ungünstigen Relation zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den offiziellen Preisen ist durch Preiserhöhungen teilweise gelöst worden.

Die *Bevölkerungszunahme* als Folge des großen Flüchtlingszustromes erschwert ebenfalls die Versorgung Österreichs.

Im Februar 1946, nachdem bereits ein Teil der Ausländer heimgekehrt war, war die Bevölkerung mit 72 Millionen noch immer um 9 v. H. höher als 1939. Bei Fortschreibung der natürlichen Bevölkerungsbewegung hätte selbst ohne Kriegsausfälle die Zunahme nur 3 v. H. betragen. Bis April 1946 ist es allerdings möglich geworden, den Versorgungsstand weiter auf 699 Millionen Personen abzubauen. (Damit ist die Bevölkerung noch immer um 6 v. H. größer als in der Vorkriegszeit.) Erschwerend auf die Ernährungslage wirkt sich auch die Tatsache aus, daß kaum 20 v. H. der Bevölkerung Selbstversorger sind und mehr als 20 v. H. in Wien leben.

Lebensmittellieferungen des Auslandes

Die äußerst *kritische Welternährungslage* und die Schwierigkeiten im österreichischen Kompensationsverkehr verhindern es aber auch, daß Österreich die notwendigen Lebensmittelmengen einführt. Zudem fallen gegenwärtig und wahrscheinlich auch noch für die nächste Zukunft infolge der äußerst ungünstigen Produktionsverhältnisse die natürlichen Bezugsgebiete Österreichs, die Donauländer und Polen, aus²⁾. Nur Niederösterreich und das Burgen-

²⁾ Der Wert der über das österreichische Warenverkehrsbüro vom August 1945 bis Ende Mai 1946 abgeschlossenen Kompensationsgeschäfte über Lebensmitteleinfuhren beträgt etwa 20 Millionen Schilling und erreicht damit nicht einmal ein Viertel des Gesamtwertes der abgeschlossenen Einfuhrkompensationsgeschäfte. Die bereits erfolgten Lebensmitteleinfuhren haben einen Wert von nur 3 Millionen Schilling. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Gemüse- und Zitronenlieferungen aus Italien, ferner Zucker- und Kartoffeleinfuhren aus der Tschechoslowakei. Die abgeschlossenen Verträge sehen u. a. Nahrungsmittelimporte aus Dänemark, Schweden (Fische), Schweiz und Ungarn vor.

land haben sich bis vor kurzem selbst notdürftig versorgt. Die übrigen Länder wurden teilweise — mit dem Fortschreiten der Jahreszeit immer stärker — und Wien von Anfang an ganz von den Besatzungsmächten versorgt.

Ab 1. April 1946 hat die UNRRA zunächst die Finanzierung der österreichischen Ernährung übernommen, indem sie aus alliierten Armeevorräten 109.000 Tonnen Nahrungsmittel und 1.633.400 Lebensmittelpakete¹⁾ im Werte von etwa 36 Millionen Dollar angekauft hat. Aus diesen Vorräten einschließlich der geringen Lebensmitteleinfuhren der UNRRA (18.534 Tonnen im Werte von 3 Millionen Dollar) sowie der Eigenaufbringung Österreichs von bloß 22 v. H. des Gesamtbedarfes konnten die gekürzten Rationen der österreichischen Bevölkerung bis Ende Mai gesichert werden²⁾. Danach sollen die Rationen, abgesehen von den 250 Kalorien, die bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte von Österreich selbst, aus heimischen Quellen aufgebracht werden können, aus den Lieferungen der UNRRA bestritten werden, bis Österreich den Anschluß an die neue Ernte findet und in der Lage sein wird, seinen Nahrungsmittelbedarf durch Einfuhren selbständig zu ergänzen.

In der Tat macht die UNRRA die größten Anstrengungen zur Sicherung der österreichischen Ernährung. Die Unregelmäßigkeit der Anlieferungen — plötzlicher Ausfall von Schiffen, unvorhergesehene Umleitung von Sendungen usw. — macht jedoch die Aufstellung eines Versorgungsplanes noch für längere Zeit unmöglich.

Einzelne Staaten bemühen sich, durch Hilfsaktionen vor allem die Versorgung der österreichischen Kinder, deren Gesundheitszustand besonders gefährdet ist, zu verbessern.

1) Von den 109.000 Tonnen Nahrungsmitteln wurden je 44 v. H. von der amerikanischen und englischen, knappe 10 v. H. von der russischen und der Rest von der französischen Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt. Die Lebensmittelpakete stammen in der Hauptsache aus amerikanischen Heeresbeständen.

2) Mit Wirkung vom 18. März 1946 wurden die Tageshöchstsätze von 1.550 auf 1.200 Kalorien für Normalverbraucher herabgesetzt. Damit betragen die österreichischen Rationen etwa 50 v. H. des durchschnittlichen Normalbedarfes, 75 v. H. des Mindestbedarfes und 40 v. H. des Verbrauches vor dem Kriege. Ohne grundsätzlich von diesen Höchstsätzen abzuweichen, wurde auf einer Länderkonferenz für Mai ein 950-Kalorien-Notprogramm aufgestellt, wobei jedoch die Möglichkeit offen blieb, durch Zusatzaufträge an das 1.200-Kalorien-Programm heranzukommen.

Die Schwedenhilfe sieht für ganz Österreich Lieferungen von etwa 250.000 Tonnen Lebensmittel vor. In Wien sind bereits mehrere Lieferungen von je 200 bis 300 Tonnen Lebensmittel angekommen, die Monate hindurch die turnusweise Ausgabe eines Mittagessens für anfangs je 12.000 und später je 26.500 Kinder ermöglichte.

Die Schweiz hilft einerseits durch Lebensmittellieferungen für die Notstandsgebiete, andererseits durch die Gewährung eines zwei- bis dreimonatlichen Gastaufenthaltes an unterernährte österreichische Kinder. Diese Aktion soll sich auf etwa 20.000 Kinder erstrecken.

Eine Hilfsaktion der Katholiken Amerikas erbrachte Lebensmittellieferungen von 500 Tonnen.

Zu erwähnen sind ferner die Aktionen Dänemarks, und des Irischen Freistaates für die Notstandsgebiete in Niederösterreich. Auch Großbritannien, Holland und selbst Australien haben großzügige Lebensmittelpaketsendungen für Österreich eingeleitet.

Einheitliche Versorgung — das Ziel

Mit der Kürzung vom 18. März 1946 wurde eine Vereinheitlichung der Tagessätze für ganz Österreich eingeleitet. Ab 1. April 1946 wurde das vom Bundesministerium für Volksernährung aufgestellte Kalorienprogramm als zu erreichendes Soll in allen Bundesländern anerkannt (siehe Übersicht 17). Auch stimmte der Alliierte Rat einer Verteilung der an die UNRRA verkauften Armeevorräte über die Zonengrenzen im ganzen Bundesgebiet zu. Dadurch sind auch die tatsächlich ausgegebenen Rationen unter Verminderung der Spanne zwischen Minimal- und Maximalsätzen in ganz Österreich weitgehend angeglichen worden (siehe Abbildung 8).

Kalorienwerte der Tagesrationen nach Verbraucherkategorien. (Basis: 1.200 Kalorien täglich.)

Programm vom 1. April 1946

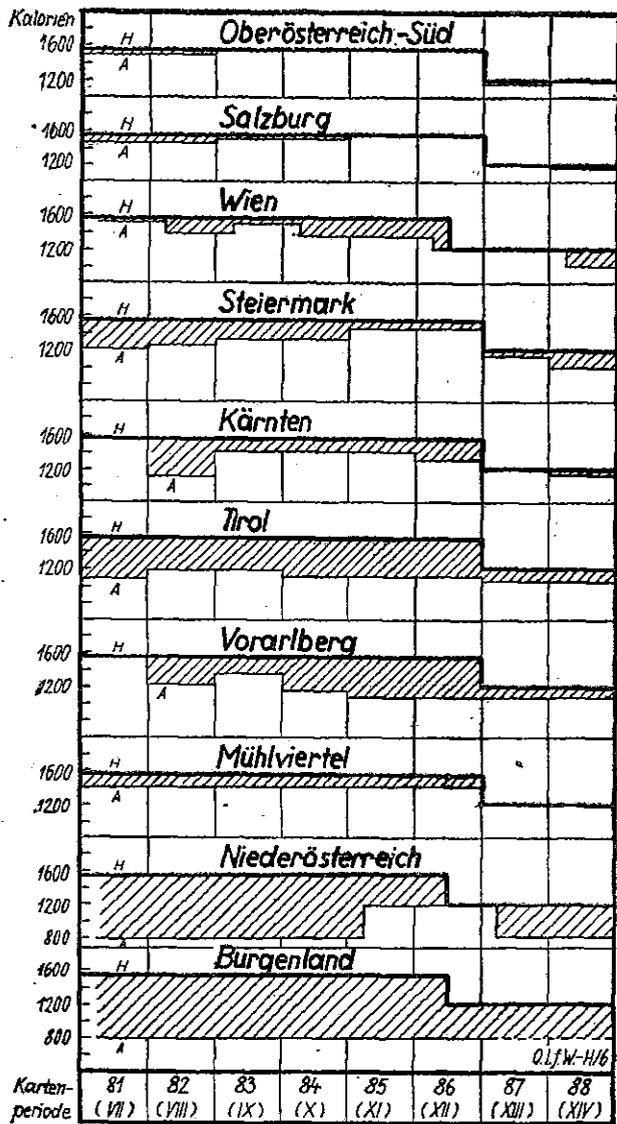
[Übersicht 17]

	Kinder			werdende und stillende Mütter
	0—3 Jahre	3—6 Jahre	6—12 Jahre	
Kalorienwert je Tag	1.005	1.220	1.370	2.295
	Normalverbraucher	Angestellte	Arbeiter	Schwerarbeiter
Kalorienwert je Tag	1.200	1.450	1.850	2.700

Gleiche Kalorienwerte bedeuten jedoch nur dann wirklich gleiche Versorgung, wenn auch die Zusammensetzung der Rationen gleichartig bleibt. Regional besonders unterschiedlich ist das Verhältnis zwischen tierischen und pflanzlichen Nährstoffen (siehe Übersicht 18). (Die regionale Verschiedenheit des Verbrauchs in Friedenszeiten war völlig anderer Art.)

Abb. 8. Kalorienwert der Tagessätze für Normalverbraucher in den Bundesländern vom Oktober 1945 bis Mai 1946

(Natürlicher Maßstab; H = Höchstsatz, A = aufgerufen, bzw. vorgesehener Satz; Angaben für die 87. [XIII.] und 88. [XIV.] Kartenperiode sind vorläufig)



In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland weichen die Zuteilungsperioden um eine Woche von denen der anderen Länder ab. Die Angleichung wurde mit Ende der 88. (XIV.) durchgeführt.

Aus der sehr verschieden großen Spanne zwischen dem vom Alliierten Rat für Österreich jeweils vorgesehenen Höchstsatz und den von den Landesernährungsämtern tatsächlich aufgerufenen bzw. vorgesehenen Tagessätzen ergibt sich die unterschiedliche Ernährungslage der einzelnen Bundesländer.

Das Bild der Versorgung aus einem Vergleich der Rationen in den einzelnen Ländern ändert sich nennenswert noch dadurch, daß die zusätzlichen

Versorgungsmöglichkeiten regional sehr verschieden sind. So können z. B. in den Ländern der französischen Zone Milch und Milchprodukte leichter zusätzlich beschafft werden als in anderen Gebieten. Aus den gleichen Gründen erhält die relative Besserstellung der Verbraucher in der amerikanischen Zone eine noch stärkere Betonung. Wien und die niederösterreichischen Industriestädte leben dagegen praktisch nur von den ausgegebenen Rationen.

Anteil tierischer und pflanzlicher Nährstoffe am Kalorienwert der Tagessätze 1) in Prozenten [Übersicht 18]

Bundesland	Kalorienwert	
	tierisch	pflanzlich
Wien	77	92,3
Niederösterreich	72	92,8
Burgenland	10,3	89,7
Oberösterreich-Süd	17,7	82,3
Oberösterreich-Nord (Mühlviertel)	14,8	85,2
Salzburg	15,4	84,6
Steiermark	12,0	88,0
Kärnten	12,2	87,8
Tirol	21,0	79,0
Vorarlberg	11,5	88,5
Österreich insgesamt (Durchschnitt)	13,3	86,7
Wien 1935 ²⁾	39,4	60,6

1) Errechnet auf Grund der Rationen für Normalverbraucher in der 11. Zuteilungsperiode (10. Februar bis 9. März 1946 bzw. 4. Februar bis 3. März 1946). — 2) Haushaltstatistik der Arbeiterkammer Wien.

Wien

Auch in normalen Zeiten konnte ein Großteil der Ernährung der Wiener Bevölkerung nur durch Einfuhren aus dem Ausland gedeckt werden. Den Rest lieferten vor allem Niederösterreich und das Burgenland. Da diese beiden Länder im Kriege besonders schwer gelitten haben und daher nicht einmal in der Lage waren, ihre eigenen kleineren Industriestädte zu versorgen, war nach dem Zusammenbruch die Ernährung Wiens, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg, wieder zu einem besonders brennenden Problem geworden. Bis zum September v. J. konnte Wien nur notdürftig aus den Beständen der Roten Armee ernährt werden und erst nach dieser Zeit haben die vier Mächte gemeinsam die Ernährung Wiens auf einem etwas höheren Niveau (1.300 bis 1.500 Kalorien) ermöglicht. Seit dem 1. April hat die UNRRA zunächst die Finanzierung der österreichischen Ernährung übernommen, doch bis zum Eintreffen der eigenen Lieferungen der UNRRA wurde Wien weiterhin in der Hauptsache aus den Heeresbeständen der vier Besatzungsmächte versorgt. Die Beiträge der übrigen Bundesländer zur Ernährung Wiens sind, abgesehen von den Milchlieferungen, nicht bedeutend.

Die vier Besatzungsmächte haben vereinbart, die Lasten für die Ernährung Wiens unter sich entsprechend der Zahl und Kategorie der Verbraucher der vier Zonen aufzuteilen. Die Anlieferungen der einzelnen Besatzungsmächte waren jedoch in ihrer Zusammensetzung sehr verschieden und entsprachen nicht genau dem Bedarf ihrer Zone, so daß ein gegenseitiger Ausgleich notwendig wurde (siehe Übersicht 19).

Verteilung des Lebensmittelbedarfs auf die einzelnen Besatzungszonen in Wien
in Prozenten [Übersicht 19]

Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Besatzungszonen (in v. H.)	Russische Zone	Amerikanische Zone	Englische Zone	Französische Zone	Wien insgesamt
		36,8	20,9	20,2	22,1
Anteil der einzelnen Besatzungsmächte an der Gesamtanlieferung wichtiger Nahrungsmittel für Wien 1)					
Warenart	Rußland	Amerika	England	Frankreich	
Mehl	25,4	35,9	19,3	19,4	
Fette und Öle	14,3	35,9	23,7	26,1	
Zucker	32,0	35,5	17,5	15,0	
Hülsenfrüchte	37,3	32,8	13,7	16,2	
Fleisch	62,3	10,6	26,9	0,2	
Trockenei	1,4	65,4	0,2	33,0	
Fische	0,0	54,6	8,2	37,2	
Käse	0,0	100,0	0,0	0,0	
Kartoffeln	100,0	0,0	0,0	0,0	
Kaffee { Bohnen	—	43,5	12,1	20,8	
{ Ersatz	23,6	—	—	—	

1) Berechnet auf Grund der Anlieferung für die Zeit vom 30. August 1945 bis 12. Jänner 1946.

Wiederholt blieben die Lieferungen von Nahrungsmitteln einzelner Besatzungsmächte zum Teil erheblich hinter den vorgesehenen Rationen zurück, so daß unter Heranziehung von Armeeeüber-

schüssen andere, in der Rationentabelle nicht vorgesehene Nahrungsmittel ausgegeben werden mußten. Damit verbunden war meist nicht nur eine Verminderung des Gesamtkalorienwertes (siehe Übersicht 20), sondern auch eine ernährungs-physiologisch ungünstige Verschiebung in der Zusammensetzung der Rationen, wobei vor allem der Fleisch- und Fettmangel besonders auffällt. So entfielen von den 1.341 Kalorien der Normalverbraucher im Durchschnitt der 11. Zuteilungsperiode nur 7,7 v. H. auf Lebensmittel tierischer Herkunft, während es nach dem Karten-Soll 12 v. H. gewesen wären — in normalen Zeiten betrug der Anteil der tierischen Nahrungsmittel annähernd 40 v. H. vom Gesamtverbrauch (siehe auch Abbildung 9).

Der nahezu völlige Mangel an tierischem Eiweiß, der geringe Fettverbrauch und der verhältnismäßig reichliche Genuß von Kohlehydraten, gemeinsam mit dem geringen Gesamtkalorienverbrauch, beeinträchtigen nicht nur die Arbeitsfähigkeit, sondern setzen auch den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung sehr herab.

So hat sich die Sterblichkeit in Wien im Vergleich zu normalen Zeiten ungefähr verdreifacht. (Erhöhung der Todesfälle von 14 je tausend im Jahre 1938 auf 36 je tausend im Jahre 1945). Noch stärker erhöhte die unzulängliche Ernährung die Sterblichkeit der Kleinkinder. Während normalerweise durchschnittlich 50 Säuglinge je tausend Lebendgeburten starben, waren es im März 1945 260, im April 1945 282; erst nach der wesentlichen Besserung der Ernährung im September 1945 sank sie auf 123. Bis März 1946 verminderte sie sich weiter auf 90 und stieg im April wieder leicht auf 98 an.

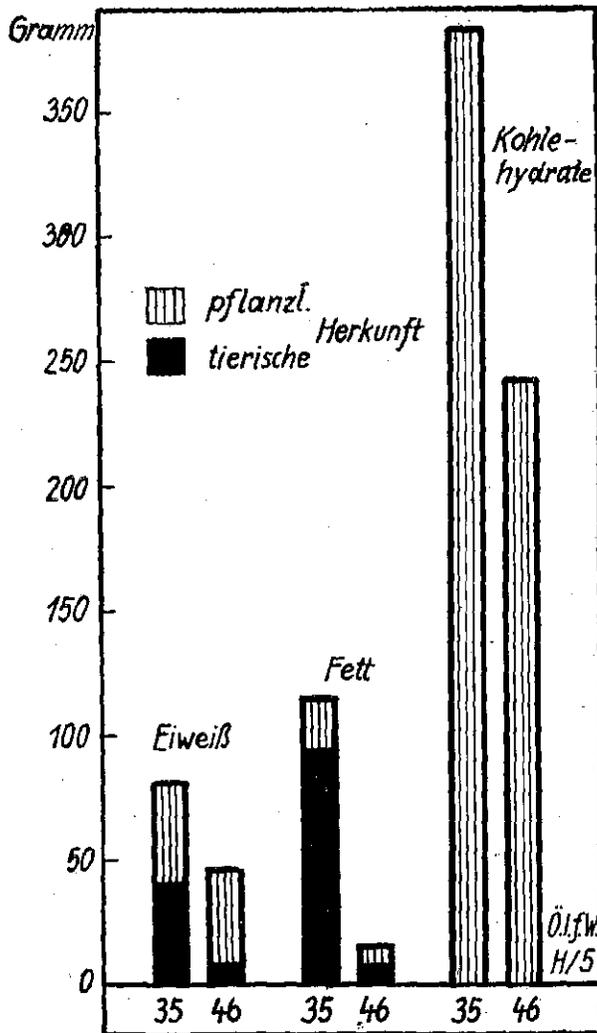
Tages-Kalorienbilanz in Wien in der 10. bis 14. Versorgungsperiode

[Übersicht 20]

	Kinder 6—12 Jahre	Kleinkinder 3—6 Jahre	Kleinstkinder 1 1/2—3 Jahre	Säuglinge 0—1 1/2 Jahre	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Arbeiter	Angestellte	Mütter
10. Versorgungsperiode (13. 1. bis 9. 2. 1946)									
Anspruch auf Lebensmittelkarte	1.525	1.206	1.000	1.000	1.553	3.000	2.247	1.747	3.000
tatsächlich ausgegebene Lebensmittel	1.198	1.018	922	937	1.362	2.607	1.918	1.516	2.686
Differenz	-327	-188	-78	-63	-191	-393	-329	-231	-314
11. Versorgungsperiode (10. 2. bis 9. 3. 1946)									
Anspruch 1)	1.531	1.210	1.003	1.003	1.560	3.013	2.257	1.756	2.013
Aufruf	1.202	991	919	981	1.341	2.572	1.849	1.476	2.662
Differenz	-329	-219	-84	-22	-219	-441	-408	-280	-351
12. Versorgungsperiode (10. 3. bis 6. 4. 1946)									
Anspruch 2)	1.358	1.210	1.003	1.003	1.290	2.778	1.952	1.527	2.778
Aufruf	1.273	1.144	1.046	1.057	1.208	2.509	1.773	1.391	2.516
Differenz	-85	-66	+43	+46	-82	-269	-178	-136	-262
13. Versorgungsperiode (7. 4. bis 4. 5. 1946)									
Anspruch	1.296	1.196	985	985	1.199	2.627	1.843	1.433	2.304
Aufruf	1.295	1.196	985	985	1.199	2.630	1.844	1.433	2.305
Differenz	-1	0	0	0	0	+3	+1	0	+1
14. Versorgungsperiode (5. 5. bis 26. 5. 1946)									
Anspruch 3)	1.241	1.219	1.006	1.005	949	2.453	1.852	1.454	2.041
Aufruf	1.239	1.217	998	1.006	1.008	2.509	1.875	1.472	2.094
Differenz	-2	-2	-7	+1	+59	+56	+23	+18	+53

1) Der Unterschied im Anspruch erklärt sich durch die Verschiedenheit der Bewertung in den einzelnen Perioden. — 2) Die Errechnung des durchschnittlichen Anspruches für die 12. Versorgungsperiode erfolgte unter Berücksichtigung des Satzes der Vorperiode für die Woche bis zum 17. März 1946 und des gekürzten Satzes für die Wochen vom 18. März 1946 ab. — 3) Lt. der auf der Länderkonferenz am 25. April 1946 für Mai festgelegten Tageskaloriensätze (950-Kalorien-Notprogramm).

Abb. 9. Tagesverbrauch an wichtigen Nährstoffen in Wien 1935 und 1946 (Natürlicher Maßstab)



Die schwierige Versorgungslage Wiens ergibt sich sowohl aus der absoluten Verminderung des Verbrauches wichtiger Nährstoffe als auch aus der sehr starken Verschiebung von den tierischen zu den pflanzlichen Nährstoffen.

Die plötzliche Kürzung der Rationen im März um rund 10 v. H., ihre weitere 17%ige Verminderung im Mai und vor allem die starke Einschränkung der Brotzuteilung dürften den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung weiter verschlechtert haben. (Die Zufuhr von in- und ausländischem Gemüse, also die vitaminreichere Kost, vermochte die Einschränkung des allgemeinen Nahrungsmittelverbrauches nur geringfügig auszugleichen.)

Diese neuerliche Verschlechterung der Ernährungslage Wiens war durch die Verzögerung der

UNRRA-Lieferungen bedingt, die sich auf das ganze Land Österreich auswirkte. Das entstandene Vakuum konnte nur durch rasches Heranführen von Lebensmitteln vor allem aus amerikanischen und englischen Beständen unter starker Herabsetzung der Rationen vorläufig überbrückt werden. Von den nunmehr einsetzenden UNRRA-Lieferungen ist jedoch ebenfalls keine wesentliche Besserung vor der Einbringung der diesjährigen Ernte zu erwarten. Immerhin konnte nach vorübergehender Kürzung auf 950 bis 1.000 Kalorien der 1.200-Kaloriensatz wieder erreicht werden.

Gleichzeitig steigen in Wien die Anforderungen an die Lebensmittelzufuhren ständig. Trotz abnehmender Flüchtlingszahl erhöht sich Wiens Bevölkerung langsam; die Zahl der ausgegebenen Zusatzkarten für Schwerarbeiter, Arbeiter und Angestellte nimmt zu (siehe Übersicht 21). Diese Entwicklung erklärt sich in erster Linie aus der Rückkehr der Kriegsgefangenen und Evakuierten und aus der, wenn auch langsam, zunehmenden Wirtschaftstätigkeit.

Was die Ernährungslage Wiens von der anderer Versorgungsgebiete unterscheidet, ist der Umstand, daß es bisher unmöglich war, auf längere Sicht, ja selbst auch nur über eine Zuteilungsperiode zu planen. Wien lebt von Woche zu Woche. Aus diesem Grunde werden die einmal festgesetzten Rationen als ein zu erreichendes Soll aufgestellt, es bleibt aber immer fraglich, ob sie auch tatsächlich erreicht werden. Dadurch wird auch für den einzelnen Haushalt eine planmäßige Verteilung sehr erschwert.

Die Brot- und Mehllieferung konnte bis zum 18. März unter großen Anstrengungen auf dem ursprünglich vorgesehenen Stand (Wien hatte die höchste Brot ration in Österreich) gehalten werden, und zwar sowohl für den Normalverbraucher als auch für die schwerer arbeitende Bevölkerung.

Die verhältnismäßig hohen Brotrationen in Wien, verglichen mit denen in den anderen Bundesländern, waren notwendig, weil die Kartoffellieferung fast völlig versagte. Die notwendigen Mengen konnten in den natürlichen Versorgungsgebieten Wiens, nämlich Niederösterreich und Burgenland, nicht aufgebracht werden (ungünstige Ernte, Ansprüche der Besatzungstruppen, unzulängliche Transportverhältnisse, ungenügende Ablieferungsbereitschaft), so daß die Haushalte in Wien nahezu ohne Kartoffel blieben. Die angelieferten geringen Mengen wurden hauptsächlich den Werkküchen zugeteilt. Anfänglich wurde Mehl als Ersatz in unzureichendem Maß ausgegeben, später blieb auch dieses aus.

Da infolge der ungünstigen Welt-Getreideernte die vorgesehenen Getreidelieferungen der UNRRA ausblieben, mußten ab 18. März die Brotrationen zunächst um 15 v. H., im April um 40 v. H. und im Mai um 50 v. H. ihrer

Bevölkerungsentwicklung in Wien nach Verbrauchergruppen¹⁾

[Übersicht 21]

Zeit	0—3 Jahre	3—6 Jahre	6—12 Jahre	über 12 Jahre	alle Alters- stufen	Davon		
						Schwer- arbeiter	Arbeiter	Angestellte
Alt-Wien								
17. November 1945	47.812	52.792	57.074	1.205.556	1.363.234	52.603	273.360	160.518
29. Dezember 1945	49.526	54.803	58.955	1.227.788	1.391.072	57.313	282.867	184.324
26. Jänner 1946	49.565	54.755	57.855	1.233.005	1.395.180	49.453	291.350	182.740
23. Februar 1946	48.313	54.716	58.307	1.244.169	1.405.305	57.344	291.388	183.756
23. März 1946	47.295	54.231	58.010	1.260.684	1.419.620	61.361	299.958	190.301
20. April 1946	48.211	54.796	58.810	1.262.929	1.424.746	65.571	308.615	196.887
26. Mai 1946	46.522	54.382	60.400	1.267.973	1.429.277	72.149	319.038	200.642
Randgebiete								
17. November 1945	7.924	9.333	12.224	153.542	183.023	4.254	20.154	4.535
29. Dezember 1945	7.941	9.305	12.340	154.794	184.380	6.240	28.343	6.567
26. Jänner 1946	7.876	9.198	12.151	153.776	183.001	5.041	26.624	6.366
23. Februar 1946	7.640	9.020	11.686	152.647	180.993	5.011	27.085	6.259
23. März 1946	7.551	8.870	11.146	153.778	181.345	5.810	28.952	6.729
20. April 1946	7.615	8.877	10.974	154.872	182.338	6.453	31.598	6.989
26. Mai 1946	7.479	8.783	11.125	156.313	184.700	7.136	34.679	7.512

1) Nach Statistiken des Zentralernährungsamtes.

ursprünglichen Höhe gekürzt werden, wodurch die Rationen vorübergehend bis auf 950 Kalorien gesunken waren. Dagegen konnten eine Zeitlang Trockenkartoffel und fallweise Frischkartoffel aus zurückbehaltenem Saatgut und UNRRA-Lieferungen zur Verfügung gestellt werden.

Eine besondere Sorge stellt die *Fleischversorgung* dar. Der stark verminderte Viehbestand Niederösterreichs und des Burgenlandes¹⁾ gestattet kaum die Aufrechterhaltung der spärlichen Fleischrationen von 200 bzw. 150 Gramm wöchentlich in diesen Ländern; für eine regelmäßige Versorgung Wiens reicht er nicht aus. Es war daher lediglich fallweise möglich, Frischfleisch auszugeben. Als Fleischersatz wurden anfänglich Suppenpulver, Hülsenfrüchte oder Trockenei, manchmal auch Fisch oder Zucker ausgegeben. Später gelangten aus englischen und amerikanischen Lebensmittelbeständen Gemüse-Fleischkonserven zur Ausgabe.

Die *Fettversorgung* konnte zu Beginn der Übernahme der Ernährung Wiens durch die vier alliierten Mächte im September in ihrer vollen vorgesehenen Höhe (Tagesration von 20 Gramm für Normalverbraucher) zum größten Teil in Schweineschmalz erfüllt werden. Die Liefermengen — rund 1.000 Tonnen je Zuteilungsperiode — konnten aber nicht mehr aufgebracht werden und die Rationen wurden daher wieder gekürzt bzw. durch andere Zuteilungen ergänzt. Mit der Herabsetzung der Tagessätze im März mußte auch die Fettration um 50 v. H. gekürzt werden. Sie wird seither hauptsächlich in pflanzlichem Fett erfüllt.

Sehr mangelhaft ist die *Milchversorgung* in Wien. In normalen Zeiten wurden 600.000 Liter täglich verbraucht, während gegenwärtig nur etwa 80.000 bis 90.000 Liter verfügbar sind. Selbst diese Anlieferung war erst ab Jänner möglich, seitdem Milch auch von jenseits der Demarkationslinien nach Wien kommt. In der Tat erhält Wien aus Niederösterreich täglich etwa 60.000 Liter Milch. Die steirische Anlieferung beträgt etwa 6.000 Liter täglich und aus Oberösterreich sind Lieferungen von 20.000 Liter zugesagt worden, es kommen aber durchschnittlich nur 13.000 Liter täglich nach Wien. Es bestand berechtigte Hoffnung, die Milchezuschüsse der Steiermark auf etwa 10.000 Liter täglich erhöhen zu können, wodurch die Milchversorgung Wiens eine weitere Verbesserung erfahren sollte; die Futternot ließ jedoch zeitweise die An-

lieferungen wieder zurückgehen. Man rechnete, daß mit zunehmender Grünfütterung die Anlieferung auf das Doppelte gesteigert werden würde; die im Frühjahr herrschende Dürre zerschlug auch diese Erwartungen. Da die verfügbaren Mengen Frischmilch zur Deckung auch des dringendsten Bedarfs bei weitem nicht ausreichen, griffen die Alliierten mit Lieferungen von Trockenmilch helfend ein. Die Besserung der Milchversorgung der Klein- und Kleinstkinder ist als entscheidender Beitrag zur Verringerung der Säuglingssterblichkeit zu werten. Eine vorübergehende Verschlechterung der Milchversorgung infolge des Ausfalls der Trockenmilchliefereien konnte durch die Sicherung einer täglichen Anlieferung von 9.000 Liter Milch aus Salzburg und neuerliche Bereitstellung von Trockenmilch bald behoben werden.

Auch in der *Zuckerversorgung* ist Wien völlig auf auswärtige Hilfe angewiesen. In der letzten Kampagne konnte von den sieben österreichischen Zuckerraffinerien nur das Ennser Werk, allerdings mit einem Bruchteil seiner Kapazität, arbeiten. Diese Erzeugung reichte jedoch kaum aus, den Bedarf Oberösterreichs für einige Monate zu decken. Die knapp bemessene Ration von 420 Gramm pro Periode für Normalverbraucher sowie die erhöhten Rationen für Kinder, Arbeiter und Mütter konnten bis Februar voll erfüllt werden. Seither wurde eine Kürzung der Rationen auf 300 Gramm für Normalverbraucher erforderlich. Im April konnten aber wieder — vielleicht unter Auswirkung der UNRRA-Lieferungen — 400 Gramm ausgegeben werden; ab Mai wurde die Zuckerration mit 280 Gramm neu festgesetzt.

Die *Gemüseversorgung*, die im Herbst und Winter völlig ausblieb, begann erst im Frühjahr allmählich ge- regeltere Formen anzunehmen. Bedeutende Mengen von Frühgemüse aus dem Burgenland sowie von Karfiol aus Italien und Karotten aus der Schweiz konnten nunmehr an alle Verbraucher sowie an Werkküchen ausgegeben werden. Erstmals wurden auch im Kompensationswege aus Italien eingeführte Zitronen für Wien bereitgestellt.

Russische Zone

Die Gebiete der russischen Zone außerhalb Wiens waren während des ganzen ersten Jahres ihrer Besetzung in ihrer Ernährung grundsätzlich

1) Siehe Abschnitt Landwirtschaft, S. 64 f.

auf sich selbst gestellt, da die Besatzungsmacht erst in jüngster Zeit für die Notstandsgebiete Zuschüsse gewährt hat. Die Besatzungstruppen versorgten sich zum Teil aus den Beständen des Landes. Die Lage wurde vor allem in den Gebirgs- und Waldgegenden sowie in den Industriegebieten, die immer landwirtschaftliche Zuschußgebiete waren, wesentlich erschwert, da infolge der geringen Aufbringung und der Transportschwierigkeiten ein Ausgleich selbst zwischen den einzelnen Teilen der gleichen Zone nur sehr schwer möglich war. Außerdem mangelte es anfänglich auch an einer straffen Erfassungs- und Bewirtschaftungsorganisation für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Lebensmittelzufuhren von auswärts, sei es aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland, kamen schon wegen der Unfähigkeit dieser Gebiete, sich eine Kompensationsgrundlage zu schaffen — ihre industrielle Produktion liegt noch immer zum Großteil still —, kaum in Frage. Die Bevölkerung der Städte hat unter diesen Verhältnissen besonders zu leiden. Vor allem in den Industriegebieten ist die Lage nach wie vor katastrophal. Die vereinzelt Aktionen der westlichen Bundesländer sowie die sich in letzter Zeit verstärkten Hilfsmaßnahmen des Auslandes, vor allem Dänemarks, Schwedens, der Schweiz und des Irischen Freistaates, ermöglichen lediglich einzelnen Verbrauchergruppen fallweise eine Verbesserung der Versorgung. In letzter Zeit griff auch die Rote Armee mit Lebensmittellieferungen zur Linderung der großen Not in den Industriegebieten Niederösterreichs ein. Von den ersten, geringen UNRRA-Lieferungen wurden verhältnismäßig große Anteile der Versorgung Niederösterreichs und des Burgenlandes zugeführt.

Ähnlich wie in Wien fehlt auch in der russischen Zone ein Versorgungsplan für längere Sicht. Es werden auch hier — dies gilt vor allem für Niederösterreich und das Burgenland — die von den einzelnen Landesernährungsämtern festgesetzten Rationen fast niemals in ihrer vorgesehenen Höhe ausgegeben. Außerdem sind die Zuteilungen der einzelnen Bezirke und Gemeinden eines Bundeslandes sehr unterschiedlich. Praktisch rufen daher die Bezirksernährungsämter wöchentlich das auf, was gerade anfällt. Auf die Erreichung eines Tagesminimums sowie auf eine dem Organismus zuträgliche Zusammensetzung kann keine Rücksicht genommen werden.

**Niederösterreich
Burgenland**

Besonders schwierig ist die Ernährungslage in Niederösterreich und im Burgenland.

Bis Februar 1946 erhielt hier ein Normalverbraucher in den Stadtgemeinden meist nur 1.400 Gramm Brot, 200 Gramm Fleisch, 40 Gramm Fett und 200 Gramm Kartoffeln wöchentlich und erreichte damit einen Tagessatz von knapp 800 Kalorien. Nur die Kinder erhielten auch Vollmilch, und zwar ab Dezember Kinder bis zu einem Jahr $\frac{3}{4}$ Liter, solche von 1 bis 6 Jahren $\frac{1}{2}$ Liter täglich. Die Rationen der Arbeiter und Schwerarbeiter waren nur unwesentlich durch größere Brotzuteilungen erhöht. Zucker konnte überhaupt nicht zuteilt werden, ebensowenig Salz. Ab Februar 1946 ist es nach größten Anstrengungen möglich geworden, in Niederösterreich die Zuteilungen durch eine Erhöhung der Brotration auf 300 Gramm täglich und durch Ausgabe von Hülsenfrüchten oder Grütze etwas zu verbessern. Im Zuge der allgemeinen Herabsetzung der Rationshöchstsätze wurde aber auch die niederösterreichische Versorgung wiederum annähernd auf ihren früheren tiefen Stand gebracht, nur wird jetzt fallweise Zucker ausgegeben.

Alle Bemühungen, die Lage zu bessern, blieben ohne nennenswerten Erfolg¹⁾. Zunächst haben Verwüstungen, Plünderungen und Beschlagnahmen die Vorräte vermindert. Außerdem hat der Anbau besonders im letzten Jahre stark unter den Kriegseinwirkungen gelitten. Die schwierige Lage der Landwirtschaft geht schon aus der Abnahme der Anbauflächen im Jahre 1945 hervor (siehe Übersicht 22). Die Erträge selbst aber haben sich noch weit stärker vermindert²⁾. Schließlich ergaben sich Verluste bei der Einbringung der Ernte.

Anbauflächen im Jahre 1945
in Prozenten (1944 = 100)

[Übersicht 22]

Art	Niederösterreich	Russische Zone insgesamt
Winterweizen	81.1	78.8
Sommerweizen	48.6	54.2
Winterroggen	85.1	84.4
Sommerroggen	45.5	67.7
Wintergerste	60.6	62.3
Sommergerste	73.7	72.3
Kartoffeln	71.2	73.2

1) Die Erhöhung der Tagesrationen für die Arbeiter der niederösterreichischen Erdölbetriebe auf über 5.000 Kalorien vermag an dem Gesamtbild kaum etwas zu ändern.

2) Nach lückenhaften Schätzungen betrug die niederösterreichische Ernte im Jahre 1945 bei Weizen 70 v. H., bei Gerste 50 v. H., bei Kartoffeln 60 v. H. des Ertrages von 1944.

Allerdings dürften auch der mangelnde Ablieferungswille mancher Bauern, nicht zuletzt als Folge der unzulänglichen Preise, sowie der Schwarzhandel und das Hamstern, die größere Formen nur infolge der fehlenden straffen Bewirtschaftung annehmen konnten, die Aufbringung mit beeinträchtigt haben.

Der unverhältnismäßig starke Rückgang der Marktleistung zeigt sich besonders deutlich in der Milchwirtschaft. Nimmt man z. B. in Niederösterreich auf Grund des Kuhbestandes von 1945 eine Zahl von 220.621 Milchkühen an, ergibt sich — selbst bei einer stark unterdurchschnittlichen Milchlieferung von 1.000 Liter je Kuh — eine jährliche Milchproduktion von 220,6 Millionen Liter. Bei einer normalen Ablieferung von 60,5 v. H. der Erzeugung könnte Niederösterreich daher täglich etwa 360.000 Liter Milch für die allgemeine Versorgung der Städte zur Verfügung stellen. Tatsächlich wurden aber im Jänner 1946 nur etwa 180.000 Liter abgeliefert. Das ungünstige Ergebnis ist wesentlich beeinflusst durch die auch heute noch bestehenden schwierigen Verkehrsmöglichkeiten, die Zerstörung der Milchablieferungsstellen usw. Dadurch und wohl auch durch den Fettmangel (Rückgang des Schweinebestandes) hat sich wieder der Selbstverbrauch der Landwirtschaft erhöht. Ein Rest dürfte durch den Verkauf an Hamsterer und Schleichhändler der regulären Verteilung entzogen worden sein.

Die UNRRA ist besonders bestrebt, die Versorgungslage dieser unter den Kriegseinwirkungen am meisten geschädigten Gebiete durch Lieferungen von Lebensmitteln zu verbessern. Die Lieferungen von hochwertigem Saatgut und Kunstdünger durch die UNRRA werden, abgesehen von dem Freiwerden einbehaltenen Saatgutes, das nunmehr dem Verbrauch zugeführt werden kann, auch die Erträge der Landwirtschaft allgemein verbessern helfen.

So wird z. B. der Ertrag der von der UNRRA gelieferten englischen und tschechoslowakischen Saatkartoffel bis auf das Zehnfache der Aussaat geschätzt, während heimische Saatkartoffel nur einen vierfachen Ertrag liefern.

Mühlviertel

Das Mühlviertel, das durch den Krieg viel weniger gelitten hat, kann weit bessere Rationen als das Burgenland und Niederösterreich gewähren. Die Lage wird auch dadurch erleichtert, daß rund 40 v. H. der Bevölkerung Vollselbstversorger und weitere 10 v. H. Teilselbstversorger sind.

Vor allem ist der Anteil der tierischen Lebensmittel höher als in den meisten Versorgungsgebieten Österreichs (siehe Übersicht 18).

Die Rationen haben sich in den letzten Monaten kaum verändert; lediglich die Zuckerrationen von 500 Gramm je Periode mußten im Februar um die Hälfte gekürzt werden. Wesentlich günstiger als in anderen Teilen der russischen Zone ist die Kartoffelversorgung. Dadurch kann die mangelhafte Brotversorgung stärker ausgeglichen werden,

auch ist die Ernährung weit abwechslungsreicher als in den übrigen Gebieten der russischen Zone. Z. B. erhalten sämtliche Verbrauchergruppen Milch (Erwachsene allerdings nur Magermilch), Topfen, Käse, Butter, obwohl die Ablieferung von Milch- und Milchprodukten um 50 v. H. gegenüber den letzten Kriegsjahren gesunken ist. Die vorgesehenen Fleischrationen werden ebenfalls regelmäßig zugeteilt. Die Fettversorgung ist auch nach erfolgter Kürzung der Rationen mit 400 bis 500 Gramm je Periode verhältnismäßig günstig.

Amerikanische Zone

Ernährungsmäßig nimmt die amerikanische Zone gegenüber den anderen Teilen Österreichs eine bevorzugte Stellung ein. Die von den Alliierten ursprünglich bewilligten Höchstkaloriensätze (1.550 Kalorien für Normalverbraucher) gelangten nur in dieser Zone voll zur Ausgabe. Aber auch schon vorher war die Versorgung weit aus besser als anderswo. Der physiologische Wert der Rationen wird durch eine verhältnismäßig günstige Zusammensetzung erhöht. Besonders ist der Anteil der tierischen Nahrungsmittel am gesamten Kalorienwert der Rationen mit 17,7 v. H. bzw. 15,4 v. H. (Oberösterreich bzw. Salzburg) relativ am höchsten in Österreich. Nur in Tirol ist die Relation noch günstiger, doch sind dafür dort die absoluten Kaloriensätze wesentlich niedriger gewesen (siehe Übersicht 18 und Abbildung 8). Unter Berücksichtigung der Vorräte wird für jede Zuteilungsperiode ein neuer Ernährungsplan aufgestellt, der zwar periodenweise geändert wird, aber doch die volle Zuteilung der Lebensmittelrationen bei zweckmäßigster Zusammensetzung sichert¹⁾.

Die amerikanische Zone konnte auch als einzige in Österreich den ganzen Winter über im Kompensationswege aus Italien Obst und Gemüse für alle Verbrauchergruppen einführen. Darin ist die besondere Fürsorge der Militärregierung für den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu erblicken. Eine von den USFA angeordnete Untersuchung hatte nämlich festgestellt, daß etwa 8 v. H. der Kinder und 5 v. H. der Erwachsenen an Avitaminosen erkrankt waren.

Die mit 18. März d. J. verfügte Kürzung der Rationen für ganz Österreich hat die Ernährungslage in der amerikanischen Zone zunächst nicht berührt. Lediglich Salzburg hat die Gültigkeit der Lebensmittelkarten um

1) Wenn die Ausgabe von Austauschrationen durch vorübergehende Verknappungserscheinungen notwendig wurde, so geschah dies unter Wahrung des festgesetzten Gesamtrationenwertes meist in einer für den Verbraucher sehr vorteilhaften Form. So wurden z. B. in Salzburg anfangs März an Stelle von Erbsen Corned beef, Fleisch und Käse ausgegeben.

zwei Tage verlängert, wodurch für den Rest der laufenden Periode eine Kürzung der Normalverbraucherrationen auf etwa 1350 Kalorien je Tag erreicht wurde. Erst ab 1. bzw. 3. April sind in Oberösterreich die Rationen aller Verbrauchergruppen und in Salzburg alle außer denen der Schwerarbeiter herabgesetzt worden. Doch auch nach der Angleichung der Kalorienwerte an die des restlichen Österreich ist ihre Zusammensetzung günstiger geblieben. Die vorübergehende Rationenkürzung im Mai wirkte sich auf die Ernährungslage in der amerikanischen Zone nicht aus.

Der Bedarf der amerikanischen Zone ist durch den großen Bevölkerungszuwachs (Flüchtlinge usw.) verhältnismäßig-hoch. Die relativ bessere Versorgung wurde aber dennoch durch die gute Aufbringung in diesen Gebieten, die weder Verwüstungen noch Beschlagnahmen erfahren haben, und durch die großzügigen Zuschüsse der amerikanischen Besatzungsmacht ermöglicht. In der Tat lagen die Ernten in der amerikanischen Zone im Vorjahr mit etwa 70 v. H. der Vorkriegsernten weit über dem Gesamtdurchschnitt Österreichs. In diesem Jahr wird wegen der ungünstigen Wetterverhältnisse mit einer mittleren Ernte gerechnet. Eine Zufuhr von Lebensmitteln von auswärts wird auf jeden Fall notwendig bleiben, da die Gebiete der amerikanischen Zone seit jeher Getreidezuschußgebiet waren.

Oberösterreich

Bereits während des Krieges hatte Oberösterreich u. a. durch die Errichtung industrieller Großanlagen einen außerordentlichen Menschenzustrom, besonders an ausländischen Arbeitern (siehe Übersicht 23). Nach dem Zusammenbruch hätte Oberösterreich nach der Repatriierung der ausländischen Arbeiter etwa 750.000 Menschen zu ernähren gehabt. Die vielen in- und ausländischen Flüchtlinge erhöhten aber die Einwohnerzahl des Landes nach

Bevölkerungsbewegung in Oberösterreich
[Übersicht 23]

	17. Mai 1939 ¹⁾	29. April 1945 ²⁾
Einwohnerzahl insgesamt (einschließlich sudetendeutscher Gebiete)	1.042.000	1.236.408
davon:		
Sudetendeutsche Gebiete	93.331	99.494
Mühlviertel (russische Zone)	214.561	288.025
Oberösterreich s. d. Donau (amerikanische Zone)	734.108	848.889

¹⁾ Volkszählung vom 17. Mai 1939. — ²⁾ Lebensmittelkartenbezieher am Ende der 74. Versorgungsperiode.

Kriegsschluß auf 1.274.078 Personen, das sind rund 73 v. H. mehr als im Jahre 1939. Die Versorgung dieser zusätzlichen Esser stellte eine ungeheure Belastung dar, die nur mit amerikanischer Hilfe getragen werden konnte. Die Rückführung der Evakuierten sowie die Repatriierung der Ausländer

ermöglichte eine allmähliche Verminderung dieses Druckes auf die Ernährung (siehe Übersicht 24). Jedoch ist die Zahl der Versorgungsberechtigten auch heute noch um 33 v. H. höher als 1939. Die Zahl der Landfremden (einschließlich der österreichischen Flüchtlinge) beträgt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, mehr als 20 v. H.

Ernährungslage in Oberösterreich
(Amerikanische Zone) [Übersicht 24]

Zuteilungsperiode	Zahl der Versorgungsberechtigten	Davon Selbstversorger	Tagesrat. der Normalverbraucher Kal.
78 (23. Juli 45 bis 19. August 45)	1.274.078	174.000	1.200
79 (20. August 45 bis 16. September 45)	1.200.251	166.000	1.358
80 (17. September 45 bis 14. Oktober 45)	1.179.452	166.905	1.359
81 (15. Oktober 45 bis 11. November 45)	1.066.554	165.772	1.504
82 (12. November 45 bis 9. Dezember 45)	973.750	166.000	1.529
83 (10. Dezember 45 bis 6. Jänner 46)	niedriger	.	1.550
84 (7. Jänner 46 bis 2. Februar 46)	niedriger	.	1.550
85 (3. Februar 46 bis 3. März 46)	951.771	191.568	1.555
86 (4. März 46 bis 31. März 46)	1.552
87 (1. April 46 bis 28. April 46)	979.256	195.504	1.170 ¹⁾
88 (29. April 46 bis 26. Mai 46)	1.235 ¹⁾

¹⁾ Vorläufige Ziffern.

Mit der Rückkehr der noch in den Lagern untergebrachten Evakuierten, „versetzten Personen“ (displaced persons) und Kriegsgefangenen wird die Ernährungslage weiter erleichtert werden. Auf der anderen Seite aber wurde die Aufbringung mit dem Fortschreiten der Jahreszeit immer schwieriger. Der Ausgleich konnte bis vor kurzem durch erhöhte amerikanische Lieferungen erzielt werden. Die erstrebte Vereinheitlichung der Versorgung machte ab April einschneidende Kürzungen notwendig. Die Rationen blieben jedoch, abgesehen von ihrer wesentlich günstigeren Zusammensetzung, auch in ihrer absoluten Höhe besser als in allen anderen Zonen (siehe Abbildung 8).

Zur *Brotversorgung* brauchte man monatlich etwa 6.500 Tonnen Mehl. Wenn in den Monaten nach Einbringung der Ernte rund 4.500 Tonnen im Lande aufgebracht werden konnten, blieb noch immer ein Zuschußbedarf von 2.000 Tonnen, der durch die Militärregierung gedeckt wurde. Im Frühjahr wurde das Verhältnis viel ungünstiger, da die monatliche Inlandsaufbringung kaum mehr als 1.000 Tonnen betrug. Andauernde Kürzungen der Brot- und Mehlzuteilungen waren die Folge. *Hülsenfrüchte* wurden nahezu zur Gänze von den Amerikanern beigegeben, da die eigene Erzeugung unbedeutend ist. Dagegen ist Oberösterreich in der Lage, seinen Bedarf an *Fleisch* fast voll zu decken. Die *Fettversorgung* ist dank einer relativ hohen Butterzeugung ebenfalls als recht günstig zu bezeichnen. Zeitweilig auftretende Engpässe werden von der Militärregierung durch Lieferungen von Schweineschmalz überbrückt.

Besser als die anderen Bundesländer ist Oberösterreich in der *Nährmittel- und Zuckerversorgung* gestellt. Der Bedarf an Nährmitteln laut Rationentabelle kann aus der Inlandserzeugung gedeckt werden. Allerdings vermag

sich gegenwärtig die Haferflockenerzeugung nur schwer Rohstoffe beschaffen, da die Hauptanbauggebiete für Hafer im Mühlviertel jenseits der Demarkationslinie liegen. Die vorjährige Kampagne der Ennsr Zuckerfabrik erzielte eine Produktion von 6.500 Tonnen, die bei einer durchschnittlichen Monatsration von 600 Gramm für alle Verbraucher den Bedarf von etwa zehn Monaten deckt. Für das laufende Jahr ist eine weitere Besserung der Zuckerversorgung zu erwarten, da der Anreiz zum Anbau von Zuckerrüben durch Ausgabe von Zuckerberechtigungsscheinen an die Bauern — im Verhältnis zu den erzielten Erträgen — erhöht wurde.

Salzburg

Die Ernährungslage in Salzburg unterscheidet sich nur unwesentlich von der Oberösterreichs. Auch der Bedarf hat sich ähnlich entwickelt. Am 17. Mai 1939 wurde im Land Salzburg eine Bevölkerung von 257.226 Personen gezählt. Im Krieg erhöhte sich die Zahl bis zu Beginn des Jahres 1944 auf 276.192 Personen¹⁾, wovon 2.678 ausländische Zivilarbeiter waren. Viel schwerwiegender war aber der Menschenstrom in das Land Salzburg am Ende des Krieges. Im April 1946 betrug der Gesamtbevölkerungsstand des Landes Salzburg nach Abbau eines wesentlichen Teiles der Landfremden noch immer 346.800 Personen, d. h. um 35 v. H. mehr als im Jahre 1939; davon werden etwa 18.000 Ausländer, Kriegsgefangene und österreichische Flüchtlinge aus den östlichen Landesteilen in Gemeinschaftslagern verpflegt. Die Zahl der Landfremden wird auf etwa 23 v. H. der Gesamtbevölkerung geschätzt.

Schwieriger als in Oberösterreich ist, entsprechend der wirtschaftlichen Struktur des Landes, das hauptsächlich Viehwirtschaft betreibt, die Eigenaufbringung.

Der *Brot- und Mehlbedarf* wurde zum Großteil durch Zuschüsse der Militärregierung gedeckt. Ihre Verminderung hatte starke Kürzungen der Brotationen bereits vor der allgemeinen Reduzierung der Sätze zur Folge. Der *Fleischbedarf* kann im Lande selbst voll gedeckt werden; der Viehbestand, abgesehen von Schweinen, hat sich wenig verändert. Andererseits ermöglicht auch die gut entwickelte Milchwirtschaft eine verhältnismäßig günstige Versorgung mit *Milch- und Molkeerzeugnissen*. Dagegen mußte die Besatzungsmacht die Hauptlasten der Versorgung mit Hülsenfrüchten, Nahrungsmitteln und Zucker tragen. Die *Zuckerversorgung* war trotzdem günstiger als in allen anderen Teilen Österreichs, da die Bevölkerung außer 500 Gramm Zucker noch 400 Gramm Marmelade erhielt. Erst in den letzten Monaten wurde die Marmeladeration gestrichen und die Zuckerration der Normalverbraucher auf 420 Gramm vermindert.

¹⁾ Lebensmittelkartenbezieher und Gemeinschaftsverpflegte.

Ein ausgesprochener Mangel herrschte im Winter an *Kartoffeln* sowie an *Frischgemüse*. Zur Erleichterung der Lage sollten aus Bayern 7.000 Tonnen Kartoffeln eingeführt werden. Es konnten aber vor Einbruch des Winters nur 2.000 Tonnen geliefert werden; die restlichen Lieferungen mußten infolge des einsetzenden Frostes bis zum Frühjahr aufgeschoben werden. Die Verkürzung der Kartoffelrationen wurde jedoch durch andere Zuteilungen ausgeglichen.

Englische Zone

In den beiden Ländern der englischen Zone waren die Ernährungsverhältnisse nicht völlig gleich, da jedes Land seine Ernährung einerseits auf seiner eigenen Aufbringung, andererseits aber auf den Zuschüssen der Militärregierung aufbaute.

Wegen der großen Unterschiede in der Eigenaufbringung konnte — selbst nach der im April begonnenen Vereinheitlichung der Versorgung — die Ernährungslage nicht ausgeglichen werden.

Steiermark

Obwohl die Zahl der Versorgungsberechtigten weit weniger als in Kärnten angestiegen ist²⁾, hat die Steiermark mit weitaus größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als Kärnten. Ein Grund ist vor allem darin zu erblicken, daß während des Krieges im Zuge einer Extensivierung der Produktion Ackerland in Weideland verwandelt worden ist. Dadurch wurden dem Ackerbau etwa 40.000 Hektar entzogen. Durch Kampfhandlungen sowie durch die Nachkriegsereignisse sind besonders im fruchtbaren Gebiet der Oststeiermark Schäden entstanden. Hervorzuheben ist dagegen, daß die Ablieferung kaum etwas zu wünschen übrig ließ. Die Bauern streckten sogar das Brotmehl mit Kartoffeln, um der Ablieferungspflicht genügen zu können. Inwieweit die entstandenen Lücken in der Versorgung durch Zuschüsse der Besatzungsmacht bzw. der UNRRA gedeckt werden sollten, ist aus einer Gegenüberstellung des Bedarfes und der Eigenaufbringung an Lebensmitteln zu erkennen (siehe Übersicht 25).

In normalen Zeiten ergab sich ein weniger krasses Bild, doch war die Steiermark seit jeher in der Versorgung mit Brotgetreide, Gemüse und Zucker auf Zuschüsse von auswärts angewiesen. Auch Schlachtvieh und Schlachtschweine wurden eingeführt. Ausgeführt wurden lediglich Nutz- und Zuchtvieh, Milch sowie bei guter Obsternte Äpfel.

²⁾ Gegenüber dem Stand von 1934 ist lediglich eine 8%ige Bevölkerungszunahme zu verzeichnen.

Schätzung des Bedarfes und der Eigenaufbringung der wichtigsten Lebensmittel in Steiermark für 1945/46 ¹⁾
In Tonnen [Übersicht 25]

Lebensmittelart	Bedarf ²⁾	Eigenaufbringung ³⁾
Brotgetreide	93.000	12.000
Hülsenfrüchte	6.500	200
Kartoffeln	45.000	50.000
Fleisch	14.000	14.000
Fett	4.000	1.500
Zucker	6.000	—
Salz	8.500	—
Käse	520	12
Milch	21.000.000 Liter	21.000.000 Liter

¹⁾ Angaben des Landesernährungsamtes für Steiermark. — ²⁾ Ermittlung des Bedarfes auf Grund der ab Oktober festgesetzten Rationen, ohne Verbrauch der Selbstversorger. — ³⁾ Schätzung der Ablieferung nach Abzug des Verbrauches der Landwirtschaft.

Von einem durchschnittlichen Tagessatz von 845 Kalorien im September 1945 erhöhten sich die Rationen der Normalverbraucher vorerst auf etwa 1.200 Kalorien und im Februar auf 1.440 Kalorien. Ab 1. April sanken sie im Zuge der allgemeinen Kürzung auf etwa 1.100 Kalorien, im Mai auf knappe 830 Kalorien ab. Nachtragsaufträge während des Juni brachten dann eine Angleichung der steirischen an die Wiener Mairationen (etwas über 1.000 Kalorien). Die Lage der arbeitenden Bevölkerung blieb aber weiterhin sehr ungünstig, da einerseits die Verbrauchergruppe der Angestellten völlig fehlt, andererseits aber auch das Rationensoll für Arbeiter und Schwerarbeiter bei weitem nicht erreicht wurde. Die Angleichung der Verbrauchergruppen in der Steiermark wurde im Juli durchgeführt.

Der Engpaß in der *Brot- und Mehlerzeugung* wurde dadurch noch schwieriger, daß vor allem in der Oststeiermark, der eigentlichen Kornkammer des Landes, Nutzflächen im Zuge der Kampfhandlungen ausfielen. Ferner hatte auch die Dürre den Brotgetreideertrag stark beeinträchtigt.

Ein Ersatz der ausfallenden Mehlerzeugnisse durch Kartoffel war aber wegen der gleichfalls unzulänglichen Kartoffelernte in diesem Jahr nicht möglich. Die Hauptlast in der Brotversorgung des Landes trug daher seit Juli 1945 die englische Besatzungsmacht. Sie deckte rund 88 v. H. des steirischen Brotbedarfes. Da die englischen Lieferungen im Frühjahr nicht mehr in ihrer bisherigen Höhe erfolgen konnten, mußte eine radikale Verminderung der Rationen einsetzen. Vorübergehend betrug die Brotration eines Normalverbrauchers 25 Gramm je Tag. Zusätzlich wurden noch 50 Gramm Keks ausgegeben.

Der *Fleischbedarf* konnte bis zum Frühjahr aus der Eigenaufbringung gedeckt werden, obwohl die steirische Viehwirtschaft durch Futtermangel und Kampfhandlungen gelitten hat. Um nicht die Milch- und Fettversorgung ernstlich zu gefährden, mußten in den letzten Monaten die Schlachtungen vermindert werden, wodurch die Fleischversorgung ein Minus von etwa 800 Tonnen je Zuteilungsperiode aufwies. Dies konnte durch englische Lieferungen von Trockenfleisch sowie von Mischdosen überbrückt werden. Auch durch Erhöhung der *Fettration* konnte ein Ausgleich erzielt werden. Es besteht ferner der Plan, durch die Steige-

rung des Abschusses von Schalenwild die Fleischversorgung zu verbessern.

Der starke Rückgang der *Milchablieferung* ist ebenfalls zum Teil eine Folge des Futtermangels. Aber auch der Mehrverbrauch von Milch für den Eigenbedarf (als teilweiser Ersatz für Schweinefett und für die Aufzucht von Jungvieh) verschlechterte die Versorgung der Städte. In letzter Zeit hat sich aber die Milchablieferung bereits wieder bedeutend verbessert. (So wurden in Graz anfänglich nur $\frac{3}{8}$ Liter, später $\frac{5}{8}$ Liter und neuerdings $\frac{7}{8}$ Liter Magermilch wöchentlich an Erwachsene ausgegeben.)

Infolge des stark verminderten Schweinebestandes, der geringen Milchlieferung und des ungenügenden Ölfruchtanbaues ist die steirische *Fettwirtschaft* nicht in der Lage, selbst die geringen Fettrationen zu decken. In der *Zuckerversorgung* ist das Land zur Gänze auf Zuschüsse angewiesen, da die Steiermark keine eigene Zuckerfabrik besitzt. Mehrere Zuteilungsperioden hindurch konnte kein Zucker ausgegeben werden, später beliefen sich die Rationen auf 375 Gramm monatlich.

Auch die *Gemüseversorgung* war durch die Dürre und den Mangel an Arbeitskräften im Frühling und Sommer des Vorjahres sehr dürftig. Im heurigen Jahr wurde daher besonders der Anbau des Frühgemüses gefördert.

Nach Einbringung der diesjährigen Ernte ist eine Besserung in der Aufbringung zu erwarten; da die Anbauflächen, vor allem für Kartoffel, Mais und Gerste erhöht wurden. Dagegen ist in der Fleisch- und Fettversorgung mit keiner Besserung zu rechnen. In der Frage, ob man Nutzvieh schlachten oder die Milchversorgung verbessern soll, hat sich die steirische Landwirtschaft für eine bessere Belieferung mit Milch und Butter entschieden.

Kärnten

Kärnten konnte infolge des ausgedehnten Ödlandes und der großen Waldflächen (die Hälfte des Bodens liegt über 1000 Meter und rund 43 v. H. der Gesamtfläche sind bewaldet) die friedensmäßigen Nahrungsmittelanprüche seiner Bevölkerung aus eigener Erzeugung nicht voll befriedigen. Heute jedoch, bei den knapp bemessenen Rationen, wäre Kärnten in der Lage, seinen Bedarf zum Großteil zu decken. Allerdings hat sich nach dem Zusammenbruch die Bevölkerung im Vergleich zum Vorkriegsstand um etwa 35 v. H. erhöht. Etwa ein Drittel dieser Erhöhung entfällt auf die im Lande befindlichen „versetzten Personen“, die aber in der Hauptsache von der Militärregierung bzw. von der UNRRA verpflegt werden. Immerhin müssen auch heute noch rund 20 v. H. mehr Menschen ernährt werden als 1939.

Die Kriegsschäden dagegen waren gering und die Ablieferung dank einer strengen Bewirtschaftungsordnung zufriedenstellend. Überall, wo

sich Engpässe in der Eigenaufbringung ergaben, griff die Militärregierung helfend ein. Die zunehmenden Schwierigkeiten, mit denen England zu kämpfen hat, sowie die Übertragung der Versorgung an die UNRRA blieben nicht ohne Einfluß auf die Ernährungslage des Landes. Abgesehen von der Kürzung der Rationen traten seit April auch Unzulänglichkeiten in der Verteilung auf, da die aufgerufenen Lebensmittel oft wochenlang ausständig waren.

Schwierig ist vor allem die *Brot- und Mehlversorgung*. Der geringe Getreideanbau ist während des Krieges aus Mangel an Arbeitskräften weiter zu Gunsten von Wiesen und Weiden eingeschränkt worden. Außerdem wurde die Futterbasis verbreitert und der Kartoffelanbau und der Zwischenfruchtanbau verstärkt.

Die *Kartoffel- und Fleischversorgung* ist daher als gesichert anzusehen. Der ausgedehnte Kartoffelanbau hat auch im letzten Jahr, begünstigt durch das gute Herbstwetter, reiche Ernte gebracht. Die Viehhaltung, die in Kärnten das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Erzeugung darstellt, hat sich nicht wesentlich vermindert. Lediglich die Schweinezucht ist auf etwa 50 v. H. des Vorkriegsstandes gesunken. Die Militärregierung stellte in Aussicht, Kraftfutter (Ölkuchen und Fischmehl) zu liefern. Dadurch würde die Schweineaufzucht wesentlich erhöht werden können.

Der Mangel an Kraftfutter wirkt sich auch in der *Milchwirtschaft* nachteilig aus. Die hochstehende Kärntner Almwirtschaft, die einst beachtliche Überschüsse an Milch und Milchprodukten hervorbrachte, kann gegenwärtig in einzelnen Gebieten nur unzureichende Milcherträge liefern, obwohl die durchschnittliche Jahresleistung von 1.500 Liter je Kuh weit höher als in anderen Gebieten liegt. Wegen der verminderten Schweinehaltung und des Engpasses in der Milchversorgung kann die heimische Fettwirtschaft nur etwa die Hälfte des Bedarfs aufbringen.

Die *Zuckerversorgung* wurde zur Gänze von der Besatzungsmacht übernommen, die Rationen mußten erheblich gekürzt werden.

Französische Zone

Die Ernährungslage Tirols und Vorarlbergs erhält ihr Gepräge durch das enorme Anschwellen der Zahl der Versorgungsberechtigten in den letzten Jahren und Monaten des Krieges und dadurch, daß diese beiden Bundesländer in wichtigen Lebensmitteln auch in normalen Zeiten auf Zuschüsse angewiesen waren. Der Ruf der westlichen Gebiete Österreichs als „Luftschutzecke des Deutschen Reiches“ war es in erster Linie, der den beachtlichen Menschenzustrom verursachte.

Während am 17. Mai 1939 in den beiden Ländern 496.400 Personen gezählt wurden, waren es im Jänner 1944 (nach Zuzug von Bombenflüchtlingen vor allem aus Westdeutschland und von ausländischen Arbeitern) bereits 516.549 Personen. Unmittelbar vor und nach dem deutschen

Zusammenbruch aber wurden diese Gebiete mit Flüchtlingen aus allen Teilen Europas noch stärker überfüllt. Kurz nach dem Zusammenbruch hatten Tirol und Vorarlberg etwa 780.000 Menschen zu ernähren. Bis Ende 1945 gelang es allerdings, durch Repatriierung ihre Zahl allmählich auf etwa 607.000 Personen abzubauen. Die andauernde Abwanderung der in- und ausländischen Flüchtlinge verminderte bis April die Zahl der Versorgungsberechtigten weiter auf 589.000. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Bevölkerungsstand aber noch immer um 18,6 v. H. höher.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch wurde die Lage noch dadurch erschwert, daß für die Versorgung dieser Gebiete vorgesehene Nahrungsmittel zum Teil in Ausweichlagern, außerhalb der Grenzen Tirols und Vorarlbergs, lagerten und infolge der katastrophalen Verkehrsverhältnisse der letzten Kriegsmonate den Verarbeitungs- und Verteilungsbetrieben nicht mehr zugeführt worden sind. In dieser ersten Zeit wurde der dringendste Bedarf der Bevölkerung ausschließlich durch die amerikanische, bzw. französische Besatzungsmacht gedeckt.

Die ernährungswirtschaftlichen Voraussetzungen in den beiden westlichen Ländern sind im wesentlichen sehr ähnlich. Dennoch sind ihre Rationen nicht ganz gleich. In beiden Ländern können ferner die vorgesehenen Rationen nicht immer voll ausgegeben werden, da die von der Besatzungsmacht übernommenen Zuschüsse nicht regelmäßig eingehen.

Die Kürzung der Rationen im April hat auf die Ernährung Tirols und Vorarlbergs praktisch keine Auswirkung gehabt, da in den letzten Monaten diese Sätze hier gar nicht erreicht wurden. Die nicht erfaßbaren zusätzlichen Versorgungsmöglichkeiten erlauben jedoch eine relativ günstigere Beurteilung der Ernährungslage.

Tirol

Tirol ist im allgemeinen schlechter versorgt als Vorarlberg. Während in Tirol die Rationen der Normalverbraucher im September 1945 auf etwa 1.250 Kalorien festgesetzt, bereits im Dezember auf 1.100 Kalorien gesenkt wurden, konnte Vorarlberg im Oktober vorübergehend das Maximum von 1.550 Kalorien erreichen. Weitaus besser gestellt ist Tirol dagegen hinsichtlich der Zusammensetzung der Rationen. Etwa 21 v. H. des gesamten Kalorienwertes entfallen auf tierische Nährstoffe, womit selbst die ernährungsmäßig relativ gutgestellten Länder der amerikanischen Zone übertroffen werden. Das Defizit in der absoluten Höhe der Sätze wird durch eine dem Körper zuträglichere und kräftigere Ernährung teilweise ausgeglichen.

Den größten Ergänzungsbedarf hatte die *Brotversorgung*. Die Getreidewirtschaft ist seit jeher schwach entwickelt und auf Grund planwirtschaftlicher Anordnungen seit Kriegsbeginn noch wesentlich zurückgegangen. So betrug die Anbaufläche von Roggen im Jahre 1945 mit 2.465 Hektar nur 58 v. H., die Anbaufläche für Weizen mit 1.953 Hektar 87 v. H., der entsprechenden Anbauflächen des Jahres 1939. Der Ertrag der Ernte, die unter kriegsbedingter mangelhafter Feldbestellung und ungünstiger Wetterlage zu leiden hatte, war noch geringer, als es der Verminderung der Anbauflächen entsprochen hätte. Er reicht nur aus, um den Brotbedarf von knapp 50 v. H. der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu decken. Der Gesamtbedarf der Normalverbraucher und mehr als der halbe Bedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung muß daher durch Zuschüsse der Besatzungsmächte gedeckt werden. Die zunehmenden Schwierigkeiten im April und Mai konnten nur durch Lieferungen aus der amerikanischen Zone Österreichs behoben werden.

Auch die *Versorgung mit Kartoffeln*, die die mangelhaften Brot- und Mehlquoten ergänzen könnte, ist, ebenfalls bedingt durch die verminderten Anbauflächen (79,9 v. H. der Fläche von 1939) und Erträge, nur zu einem geringen Prozentsatz aus der eigenen Erzeugung möglich. Der Jahresbedarf von rund 45.000 Tonnen, der sich bei Annahme einer nicht voll ausreichenden Wochenquote von 2 Kilogramm ergibt, kann nicht einmal zu einem Viertel aus dem Lande gedeckt werden. Da es nicht gelang — wie ursprünglich vorgesehen —, 25.000 Tonnen Kartoffel aus Bayern einzuführen, konnte die Kartoffelversorgung nur durch kurzfristige Aushilfen — u. a. teilweise durch Beistellung von 4.000 bis 5.000 Tonnen seitens der französischen Militärregierung notdürftig geregelt werden.

Die *Fettwirtschaft* liefert unzulängliche Erträge, obwohl sie in Tirol auf der Milchwirtschaft aufbaut, für die hier günstige Voraussetzungen gegeben wären. Die monatliche Fetterzeugung des Landes beläuft sich im Durchschnitt auf 100 Tonnen Butter. Dem steht, unter Berücksichtigung der ausgegebenen Rationen, ein Monatsbedarf von rund 200 Tonnen gegenüber. Der Zuschußbedarf von 100 Tonnen monatlich konnte durch Einschränkung der Käseproduktion nur teilweise gedeckt werden.

Die *Milchabfuhr* liegt gegenwärtig unter jener des letzten Kriegsjahres. Zur Not können Kleinkinder, Kranke, werdende und stillende Mütter versorgt werden. Normalverbraucher erhalten ohne Gewähr ein Achtel Magermilch täglich.

Für die Versorgung mit *Fleisch* reichen die eigenen Bestände besser aus. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß mangels wirtschaftseigener Kraftfuttermittel von einer Schlachtvieherzeugung in Tirol kaum gesprochen werden kann. Es ist daher erforderlich, Tiroler Zucht- und Nutzvieh gegen Schlachtvieh anderer Länder auszutauschen, was in den vergangenen Monaten auch im Verkehr mit Württemberg geschah. Der starke Rückgang der Schweinehaltung erschwerte die Fleisch- und Fettversorgung. Andererseits kann aus der Schaffhaltung ein geringer Fleischanfall zur Versorgung der Bevölkerung verwendet werden.

In *Früsgemüse* wurde der Bedarf zu knapp 20 v. H. aus eigener Erzeugung gedeckt. Es wurden aber mit Italien Kompensationsgeschäfte zur regelmäßigen Lieferung von Früsgemüse, Obst und Agrumen abgeschlossen. In

Zucker und Hülsenfrüchten ist Tirol zur Gänze auf Zuschüsse von außen angewiesen. Das Ausbleiben der Zuckerlieferungen verursachte mehrmals den Ausfall der Zuckerationen.

Vorarlberg

Die Grundlage für die Lösung der Ernährungsfrage im wieder autonom gewordenen Vorarlberg war der Aufbau einer Landesorganisation für alle Fragen der Ernährung und der Landwirtschaft. Dem neugebildeten Ernährungsamt gelang es, durch eine sehr straffe Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des eigenen Landes und durch im Kompensationswege erfolgte Zufuhren aus dem reichsdeutschen Grenzgebiet den dringendsten Lebensmittelbedarf der Bevölkerung im Laufe der Monate zu decken.

Das schwierigste Ernährungsproblem des Landes ist seine *Getreideversorgung*. Der Vorarlberger Bauer treibt aus zwingenden klimatischen Gründen in der Hauptsache Graswirtschaft; auf der rund 700 Hektar umfassenden Getreideanbaufläche können nur etwa 2 v. H. des normalen Bevölkerungsstandes ernährt werden. Hier vermochte nur die Besatzungsmacht zu helfen. In der Tat wurden bis Februar etwa 11.000 Tonnen Mehl bzw. das entsprechende Getreide geliefert. Ebenso mußte die Militärregierung für die Deckung des Notbedarfes an Zucker, Fett und Hülsenfrüchten sorgen.

Mit *Milch und Milchprodukten* kann sich Vorarlberg selbst versorgen. Die Milchablieferung ist höher als in anderen Bundesländern. Die Käseerzeugung kann nach Deckung des eingeschränkten heimischen Bedarfs auch zur Ausfuhr herangezogen werden, um dafür noch dringender benötigte Lebensmittel ins Land zu bekommen. Die bekannte Vorarlberger Fettkäserei mußte weitgehend auf Halbfett- und Magerkäse umgestellt werden, um die Fettversorgung des Landes so weit als möglich aus eigener Produktion zu decken. Die von der französischen Militärregierung dem Lande auferlegte Verpflichtung, 45 Tonnen Fett (Butter) und 50 Tonnen Käse nach Wien und Niederösterreich zu liefern, machte im Februar eine Kürzung der wöchentlichen Fettrationen von 150 Gramm auf 75 Gramm sowie der Käserationen von 125 Gramm auf 62,5 Gramm notwendig. Zur Erleichterung der Lage verzichtete die Militärregierung auf die Lieferung von 10 Tonnen Butter und 150 Tonnen Käse für den Monat Februar. Die *Fleischversorgung* dürfte durch den Austausch von Vorarlberger Nutz- und Zuchtvieh gegen Württemberger Schlachtvieh gesichert sein. Dagegen ist die *Gemüse- und Obstversorgung* durchwegs knapp. Ähnlich ist es mit der *Kartoffelabfuhr*. Die beharrlichen Versuche, die dringend benötigten Kartoffelmengen aus den bayrischen Überschußgebieten nach Vorarlberg zu bringen, hatten nicht den erwarteten Erfolg.

Vorarlberg besitzt eine gesunde soziale und wirtschaftliche Struktur, die sich besonders in Krisenzeiten bewährt. Auch der größte Teil der in anderen als landwirtschaftlichen Berufen beschäftigten Bevölkerung besitzt ein kleines Feld in Pacht

oder Eigentum. Diese zusätzliche Selbstversorgung sehr breiter Bevölkerungsschichten verbessert spürbar die Ernährungslage des Landes. Die Förderung dieser Eigenproduktion dürfte daher auch in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein.

Die Ernährungslage im Juni und Juli 1946

Nach der Verschlechterung der Versorgung im Mai wurde für Juni die volle Erfüllung des 1.200-Kalorien-Programmes angekündigt. Neuerlich auftretende Schwierigkeiten ließen jedoch eine Erreichung dieser Sätze (vor allem zu Beginn der Periode) in den meisten Bundesländern nicht zu. Hungerstreiks, Hilferufe der verantwortlichen österreichischen Stellen an das Ausland kennzeichnen die ernährungswirtschaftliche Situation dieser Wochen. Rasch einsetzende Hilfe der UNRRA und die Bemühungen des Bundesministeriums für Volksernährung, alle in den einzelnen Besatzungszonen vorhandenen Vorräte den schlechter versorgten Gebieten zuzuführen, ermöglichten dann durch Nachtragsaufträge eine mehr oder minder starke Annäherung an den vorgesehenen Satz. Bundesländer, die in den Vormonaten weniger gekürzt haben, wie z. B. Salzburg, mußten zum Ausgleich vorübergehend das 950-Kalorien-Notprogramm aufnehmen (obwohl die Vorratslage eine günstigere Versorgung ermöglicht hätte). Ebenso wurde Tirol auf dieser niedrigen Basis versorgt.

In der 16. Zuteilungsperiode (24. Juni bis 21. Juli) besserte sich dann infolge erhöhter Lieferungen der UNRRA die Lage allgemein und das 1.200-Kalorien-Programm konnte in den meisten Bundesländern durchgeführt werden.

Nachdem mit Ende Mai die Kartenperioden in ganz Österreich zeitlich vereinheitlicht worden sind, wurde die in Wien verwendete Einteilung der Verbrauchergruppen allgemein angenommen.

Die Zusammensetzung der Rationen blieb jedoch auch weiterhin in den einzelnen Landesteilen verschieden; je nach den UNRRA-Lieferungen wurden in einzelnen Wochen vorwiegend tierische Erzeugnisse, in anderen ausschließlich pflanzliche Nahrungsmittel zugeteilt. Trotz der immer mehr zunehmenden Zentralisierung der Ernährungswirtschaft ist eine völlige Vereinheitlichung der Rationen wegen der Unterschiede in der Eigenaufbringung und der Art der UNRRA-Lieferungen unmöglich. (Die einzelnen Waren werden in Mengen angeliefert, die für eine Verteilung an die gesamte Bevölkerung nicht ausreichen.)

Die Bundesregierung ist bemüht, die österreichische Ernährung immer mehr von der UNRRA-Hilfe, die mit Ende 1946 eingestellt werden soll, unabhängig zu machen. Die bisher abgeschlossenen Verträge über Lebensmittelfuhr-Kompensationsgeschäfte wurden neuerdings durch weitere ergänzt. Allerdings werden in der Hauptsache Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eier eingeführt werden. Hauptnahrungsmittel wie Getreide, Fleisch und Fett können aus den Nachbarländern kaum beschafft werden, da dort keine Überschüsse vorhanden sind. Es wird somit eine Verschiebung zugunsten der Importe aus Übersee notwendig werden.

Bei den eingeführten Lebensmitteln entsteht nun das schwierige Problem einer Angleichung der hohen Auslandspreise an das niedrige österreichische Preisniveau. Es wird

dabei an eine Herabschleusung der Auslandspreise im Wege eines Ausgleichsfonds oder einer Umlage auf heimische Erzeugnisse gedacht.

Das Bestreben der Regierung geht weiter auch dahin, nach Einbringung der diesjährigen Ernte die Rationen auf 1.500 Kalorien zu erhöhen, um den Raubbau an der Gesundheit und der Arbeitskraft der österreichischen Bevölkerung zumindest zu verringern.

Landwirtschaft

Stand der Landwirtschaft und Ernteaussichten

Der Wiederaufbau der österreichischen Landwirtschaft hat dank dem Leistungswillen der überwiegenden Mehrheit der Bauernschaft und der Unterstützung aller maßgebenden Stellen bedeutende Erfolge aufzuweisen.

Obwohl die größten Schwierigkeiten, die sich durch die unmittelbaren Kriegsfolgen, wie die Zerstörungen von Gebäuden, Maschinen und Geräten sowie den Verlust von Zug- und Nutztieren ergaben, behelfsmäßig überwunden sind, leidet gegenwärtig der weitere Aufbau nach wie vor an grundlegenden Hemmnissen: äußerster Mangel an Dünger und Produktionsmitteln jeder Art, Schwierigkeit in der Beschaffung von Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen, schwerwiegender Mangel an landwirtschaftlich geschulten Arbeitskräften und Mangel an Mitteln zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen.

Konnten sich schon deshalb die Hoffnungen auf eine raschere Produktionssteigerung selbst bei aller Eigeninitiative nicht erfüllen, so hat auch noch zusätzlich die Trockenheit abträglich mitgewirkt.

Unter diesen Umständen haben sich aber auch die Produktionskosten der Landwirtschaft bedeutend erhöht. Diesen Kostenerhöhungen wurde im Sinne einer Erhaltung der Produktion durch Preiserhöhungen, die gleichzeitig auch die öffentliche Preisstützung ersetzen sollen, teilweise Rechnung getragen (siehe auch Abschnitt Preise, S. 23).

Die Frage nach dem Ergebnis der heurigen Ernte und die daraus weiter resultierende, wie lange damit der Bedarf im kommenden Jahr gedeckt werden kann, lassen sich im jetzigen Zeitpunkt nur äußerst schwer beantworten, da sie nicht nur von den erwähnten Hemmnissen beeinflusst erscheinen, sondern auch von Momenten, die außerhalb der österreichischen Einflußnahme liegen.

Wenn man den vollkommenen Mangel an Kunstdünger für den Anbau 1945/46, die langanhaltende Trockenheit und andere schwere Mängel in Betracht zieht, sind die Aussichten für die Getreideernte 1946 bestenfalls als mittelgut zu bezeichnen. Gebietsweise dürften nur 50 bis 60 v. H. einer Normalernte erreicht werden. Die große Trockenheit hat insbeson-

dere das für die Versorgung Wiens ausschlaggebende Marchfeld und die östlichen Flächen des Burgenlandes infolge des dort vorherrschenden Sandbodens in Mitleidenschaft gezogen.

Bei Weizen und Roggen wird ein durchschnittlicher Hektarertrag von nur ungefähr zwei Drittel des zehnjährigen Durchschnittes der Jahre 1926 bis 1935 erwartet. Das infolge Auswinterung von Winterweizen nachbestellte Sommergetreide, in erster Linie Gerste (Sommerweizen weist im allgemeinen geringere Erträge auf und ertragreiche Sorten wie Peragis gedeihen nicht), hat durch die Dürre schwerste Ertragsminderungen erlitten.

Die Ölpflanzen haben durch den Rapsglanzkäfer in allen Ländern mit Ausnahme Steiermarks stark gelitten.

Für die Kartoffel sind die eingetretenen Niederschläge noch so rechtzeitig erfolgt, daß mit einer günstigen Ernte zu rechnen ist, um so mehr als um 15 bis 20 v. H. mehr angebaut wurde als in früheren Jahren. Dennoch wird es Österreich nicht möglich sein, sich zur Gänze selbst zu versorgen. Wahrscheinlich werden noch etwa 300.000 Tonnen Kartoffel eingeführt werden müssen.

Die Aussichten für die Zuckerrübenernte sind nicht so günstig, wie man ursprünglich vorauszu- sehen berechtigt war. Vor allem hat sich hier der Mangel an Arbeitskräften dahin ausgewirkt, daß so mancher Rübenschlagn entweder in Unkraut erstickt ist oder infolge zu spät erfolgten Vereinzeln eine starke Ertragseinbuße erleidet. Außerdem können die Schläge, auf denen die Zuckerrüben wegen der Trockenheit ausgeackert und nachbestellt werden mußten, nur einen unter der Norm stehenden Ertrag

liefern. Auch der Mangel an Kunstdünger wirkt sich hier besonders schwer aus. Dazu muß durch Schädlinge ein zusätzlicher Verlust von mindestens 20 v. H. gerechnet werden.

Die Obsternte ist, wie sich auch bereits gezeigt hat, gut. Die Kirschenernte war sogar übermittelgut. Die Marillenernte hat der plötzlich einsetzende schwere Regen zum Teil beeinträchtigt. Die zu erwartende Äpfelernte dürfte im heurigen Jahr sehr gut sein.

Saatenstandberichte von Getreide, Hackfrüchten, Futtermitteln, Obst, Gemüse und Wein in Oesterreich
[Übersicht 26]

Art	Anfang		
	Mai	Juni	Juli
Getreide, Hackfrüchte, Futtermittel:			
Winterweizen		2'9	2'8
Sommerweizen		3'4	3'3
Winterroggen		2'7	2'7
Sommergerste		3'3	3'2
Hafer		3'4	3'4
Erbsen aller Art		3'0	3'0
Ackerbohnen		2'9	2'9
Spätkartoffeln		2'5	2'4
Frühkartoffeln		2'5	2'5
Zuckerrüben		4'0	3'6
Futterrüben		3'7	3'3
Raps		3'7	3'7
Luzerne		3'4	3'5
Wiesen		4'2	4'1
Viehweiden		4'3	4'1
Obst:			
Südkirschen	2'2	3'2	—
Zwetschen, Pflaumen	2'3	2'9	2'9
Marillen, Aprikosen	2'3	2'8	2'7
Walnüsse	2'9	3'1	2'7
Apfel	2'0	2'9	2'8
Birnen	2'1	3'0	3'2
Reben	2'4 ¹⁾	2'4 ²⁾	—
Gemüse:	3)	3)	5)
Frühweißkraut	3'3	3'2	3'3
Frührotkraut	3'2	3'1	3'2
Frühkohl	3'1	3'1	3'1
Grüne Stangenbohnen	2'8	2'5	2'4
Grüne Buschbohnen	2'7	2'4	2'4
Paradeiser (Tomaten)	2'7	2'4	2'4

1) Ende Mai. — 2) Mai. — 3) Juni. — 4) Ende Juni. — 5) Juli.

Viehzahlungsergebnisse in Oesterreich 1945¹⁾

[Übersicht 27]

Gebiet	Pferde	Maultiere, Maulesel und Esel	Rindvieh	Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner	Übriges ²⁾ Geflügel	Bienenstöcke
Österreich insgesamt	263'6	2'0	2.186'9	1.030'0	391'3	247'3	3.936'3	.	263'7
Wien	10'8	0'1	11'3	6'9	0'3	13'5	162'8	14'3	6'0
Niederösterreich	73'3	0'5	491'6	264'3	52'4	99'8	1.098'5	110'2	57'3
Burgenland	16'7	0'1	102'0	75'7	2'1	5'5	265'2	37'1	9'5
Oberösterreich (Mühlviertel)	13'7	0'0	151'1	55'6	14'8	12'4	247'7	6'8	12'8
Russische Zone	114'4	0'7	756'0	402'6	69'6	131'3	1.774'1	168'4	85'6
Oberösterreich (südl. der Donau)	57'8	0'1	413'5	178'9	36'4	25'3	662'7	.	60'5
Salzburg	15'1	.	137'3	18'0	43'5	11'4	109'1	.	16'3
Amerikanische Zone	72'9	0'1	550'8	196'9	79'9	36'7	771'8	.	76'8
Steiermark	33'6	—	426'0	274'1	79'8	25'4	826'6	21'5 ³⁾	67'3
Kärnten	29'5	0'8	213'0	119'3	87'0	24'8	299'3	3'4 ³⁾	.
Englische Zone	63'1	0'8	639'0	393'4	166'8	50'2	1.125'9	24'9 ³⁾	.
Tirol	9'9	0'4	175'9	28'1	62'3	20'6	174'8	1'9	25'1
Vorarlberg	3'3	0'1	65'2	9'0	12'7	8'5	89'6	0'6	8'9
Französische Zone	13'2	0'5	241'1	37'1	75'0	29'1	264'4	2'5	34'0

1) Die Viehzählungen fanden statt in Wien, Niederösterreich und Burgenland am 31. Oktober 1945, Oberösterreich (Nord), Mühlviertel, am 3. Dezember 1945, Oberösterreich (Süd) am 3. Dezember 1945, Salzburg am 6. Jänner 1946, Steiermark am 10. August 1945, Kärnten am 20. Dezember 1945, Tirol am 3. Dezember 1945 und Vorarlberg am 15. Dezember 1945. Die Viehzählung in der russischen Zone wurde vom Österreichischen Statistischen Zentralamt durchgeführt, die Viehzählungen in den übrigen Zonen von den Ländern selbst.
2) Enten, Gänse, Truthühner. — 3) Nur Enten und Gänse.

Veränderungen des Viehbestandes in Oesterreich

[Übersicht 28]

Gebiet	Pferde		Maultiere, Maulesel und Esel		Rindvieh		Schweine		Schafe		Ziegen		Hühner		Übriges Geflügel ¹⁾		Bienenstöcke	
	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45	1938/44	1944/45
Veränderungen in v. H.																		
Oesterreich insgesamt . . .	-3	+10	+21	.	-2	-14	-41	-39	+46	-15	-19	-12	-42	-26	+29	.	-1	-42
Wien	-17	-5	+61	+146	+4	-59	-37	-80	+660	-92	-3	-14	-27	-46	+59	-72	-18	-44
Niederösterreich . . .	-9	-7	+48	+117	-1	-25	-47	-53	+143	-34	-18	-15	-46	-37	+48	-39	-1	-40
Burgenland	-3	-6	+69	+66	-5	-24	-39	-35	+316	-60	-51	-14	-51	-31	+10	-30	-33	-46
Oberösterreich nördlich d. D. . .	+6	+31	+120	+91	-4	-7	-42	-36	+191	-15	-30	-8	-30	-18	-11	-18	-5	-33
Oberösterreich südlich d. D. . .	+1	+24	-3	.	-3	-3	-47	-22	+207	-17	-25	-11	-39	-26	-5	.	+6	-28
Steiermark	+3	+37	+13	.	-2	-12	-32	-34	+16	-2	-19	-3	-44	-3	+28	.	-11	-16
Kärnten	+3	+6	-26	+317	-0	-11	-29	-31	+18	-11	-15	-10	-30	-15	+61	.	+14	.
Salzburg	+10	+24	+75	.	+2	-9	-35	-45	+4	-11	-16	-29	-32	-30	-37	.	+17	-43
Tirol	+13	+31	+21	+103	-2	-5	-33	-25	+26	-8	-23	-6	-38	-14	-43	-31	+2	-24
Vorarlberg	-0	+30	+148	+24	+4	-3	-47	-27	+115	-11	-0	+0	-31	-9	-31	-55	+6	-22

¹⁾ Enten, Gänse, Truthühner.

Hervorragend ist der Stand der Weingärten. Der Behang ist so ausgezeichnet, wie er seit Jahrzehnten nicht zu beobachten war. Die große Trockenheit im Frühjahr, die den anderen Feldfrüchten so geschadet hat, hat das Wachstum des Weines sehr beschleunigt. Da auch Schädlinge nur geringfügig aufgetreten sind, kann mit einer Rekordernte gerechnet werden, die es heuer ermöglichen wird, österreichische Spitzenweine in nennenswertem Maße auszuführen.

Infolge der Trockenheit ist die Futtermittellage katastrophal. Heute bereits sind in ausgesprochenen Viehzuchtgebieten die Bauern gezwungen, ihren Viehstand zu verringern. Wenn es nicht möglich ist, Futtermittel für den Winter einzuführen, muß der Viehstand in einzelnen Gebieten um 40 bis 50 v. H. weiter herabgesetzt werden. Die Haupternte betrug in allen Teilen Österreichs im Durchschnitt nur ein Viertel der normalen Ernte.

Damit wären auch die Aussichten für die Fleisch- und Fettanlieferungen im nächsten Jahr noch ungünstiger als gegenwärtig. Da Österreich jetzt auch nur ein Fünftel des Vorkriegsschweinebestandes besitzt, ist es verständlich, daß auf diesem Gebiet vorläufig eine Verbesserung unserer Fleischversorgung nicht herbeigeführt werden kann.

Die Ernteaussichten entsprechen daher keineswegs den bisher öfter gestellten günstigeren Prognosen (siehe Übersicht 26). Wenn es trotzdem gelungen ist, den Anschluß an die heurige Ernte zu erreichen, so wird die Ernährungslage Österreichs doch auch im nächsten Jahr unvermindert ernst bleiben.

Viehbestand und Viehzählungsergebnisse 1945

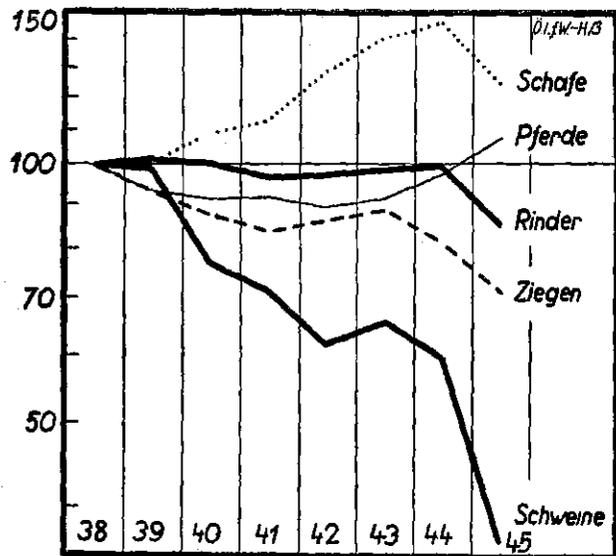
Im allgemeinen hat der Viehbestand Österreichs mit Ausnahme der Pferde und Schafe stark ab-

genommen. Innerhalb der Jahre 1938 bis 1944 ist, von kleinen Schwankungen abgesehen, ein progressiver Rückgang deutlich zu erkennen, als Spiegelbild einer verzweifelt ringenden Wirtschaft (siehe Abbildungen 10 und 11).

Im Jahre 1944/45 aber sinkt der Viehbestand schlagartig als unmittelbare Folge der ins eigene Land getragenen Kampfhandlungen und ihrer schädigenden Auswirkungen (siehe Übersichten 27

Abb. 10. Viehbestand in Oesterreich

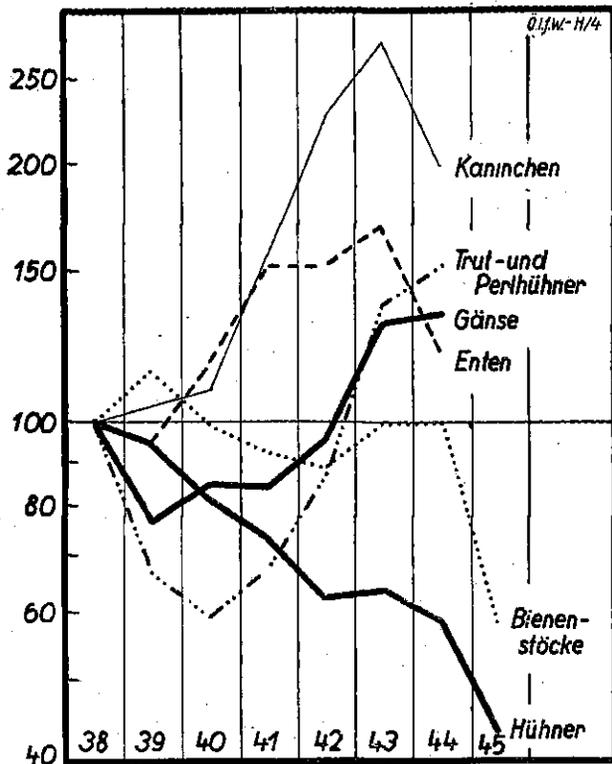
(Logarithmischer Maßstab; 1938 = 100; nach der Viehzählung vom Dezember 1945)



Während des Krieges: Stabiler Rinderbestand, weil wichtigste Fettquelle. Einschränkung der Schweinezucht aus Futtermangel und um die Futterflächen für den Brotgetreideanbau zu sichern. Absinken aller Viehbestände mit Ausnahme der Pferde von 1944 bis 1945.

Abb. 11. Viehbestand in Oesterreich

(Logarithmischer Maßstab; 1938 = 100; nach der Viehzählung vom Dezember 1945)



Von 1938 bis 1944 vermehrte sich im allgemeinen (Ausnahme Bienen und Hühner) der Kleintierbestand. Die Verluste in der Zeit von 1944 auf 1945 sind mangels abgeschlossener Viehzählungsergebnisse nur bei den Hühnern und Bienen eingezeichnet, jedoch lassen die vorliegenden Teilergebnisse auch bei den anderen Kleintieren auf eine beträchtliche Bestandsverminderung schließen.

und 28). Die östlichen Länder Niederösterreich, Burgenland, Oststeiermark und der nördlich der Donau gelegene Teil Oberösterreichs wurden hiebei am schwersten in Mitleidenschaft gezogen.

Pferde

Im Laufe des Krieges hat sich der Pferdebestand in den ost-österreichischen Gebieten vermindert (Wien um 17 v. H., Niederösterreich 9 v. H., Burgenland 6 v. H.), während er in West-Österreich in der gleichen Zeit zugenommen hat (Oberösterreich nördlich der Donau um 6 v. H., Kärnten und Steiermark 3 v. H., Salzburg 10 v. H., Tirol 13 v. H.). Der Rückgang des Pferdebestandes in Ost-Österreich war vor allem durch die Einziehungen für den Militärdienst verursacht. Gleichzeitig wurde aber aus militärischen Gründen die Pferdezucht gefördert und durch stark erhöhte Preise angeregt.

Die Vermehrung des Pferdebestandes in den west-österreichischen Ländern konnte jedoch den Rückgang in Wien, Niederösterreich und Burgenland nicht ausgleichen, so daß in ganz Österreich die Zahl der Pferde von 1938 auf 1944 um 3 v. H. gesunken ist.

Das Übergreifen der Kampfhandlungen, vor allem von Osten her, auf österreichisches Gebiet und das Kriegsende auf österreichischem Boden hat den Pferdebestand in den östlichen Ländern, nämlich in Wien, Niederösterreich und Burgenland, nochmals stark vermindert, in den westlichen Ländern dagegen nicht unbeträchtlich erhöht. So sank die Zahl der Pferde von 1944 auf 1945 in Wien um 5 v. H., in Niederösterreich um 7 v. H., im Burgenland um 6 v. H., während die Westgebiete Österreichs ihren Pferdebestand um etwa 30 v. H. erhöhen konnten.

Die Veränderungen des Pferdebestandes in den östlichen Ländern waren je nach der Schwere der Kampfhandlungen von Bezirk zu Bezirk außerordentlich verschieden, so daß in einzelnen Bezirkshauptmannschaften die Folgen des Pferdemanngels weit stärker fühlbar waren, als die durchschnittliche Verminderung des Pferdebestandes für die östlichen Bundesländer schließen ließe. So verminderte sich z. B. die Zahl der Pferde in Bruck a. d. Leitha um 70 v. H., in Mistelbach um 35 v. H., in Gänserndorf um 34 v. H. und in Hollabrunn um 23 v. H. Vor allem haben die Warmblutzuchtpferde im Osten starke Verluste erlitten. Dagegen konnten einzelne ost-österreichische Bezirke ihren Pferdebestand sogar bedeutend erhöhen, wie beispielsweise Wr. Neustadt um 51 v. H., Zwettl um 47 v. H., Amstetten um 20 v. H. und St. Pölten-Land um 11 v. H.

Die Folge war bezirksweise ein empfindlicher Mangel an Zugkraft, der die Einbringung der Ernte, aber auch die Neubestellung der Felder sehr behinderte und sich auf die Aufbringung der landwirtschaftlichen Produkte (Milchanlieferung) nachteilig ausgewirkt hat. Andererseits brachte die Anhäufung von Pferden in einzelnen Gegenden und besonders im Westen Österreichs, eine schwere Belastung der Futterbasis mit sich.

Auf den ersten Blick scheint es möglich, mit dem Pferdeüberschuß aus West-Österreich den Verlust an Pferden in Ost-Österreich auszugleichen. Tatsächlich haben die west-österreichischen Gebiete bereits eine größere Anzahl von Pferden an die Notstandsgebiete in Niederösterreich abgegeben. Nun sind aber in den west-österreichischen Gebieten leichte und mittelschwere Pferde zugewachsen, die auch leistungsmäßig meist nicht mehr sehr hoch einzuschätzen sind, da es sich vorwiegend um aus-

gemusterte Pferde, Lazarettpferde, sowie um die von den Flüchtlingen mitgebrachten Pferde handelt, während den Forderungen in Ost-Österreich der mittelschwere und schwere leistungsfähige Wirtschaftstyp am besten entspricht.

Die neuen Pferde, die die vererbende Flut des Krieges in Österreich zurückließ, vermögen daher wohl zur Not wichtige Lücken, die in den Pferdebestand, vor allem im Osten Österreichs gerissen worden sind, auszufüllen, auf längere Sicht aber wird man bestrebt sein müssen, sie durch schwere Schläge eigener Zucht wieder zu ersetzen (siehe Übersichten 29 und 30).

Pferdehaltung in Oesterreich

[Übersicht 29]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	13.750	11.372	10.769
Niederösterreich	86.976	78.905	73.287
Burgenland	18.434	17.813	16.663
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	9.837	10.463	13.725
Oberösterreich südlich der Donau	46.269	46.534	57.816
Salzburg	11.060	12.114	15.066
Steiermark	23.872	24.514	33.561
Kärnten	27.132	27.873	29.499
Tirol	6.674	7.552	9.926
Vorarlberg	2.551	2.549	3.307
Insgesamt	246.555	239.689	263.610

Zu- oder Abnahme des Pferdebestandes in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 30]

Bundesland	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	
	in Stück	in v. H.
Steiermark	+ 9.047	+ 37
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	+ 3.262	+ 31
Tirol	+ 3.374	+ 31
Vorarlberg	+ 758	+ 30
Salzburg	+ 2.952	+ 24
Oberösterreich südlich der Donau	+ 11.282	+ 24
Kärnten	+ 1.617	+ 6
Wien	- 603	- 5
Burgenland	- 1.150	- 6
Niederösterreich	- 5.618	- 7
Insgesamt	+ 23.921	+ 10

Rinder

Für die österreichische Landwirtschaft von weitaus größter wirtschaftlicher Bedeutung ist der Rindviehbestand, der Ende 1945 2,2 Millionen Stück betrug. Die österreichischen Rindviehbestände sind während des ganzen Krieges (von 1938 bis 1944) fast voll aufrecht erhalten worden, weil sie praktisch die einzige Fettquelle in der deutschen Kriegsversorgung darstellten (siehe Übersicht 31).

Entscheidend vermindert wurde der österreichische Rindviehbestand erst durch das Übergreifen der Kriegshandlungen auf österreichischen Boden und die weitaus härteren Kämpfe im Osten erklären die

Rinderhaltung in Oesterreich

[Übersicht 31]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	26.098	27.189	11.273
Niederösterreich	666.429	656.809	491.610
Burgenland	141.352	134.890	101.959
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	169.599	163.317	151.141
Oberösterreich südlich der Donau	438.579	427.487	413.482
Salzburg	147.468	150.394	137.340
Steiermark	494.606	482.871	426.008
Kärnten	240.742	240.488	213.999
Tirol	189.571	185.723	175.920
Vorarlberg	64.360	67.169	65.152
Insgesamt	2.578.804	2.536.337	2.186.884

stärkeren Verluste der östlichen Bundesländer. Von 1944 auf 1945 ist der Viehbestand in Niederösterreich und Burgenland um ein Viertel und in Wien um fast 60 v. H. zurückgegangen. Aber auch die teilweise zweimal besetzt gewesenen Länder Steiermark und Kärnten haben über 10 v. H. ihrer Bestände verloren, während sich der Rückgang in den übrigen Gebieten nur zwischen 3 v. H. (Vorarlberg) und 9 v. H. (Salzburg) bewegt (siehe Übersicht 32).

Abnahme des Rinderbestandes in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 32]

Bundesland	Abnahme	
	in Stück	in v. H.
Wien	15.016	59
Niederösterreich	166.199	25
Burgenland	32.031	24
Steiermark	56.863	12
Kärnten	27.489	11
Salzburg	13.054	9
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	12.176	7
Tirol	9.803	5
Oberösterreich südlich der Donau	14.005	3
Vorarlberg	2.017	3
Insgesamt	349.453	14

Die Ausgleichsmöglichkeiten zugunsten der Ostgebiete sind also bei Rindern weitaus ungünstiger als bei den Pferden. Dennoch ist eine namhafte Zahl von Kühen aus den westlichen Gebieten in die Notstandsgebiete der russischen Zone abgegeben worden und auch die Oststeiermark hat Vieh zur Aufstockung ihrer Bestände erhalten. Das Aufbauprogramm sieht vor, daß innerhalb der nächsten drei Jahre 33.000 Stück Milchkühe zur Wiederaufstockung geliefert werden sollen. Die Aktion ist bereits angelaufen, nachdem sie zunächst hauptsächlich durch Transportschwierigkeiten behindert war. Der Futtermangel infolge der abnormalen Trockenheit dieses Jahres wird die Bereitwilligkeit, Milchkühe für die Notstandsgebiete im Osten abzugeben, noch mehr erhöhen.

Durch diesen Ausgleich wird freilich nur ein kleiner Teil der Verluste der Ostgebiete ersetzt werden können. Haben doch Niederösterreich und Burgen-

land von 1944 auf 1945 allein fast 200.000 Stück Vieh eingebüßt. Die Förderung der Aufzucht von Rindvieh bleibt daher weiter eine Hauptsorge der Viehwirtschaftspolitik. Sie beansprucht Zeit, da die Aufzucht eines Rindes ungefähr drei Jahre dauert. Erleichtert wird die Wiederaufstockung des österreichischen Rindviehbestandes dadurch, daß der Viehbestand in West-Österreich, der schon immer hauptsächlich Zucht- und Abmelkvieh für den Osten lieferte, weniger gelitten hat als die mehr auf Abmelkwirtschaft eingestellten Ostgebiete.

Die Verminderung des Rinderbestandes von 1944 auf 1945, die im Durchschnitt für ganz Österreich ungefähr 14 v. H. betragen hat, ließ die Milchlieferungen, wie aus Teilstatistiken hervorgeht, weit stärker zurückgehen. Die Ursache lag anfangs in den schwierigen Transportverhältnissen, im erhöhten Selbstverbrauch, dem geringeren Ablieferungswillen und vor allem auch im starken Rückgang des Milchertages infolge der allgemeinen Futternot und des Mangels an Kraftfutter. Die einzelnen Länder und Gebiete haben schließlich die Milcherzeugung im wesentlichen zur Versorgung ihrer unmittelbaren Umgebung herangezogen, so daß die Milchlieferung in die Städte katastrophal zurückging. Die Milchlieferung ist aber wieder im Steigen. Die Versorgung mit Fleisch wird, solange der Viehstand vermehrt werden muß, weiter unzulänglich bleiben. Zur Sicherung der Aufzucht wäre dem Verbot der Kuhkälberschlachtung besonderer Nachdruck zu verleihen.

Schweine

Schon während des Krieges ist der Schweinebestand in Österreich von seiten des Staates bewußt eingeschränkt worden, sei es, daß man die Preise von Futtermitteln gegenüber dem Schweinefleischpreis relativ hoch hielt, sei es durch immer schärfer werdende Aufzuchtverbote. Die Absicht war, die durch den Anbau von Futtermitteln verlorengehenden Flächen für den Anbau von Getreide zur menschlichen Ernährung zu sichern, wodurch — allerdings auf Kosten der Fleisch- und Fettversorgung — kalorienmäßig ein weit höherer Ertrag erzielt werden konnte als durch Verwertung der Futtermittel zur Schweinezucht. Auf diese Weise wurde der Schweinebestand von 1938 bis 1944 allmählich um mehr als 40 v. H. vermindert (siehe Übersicht 33).

Das Kriegsende hat diesen Restbestand an Schweinen nochmals um weitere 40 v. H. dezimiert. Diesmal war der Bestandsverlust in erster Linie durch die Kriegsereignisse selbst hervorgerufen. Vielfach wurden die Schweine schon beim Herannahen der

Schweinebestand in Oesterreich

[Übersicht 33]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	53.981	33.865	6.928
Niederösterreich	1.050.730	559.141	264.339
Burgenland	192.528	116.704	75.675
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	151.034	87.498	55.638
Oberösterreich südl. der Donau	437.715	230.757	178.857
Salzburg	49.984	32.716	18.038
Steiermark	609.070	413.224	274.061
Kärnten	243.111	173.557	119.372
Tirol	55.945	37.488	28.090
Vorarlberg	23.150	12.311	8.986
Insgesamt	2.868.148	1.697.261	1.029.984

Truppen geschlachtet, vielfach gingen sie im Verlauf der Kämpfe oder durch spätere Requirierungen verloren oder mußten schließlich wegen immer größeren Futtermangels geschlachtet werden. So besitzt Österreich heute nur ungefähr ein Drittel des Schweinebestandes des Jahres 1938. Ähnlich wie bei den Pferden und Rindern hat auch der Schweinebestand in den ost-österreichischen Gebieten stärker gelitten als im Westen (siehe Übersicht 34).

Abnahme des Schweinebestandes in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 34]

Bundesland	Abnahme	
	in Stück	in v. H.
Wien	26.937	80
Niederösterreich	294.802	53
Salzburg	14.678	45
Oberösterreich nördl. d. Donau (Mühlviertel)	31.860	36
Burgenland	41.029	35
Steiermark	139.163	34
Kärnten	54.185	31
Vorarlberg	3.325	27
Tirol	9.398	25
Oberösterreich südlich der Donau	51.900	22
Insgesamt	667.277	39

Die Aufstockung des Bestandes ist aber wegen der Schnellwüchsigkeit des Schweines wesentlich rascher möglich als bei den Pferden und Rindern. Solange die Knappheit an Lebensmitteln besteht, wird sich freilich auch die Schweinezucht, da sie mit ihrem großen Futterbedarf die Basis für die menschliche Ernährung, vor allem von Brotgetreide und Kartoffeln, schmälern würde, in engen Grenzen halten müssen.

Schafe

Im Gegensatz zur übrigen Viehhaltung hat die Schafzucht während des Krieges in Österreich überall zugenommen. Absolut hat sich der Schafbestand in den westlichen Gebirgsgegenden stärker erhöht, prozentuell aber ist er sogar in den östlichen Gebieten stärker gestiegen.

Auch der Schafbestand hat durch den Zusammenbruch gelitten. Im Durchschnitt sank er für

ganz Österreich allerdings nur um 15 v. H. Dieser verhältnismäßig bescheidene Rückgang erklärt sich dadurch, daß die Verluste in den westlichen Ländern Österreichs nur zwischen 2 und 11 v. H. betragen, während sich die Zahl der Schafe im Burgenland um 60 v. H., in Niederösterreich um 34 v. H., in Wien sogar um 92 v. H. verminderte (siehe Übersicht 35).

Schafbestand in Oesterreich
[Übersicht 35]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	522	3.967	315
Niederösterreich	32.687	79.359	52.383
Burgenland	1.241	5.168	2.069
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	5.950	17.344	14.808
Oberösterreich südl. der Donau	14.299	43.861	36.384
Salzburg	47.955	48.736	43.516
Steiermark	70.418	81.813	79.847
Kärnten	82.847	97.996	86.970
Tirol	53.701	67.782	62.319
Vorarlberg	6.622	14.218	12.658
Insgesamt	315.342	460.244	391.269

Die Schafzucht wurde bis zum Jahre 1944, vor allem aus kriegswirtschaftlichen Gründen, gefördert, um den im Krieg sehr knappen Wollanfall zu erhöhen. Aber auch die Bauern selbst waren zum Teil an der Erweiterung der Schafzucht interessiert, da sie den Übergang von intensiver zu extensiver Wirtschaft ermöglicht, die der Mangel an Arbeitskräften erzwingt. Schließlich bot auch die vielseitige Nutzungsmöglichkeit des Schafes für den Eigenbedarf einen Anreiz zur Schafhaltung im Kriege, und zwar um so mehr, je strenger die Bewirtschaftung der Vieherzeugnisse wurde.

Die österreichische Landwirtschaft wird trachten, möglichst rasch wieder zu einer intensiven Bewirtschaftung zurückzukehren. Der gegenüber 1938 noch immer höhere Schafbestand in ganz Österreich wird daher stärker zur Versorgung der Städte mit Schaffleisch herangezogen werden können.

Ziegen

Die Haltung von Ziegen ist schon während der Kriegsjahre um fast ein Fünftel eingeschränkt worden und zwischen 1944 und 1945 ist sie um weitere 12 v. H. gesunken. Die Verluste des letzten Jahres lagen bei den Ziegen im Gegensatz zu den meisten anderen Nutztieren auch in den östlichen Gebieten nicht wesentlich über dem Durchschnitt von ganz Österreich. Schon aus sozialpolitischen Gründen wird das Augenmerk darauf zu richten sein, vor allem den Rückgang, der seit 1938 eingetreten ist, wieder auszugleichen (siehe Übersichten 36 und 37).

Beim Wiederaufbau der Viehwirtschaft ist die Aufstockung des von namhaften Verlusten betrof-

fenen Ziegenbestandes von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die zielbewußte Förderung im Rahmen der gesamten Ernährungswirtschaft ist, abgesehen von dem Anfall zusätzlicher Milchmengen, auch von sozialpolitischer Bedeutung, weil eine große Zahl der Ziegenhalter dem landwirtschaftlichen Arbeiterstand und sonstigen minderbemittelten Kreisen angehört, die sich und ihren Familien, insbesondere ihren Kindern, mit der Ziegenhaltung auf legalem und billigem Wege bessere Lebensbedingungen schaffen.

Ziegenhaltung in Oesterreich
[Übersicht 36]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	16.130	15.699	13.468
Niederösterreich	141.825	116.921	99.842
Burgenland	13.148	6.444	5.529
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	19.440	13.526	12.429
Oberösterreich südlich der Donau	38.201	28.616	25.352
Salzburg	19.058	16.045	11.374
Steiermark	32.361	26.271	25.448
Kärnten	32.185	27.503	24.756
Tirol	28.193	21.831	20.615
Vorarlberg	8.466	8.438	8.464
Insgesamt	349.007	281.294	247.277

Abnahme der Ziegenhaltung in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 37]

Bundesland	Abnahme	
	in Stück	in v. H.
Vorarlberg	+26	0
Steiermark	823	3
Tirol	1.216	6
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	1.097	8
Kärnten	2.747	10
Oberösterreich südlich der Donau	3.264	11
Wien	2.231	14
Burgenland	915	14
Niederösterreich	17.079	15
Salzburg	4.671	29
Insgesamt	34.017	12

Geflügel

Die Hühnerzucht ist während des Krieges in den einzelnen Ländern um 30 bis 50 v. H. eingeschränkt worden. Die Verminderung der Hühnerhaltung wurde bewußt angestrebt, weil diese Fleisch- und Eiweißgewinnung verhältnismäßig unwirtschaftlich ist. Unter den Gründen für die Bestandsverminderung ist vor allem das Verbot der Körnerfütterung ausschlaggebend gewesen. Durch die unmittelbaren Kriegsereignisse ging der Hühnerbestand um ein weiteres Viertel zurück, wobei die östlichen Gebiete unter anderem auch durch die Plünderung der Hühnerfarmen besonders starke Verluste erlitten hatten. Ende 1945 hatte Österreich nur noch weniger als die Hälfte des Hühnerbestandes von 1938 (siehe Übersicht 38).

Hühnerhaltung in Oesterreich

[Übersicht 38]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	413.846	301.165	162.799
Niederösterreich	3.242.042	1.746.640	1.098.470
Burgenland	774.531	381.954	265.202
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	431.498	301.064	247.655
Oberösterreich südl. der Donau	1.473.908	898.705	622.652
Salzburg	228.433	154.892	109.167
Steiermark	1.510.996	852.548	836.578
Kärnten	502.846	352.149	299.356
Tirol	325.789	203.406	174.786
Vorarlberg	142.254	98.635	89.645
Insgesamt	9.046.143	5.291.158	3.936.310

Der Verlust ist für die unmittelbare Aufbringung von Eiern, die nicht zuletzt wegen der unzulänglichen Erfassung zurückgegangen ist, sehr ein-

Abnahme der Hühnerhaltung in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 39]

Bundesland	Abnahme	
	in Stück	in v. H.
Wien	138.366	46
Niederösterreich	648.170	37
Burgenland	116.752	31
Salzburg	45.725	30
Oberösterreich südlich der Donau	236.953	26
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	53.409	18
Kärnten	52.793	15
Tirol	28.620	14
Vorarlberg	8.990	9
Steiermark	25.970	3
Insgesamt	1.354.848	26

Geflügelhaltung in Oesterreich

in Stück

[Übersicht 40]

Bundesland	Jahr	Enten	Gänse	Truthühner
Wien	1938	15.794	12.717	3.648
	1944	26.447	19.478	5.179
	1945	3.675	9.317	1.268
Niederösterreich	1938	49.329	64.811	8.541
	1944	61.120	103.366	17.074
	1945	22.116	81.396	6.642
Burgenland	1938	9.822	32.296	5.967
	1944	12.976	36.494	3.441
	1945	5.148	31.030	883
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	1938	2.469	6.245	608
	1944	3.129	4.562	592
	1945	1.471	4.956	375
Oberösterreich südlich der Donau	1938	20.562	12.854	3.003
	1944	21.180	9.375	4.032
	1945	10.779	7.722	2.512
Steiermark	1938	12.093	8.846	6.158
	1944	11.592	11.653	11.406
	1945	9.636	11.871	5.459
Kärnten	1938	3.581	2.640	1.775
	1944	3.726	5.750	3.424
	1945	1.141	2.262	-
Salzburg	1938	2.964	2.652	319
	1944	1.550	1.799	393
	1945	-	-	-
Tirol	1938	1.907	2.575	263
	1944	1.001	1.482	234
	1945	537	1.196	148
Vorarlberg	1938	1.132	479	156
	1944	808	358	96
	1945	323	190	51
Insgesamt	1938	119.703	146.115	30.438
	1944	143.529	194.227	45.871
	1945	-	-	-

schneidend. Der Bestand an Hühnern ist aber verhältnismäßig rasch wieder zu ergänzen und schon während des letzten Jahres dürfte er wieder beträchtlich angestiegen sein.

Während die Hühnerzucht zwischen 1938 und 1944 sehr reduziert wurde, ist in derselben Zeit die Aufzucht von *anderem Geflügel* (Gänse, Enten, Truthühner), beträchtlich erweitert worden (ausgenommen in Salzburg, Tirol und Vorarlberg). Der Umstand, daß dieses Geflügel der Ablieferung und Bewirtschaftung nicht oder nur beschränkt unterlag, dürfte ebenso wie bei den Kleintieren (Kaninchen) ein wesentlicher Anreiz dazu gewesen sein. Der Rückgang nach dem Ende des Krieges war bei Gänsen, Enten und Truthühnern (30 v. H. bis 50 v. H., in Wien sogar 72 v. H.) nicht weniger hoch als bei den Hühnern (siehe Übersichten 39, 40 und 41).

Kaninchenhaltung in Oesterreich

[Übersicht 41]

Bundesland	1938	1944	1945
	in Stück		
Wien	137.757	321.094	146.541
Niederösterreich	230.774	362.839	249.182
Burgenland	28.609	22.279	15.327
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	3.668	16.503	8.722
Oberösterreich südl. d. Donau	29.936	105.009	60.018
Salzburg	3.822	17.130	-
Steiermark	85.001	142.218	141.450
Kärnten	10.381	43.475	-
Tirol	6.011	14.935	-
Vorarlberg	5.051	19.991	-
Insgesamt	541.010	1.065.455	-

Bienen

Sehr ungleichmäßig hat sich in den einzelnen Ländern Österreichs seit Ende 1938 die Bienenzucht entwickelt. Während die Zahl der Bienenstöcke in den östlichen Gebieten zurückgegangen ist, hat sie in den westlichen Teilen Österreichs, wenn auch sehr verschieden stark, doch erheblich zugenommen. Das Kriegsende hat der Bienenzucht überall schwere Verluste zugefügt. In den einzelnen Ländern Österreichs gingen 16 v. H. bis 46 v. H. der Bienenstöcke verloren (siehe Übersichten 42 und 43).

Das Anwachsen des Bestandes an Bienenstöcken in den Jahren vor 1945 ist nicht zuletzt auf propagandistische Maßnahmen zurückzuführen, die einen erhöhten Bedarf an Bienenwachs für kriegsindustriell wichtige Zwecke zum Hintergrund haben.

Die hohen Verluste im Jahre 1945 traten teils infolge des steigenden Mangels an erfahrenen, betreuenden Arbeitskräften ein, da diese durch Einberufung zum Wehrdienst abgezogen worden waren; ferner durch Erfrierungen in den harten Winter-

monaten und insbesondere durch Aushungerungen mangels der Möglichkeit, sich die nötigen Futtermittel in Gestalt von Zusatzzucker zu beschaffen.

Bienenzucht in Oesterreich

[Übersicht 42]

Bundesland	1938	1944	1945
	Stöcke		
Wien	13.099	10.774	6.022
Niederösterreich	96.520	95.707	57.286
Burgenland	26.236	17.470	9.498
Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel)	20.285	19.193	12.777
Oberösterreich südlich der Donau	78.705	83.477	60.506
Salzburg	24.257	28.363	16.280
Steiermark	90.323	80.087	67.259
Kärnten	63.170	71.726	—
Tirol	32.490	33.299	35.149
Vorarlberg	10.667	11.324	8.885
Insgesamt	455.752	451.420	263.662

Abnahme der Bienenzucht in den einzelnen Bundesländern von 1944 auf 1945

[Übersicht 43]

Bundesland	Abnahme	
	an Stöcken	in v. H.
Burgenland	7.972	46
Wien	4.752	44
Salzburg	12.083	43
Niederösterreich	38.421	40
Oberösterreich nördl. d. Donau (Mühlviertel)	6.416	33
Oberösterreich südlich der Donau	22.971	28
Tirol	8.150	24
Vorarlberg	2.439	22
Steiermark	12.828	16
Insgesamt	187.758	42

Gewerbliche Produktion

Die-Industrieproduktion Österreichs wurde um die Jahreswende 1945/46 im Gesamtdurchschnitt auf 20 bis 25 v. H. des Jahres 1937 geschätzt, wobei die Beschäftigung in den westlichen und südlichen Landesteilen teilweise erheblich höher war als in den östlichen Gebieten. Im Gewerbe waren zur gleichen Zeit etwa drei Viertel der Betriebe wieder tätig.

Während der Beschäftigungsindex der gewerblichen Produktion in Österreich im Jahre 1945 vom August bis Dezember von 100 auf 119,5 gestiegen war (siehe Übersicht 11: Entwicklung der Beschäftigung in 1.203 repräsentativen gewerblichen Betrieben Österreichs, S. 36), hielt die Belegung im Jahre 1946 nicht mehr im gleichen Ausmaße an. Vom Jänner bis März stieg der Beschäftigungsindex nur noch von 119,5 auf 126. Aus den bisher eingegangenen regionalen Produktionsberichten und aus verschiedenen Symptomen kann geschlossen werden, daß auch nach Eintritt der besseren Jahreszeit die Belegung der industriellen Produktion nicht so stark war, wie die Fülle der Wiederaufbauarbeiten, vor allem im Baugewerbe,

hätte erwarten lassen. Mit der katastrophalen Verschlechterung der Ernährungslage seit April dieses Jahres ist ein neuerlicher Rückschlag erfolgt, der sich weniger im Beschäftigungsstand als in einer Verminderung der Ergiebigkeit der Arbeit ausdrückt.

Für den Stand der gegenwärtigen Kapazitätsausnutzung in der österreichischen Industrie ließe sich nur ein sehr grober Durchschnitt angeben. Ein richtiges Bild zu gewinnen, fällt hier um so schwieriger, als aus den Angaben der Betriebe meist nicht ersichtlich ist, ob sich die gegenwärtigen Ausnutzungsziffern auf eine unversehrt erhalten gebliebene Kapazität oder auf ein durch Kriegseinwirkungen mehr oder minder stark reduziertes Leistungsvermögen beziehen. Die Entwicklung der industriellen Produktion war im ersten Nachkriegsjahr außerdem nicht nur regional, sondern auch branchenmäßig sehr ungleichmäßig. Im Fahrzeugbau z. B. besteht schätzungsweise eine Kapazitätsausnutzung von 10 bis 50 v. H., je nachdem ob es sich um die erst in geringem Ausmaß angelaufene Produktion von Eisenbahnfahrzeugen (Eisenbahnwaggons, Lokomotiven) handelt oder um Fahrräder, Motorräder, Karosserien und Beiwagen, deren Erzeugungsmöglichkeiten ungefähr zur Hälfte ausgenutzt sind. Im Maschinen- und Apparatebau schwanken die Ausnutzungsziffern innerhalb so weiter Grenzen, daß ein einheitlicher Koeffizient nicht angegeben werden kann. Nach einer groben Schätzung dürften die Betriebe für die Herstellung von Armaturen, von landwirtschaftlichen Maschinen, von Dampfkesseln, Behältern und Rohrleitungen zu rund 30 bis 40 v. H. ausgenutzt sein; unter dieser Ziffer liegt die Herstellung von Maschinen für die Bau-, Berg- und Hüttenindustrie, darüber die Werkzeugindustrie. Besonders unterschiedlich ist auch die Kapazitätsausnutzung bei der Herstellung von Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrie, z. B. für Schuhe und Leder, Bekleidung, Nahrungs- und Genußmittel, chemische Produkte; die Angaben schwanken hier zwischen 10 und 80 v. H. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie erscheint im großen Durchschnitt zu 40 bis 50 v. H. beschäftigt; darunter liegt die Herstellung von Aluminiumwaren, die Feinmechanik und Optik; besser ausgenutzt sind die Betriebe für die Herstellung von Draht und Drahtwaren, Ketten, Federn, Sensen, Sicheln, Strohmessern. In der Textilindustrie sind die Baumwollspinnereien und -webereien zu 30 bis 40 v. H., die Hanf- und Jutespinnereien und -webereien zu 25 v. H., die Wollindustrie zu annähernd 15 v. H.

Die Kohlenlieferung der österreichischen Bundesländer
in Tonnen

[Übersicht 44]

Jahr bzw. Monat	Nieder- österreich		Mittel- steier- mark	Ober- steier- mark	Kärn- ten	Oberösterreich		Tirol	Vorarl- berg	Bur- genland	Österreich insgesamt			
	Steink.	Braunkohle			Steink.	Braunk.	Steink.	Braunkohle		Steink.	Braunk.	Zusamm.		
1937 Monatsdurchschnitt	225.789 18.816	227.835 18.986	973.893 81.158	787.725 63.644	127.663 10.639	—	590.875 49.240	—	42.534 3.545	—	98.364 8.197	225.789 18.816	2.848.889 237.407	3.074.678 256.223
1945 Dezember v. H. des Ø 1937	5.566 29'6	2.230 11'8	91.356 112'6	38.710 59'0	11.881 111'7	—	46.536 94'5	127 —	1.322 37'3	—	1.243 15'2	5.693 30'3	193.278 81'4	198.971 77'7
1946 Jänner	6.504	2.475	102.836	44.068	13.629	141	55.514	505	1.915	135	2.032	7.150	222.604	229.754
Februar	6.392	2.018	102.009	42.824	13.226	131	52.562	561	1.804	407	1.294	7.084	216.144	223.228
März	7.694	2.455	102.083	44.797	13.365	497	59.050	403	1.888	29	1.786	8.594	227.453	236.047
April	6.139	1.512	88.363	38.855	13.304	556	55.811	420	1.537	27	1.681	7.115	201.090	208.205
Mai	7.509	1.548	85.257	30.764	12.346	534	54.166	376	1.683	261	2.510	8.419	188.535	196.954
Juni	6.491	1.421	73.341	27.888	10.363	398	48.988	358	1.205	412	4.418	7.157	168.096	175.253

ausgenützt. Für die Strickerei- und Wirkwaren-
erzeugung darf ein Ausnützungskoeffizient von
20 bis 30 v. H. angenommen werden. Die Beklei-
dungsindustrie arbeitet im Durchschnitt mit einer
20- bis 40%igen Kapazitätsausnützung, wobei die
Berufskleidungs-, Wäsche-, Krawatten- und Schal-
industrie erheblich geringer beschäftigt ist als die
Herren- und Damenoberbekleidungsindustrie sowie
die Hüte- und Mützenherstellung. Sehr unterschied-
lich ist auch die Lage in der *Leder- und Schuh-
industrie*: während die Ledererzeugung mit rund
30 v. H. und die Lederwaren- und Kofferindustrie
mit rund 50 v. H. beschäftigt sein dürften, arbei-
teten die Schuhfabriken für den heimischen Bedarf
(abgesehen von Aufträgen für die alliierten Mächte)
bis vor kurzem nur mit einem geringen Teil ihrer
Gesamtkapazität. Die *Papierherzeugung* (Papier,
Zellulose, Holzstoff, Pappe) ist zu 30 bis 40 v. H.
ausgenützt.

Die Zerschneidung des österreichischen Wirt-
schaftsgebietes durch Demarkationslinien und Zonen-
grenzen und die damit eng zusammenhängende fünf-
fache Verwaltung Österreichs, die schwere Last der
Besatzungskosten, eine völlig unzureichende Ver-
sorgung mit Brenn- und Rohstoffen sowie mit Hilfs-
stoffen für die Erzeugung, Transportschwierig-
keiten, das Fehlen wertvoller Arbeitskräfte — diese
werden vielfach noch immer als Kriegsgefangene
zurückgehalten —, die Preis- und Lohnproblematik
im Zusammenhang mit der ungeklärten Währungs-
situation sowie die Auswirkungen der ungünstigen
Ernährungslage auf die Arbeitsfähigkeit der Men-
schen waren (und sind) Hemmungen, die bisher
trotz aller Anstrengungen eine stärkere Entfaltung
der Wirtschaft hinderten. Nicht zuletzt wird der
wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs durch die
Unsicherheit über die Auslegung der Potsdamer
Bestimmungen gelähmt.

Die Kohlenförderung in Oesterreich

[Übersicht 45]

Jahr bzw. Monat	Steinkohle		Braunkohle		Zusammen	
	in Tonnen	v. H. 1)	in Tonnen	v. H. 1)	in Tonnen	v. H. 1)
1937 . . .	230.220		3.241.770		3.471.990	
Monats- durchschnitt	19.185	100'0	270.148	100'0	289.333	100'0
1945 . . .	71.616	31'0	2.065.981	83'3	2.137.597	61'6
Dezember . . .	5.690	29'7	188.290	69'7	193.980	67'0
1946 Jänner	7.180	37'4	222.319	82'3	229.499	79'3
Februar	7.204	37'6	212.065	78'8	220.169	76'1
März	8.509	44'4	225.671	83'5	234.180	80'9
April	7.071	30'9	196.944	72'9	204.015	70'5
Mai	8.212	42'8	185.455	68'6	193.667	66'9
Juni	7.107	37'0	165.171	61'1	172.278	59'5

1) Index der Förderungsziffern auf der Basis Ø 1937 = 100.

Eine Grundvoraussetzung für das Anlaufen der
Produktion bildet die *Kohlenversorgung*. Dem heimi-
schen Kohlenbergbau in den westlichen und süd-
lichen Bundesländern gelang es bereits Ende 1945,
80 bis 90 v. H. der Durchschnittsförderung des
Jahres 1937 zu erreichen. In Niederösterreich
konnte die Förderung in der gleichen Zeit allerdings
nur auf knapp ein Fünftel der Friedenskapazität
gebracht werden. Die an sich weniger ergiebigen
Kohlengruben in Tirol und im Burgenland weisen
bisher noch eine geringere Ausnützungquote auf.
In den ersten Monaten des Jahres 1946 entwickelte
sich die Kohlengewinnung, vor allem in den haupt-
sächlichen Lieferländern Steiermark und Oberöster-
reich, so günstig, daß im Monat März die monat-
liche Durchschnittsleistung des Jahres 1937 bereits
beträchtlich überboten wurde. Die Verschlechterung
der Ernährungslage seit April verursachte jedoch
einen empfindlichen Rückschlag. Aus den Schätzun-
gen des Bundesministeriums für Handel und Wieder-
aufbau geht hervor, daß mit einem weiteren Rück-
gang der Kohlenförderung in den nächsten Monaten
gerechnet wird.

Kohlenförderung in Steiermark, Kärnten und Oberösterreich

Land	Tatsächliche Lieferung		Präliminierte Förderung Juni—Sept. 1946 Monatsdurchschnitt
	März 1946	Mai 1946	
Steiermark und Kärnten . . .	162.245	128.367	100.000
Oberösterreich	59.050	54.166	48.000

Die Rückwirkung dieser ungünstigen Entwicklung auf die österreichische Wirtschaft wird noch dadurch wesentlich verschärft, daß Österreich, das auch in Friedenszeiten kalorienmäßig nur rund 44 v. H. (1937) seines Bedarfes an Stein- und Braunkohle im Inland decken konnte¹⁾, gleichzeitig mit einer Verminderung der ausländischen Kohlenlieferungen rechnen muß. Dies erscheint um so bedenklicher, als auch schon die bisherigen Kohleneinfuhren aus dem Ausland (im Kompensationsverkehr und durch Lieferungen der Alliierten sowie der UNRRA) nur sehr ungenügend den Zuschußbedarf der österreichischen Wirtschaft an Kohle deckten.

¹⁾ Siehe *Osterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung*, „Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft“, 2. Sonderheft, Wien 1946, S. 4 ff.

Die Steinkohleneinfuhr Österreichs stammt heute zum überwiegenden Teil aus dem Ruhrgebiet. Das Verhältnis von 1937, wo ein Fünftel der Steinkohle aus dem Westen und vier Fünftel aus dem Nordosten kamen, hat sich heute ins Gegenteil verkehrt. Eine Rückverlagerung auf die Lieferreviere von 1937 entspräche zwar den natürlichen Verhältnissen, ist aber heute noch nicht möglich. Da zur Zeit Frankreich und die nordeuropäischen Staaten wegen des Ausfalls englischer Lieferungen erhöhte Ruhrlieferungen verlangen, werden die Quoten für Österreich weiter absinken. Während z. B. für die Monate November 1945 bis März 1946 die Einfuhr aus westdeutschen Revieren (Ruhr und Saar) mit durchschnittlich 185.000 Monatstonnen angegeben wird, hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau in dem vorgenannten Bericht die Einfuhr an deutschen Steinkohlen für Juni bis September nur noch mit 120.000 Monatstonnen präliminiert. Dem gegenüber stehen vorgesehene Einfuhren aus Polen mit 15.000 Monatstonnen Steinkohle und aus der Tschechoslowakei mit 30.000 Monatstonnen Braunkohle.

Die künftige Entwicklung der österreichischen Industrie hängt, abgesehen von der Sicherstellung einer Mindesternährung der Bevölkerung und der Beschaffung von Rohstoffen, jedenfalls im wesentlichen davon ab, in welchem Umfang es möglich sein wird, sei es durch Erhöhung der eigenen Kohlenproduktion, sei es durch Kohleneinfuhr, den

Beschäftigung und Kapazitätsausnützung der Industrie in Wien¹⁾

[Übersicht 46]

Betriebsgröße nach der Zahl der Beschäftigten	Gesamtzahl der		Zahl der Betriebe mit wöchentlich . . . Arbeitsstunden				Zahl der Betriebe mit einer Ausnützung der Kapazität			
	Betriebe	Beschäftigten	bis 30	31 bis 48	48	über 48	bis 25 v. H.	26 bis 50 v. H.	51 bis 99 v. H.	100 v. H.
Jänner 1946										
6 bis 20	438	5.558	16	43	379	—	175	141	71	50
21 bis 50	339	11.278	15	58	266	—	90	135	71	42
51 bis 100	161	11.100	4	24	133	—	29	59	45	27
über 100	137	42.997	2	24	111	—	41	45	27	24
Betriebe zusammen	1.075 ²⁾	70.933	37	149	889	—	335	380	214	143
Februar 1946										
6 bis 20	499	6.244	11	71	414	3	193	175	85	46
21 bis 50	390	12.828	5	77	307	1	121	142	80	47
51 bis 100	202	14.067	2	34	166	—	40	70	60	32
über 100	157	49.690	—	26	131	—	51	55	30	21
Betriebe zusammen	1.248 ²⁾	82.829	18	208	1.018	4	405	442	255	146
März 1946										
6 bis 20	536	6.014	15	67	447	7	192	198	91	55
21 bis 50	430	14.153	9	88	328	4	122	151	105	51
51 bis 100	204	14.258	1	51	148	5	35	80	59	31
über 100	178	53.174	—	41	135	2	49	59	44	26
Betriebe zusammen	1.348 ²⁾	88.199	25	247	1.058	18	398	488	299	163
April 1946										
6 bis 20	557	7.031	9	75	467	6	185	210	101	60
21 bis 50	428	14.282	6	93	326	3	107	153	114	54
51 bis 100	214	15.101	4	55	151	4	49	74	64	27
über 100	194	55.314	—	44	148	2	59	62	43	30
Betriebe zusammen	1.393 ²⁾	91.728	19	267	1.092	15	401	499	322	171

¹⁾ Erhebungen der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen in Wien. —
²⁾ An alle zugehörigen Betriebe, soweit sie 6 und mehr Beschäftigte zählen, wurden die Fragebogen ausgesandt, und zwar in Wien an 2.337 Betriebe, von diesen Betrieben haben gemeldet im Jänner 1295, Februar 1551, März 1712, April 1775, von den meldenden Betrieben erzeugten zur Zeit nicht bzw. waren mit dem eigenen Wiederaufbau und der Beseitigung von Kriegsschäden beschäftigt im Jänner 220, Februar 303, März 364, April 382, für die obige Statistik wurden nur die erzeugenden Betriebe erfaßt, und zwar im Jänner 1075, Februar 1248, März 1348, April 1393. Zu beachten ist, daß die Bauindustrie und die graphische Industrie nur zum Teil erfaßt sind, weil sie zum Gewerbe (Handwerk) zählen, während die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke noch nicht erfaßt wurden, da sie erst seit kurzem in den Bereich der Sektion „Industrie und Bergbau“ gehören. — *) Einschließlich von 3 Zentralbüros, die in der Verteilung der Betriebe nach der Ausnützung der Kapazität nicht mitgerechnet sind.

dringenden Kohlenbedarf der Industrie und des Gewerbes zu decken.

Ein großes Hindernis für die Belebung der Wirtschaft war und ist weiter der *Mangel an Rohstoffen* für fast alle Industrien. Dieser Mangel machte sich ebenfalls in Ost-Österreich stärker als im Westen fühlbar. Soweit die Rohstoffe und Halbfabrikate im Inland erzeugt wurden, besserte sich die Versorgung mit dem Anlaufen dieser Produktionen, soweit jedoch Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden müssen, hat sich die Versorgungslage in den letzten Monaten verschlechtert, da die geringen Vorräte, ohne die Möglichkeit einer Ergänzung durch Einfuhren, allmählich verbraucht wurden.

Im abgelaufenen Jahre konnten kritische Engpässe oftmals nur durch die tatkräftige *Hilfe der alliierten Militärbehörden* überwunden werden, die wichtige Materialien zur Verfügung stellten, so z. B. die US-Besatzungskräfte Treibstoffe für Wien, Ersatzteile für Lastautos, Zement, Glas, Textilabfälle, Seife, Farbstoffe für die Textilindustrie usw. Aus den Vorräten der amerikanischen Armee in Deutschland wurden zur Deckung des österreichischen

Normalverbrauches von sechs Monaten Buna Gummi und Chemikalien freigegeben. Ende März 1946 räumte die US-Regierung Österreich einen Kredit von 10 Millionen Dollar zum Ankauf von Materialien aus den Beständen der US-Armee ein, die für den Wiederaufbau verwendet werden sollen. Auf der anderen Seite aber wurden bei der Ausführung von Aufträgen für die Besatzungsmächte nicht nur beigestellte, sondern auch wichtige knappe Rohstoffe aus österreichischen Beständen verbraucht und dadurch die Versorgungsmöglichkeiten der heimischen Bevölkerung empfindlich geschmälert. Der Vertrag mit der UNRRA vom 5. April 1946 soll nicht nur dazu beitragen, die Ernährung des österreichischen Volkes auf einer bescheidenen Grundlage zu sichern, sondern auch durch die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen helfen, die österreichische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die UNRRA hat es übernommen, bis zum 30. Juni 1946 an Österreich für 58,982.000 Dollar Waren zu liefern. Für das ganze Jahr 1946 wurden ursprünglich 91, später 117,3 Millionen Dollar vorgesehen. Der Erlös aus dem Verkauf der UNRRA-Lieferungen wird für

Beschäftigung und Kapazitätsausnützung der Industrie in Niederösterreich und Burgenland¹⁾

[Übersicht 47]

Betriebsgröße nach der Zahl der Beschäftigten	Gesamtzahl der		Zahl der Betriebe mit wöchentlich . . . Arbeitsstunden				Zahl der Betriebe mit einer Ausnützung der Kapazität			
	Betriebe	Beschäftigten	bis 30	31 bis 48	48	über 48	bis 25 v. H.	26 bis 50 v. H.	51 bis 99 v. H.	100 v. H.
Jänner 1946										
6 bis 20	118	1.423	10	20	84	4	35	44	28	11
21 bis 50	78	2.440	7	26	45	—	22	35	12	9
51 bis 100	44	3.077	—	15	29	—	14	20	7	3
über 100	52	20.283	1	19	32	—	20	18	11	3
Betriebe zusammen	292 ²⁾	27.229	18	80	190	4	91	117	58	26
Februar 1946										
6 bis 20	140	1.675	6	35	90	9	52	44	34	10
21 bis 50	97	3.103	1	37	58	1	25	43	20	9
51 bis 100	49	3.473	—	15	33	1	20	19	9	1
über 100	59	21.406	2	15	42	—	16	26	13	4
Betriebe zusammen	345 ²⁾	29.657	9	102	223	11	113	132	76	24
März 1946										
6 bis 20	160	2.000	7	25	104	24	53	47	51	9
21 bis 50	106	3.391	2	21	76	7	27	44	25	10
51 bis 100	55	3.839	—	16	39	—	15	30	9	1
über 100	67	24.133	2	16	48	1	17	22	23	5
Betriebe zusammen	388 ²⁾	33.363	11	78	267	32	112	143	108	25
April 1946										
6 bis 20	175	2.153	8	24	113	30	58	57	49	11
21 bis 50	114	3.660	3	13	91	7	36	42	26	10
51 bis 100	53	3.698	—	13	38	2	15	21	14	3
über 100	74	25.508	2	22	49	1	23	21	24	6
Betriebe zusammen	416 ²⁾	35.019	13	72	291	40	132	141	113	30

¹⁾ Erhebungen der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Geld- und Kreditwesen in Wien (Burgenland ohne dem ehemals steirischen Teil). — ²⁾ An alle zugehörigen Betriebe, soweit sie 6 und mehr Beschäftigte zählen, wurden die Fragebogen ausgesandt, und zwar in Niederösterreich und Burgenland (ohne den ehemaligen steirischen Teil) an 1896 Betriebe, von diesen Betrieben haben gemeldet im Jänner 405, Februar 485, März 540, April 581, von den meldenden Betrieben erzeugten zur Zeit nicht bzw. waren mit dem eigenen Wiederaufbau und der Beseitigung von Kriegsschäden beschäftigt im Jänner 113, Februar 140, März 152, April 165, für die obige Statistik wurden nur die erzeugenden Betriebe erfaßt, und zwar im Jänner 292, Februar 345, März 388, April 416. Zu beachten ist, daß die Bauindustrie und die graphische Industrie nur zum Teil erfaßt sind, weil sie zum Gewerbe (Handwerk) zählen, während die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke noch nicht erfaßt wurden, da sie erst seit kurzem in den Bereich der Sektion „Industrie und Bergbau“ gehören.

weitere Hilfs- und Aufbauprogramme verwendet werden.

So unbefriedigend die bisher erzielten Produktionsergebnisse erscheinen mögen, im ganzen zeigte die gewerblich-industrielle Tätigkeit in den ersten Monaten des Jahres 1946 doch eine merkliche Belebung, die sich unter größten Schwierigkeiten anzubahnen und durchzusetzen begann. Diese günstige Entwicklung ist indessen durch die seit April erfolgte neuerliche Verschlechterung der Lebensmittelversorgung wieder unterbrochen worden. Die nochmalige Kürzung der Hungerrationen hat die Leistung der Arbeiterschaft schwerstens beeinträchtigt. Besonders deutlich zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Ernährung und Leistungsfähigkeit im steirischen Kohlenbergbau. Während im März noch 146.293 Tonnen gefördert worden waren, sank die Förderung im Mai auf 115.558 Tonnen, im Juni auf 102.013 Tonnen. Eine unmittelbare Folge dieses Produktionsrückganges war die Stilllegung dreier Elektrostahlöfen und die Senkung der Rohstahlproduktion auf die Hälfte der bisher erreichten Leistung. Der unter größten Mühen erzielte beschei-

dene Fortschritt der Wirtschaft im ersten Nachkriegsjahre ist damit wieder ernstlich in Frage gestellt worden.

Wien, Niederösterreich und Burgenland

Von allen Ländern haben Wien, Niederösterreich und das Burgenland am stärksten durch den Krieg gelitten. Der Verlust an maschinellen Einrichtungen allein wird auf mehr als ein Drittel der um 1938 vorhandenen Bestände geschätzt, wovon der Großteil auf die *Produktionsgüterindustrie* entfällt. Insbesondere die *Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie*, die *Elektroindustrie* sowie die *Eisen- und Metallindustrie* haben so schwer gelitten, daß in diesen Betrieben längere Zeit hindurch nur Reparaturen ausgeführt werden konnten.

Nach einer Statistik der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Wiener Handelskammer¹⁾ haben in Wien

¹⁾ Über den Umfang dieser Erhebung unterrichten sowohl die Übersichten 46 und 47 (die auch die Größengliederung der erfaßten Betriebe ausweisen) als auch die Übersichten 48 und 49 (die für April 1946 die Zahlen der einzelnen Fachverbände bzw. Wirtschaftsgruppen enthalten).

Beschäftigung und Kapazitätsausnutzung der Industrie in Wien*)

[Übersicht 48]

Fachverband — Wirtschaftsgruppe	Gesamtzahl der					Zahl der erzeugenden Betriebe								
	zugehörigen	meldenden	nicht erzeugenden ¹⁾	erzeugenden	Beschäftigten ²⁾	mit einer wöchentlichen Arbeitszeit vonStunden				mit einer Ausnutzung der Kapazität (v. H.)				
						bis 30	31 bis 47	48	über 48	bis 25	26 bis 50	51 bis 99	100	
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
April 1946														
Erdölindustrie	30	9	7	2	940	—	—	2	—	—	—	1	1	—
Stein- und keramische Industrie	58	32	13	19	1.438	—	2	16	1	6	8	4	1	—
davon: Steinindustrie (Grobkeramik)		20	12	8	1.057	—	1	6	1	5	2	—	1	—
Keramische Industrie (Feinkeramik)		12	1	11	381	—	1	10	—	1	6	4	—	—
Glasindustrie	12	9	4	5	808	—	—	5	—	1	1	1	2	—
Bauindustrie ³⁾	24	39	9	30	3.832	—	—	26	4	21	2	2	5	—
Berg- und Hüttenwerke	28	8	7	1	61	—	—	1	—	—	—	1	—	—
Metallindustrie	9	6	1	5	209	—	—	5	—	1	3	1	—	—
Fahrzeugindustrie	48	35	3	32	4.451	—	3	29	—	8	4	10	10	—
Maschinenindustrie	182	122	14	108	7.643	—	10	98	—	23	38	28	19	—
Gießereiindustrie	27	24	1	23	1.558	—	1	22	—	8	10	5	—	—
Stahl- und Eisenbau	77	30	3	27	2.241	—	1	26	—	2	4	10	11	—
Eisen- und Metallwaren-Industrie	296	179	28	141	7.818	—	19	131	1	33	71	34	13	—
Elektroindustrie	109	100	12	88	13.607	—	18	70	—	30	28	18	12	—
Sägeindustrie	50	3	—	3	162	—	—	3	—	—	1	2	—	—
Holzverarbeitende Industrie	108	93	13	80	3.610	1	9	70	—	25	40	8	7	—
Lederindustrie	101	85	6	79	3.834	3	23	53	—	19	34	16	10	—
davon: Ledererzeugung		12	1	11	508	—	1	10	—	3	4	3	1	—
Schuhindustrie		34	3	31	1.999	2	19	10	—	7	21	3	—	—
Erzeugung von Treibriemen u. technischen Lederartikeln		2	—	2	14	—	—	2	—	—	1	1	—	—
Lederwarenindustrie		37	2	35	1.313	1	3	31	—	9	8	9	9	—
Textilindustrie	138	136	32	104	5.142	5	49	50	—	42	45	12	5	—
Bekleidungsindustrie	219	205	37	168	8.376	7	82	79	—	48	57	38	25	—
Papier-, Zellulose-, Holzschliff- und Pappe-Industrie	1	2	1	1	96	—	1	—	—	—	1	—	—	—
Papierverarbeitende Industrie	125	101	17	64	2.982	1	12	69	2	22	35	21	6	—
Graphische Industrie ³⁾	86	132	8	124	4.857	—	7	114	3	9	28	57	30	—
Filmindustrie	50	13	6	7	419	—	—	7	—	4	1	2	—	—
Chemische Industrie	291	209	70	139	6.672	2	20	114	3	47	58	25	9	—
Zuckerindustrie	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spiritusindustrie	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brauereien	5	7	—	7	2.132	—	—	7	—	—	5	3	—	—
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	260	196	90	106	8.840	—	10	95	1	52	25	24	5	—
Zusammen	2.337	1.775	382	1.393	91.728	19	267	1.092	15	401	499	322	171	—

*) Erhebung der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen in Wien. Die Bauindustrie und die graphische Industrie sind nur teilweise erfaßt, da sie nicht mehr in den Wirkungsbereich der Sektion gehören. — ¹⁾ Erzeugen zur Zeit nicht bzw. waren mit dem eigenen Wiederaufbau und der Beseitigung von Kriegsschäden im Betriebe beschäftigt. — ²⁾ Zahl der Beschäftigten nur der erzeugenden Betriebe. — ³⁾ Siehe Fußnote 1).

Beschäftigung und Kapazitätsausnutzung der Industrie in Niederösterreich und Burgenland*).

[Übersicht 49]

Fachverband -> Wirtschaftsgruppe	Gesamtzahl der					Zahl der erzeugenden Betriebe							
	zugehörigen	mel-denden	nicht er-zeu-gen-den ¹⁾	er-zeu-gen-den	Be-schäf-tig-ten ²⁾	mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von				mit einer Ausnutzung der Kapazität (v. H.)			
						bis 30	31 bis 47	48	über 48	bis 25	26 bis 50	51 bis 99	100
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
April 1946													
Erdölindustrie	1	6	—	6	1.589	—	—	4	2	—	—	5	1
Stein- und keramische Industrie	395	70	43	27	2.653	1	2	23	1	16	8	2	1
davon: Steinindustrie (Grobkeramik)	395	68	43	25	1.848	1	2	21	1	15	7	2	1
Keramische Industrie (Fein-keramik)	—	2	—	2	205	—	—	2	—	1	1	—	—
Glasindustrie	2	2	1	1	6	—	1	—	—	1	—	—	—
Bauindustrie ³⁾	2	3	1	2	86	—	—	2	—	2	—	—	—
Berg- und Hüttenwerke	9	11	5	6	3.083	—	2	4	—	3	2	1	—
Metallindustrie	12	5	2	3	305	—	2	1	—	2	1	—	—
Fahrzeugindustrie	15	4	—	4	813	—	—	4	—	1	1	2	—
Maschinenindustrie	37	18	1	17	2.668	—	—	17	—	4	4	7	2
Gießereindustrie	27	16	6	10	570	1	1	8	—	4	3	3	—
Stahl- und Eisenbau	7	3	—	3	625	—	—	3	—	—	—	2	1
Eisen- und Metallwaren-Industrie	81	56	7	49	4.576	1	14	33	1	17	25	6	1
Elektroindustrie	11	3	1	2	47	—	—	2	—	—	2	—	—
Sägeindustrie	878	104	19	85	1.611	—	9	45	31	8	30	37	10
Holzverarbeitende Industrie	54	27	6	21	993	—	4	15	2	5	6	10	—
Lederindustrie	11	7	—	7	581	—	3	4	—	1	2	3	1
davon: Ledererzeugung	—	4	—	4	766	—	2	2	—	1	1	1	1
Schuhindustrie	1	1	—	1	366	—	1	—	—	—	—	1	—
Erzeugung von Treibriemen u. technischen Lederartikeln	1	1	—	1	58	—	—	1	—	—	—	1	—
Lederwarenindustrie	1	1	—	1	51	—	—	1	—	—	1	—	—
Textilindustrie	162	81	14	67	8.432	7	19	41	—	31	23	10	3
Bekleidungsindustrie	16	14	4	10	379	2	2	6	—	4	3	2	1
Papier-, Zellulose-, Holzschliff- und Papp-Industrie	39	23	9	14	2.922	1	1	11	1	6	4	4	—
Papierverarbeitende Industrie	5	4	2	2	92	—	2	—	—	2	—	—	—
Graphische Industrie ⁴⁾	12	17	1	16	584	—	—	16	—	1	3	7	5
Filmindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemische Industrie	35	31	9	22	1.974	—	3	17	2	10	5	5	2
Zuckerindustrie	4	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spiritusindustrie	3	1	—	1	91	—	—	1	—	—	1	—	—
Brauereien	3	3	—	3	207	—	—	3	—	—	2	1	—
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	75	67	29	38	822	—	7	31	—	14	16	6	2
Zusammen	1.896	581	165	416	35.019	13	72	291	40	132	141	113	30

* Erhebung der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen in Wien, Burgenland ohne den ehemals steirischen Teil. Die Bauindustrie und die graphische Industrie sind nur teilweise erfaßt, da sie nicht mehr in den Wirkungsbereich der Sektion gehören. — 1) Erzeugen zur Zeit nicht, bzw. waren mit dem eigenen Wiederaufbau und der Beseitigung von Kriegsschäden im Betriebe beschäftigt. — 2) Zahl der Beschäftigten nur der erzeugenden Betriebe. — 3) Siehe Fußnote 1).

im April 1945 nur 12,28 v. H. aller Industriebetriebe ihre Kapazität voll ausnützen können, während 23,11 v. H. mehr als 50 v. H., 35,82 v. H. von 26 bis 50 v. H. und 28,79 v. H. nur bis zu 25 v. H. beschäftigt waren. Die Zahlen für Niederösterreich und Burgenland sind ähnlich ungünstig: 7,21 v. H. der Betriebe arbeiten voll, 27,16 v. H. weisen eine Beschäftigung von über 50 v. H., 33,90 v. H. eine solche von 26 bis 50 v. H. und 31,73 v. H. eine solche bis zu 25 v. H. auf (siehe Übersicht 50). Dieselbe Statistik weist auch die wöchentliche Arbeitszeit aus. In Wien verzeichneten 78,39 v. H. aller Betriebe eine Arbeitswoche von 48 Stunden, 19,17 v. H. eine Arbeitswoche von 31 bis 48 Stunden, 1,36 v. H. eine solche von 30 und weniger Stunden; in Niederösterreich und Burgenland wurde in 69,95 v. H. aller Betriebe 48 Stunden in der Woche gearbeitet, in 17,31 v. H. bis 48 Stunden und in 3,12 v. H. 30 oder weniger Stunden. Eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden in der Woche wird nur vereinzelt gemeldet: In Wien in 1,08 v. H. der Betriebe, in Nieder-

österreich und Burgenland in 9,62 v. H. der Betriebe (siehe Übersicht 51).

Von Ausnahmen abgesehen, bleiben teils infolge von unmittelbaren Kriegseinwirkungen, von Verlusten an Maschinen, Rohstoffen und Halbfabrikaten, teils wegen zeitbedingter Umstände, wie der Mangel-lage, Energieausfall usw. die Leistungen der Industrie des Wiener Beckens gegenüber jenen in den westlichen Bundesländern zurück. Niederösterreich schneidet dabei noch schlechter ab als Wien.

Wenn der Vergleich zwischen der Industrie in Wien und Niederösterreich und der Industrie in den westlichen Bundesländern ungünstig für die Industrie Wiens und Niederösterreichs ausfällt, dann darf daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß es die Industrie in Wien und Niederösterreich infolge all der Widerwärtigkeiten (schwerste Kriegsschäden, große Verluste an Maschinen, Mangel an Rohstoffen usw.) an den notwendigen Anstrengungen, die Lage zu meistern, hätte fehlen lassen. Im Gegenteil. Angestellte und Arbeiter haben gemeinsam mit den Betriebsleitungen alles getan, um die Betriebe wiederaufzubauen und einzurichten, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Oft unter den denkbar ungünstigsten Umständen wurden mit — entliehenem — Handwerkszeug die Repa-

Die Ausnützung der Kapazität der Industrie in Wien, Niederösterreich und Burgenland¹⁾
in den ersten vier Monaten des Jahres 1946

[Übersicht 50]

Ausnützung der Kapazität in v. H.	Zahl der erfaßten Betriebe				Erfaßte Betriebe in v. H. der Gesamtzahl			
	Jänner	Februar	März	April	Jänner	Februar	März	April
In Wien:								
bis 25 v. H.	335	405	398	401	31'25	32'45	29'53	28'79
26 bis 50 v. H.	380	442	488	499	35'45	35'42	36'20	35'82
51 bis 99 v. H.	214	255	299	322	19'96	20'43	22'18	23'11
100 v. H.	143	146	163	171	13'34	11'70	12'09	12'28
Zusammen	1.072	1.248	1.348	1.393	100'00	100'00	100'00	100'00
In Niederösterreich und Burgenland:								
bis 25 v. H.	91	113	112	132	31'16	32'75	28'86	31'73
26 bis 50 v. H.	117	132	143	141	40'07	38'26	36'86	33'90
51 bis 99 v. H.	58	76	108	113	19'86	22'03	27'84	27'16
100 v. H.	26	24	25	30	8'91	6'96	6'44	7'21
Zusammen	292	345	388	416	100'00	100'00	100'00	100'00

¹⁾ Erhebung der Sektion „Industrie und Bergbau“ der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen in Wien. Das Burgenland ist nur ohne den ehemals steirischen Teil erfaßt.

Die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie in Wien, Niederösterreich und Burgenland¹⁾
in den ersten vier Monaten des Jahres 1946

[Übersicht 51]

Arbeitsstunden in der Woche	Zahl der erfaßten Betriebe				Erfaßte Betriebe in v. H. der Gesamtzahl			
	Jänner	Februar	März	April	Jänner	Februar	März	April
In Wien:								
bis 30	37	18	25	19	3'44	1'44	1'85	1'36
31 bis 48	149	208	247	267	13'86	16'67	18'32	19'17
über 48	889	1.018	1.058	1.092	82'70	81'57	78'49	78'39
über 48	—	4	18	15	—	0'32	1'34	1'08
Zusammen	1.075	1.248	1.348	1.393	100'00	100'00	100'00	100'00
In Niederösterreich und Burgenland:								
bis 30	18	9	11	13	6'16	2'61	2'84	3'12
31 bis 48	80	102	78	72	27'40	29'56	20'10	17'31
über 48	190	223	267	291	65'07	64'64	68'81	69'95
über 48	4	11	32	40	1'37	3'19	8'25	9'62
Zusammen	292	345	388	416	100'00	100'00	100'00	100'00

Siehe Fußnote ¹⁾ zu Übersicht 50.

raturwerkstätten des zerstörten Betriebes instand gesetzt, dann wurden die aus dem Schutt geborgenen Maschinen repariert und alle Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Produktion erfüllt. Meist sehr rasch wurde der Zustand erreicht, daß die Arbeiten für den Wiederaufbau, die Instandsetzung, Wiedereinrichtung und Erzeugung nebeneinander liefen. Darin liegt auch der Grund, weshalb trotz verhältnismäßig hohen Arbeiterstandes und normaler Arbeitszeit die Ausnützung der Kapazität, das Produktionsvolumen klein bleibt: in all den schwer geschädigten Betrieben ist der in der tatsächlichen Erzeugung tätige Teil der Beschäftigten lange Zeit hindurch klein, während die Mehrzahl der Arbeiter eben für den Wiederaufbau eingesetzt ist (siehe Abschnitt Arbeitslage, S. 32 ff.).

Die Wiederaufnahme der normalen Förderung im *Steinkohlenbergbau* (Grünbach) wird wesentlich dadurch erschwert, daß durch den Stillstand der Produktion und die Einstellung der Wasserhaltung zur Zeit der Besetzung zwei Horizonte abgesoffen sind. Um daher die Kohlegewinnung¹⁾ auch in diesen

¹⁾ Die Förderung von Steinkohle erreichte im Dezember 1945 5.595 Tonnen, Jänner 1946 6.499 Tonnen, Februar 6.407 Tonnen, März 7.700 Tonnen, April 6.188 Tonnen, Mai 7.416 Tonnen, Juni 6.371 Tonnen. (Monatsdurchschnitt 1937: 19.185 Tonnen, 1945: 5.934 Tonnen, 1946: 6.764 Tonnen.)

Gebiet wenigstens wieder auf ihre Normalleistung hinaufsetzen zu können, ist die Neueinrichtung der lange unter Wasser gestandenen Stollen notwendig.

Am ungünstigsten sind die Verhältnisse im *Braunkohlenbergbau*, dessen Förderung seit März 1946 auf einen Tiefstand gesunken ist²⁾.

Die österreichische *Elektrizitätsversorgung* ist trotz ihrer Kapazitätsvergrößerung in den letzten Jahren in diesem Winter auch für die Industrie Österreichs kritisch geworden. Hauptsächlich ist dies auf die einseitige Verteilung der Wasserkraftwerke zurückzuführen: 62 v. H. der Gesamtkapazität liegen in Vorarlberg und Tirol. Da eine leistungsfähige Sammelschiene fehlt, ist die Deckung des Bedarfes von Wien und Niederösterreich mit den größten Schwierigkeiten verbunden gewesen. Wien hat nämlich früher die Hauptlast des Bedarfes aus seinen

²⁾ Braunkohle wurde gefördert in Niederösterreich (Burgenland) im Dezember 1945 2.245 (1.323) Tonnen, Jänner 1946 2.495 (1.982) Tonnen, Februar 1.988 (1.317) Tonnen, März 2.457 (1.800) Tonnen, April 1.520 (1.674) Tonnen, Mai 1.553 (2.524) Tonnen, Juni 1.416 (4.413) Tonnen; im Monatsdurchschnitt 1937: 19.787 (8.101) Tonnen, 1945: 2.349 (1.470), 1946: 1.907 (2.285).

kalorischen Anlagen gedeckt, die heute nach weitgehenden Demontagen und wegen Brennstoffknappheit nur mit einem Bruchteil ihrer früheren Leistungsfähigkeit arbeiten. Um dennoch, soweit dies technisch durchführbar ist, einen gerechten Lastausgleich zwischen den einzelnen Bundesländern zu ermöglichen, wurde ein Bundeslastverteiler für das gesamte Bundesgebiet ernannt, dem in den verschiedenen Ländern Landeslastverteiler unterstehen. Dadurch soll vor allem dem Osten Österreichs mehr Energie zugeteilt werden, als er selbst erzeugt. Für Wien ist auch die Vollendung der neuen 80.000-Kilowatt-Leitung von Kärnten und Steiermark¹⁾ nach Wien von Bedeutung.

In der *Eisen- und Metallindustrie* ist die Produktionslage noch wenig einheitlich. Da es an der laufenden Zufuhr von Betriebsmitteln fehlt, bestimmt im allgemeinen die Vorratslage noch weitgehend den Produktionsumfang. Aber auch hier hemmen neben dem Mangel an Betriebsstoffen, Produktions- und Transportmitteln vielfach die ungeklärten *Besitzverhältnisse* die Erzeugung. Zum Teil sind maßgebende Großbetriebe durch die militärische Besetzung noch immer völlig lahmgelegt. Abgesehen von der Entwertung der Produktionsanlagen infolge mangelnder Pflege wird davon auch die weiterverarbeitende Industrie empfindlich getroffen. Daher beschränken sich vor allem in der weiterverarbeitenden Industrie die Leistungen nach wie vor hauptsächlich auf Reparaturen. So sind z. B. von den Betrieben des *Stahl- und Eisenbaues*, der zu mehr als 60 v. H. in Wien und Niederösterreich liegt und der im April bereits wieder 3.000 Beschäftigte²⁾ zählte, die beiden wichtigsten in Zusammenarbeit mit der Roten Armee für die Wiederherstellung von Brücken tätig. Andere Betriebe befassen sich mit der Erzeugung und Ausbesserung von Dampfkesseln, Behältern, Heizungs- und Lüftungsanlagen usw., wobei allerdings das Fehlen von Werkzeugen, Transport- und Betriebsmitteln aller Art die Fertigung stark beeinträchtigt. Gingen doch im Stahl- und Eisenbau allein durch Requisitionen rund 40 v. H. des Maschinenbestandes von 1938, bzw. 60 v. H. des Bestandes vom März 1945 verloren. Der Bestand an Transportmitteln in dieser Industrie beträgt nur noch 28 v. H. jenes vom März 1945.

¹⁾ Wasserkraftwerke Pernegg, Laufnitzdorf, Arnstein, Schwabeck und Lavamünd, Dampfkraftwerk Voitsberg.

²⁾ Diese und die im folgenden zu einzelnen Zweigen für Wien und Niederösterreich gegebenen Beschäftigtenzahlen sind der Statistik der Industriesektion der Wiener Handelskammer (Übersicht 48 und 49) entnommen, die freilich die zugehörigen Betriebe noch nicht restlos erfaßt.

Sehr kritisch sind die Verhältnisse auch in der *Maschinenindustrie*, die mit ihrem Schwerpunkt in Wien und Niederösterreich einst eine besonders hervorragende Stelle in der österreichischen Industrie eingenommen hatte. Sie ist heute mit über 10.000 Beschäftigten, bei einem Verlust von über 40 v. H. ihrer Produktionsmittel und 90 v. H. ihrer Kraftfahrzeuge gegenüber dem Bestand zu Beginn des Jahres 1945 in keiner Weise imstande, den Bedarf für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft auch nur zum geringen Teil zu decken und den Exportanforderungen auch nur annähernd nachzukommen. Der Maschinenbau soll daher auf die Herstellung solcher Aggregate beschränkt werden, in denen die österreichischen Betriebe besonders leistungsfähig sind. Durch einen *Maschinenausgleich* mit den vorhandenen Beständen sollen diejenigen Produktionsausrüstungen zusammengestellt werden, die besonders vordringlich sind. Aber auch der Maschinenausgleich ist sehr schwierig, weil gerade die größten und modernsten Betriebe ihre Maschinen verloren haben. Die Mittel- und Kleinbetriebe, die verhältnismäßig besser davongekommen sind, verfügen aber nur über weniger leistungsfähige und veraltete Aggregate. Außerdem mangelt es gerade in diesem Produktionszweig an Betriebsmitteln aller Art, wie Brennstoffen, Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten, von denen die meisten aus dem Ausland, insbesondere aus Deutschland, bezogen worden sind. Bis zur Erschließung neuer Bezugsquellen wird man sich daher damit behelfen müssen, diesen Bedarf womöglich durch Eigenerzeugung in einer Art Gemeinschaftsarbeit — selbst zu erhöhten Kosten — im Inland zu decken.

Was über die Maschinenindustrie gesagt worden ist, trifft weitgehend auch für die *Fahrzeugindustrie* zu, die zuerst durch die Bombenangriffe und später durch die Requisitionen ebenfalls erhebliche Verluste erlitten hat, heute aber bereits wieder 5.300 Menschen beschäftigt. Abgesehen von der Verwendung von Kapazitäten durch die Besatzungsmächte, ging dieser Industriegruppe, die mit mehr als 90 v. H. ihrer Betriebe im Wiener Becken liegt, durch die Ereignisse im vorigen Frühjahr nahezu die Hälfte der Maschinen verloren, so daß im Durchschnitt die Wiener Firmen zunächst nur mit etwa einem Fünftel ihres Maschinenbestandes des Jahres 1938 arbeiten konnten. Inzwischen vermochte sie ihre Bestände teilweise wieder durch Eigenerzeugung zu ergänzen. Trotzdem sind genug Schwierigkeiten verblieben. Vor allem wirkt der Mangel an Brennstoffen, aber auch an bisher aus dem Ausland bezogenen Bestandteilen sowie an Transportmitteln ungemein hemmend

auf die Erzeugung, so daß das Schwergewicht der Produktion immer noch auf den Reparaturen liegt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß von der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Automobilfabriks-A. G. Gräf & Stift und der Saurerwerke bereits eine Anzahl von Musterwagen fertiggestellt werden konnte, deren serienmäßige Erzeugung aber ohne die Lösung der Beschaffungsfrage nicht möglich ist.

Die *Elektroindustrie* hat sehr rasch nach Beendigung der Kampfhandlungen versucht, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, sah sich aber infolge der umfangreichen Maschinenbeschagnahmen vor nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten gestellt und kommt auch heute noch trotz Wiederinstandsetzung und Ergänzung des Maschinenparks auf dem Wege des Maschinenausgleichs nur sehr langsam voran, weil es hier wie kaum anderswo an Rohstoffen, insbesondere an Metallen und anderen Materialien mangelt. Zudem wirkten sich die Demarkationslinien nachteilig aus, da viele nach den westlichen Bundesländern verlagerte oder dort nicht benötigte Maschinen nicht nach Wien zurückgebracht werden konnten. Dennoch hat die Elektroindustrie in einigen Betrieben über den Rahmen der bloßen Reparaturen hinaus bereits mit einer, wenn auch nur bescheidenen Produktion begonnen. So hat die Radioindustrie, mit Ausnahme der Röhrenerzeugung, schon die Serienherstellung eines Dreiröhrenempfängers aufnehmen können, der vornehmlich für den Export bestimmt ist. Ferner ist es einzelnen Unternehmungen gelungen, aus der Schweiz Lieferzusagen für bestimmte Aggregate zu erhalten, die eingeführt werden können, sobald eine Warenkompensation mit der Schweiz möglich ist. Die Anzahl der in der Elektroindustrie Beschäftigten beträgt gegenwärtig mehr als 13.700 Personen.

In der *Baustoffindustrie* wirkt neben dem schweren Mangel an Brennstoffen insbesondere das Fehlen jeder Transportmöglichkeit sowie der Verlust von rund 40 v. H. des Maschinenparks lähmend. So lagen die sieben großen Ziegelwerke, aber auch die Betriebe der Kalk- und Zementproduktion, bis vor kurzem mehr oder weniger still oder mußten sich mit einem notdürftigen Improvisieren weiterhelfen, so daß die Nachschaffung selbst der wichtigsten Baustoffe für den Wiederaufbau unmöglich schien. Seit einigen Wochen gelingt es, die größeren Betriebe allmählich wieder in Gang zu bringen. Da jedoch auch deren Produktion, selbst zusammen mit den freigegebenen Mengen aus den übrigen Bundesländern, nicht annähernd zur Deckung des großen Wiederaufbaubedarfes in Wien und Niederösterreich

ausreicht, wird man sich bei der Wiederinstandsetzung weitgehend mit dem Altmaterial zerstörter Bauten behelfen müssen.

Verhältnismäßig günstiger ist die Lage in der *Textilindustrie*, die kapazitätsmäßig weitaus weniger als andere Industriezweige durch Bombenschaden und Requisitionen gelitten hat und die im April 1946 in Wien 5.200, in Niederösterreich 8.400 Personen beschäftigte. Die Wiedereingangssetzung ihrer Betriebe war von Anfang an weniger eine Angelegenheit des Wiederaufbaues des Produktionsapparates als der Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe. Was an Produktionsmitteln durch die Kriegsereignisse zerstört oder fortgeschafft worden war, konnte inzwischen behelfsmäßig ersetzt werden.

Die Hauptfrage ist die Rohstoffbeschaffung, ohne deren Lösung selbst die Produktion in den bereits laufenden Betrieben nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Zwar stellten die St.-Pöltner Glanzstoff-Fabrik und die Zellwollfabrik in Lenzing in normalen Zeiten beachtliche Rohstoffquellen dar, ihre derzeitige Erzeugung reicht aber nicht aus, um auch nur den Mindestbedarf zu decken. Außerdem fehlt es an Kohlen, technischen Lederartikeln, Holz, Webutensilien, Nadeln aller Art, Chemikalien und Farbstoffen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die aus dem betreffenden Wirtschaftskreis gemachte Anregung zu verstehen, der Textilindustrie die Möglichkeit direkter Kompensationsgeschäfte oder direkter Kreditabschlüsse mit ausländischen Kunden einzuräumen, um rohstoffbedingte Produktionsstockungen zu verhindern. Einstweilen ist vor allem mit der Schweiz ein *Lohnveredlungsverkehr* besonders in Vorarlberg angelaufen, der sich bewährt und der auch auf die östlichen Gebiete Österreichs ausgedehnt werden soll. Der Lohn wird in Rohstoffen bezahlt, so daß auch Spinnstoffe für die heimische Wirtschaft erzeugt werden können. Besprechungen über ähnliche Verträge mit einer Reihe anderer Länder sind im Gange.

In der *Bekleidungsindustrie* sind die Folgen des Bombenkrieges weitaus stärker zu spüren als in der Textilindustrie. Durch Feindeinwirkungen ging ein großer Teil der Maschinen zugrunde, die in die Steiermark, nach Kärnten und ins Burgenland verlagert worden war. Der Bestand der Betriebe an Rohware ist nahezu vollständig durch Requisitionen, Plünderungen und Brand verlorengelassen. Trotzdem sind die Betriebsmöglichkeiten verhältnismäßig wenig beeinträchtigt, da die Konfektionierung, insbesondere der Geschmackskleidung, nicht fabrikmäßig erfolgt. Sobald das Material für Lohnarbeit verfügbar war, konnte in vielen Be-

trieben die Produktion überraschend schnell wieder aufgenommen werden. Das war jedoch praktisch nur den Besatzungsarmeen zu danken, die lange Zeit hindurch zu den Hauptauftraggebern zählten. Die Beschäftigtenzahl stieg daher auch rasch an und hat heute bereits wieder den Stand von fast 9.000 Personen erreicht.

Stark beeinträchtigt durch den Mangel an Rohstoffen ist die Produktion in der *lederzeugenden Industrie*, der es allenthalben an Häuten fehlt, da infolge der wenigen Schlachtungen der Häuteanfall sehr gering ist. Außerdem verhinderten die erschwerten, zeitweise sogar unmöglich gemachten Salztransporte von Oberösterreich über die Demarkationslinie die Häuteverarbeitung. Überhaupt macht sich der Mangel an Gerbstoffen, vor allem von Chromsalzen und überseeischen Gerbmitteln, immer stärker fühlbar. Dazu kam die Inanspruchnahme mehrerer Betriebe für Aufträge der Roten Armee. Der Beschäftigtenstand hat im April 1946 kaum 700 Personen erreicht.

Dies wirkt natürlich unmittelbar sowohl auf die *lederverarbeitende* als auch auf die *Schuhindustrie* zurück. Mit Unterstützung namentlich der amerikanischen Besatzungsbehörden bemühte man sich aber, einen interzonalen Materialausgleich herbeizuführen, um die Produktion allmählich weiter zu steigern. Die Bestrebungen, Leder über die Demarkationslinie herinzubringen, stießen jedoch auf Schwierigkeiten. Der Ausnützungsgrad liegt daher gegenwärtig noch weit unter der Friedenskapazität. Für den Vollbetrieb wäre nach Schätzungen des zuständigen Verbandes eine Einfuhr an Roh- und Hilfsstoffen in Höhe von nahezu 30 Millionen Schilling erforderlich, die in normalen Zeiten auch ohne weiteres durch die Ausfuhr entsprechender Fertigwaren kompensiert werden könnte. In Wien wurden in den Schuhfabriken 2.000, in der übrigen Lederverarbeitung etwas mehr als 1.300 Beschäftigte gezählt.

In der *Holzindustrie* haben Requisitionen modernster Holzbearbeitungsmaschinen, Verschleppung von Werkzeugen, Beschlagnahme und Plünderung des für Schnitzzwecke bereitgestellten Holzes usw. der Entfaltung der eigenen Initiative engste Grenzen gesetzt. Auch in Zukunft wird aber die Rohstofflage der Holzindustrie nicht mehr die gleiche wie vor dem Kriege sein, nachdem an den österreichischen Waldbeständen während der letzten Jahre geradezu systematisch Raubbau betrieben worden ist. Diese Überschlagerungen und die starke Heranziehung der Waldbestände — im Winter 1945/46 — zu Heizzwecken machen eine 20- bis

30%ige Verminderung der Schlagerungen notwendig, um den österreichischen Waldbestand zu erhalten. Dazu kommt der Mangel an Transportmitteln, der sich bei einem sperrigen Rohstoff wie Holz stark auswirkt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß bisher nur ein Bruchteil der niederösterreichischen Sägewerke ihren Betrieb wieder aufgenommen hat, zumal noch eine Anzahl weiterer Schwierigkeiten, wie die Unsicherheit der örtlichen Verhältnisse, Facharbeitermangel und Nachlassen der Arbeitsleistungen infolge Unterernährung, stark produktionshemmend wirken. Die Statistik weist für die niederösterreichische Sägewerkeindustrie nur 1.600 Beschäftigte aus, doch ist in diesem Industriezweige die Erfassung sehr mangelhaft.

Unter diesen Verhältnissen ist auch mit einer wesentlichen Verbesserung der Lage in der *holzverarbeitenden Industrie* kaum zu rechnen. Hier handelt es sich um die Heranschaffung des in den westlichen und südlichen Bundesländern erzeugten Schnittholzes, ohne das die Steigerung der Produktion, aber auch die Deckung des Holzbedarfes der Bauwirtschaft nicht möglich ist. Von der Behebung all dieser Mängel hängt es jedenfalls auch ab, ob und wann z. B. die Möbelindustrie, die Furnierindustrie, die Kisten- und Faßindustrie usw. ihre Rolle im österreichischen Export wieder einnehmen können. In der Wiener Holzverarbeitung wurden über 3.600 Beschäftigte gezählt, in Niederösterreich nicht ganz 1.000, doch ist in diesen Zahlen das Handwerk nicht mitgerechnet.

Die Hauptschwierigkeit in der *Papierindustrie* ist der große Mangel an Kohle und Holz, auf den es zurückzuführen ist, daß in den sogenannten gemischten Betrieben fast durchwegs nur die Papierindustrie mit einem Teil ihrer Maschinen arbeitet, während die Zellstoffherzeugung wegen ihres höheren Kohle- und Holzverbrauches erst zum geringsten Teil angelaufen ist. Der Mangel an Holz wird sich in Zukunft empfindlich bemerkbar machen, weil zu der infolge der Überschlagerung eingetretenen Holzverknappung noch der hohe Bedarf an Bauholz tritt, der sich namentlich auch auf jene Teile des Holzansfalls erstreckt, die bisher dem Schleifholz und damit der Papierindustrie vorbehalten waren. In Fachkreisen wird die Versorgung der Papierindustrie mit Schleifholz für das Jahr 1946 auf 20 bis 30 v. H. des normalen Verbrauches geschätzt. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Papierausfuhr werden die Überschlagerungen wohl noch eine Zeitlang fortgesetzt werden müssen. Ferner erweist sich eine möglichst starke Umstellung des

Erzeugungsprogramms auf Qualitätsware unerlässlich, wenn die österreichische Industrie mit anderen technisch überlegenen Erzeugungsländern konkurrieren soll. Rotationspapier wird auch weiterhin nach den Nachbarstaaten ausgeführt werden. Da die Kapazität der Industrie keine wesentlichen Einbußen erfahren hat, wird eventuell der eine oder der andere ganz unmoderne Betrieb ausfallen.

Obwohl die Energieversorgung der Papierindustrie gesichert erscheint, da Wasserkraft der Hauptenergieträger ist, wirkt sich der Kohlenmangel auf die Produktion hemmend aus, da Kohle zur Trocknung des Papiers und zum Kochen unbedingt benötigt wird. Nachteilig wirkt sich auch der Mangel an Transportmitteln für die Zufuhr des Schleifholzes aus. Ferner bringt das Fehlen von Riemen, Filzen und Sieben zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich. Daher ist derzeit nur ein Bruchteil der Kapazitäten in Niederösterreich ausgenützt. Der große Papiermangel wird zum Teil durch Lieferungen für die Besatzungsmacht noch erhöht. In Niederösterreich waren im April 1946 rund 3.000 Personen in der Papiererzeugung beschäftigt.

Unter der Kriegseinwirkung und besonders unter den Requisitionen hat auch die *chemische Industrie* gelitten. So wurden aus Moosbierbaum fast bei jedem Luftangriff zu Ende des Krieges schwerste Bombenabwürfe gemeldet, durch die die Werke stark beschädigt worden sind. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde ein Großteil des modernen Maschinenparks abtransportiert. Dennoch konnte die Erzeugung in vielen anderen chemischen Betrieben, wenn auch oft nur behelfsmäßig, wieder aufgenommen werden, obwohl es noch lange dauern wird, bis der Schaden behoben sein wird. Allerdings ist die Produktionsmöglichkeit an die Lieferung von verschiedenen Chemikalien gebunden, die in Wien und Niederösterreich nicht erhältlich sind. Der überwiegende Teil wurde aus Deutschland bezogen. Dennoch ist vieles getan worden, um die Betriebe wieder in Ordnung zu bringen und die Produktion in beschränktem Umfang wieder in Gang zu setzen. In der *Seifenindustrie* z. B. ist der Wiederaufbau schon so weit fortgeschritten, daß bereits wieder mehrere Betriebe produzieren. Auch aus der pharmazeutischen Industrie werden Fortschritte gemeldet. In Liesing hat die Erzeugung von Schwefelsäure begonnen. Insgesamt gesehen, kann von der chemischen Industrie gesagt werden, daß sie, von Ausnahmen abgesehen, heute bereits über das erste Stadium des Wiederaufbaues hinaus ist.

Auch die Erzeugung von *Glas* ist noch ungenügend. Infolge der durch die Kriegsereignisse verursachten Zerstörungen besteht ein äußerst dringlicher Bedarf namentlich an Fensterglas sowie Hohlglas aller Art, dessen Deckung jedoch nicht ohne die laufende Versorgung der Hütten mit Kohle, Glassand und sonstigen Rohstoffen möglich ist. Dabei muß diese Versorgung kontinuierlich sein, da eine Unterbrechung große Gefahren für den Gesamtbetrieb mit sich bringt. Auch war die Auslandsabhängigkeit in den Betriebsmitteln, bei denen es sich insbesondere um deutsche Rohstoffe handelt, sehr groß. Die Kapazität in der *Glasindustrie* selbst aber reicht bei weitem aus, auch den gegenwärtig erhöhten Bedarf zu decken. Es ist daher unwirtschaftlich, wenn z. B. von einzelnen Glasfabriken aus Gründen der günstigen Bedarfslage mangels einer Ziehmaschinenanlage wieder mit der Fensterglaserzeugung mittels Handbetrieb begonnen worden ist. Die Bestrebungen der Fachkreise gehen im Gegenteil dahin, etwa nach Art des früheren Konzessionszwanges den Markt in der Weise zu ordnen, daß durch ein Errichtungs- und Erweiterungsverbot für Glasfabriken auch in der weiteren Zukunft Absatzschwierigkeiten auf Grund eines zu hohen Angebotes von vornherein vermieden werden.

Noch stärker als in allen anderen Industriezweigen wird die Lage in der *Nahrungs- und Genussmittelindustrie* durch den Mangel an Rohstoffen bestimmt. Betriebstechnisch konnten in den letzten Monaten bereits so viele Fortschritte erzielt werden, daß in den wichtigsten Betrieben wieder gearbeitet werden kann. Eine Aufarbeitung der bisherigen Meldungen über die Arbeitsbereitschaft der einzelnen Betriebe hat gezeigt, daß verhältnismäßig wenig Totalschäden, aber desto mehr Teilschäden durch die Kriegsereignisse eingetreten sind. Insbesondere sind durch den Totalverlust der Vonwiller-Getreidemühle 60 v. H. der Gesamtkapazität der Wiener Industriemühlen ausgefallen. Als sehr produktionshemmend werden ferner die Zerstörung, Requisition und Plünderung werkseigener Fahrzeuge sowie aller Roh- und Hilfsstoffe zu Ende des Krieges empfunden, durch die der Einsatz der ~~Nahrungsmittelbetriebe anfangs überhaupt in Frage~~ gestellt war. Lediglich durch eigene Initiative und Improvisationskunst konnten bereits kurze Zeit nach der Besetzung Wiens die Brotfabriken und bald darauf auch andere Betriebe der Nahrungsmittelindustrie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Im April 1946 wies die Nahrungs- und Genussmittelindustrie bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von fast durch-

wegs 48 Stunden rund 9.000 Beschäftigte auf, so daß etwa ein Drittel der Kapazität von 1938 erreicht ist. Gemessen an der Produktion, beträgt der Ausnutzungsgrad etwa 30 bis 40 v. H. Charakteristisch für die Situation in der Ernährungsindustrie ist ihre weitgehende Abhängigkeit von der Rohstoff-einfuhr. Umgekehrt wäre sie aber durch die Erzeugung hochwertiger Exportwaren, insbesondere von Süßwaren, Wurst- und Fleischwaren, Wein und Spirituosen usw. in der Lage, einen beachtenswerten Beitrag zur Devisenbeschaffung zu leisten. Hauptabnehmer für die Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie waren früher hauptsächlich die Nachbarstaaten, einzelne westeuropäische Länder, Amerika und andere Überseegebiete.

Steiermark

Für die Industrie in Steiermark und Kärnten wurde bereits im Vorjahr in enger Zusammenarbeit mit der britischen Militärregierung ein Industrieplan für die Wintermonate aufgestellt. Dieser Plan war auf einer außerordentlich beschränkten Kohlenversorgung aufgebaut und hielt die Mitte zwischen dem Grundsatz, die vorhandenen Brenn- und Rohstoffe dort einzusetzen, wo sie das günstigste Ergebnis bringen mußten, und den sozialen Erfordernissen, in die Gebiete mit dichter industrieller Arbeiterschaft möglichst viel Aufträge zu verlagern. Der Plan ist bei der Durchführung wohl verschiedentlich abgeändert worden, er hat sich aber im großen und ganzen bewährt. Abweichungen ergaben sich auch dadurch, daß die Interessen des eigenen Landes zurückgestellt wurden, wenn es das allgemeine Interesse Österreichs erforderte. So werden monatlich 30.000 Tonnen Kohle für Wien abgegeben; auch die Eisenbahnen und Kärnten wurden mit Kohle versorgt.

Die Kohlenförderung hat sich vom Juli 1945 bis zum März 1946 von 30 v. H. auf 80 v. H. des Standes vor 1938 erhöht. Kleinere Kohlenruben, die seinerzeit wegen Unrentabilität stillgelegt worden waren, wurden wieder in Betrieb genommen. Die steirische Kohlenförderung bildet einen beträchtlichen Teil der gesamten Kohlenförderung Österreichs.

Braunkohlenförderung

	1929	1935	1936	1937	1945	1946 ¹⁾
Monatsdurchschnitt in Tonnen						
Österreich insg.	265.239	240.633	235.558	262.046	172.165	201.421
davon Steiermark	169.582	157.932	157.299	175.150	107.507	130.040
¹⁾ Erstes Halbjahr.						

Im Kohlenbergbau, der für die gesamte steirische Industrie von ausschlaggebender Bedeutung ist, haben sich die Verhältnisse gegenüber Mai 1945 sehr gebessert: damals wurden bei einer Belegschaft von insgesamt 5.045 Personen pro Tag 1.777 Tonnen Kohle gefördert, im Mai 1946 dagegen mit 7.486 Personen 4.984 Tonnen. Mit einem um 50 v. H. größeren Personalstand wurde die durchschnittliche Tagesleistung verdreifacht¹⁾.

Der größte heimische Kohlenproduzent ist die Österreichische Alpine Montangesellschaft. Die volle Produktionskapazität ist 6.000 Tonnen täglich, die bis zum Jahresende wieder erreicht werden soll. 15 v. H. der geförderten Kohle werden in den eigenen Hütten verwendet.

Die Stromerzeugung in der steirischen *Elektrizitätswirtschaft* belief sich auf

22.6	Millionen kWh	im Mai 1945,
32.1	"	" " August 1945,
51.6	"	" " Oktober 1945,
33.6	"	" " Februar 1946,
45.6	"	" " April 1946.

Nach Wien wurden im Mai 1945 0.7 Millionen kWh, im April 1946 16.8 Millionen kWh abgegeben.

Die Förderung von *Eisenerz* entwickelte sich zu Beginn des Jahres 1946 günstig und betrug im Monat April 2.000 Tonnen täglich, womit allerdings erst rund ein Drittel der möglichen Höchstproduktion (5.500 Tonnen täglich) erreicht wurde. In der Produktionsleistung im Monat Mai (27.000 Tonnen) wirkte sich die Kürzung der Lebensmittelrationen bereits empfindlich aus. Die abgebauten Mengen kommen in erster Linie für Kompensationsgeschäfte mit dem Ausland (Tschechoslowakei) in Frage. In Donawitz wird am 10. August 1946 ein Hochofen angeblasen, da nunmehr die Versorgung mit Koks gesichert ist.

Für die Arbeiten der Österreichischen Alpine Montangesellschaft war es wesentlich, daß am 4. März 1946 die alte Blockstrecke in Donawitz wieder in Betrieb genommen werden konnte. Im Zuge der russischen Besetzung wurde die neue Blockstrecke abmontiert, so daß die seit langem unbenutzte alte Blockstrecke neu aufgebaut werden mußte. Dadurch ist es wieder möglich, Schienen und Weichen, schwere Träger und Konstruktionseisen für Brückenbauten usw. herzustellen. Das Erreichen der alten Kapazität der Anlage in Dona-

¹⁾ Die Förderung von Braunkohle erreichte im Dezember 1945 125.643 Tonnen, Jänner 1946 147.458 Tonnen, Februar 142.007 Tonnen, März 146.293 Tonnen, April 126.908 Tonnen, Mai 115.558 Tonnen, Juni 102.013 Tonnen.

witz ist eine Voraussetzung dafür, daß die übrigen Werke der Alpine Montangesellschaft das angestrebte Erzeugungsprogramm ausführen können, wozu freilich auch noch genügend Kohle, Koks und menschliche Arbeitskraft notwendig sind.

Die Rohstahlerzeugung stieg bis zur neuerlichen Verschärfung der Ernährungslage ständig an, im Mai 1946 zeigt sich jedoch ein Rückschlag um 50 v. H. auf rund 6.000 Tonnen.

Rohstahlerzeugung in Tonnen

	Jänner 1946	April 1946
Siemens-Martinstahl	3.002	8.253
Elektrostahl	1.082	2.337
Walzprodukte	2.466	6.524
Bleche	593	1.119
Stahlguß	—	246

Im Juni 1946 wurde das alte Blechwalzwerk der Böhlerwerke in Kapfenberg, das nach dem ersten Weltkrieg erbaut worden war, wieder in Betrieb genommen, um den dringendsten Bedarf an Blechen für den Wiederaufbau sowie den Bedarf an Edeltahlblechen zu decken. Die Erzeugung von Blechen ist allerdings jetzt mit relativ hohen Kosten belastet, da die während des Krieges errichteten weit aus leistungsfähigeren modernen Blechwalzwerke nach Kriegsende abtransportiert wurden.

Die verschiedenen Zweige der Eisen- und Metallwarenindustrie nützen im Durchschnitt kaum die halbe Erzeugungskapazität aus. So ist die Elektroindustrie etwa nur 10 v. H., die Emailgeschirrerzeugung mit etwa 25 v. H., der Eisenkonstruktionsbau mit 40 v. H. beschäftigt. Die Gießereibetriebe sind gering beschäftigt. Die Erzeugung an Gußeisen betrug im Jänner 1946 117,4 Tonnen, im Mai 1946 kann sie auf 235 Tonnen geschätzt werden.

Eisenverarbeitende Industrie (Erzeugung in Tonnen)

	Jänner 1946	April 1946
Draht, Drahtwaren und Schrauben	590	1.094
Stahl- und Eisenbau	209	230
Maschinenbau	95	242
Sensen- und Hammerwerke	185	89
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	41	91

Von Jänner bis April konnte die eisen- und metallverarbeitende Industrie die Erzeugung zum Teil stark erhöhen. In dieser Industrie, die im Krieg zum Teil schwer geschädigt worden ist (sowohl durch Fliegerangriffe als auch durch Beschlagnahme von Maschinen), schreiten die Wiederauf-

bauarbeiten rasch voran, wie auch aus der Entwicklung der Lohngruppen (Angaben eines Großbetriebes) hervorgeht:

Lohnstruktur eines Großbetriebes

	Juli 1945	Dez. 1945	April 1946
	in v. H. der Lohnsumme		
Produktivlöhne	10,8	43	48
Aufräumungslöhne	74,5	31	28
Regielöhne	14,7	26	24

Eine neue Anlage für die *Raffination von Kupfer* ist im Mai in Diemlach in Betrieb genommen worden (Leistungsfähigkeit etwa 3.000 Tonnen Kupfer im Jahr). Bis vor kurzem verfügte Österreich über keine eigene Kupferproduktion und die Versorgung, besonders der Elektroindustrie, war nur durch die Umarbeitung von Altkupfer und sonstiger im Inland vorhandener Kupferbestände möglich. Durch die Wiederaufnahme des Kupferbergbaues in Mitterberg (Salzburg) ist in der Kupferversorgung eine Erleichterung eingetreten.

Die Erzeugung von *Fahrrädern* sowie von Fahrradbestandteilen macht Fortschritte, aber die volle Kapazität wird nicht ausgenützt; der Arbeiterstand beläuft sich auf 80 v. H. der für die Vollproduktion notwendigen Zahl. Über 5.500 Fahrräder verlassen monatlich die Betriebe; die Erzeugung soll noch im Laufe des Jahres auf 10.000 Fahrräder monatlich gesteigert werden¹⁾. Der größte Betrieb hat schwere Kriegsschäden erlitten, auch die Umstellung von der Kriegsproduktion auf die Friedensarbeit verursachte hohe Kosten. Bereits im September 1945 wurden in 6.500 produktiven Arbeitsstunden 765 Fahrräder und die verschiedensten Ersatzteile erzeugt, sowie Autoreparaturen ausgeführt. Im April 1946 wurden in 86.000 produktiven Arbeitsstunden 5.000 Fahrräder, 24 Stück Motorräder, 9.200 Stück Freilaufnaben, 6.200 Stück Fahrradketten, 1.390 Paar Schlittschuhe, ferner Ersatzteile erzeugt und Autoreparaturen ausgeführt. Die Herstellung eines Motorrades von 125 cm³ hat begonnen, eine Type von 250 cm³ ist in Vorbereitung.

Die *Waggonbauindustrie* ist zum Teil schwer bombengeschädigt. Die Produktion steigt, aber erst in zwei bis drei Jahren wird wieder mit der Höchstproduktion (150 bis 200 neue Waggons im Monat)

¹⁾ Die in den Puchwerken in Graz in den Monaten Mai und Juni erzeugten Fahrräder wurden nach folgendem Schlüssel aufgeteilt: Wien 2.000, Niederösterreich 2.500, Steiermark 1.500, Oberösterreich 1.000, Kärnten und Burgenland je 500, Tirol 400, Salzburg 350, Vorarlberg 250.

gerechnet. Derzeit werden nur schwerbeschädigte offene und gedeckte Güterwagen sowie Spezialwagen repariert. Die Reparaturanlagen für Eisenbahnwaggons der Alpine Montangesellschaft sind voll ausgenützt, ebenso die Hauptwerkstätten der Staatseisenbahnen in Knittelfeld.

In der *Sensenindustrie* ist der größte Betrieb (Styria, Judenburg) nur zu 50 v. H. ausgenützt, während die mittleren und kleineren Betriebe eine Kapazitätsausnützung bis zu 90 v. H. aufweisen. Seit einiger Zeit werden Sensen auch wieder exportiert.

Die Urproduktion von *Magnesit* ist angelaufen und soll im Herbst bereits die normale Leistungshöhe erreichen. Die Vorräte an Rohmagnesit sind in allen Werken groß. Magnesit bleibt in erster Linie ein Ausfuhrgut, obwohl der österreichische Magnesit nicht mehr seine vor dem ersten Weltkrieg innegehabte Monopolstellung besitzt. Die Magnesitwerke (Hütten, Mühlen und Steinfabrikation) nützten im Monat Mai ihre Betriebsanlagen etwa zu einem Drittel aus. Neben Rohmagnesit spielen hochfeuerfeste Magnesitprodukte in den gegenwärtigen Kompensationsverträgen eine größere Rolle. Im Mai 1945 wurden von 1.176 Beschäftigten insgesamt 1.285 Tonnen, im Mai 1946 mit 1.289 Beschäftigten insgesamt 7.180 Tonnen Magnesit erzeugt.

Die *Kalk- und Schotterwerke* sind mit halber Kapazität beschäftigt, ebenso die *Talkumwerke*. Die Talkumgewinnung, die im Mai 1945 noch ruhte, belief sich im Mai 1946 auf 1.600 Tonnen (265 Beschäftigte). Im Mai 1945 war kein einziges der zahlreichen steirischen *Ziegelwerke* in Betrieb, im Juni 1945 nahmen zwei den Betrieb auf. Heute ist eine größere Reihe von Werken in Betrieb, die im Mai 1946 1.03 Millionen Stück Dachziegel und 0.80 Millionen Stück Mauerziegel erzeugten. Mangel an Kohle und an Arbeitskräften hemmen die Produktion. In der Herstellung von *Bleistiften* sind die Anlagen zu einem Drittel ausgenützt.

Nach *Onyx*, der in Maria-Puch bei Judenburg gewonnen wird, besteht lebhaftere Nachfrage.

Die *Keramik- und Porzellanindustrie* hat Schwierigkeiten bei der Beschaffung aller Rohstoffe und Betriebsmittel; sie ist zu einem Drittel ausgenützt. Der Betrieb in Frauental steigerte seine Erzeugung von 25 Tonnen im Monat Mai 1945 auf 55 Tonnen im Monat Mai 1946.

Die *Glasindustrie* arbeitet nur mit einem geringen Teil ihrer Kapazität. Zum Teil hat sie in Graz schweren Bombenschaden erlitten. Die Fabriken in

Voitsberg und Oberdorf erzeugten im Oktober 1945 90 Tonnen, im Mai 1946 200 Tonnen, was einer Ausnützung von 50 v. H. der Kapazität entspricht. Die Fabrik in Köflach lag im Vorjahr zeitweilig still. Die Erzeugung im heurigen Jahre bewegte sich steil nach aufwärts: Jänner 31 Tonnen, Februar 108 Tonnen, März 158 Tonnen, April 168 Tonnen, Mai 190 Tonnen.

Die *Papierindustrie* arbeitet nach einem Produktionsplan, der gekürzt wurde, als die Kohlenzuteilung zu Beginn des Jahres 1946 von bisher monatlich rund 3.500 auf rund 2.100 Tonnen herabgesetzt wurde (wegen Wassermangel mußten die kalorischen Elektrizitätswerke mit mehr Kohle versorgt werden). In zwei Betrieben wird Futterzellose (als Viehfutter) hergestellt. Im Monat März wurden davon 300 Tonnen erzeugt. Die Kapazität der papiererzeugenden Betriebe ist noch nicht zur Hälfte ausgenützt; die gesamte Erzeugung an Papier und Pappe erreichte im April rund 4.000 Tonnen. In der Papierverarbeitung (Schreib- und Zeichenhefte, sonstige Papierwaren und Kartonagen, Papiersäcke, Dachpappe) sind die Betriebsanlagen zu etwa drei Viertel ausgenützt.

Innerhalb der chemischen Industrie haben die *Sauerstoffwerke* die volle Friedensproduktion erreicht. Die Werke sind von Kriegseinwirkungen verschont geblieben. Die Betriebe der *Seifenherzeugung* sind gut beschäftigt, die Herstellung von *Lacken und Farben* ist durch den Mangel an Rohstoffen schwer gehemmt (Kapazitätsausnützung etwa 30 v. H.).

Die *Zündhölzchenindustrie* hat schon im August 1945 die Erzeugung wieder aufgenommen, die Kapazität wird fast zur Hälfte ausgenützt (350.000 Schachteln je Tag), die volle Ausnützung ist aus Mangel an Chemikalien nicht möglich. Ihre Erzeugung war immer stark exportorientiert. Selbst während des Krieges wurden monatlich 10 bis 15 Waggon Zündhölzchen nach Griechenland, Holland, Dänemark, Lettland, Frankreich usw. ausgeführt.

In der *Schuh- und Lederindustrie* leiden die *Lederfabriken* schwer unter Rohstoffmangel (Kohle, Häute, Gerbstoffe und Chemikalien), die *Schuhfabriken* nutzen im Durchschnitt etwa die halbe Kapazität (im April 1946 32.000 Paar Schuhe gegen 21.500 Paar im Dezember 1945), die Schuherzeugung steigt. Eine der größten Fabriken, die schwer bombardiert worden war, nahm im Februar mit 200 Beschäftigten den Betrieb wieder auf und konnte ihren Arbeiterstand im März bereits auf 350 erhöhen.

Die verschiedenen Zweige der *Textil- und Bekleidungsindustrie* weisen für die zugehörigen Be-

triebe stark schwankende Kapazitätsausnützung auf, doch liegt sie bei einzelnen Betrieben aller Zweige oft noch weit unter 50 v. H.

Für die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Steiermark war auch die Lockerung der wirtschaftlichen Demarkationslinien durch die britische Militärregierung im Mai 1946 maßgebend. Die Landesregierung hat daraufhin begonnen, steirische Güter an die übrigen Bundesländer kompensationslos abzugeben, und zwar wurden ansehnliche Mengen von Eisen und Stahl, von Glas, Graphit, Talk, Magnesit und Papiersäcken freigegeben.

Eine gewisse Stockung der Produktion trat im Zusammenhang mit der schlechten Lebensmittelversorgung ein (ab 1. April eine Tagesmenge von 25 Gramm Brot). Eine Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden konnte aber vermieden werden.

Über das Ausmaß der Beschäftigung in Bergbau und Industrie unterrichtet Übersicht 52, die das Ergebnis einer Erhebung der Grazer Handelskammer ist und für März 1946 Arbeiterstand, Ausnützung der Kapazität und Arbeitszeit einer Reihe von Industriezweigen enthält.

Bergbau und Industrie Steiermarks im März 1946¹⁾
[Übersicht 52]

Industriezweig	Zahl der Arbeiter im März 1946 in v. H. des vollen Standes ²⁾	Ausnützung der Kapazität ³⁾ in v. H.			Arbeitsstunden im März 1946 ⁴⁾
		von	bis	Ø ⁵⁾	
Eisenerzbergbau	53·19	—	—	36	177·8
Schwerindustrie	65·39	5	70	26	189·7
Maschinenindustrie	48·62	12	60	31	136·9
Fahrzeugindustrie	56·65	14	90	38	171·0
Stahl- u. Eisenbau	55·00	20	42	41	180·0
Gießereien	46·72	15	65	27	195·2
Elektroindustrie	25·20	10	35	12	181·0
Übrige Eisen- und Metallwarend.	58·93	20	86	46	187·1
Magnesitindustrie	58·67	0	38	33	158·0
Kalk-, Schotter- und Zementind.	75·80	50	56	53	170·7
Talkum- und Glimmerwerke	59·18	23	55	47	202·6
Bleistiftzerzeugung	30·67	—	—	35	165·2
Keramische Ind.	43·18	30	32	31·8	188·0
Glasindustrie	45·13	15	18	16	174·2
Lack- u. Farbenind.	65·00	—	—	41	186·0
Seifen- u. Waschmittelerzeugung	58·90	15	100	64	192·2
Chemische Ind.	64·70	10	55	37	186·3
Papier, Zellulose, Holzschliff- und Pappenindustrie	73·53	9	80	38	172·6
Papier- u. Pappenverarbeitung	60·78	40	86·5	62	180·7
Lederindustrie	55·35	6	50	48	202·1
Schuhfabriken	66·17	30	80	59	163·8
Treibriemenerzeug.	70·00	—	—	66	150·1
Textilindustrie	53·21	1	100	45	188·9
Bekleidungsind.	34·45	9	70	35	165·3
Insgesamt	57·33	0	100	34	179·8

¹⁾ Erhebung der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen in Graz bei Industriefirmen, die auf Grund einer Besprechung mit dem Industry Branch der britischen Militärregierung zur Vorlage verpflichtet waren.

²⁾ Die zur Erzielung der Höchstproduktion erforderliche Arbeiterzahl (unter normalen Produktionsbedingungen) wird als „voller Stand“ (= 100 v. H.) bezeichnet.

³⁾ Der Höchstproduktion entspricht die Kapazität von 100 v. H. (Siehe vorhergehende Anmerkung.)

⁴⁾ Bei der Berechnung des Durchschnittes wurde jeder Betrieb mit der Zahl der im Monat März 1946 beschäftigten Arbeiter „gewogen“.

⁵⁾ Im Monatsdurchschnitt für einen Arbeiter.

Die Ausnützung der Kapazität schwankt für die einzelnen Betriebe in jeder Industrie meist sehr stark. In der Magnesitindustrie z. B. ruhte ein Betrieb noch ganz, weil er vorerst seine großen Lagerbestände im Kompensationsgeschäft verwertete.

Mißt man die Beschäftigung im März 1946 — bzw. die Zahl der im März 1946 beschäftigten Arbeiter — in Prozent des zur Ausnützung der vollen Kapazität bei normalen Produktionsverhältnissen erforderlichen Arbeiterstandes, so ergibt sich eine ganz andere Reihenfolge der Industrien. Viele Betriebe suchen sich ihren Stock bewährter und geschulter Arbeitskräfte im Hinblick auf die zu erwartende Vollbeschäftigung auf jeden Fall zu erhalten. Verschiedentlich ist eine Anzahl von Arbeitern noch immer mit Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten beschäftigt. Oft hat eine Ausweitung der Erzeugung nicht auch eine gleichzeitige Mehrbeschäftigung zur Folge gehabt (Kostendegression). Schließlich wird hier unter „Vollbeschäftigung“ die Arbeiterzahl angenommen, die unter normalen Produktionsverhältnissen notwendig ist. Heute, wo verschiedene Mängel bestehen, ist die Arbeiterzahl wahrscheinlich in den meisten Fällen höher, nicht zuletzt wegen der schlechten Ernährung. Dazu kommt, daß in einigen Industrien Arbeiten verrichtet werden, die außerhalb der normalen Aufgaben des Betriebes liegen, z. B. werden in einigen Betrieben der Schwerindustrie, die in normalen Zeiten Hütten- und Walzwerkerzeugnisse herstellen, Werkzeuge erzeugt oder Eisenbahnwaggons repariert.

Die hier angeführten Gründe bewirken in der Mehrzahl, daß der Beschäftigtenstand relativ höher ist als die Ausnützung der Kapazität. Die Produktionsbedingungen sind dem Normalzustand um so näher, je geringer der Unterschied zwischen beiden ist.

Kärnten

Kärnten empfindet die Demarkationslinien — die praktisch ja doch noch nicht völlig überwunden sind — als besonders lähmend für seine Wirtschaft, da zu den Schwierigkeiten der Vierzoneneinteilung Österreichs noch die der Sperrzonen südlich der Drau und südlich der Gail hinzukommen.

Am besten dürfte die Lage im Gewerbe, vor allem in der *Bauwirtschaft* sein. Die Behebung der Bauschäden ist hier weiter fortgeschritten als in anderen Bundesländern, so z. B. in Villach, wo die englischen Besatzungstruppen wertvolle Hilfe, vor allem durch Beistellung von Maschinen, leisteten. Der Mangel an Facharbeitern, Maschinen und Material ist groß.

In *Industrie und Bergbau* erreicht die Zahl der Beschäftigten etwa 80 v. H. des Vorkriegsstandes, die Ausnützung der Kapazität hingegen bleibt zurück, da der Mangel an Kohle und Rohstoffen sowie der Rückgang der Arbeitsleistung (infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse) die Produktion hemmen. Es fehlt aber auch an Arbeitskräften, weshalb 600 Ziegelerbeiter aus Oberitalien für Kärnten (und Steiermark) gewonnen werden sollen.

Im Vergleich zum Jahre 1929 beträgt der Produktionsrückgang bei den einzelnen Industrien:

Kohlenbergbau . . . 70 v. H.	Holzindustrie . . . 60 v. H.
übriger Bergbau . 80 v. H.	Papier-, Zellulose-,
Industrie in Steinen	Holzschliff- u.
und Erden . . . 70 v. H.	Pappeindustrie . 60 v. H.
Eisen und Metall-	Lederindustrie . . 70 v. H.
industrie 30 v. H.	Textilindustrie . . 50 v. H.
Chemische Indu-	Nahrungs- u. Ge-
strie 85 v. H.	nußmittelindustrie 70 v. H.

Der *Kohlenbergbau*, der im Jahre 1937 13.617 Tonnen Braunkohle im Monat förderte (1936: 12.808, 1935: 12.990, 1929: 12.942, 1919: 3.287, 1913: 7.396), hat seine volle Leistungsfähigkeit erreicht¹⁾. Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die Ausbeutung der Kohlenvorkommen weiter zu steigern. So wurde die Braunkohlenförderung im Lavanttal wieder in Gang gesetzt. Die Anlieferung von Kohle aus der Steiermark ist geringer, als zuerst zugestanden worden war.

Am Hüttenberger Erzberg wird *Eisenerz* gefördert, das für den Kompensationsverkehr mit der Tschechoslowakei verwendet wird. Im Zusammenhang mit dem *Bleibergbau* ist zu erwähnen, daß die Erzeugung von *Molybdän* wieder aufgenommen worden ist. Molybdän ist für die Herstellung hochwertiger Edelmetalle unentbehrlich. Die jährliche Produktion von 18 Tonnen ist etwas mehr, als die österreichische Stahlindustrie benötigt. Im *Magnesitbergbau* hängt die volle Beschäftigung nur von der Kohlenversorgung ab. In Radenthein werden Sintermagnesit für Schmelzherde, Magnesitsteine sowie kaustischer Magnesit für Heraklitplatten erzeugt.

Die *Eisen- und Stahlindustrie* hat nur geringe Kriegsschäden erlitten. Bald nach Kriegsende waren die Betriebe wieder in Gang; die Vorräte an Rohstoffen waren ausreichend. Es wurden sofort wieder Draht und Nägel, Baueisen und Werkzeuge erzeugt.

¹⁾ Die Förderung betrug im Dezember 1945 11.683 Tonnen, Jänner 1946 13.312 Tonnen, Februar 13.380 Tonnen, März 15.298 Tonnen, April 13.474 Tonnen, Mai 12.410 Tonnen, Juni 10.299 Tonnen. Der Monatsdurchschnitt 1945 belief sich auf 10.917 Tonnen, 1946 (erstes Halbjahr) 13.029 Tonnen.

Die volle Ausnützung der Kapazität hängt von der Versorgung mit Rohmaterialien ab, die aus dem Hüttenwerk Donawitz kommen. Die drei Betriebe der Kärntner *Maschinenfabriken* sind im Krieg beschädigt worden: Das Werk in Klagenfurt wurde zerstört, die Werke in Villach und Seebach schwer getroffen, aber in Villach und Seebach wurde bald wieder produziert, nur fehlt es an Roheisen und Walzeisen sowie an gelernten Arbeitern. In Seebach werden landwirtschaftliche Maschinen — Pflüge (7.000 bis 8.000 Stück im Jahr), Eggen, Kultivatoren — hergestellt, in Villach Maschinen für Holzverarbeitung, Dachziegelerzeugung, ferner Werkzeuge und Masten, Gerüste, Brückenteile. Die *Gießerei* in Villach ist gut beschäftigt. Das *Kettenwerk* in Brückl hat im Herbst 1945 die Produktion wieder aufgenommen. Nach Überwindung großer Beschaffungs- und Transportschwierigkeiten arbeitet das Werk heute mit fast 75 v. H. der normalen Friedenserzeugung.

Die *chemische Industrie* ist durch Kohlen- und Rohstoffmangel besonders behindert. In Treibach werden zwar Feuersteine erzeugt, aber die Werke liegen zum Teil still, denn sie waren auf den Bezug weitgehend vorgearbeiteter Stoffe aus dem Reich angewiesen. In der Herstellung von Rohstoffen für die Arzneimittelerzeugung sind bereits bemerkenswerte Anfangserfolge erzielt worden. In Weissenstein sind Anlagen vorhanden, welche die Erzeugung von Wasserstoffsperoxyd und anderen Präparaten in Mengen erlauben, die über den heimischen Bedarf hinausgehen. Mangel an Kohle und Absatzschwierigkeiten hemmen die Produktion. In Brückl können Chlor und Chlorverbindungen, Ätznatron, Salzsäure, Schwefelnatrium und Leim hergestellt werden. Da nicht genügend Natriumchlorid zur Verfügung steht, geht lediglich die Produktion von Leim ungestört vor sich. In Klagenfurt kann aus Melasse Sprit erzeugt werden, doch werden derzeit nur Reste von Sulfitspirit aufgearbeitet. In Seeboden soll eine Anlage errichtet werden, um aus selbst hergestellter Holzkohle Schwefelkohlenstoff zu gewinnen.

Die *Holzindustrie* bekommt die Folgen des Raubbaues zu spüren, der im letzten Jahrzehnt in den Wäldern Kärntens betrieben worden ist. Die Schonung der Wälder ist unbedingt notwendig und so liegen viele Sägewerke still. Die Kärntner Sägewerke haben eine Kapazität von insgesamt 1,5 Millionen Festmeter, heuer sollen aber nur 500.000 Festmeter verschnitten werden, da die Forstwirtschaft im Winter 1945/46 besondere Opfer dafür gebracht hat, daß die Bevölkerung mit genügend Brennholz ver-

sorgt werden konnte. Die Holzverarbeitende Industrie verbrauchte im Jahre 1945 etwa 140.000 Festmeter Schnittmaterial. Sie ist in allen Zweigen beschäftigt; hergestellt werden Einrichtungsgegenstände, Möbel, Küchengeräte. Die Hersteller von Baracken und die Möbelindustrie hatten englische Aufträge auszuführen. Die Barackenaufträge waren bis Ende 1945 erfüllt, die Möbelaufträge geben noch immer Beschäftigung. Zur Durchführung des umfangreichen Programms für die Ausstattung britischer Wohnungen wurde eine Arbeitsgemeinschaft, größtenteils Betriebe Oberkärntens, gebildet; diese Zusammenarbeit von Industrie und Gewerbe hat sich in jeder Beziehung sehr bewährt. Zum Großteil auf Abfallverwertung beruht die Herstellung von Spielwaren und von Holzfaserdamplplatten. Die Spielwarenindustrie profitiert durch den Ausfall der deutschen Lieferungen, auch die Erzeugung von Holzfaserdamplplatten hat die besten Aussichten.

Für die *Zellstoff- und Papierindustrie* ist die Herstellung von Natronzellulose, von Futterzellulose und von Edzellstoff für die Erzeugung von Zigarettenpapier bedeutungsvoll. In den Jahren vor 1938 gingen 60 v. H. der Produktion der drei Zellstofffabriken, der drei Papierfabriken und einer Reihe von Pappenfabriken ins Ausland.

Die *Lederindustrie* ist mit Häuten ziemlich gut versorgt, doch mangelt es an Hilfsstoffen für die Verarbeitung, so daß wohl Oberleder ausreichend erzeugt wird, nicht aber Unterleder. Mit ausländischem Material wird für die Besatzungsmacht gearbeitet. Die *Textilindustrie* (Tuchfabriken) ist gut beschäftigt, jedoch macht sich starker Materialmangel bemerkbar, so daß die vorhandenen Kapazitäten nur zur Hälfte ausgenutzt werden. Die Loden- und Schafwollwarenfabrikation macht gute Fortschritte, doch bildet die Einfuhr ausländischer Wolle eine Voraussetzung dafür, daß die alte Produktionshöhe erreicht werden kann, weil das Wollaufkommen der Kärntner Schafzucht allein nicht genügt.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* arbeitet im heute möglichen Umfang, die Bierbrauerei hat ihre Kriegsschäden behoben.

Im *Fremdenverkehr* hat der Krieg schwere Verluste gebracht. Derzeit ist der größte Teil der großen Hotels und Pensionen durch die Besatzungstruppen belegt. Den kleineren Betrieben fehlt es vielfach an Ausstattung — Möbel, Bettzeug und Leinen, Porzellan und Glas, Eßbestecke usw. —, doch werden sie am ehesten dem Fremdenverkehr wieder zur Verfügung stehen.

Oberösterreich

Vor dem Jahre 1938 entfiel etwa ein Achtel der industriellen Kapazität Österreichs auf Oberösterreich. Heute ist dieser Anteil höher, einerseits weil in der Kriegszeit Betriebe verlagert wurden — aus Deutschland, aus Wien und Niederösterreich sowie aus dem Südosten —, andererseits weil sich die Industriekapazität in Wien und Niederösterreich infolge der Kriegsschäden verringert hat. Diese verstärkte Industrialisierung wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: Im Jahre 1937 zählte man in Oberösterreich 500 bis 600 Industriebetriebe, heute dagegen sind es 1.100. Viele von ihnen sind neu gegründet worden. Im Kriege wurden etwa 100 Betriebe nach Oberösterreich verlagert. Im April 1946 wurden — nach den vorläufigen Ergebnissen einer Erhebung — 564 industrielle Betriebe (hauptsächlich Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) gezählt. Zum gleichen Zeitpunkt waren 44.000 Industriearbeiter beschäftigt, das sind um rund 40 v. H. mehr als im Jahre 1937. Bei Vollbeschäftigung in den vorhandenen Industrieanlagen könnten noch weitere 14.000 Arbeiter eingestellt werden.

Die Industrie hat in Oberösterreich durch den Krieg wenig Schaden erlitten. Die Rohstoffversorgung war nach Kriegsende gut, erst im März 1946 hat sich ein Mangel an Rohmaterialien stärker geltend gemacht, als sich die Lager immer mehr erschöpften.

Obwohl sich die Förderung im *Braunkohlenbergbau* gut entwickelt hat¹⁾, bekommt auch Oberösterreich den Kohlenmangel sehr zu verspüren. In den Jahren 1935 bis 1937 wurde der oberösterreichische Bedarf an mineralischen Brennstoffen zu 86 v. H. aus dem Inland und zu 14 v. H. aus dem Ausland gedeckt. Die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerke förderten im Mai 1945 nur 20.091 Tonnen, im August 1945 bereits wieder 40.000 Tonnen und im März 1946 57.704 Tonnen — im Vergleich zu einer durchschnittlichen Förderung von 50.000 Tonnen im Monat in den letzten Jahren vor 1938. Dieses Braunkohlenbergwerk wurde im Mai 1945 von den US-Besatzungstreitkräften übernommen, aber nach einem Jahr wieder der österreichischen Regierung übergeben.

Der Bedarf an Industriekohle, die zum Großteil aus dem Ausland eingeführt werden muß, ist nicht einmal zu zwei Drittel gedeckt. Die Erzeugung von Koks in der Linzer Kokerei scheiterte bisher an

¹⁾ Es wurden gefördert: Dezember 1945 46.074, Jänner 1946 55.022, Februar 52.015, März 57.955, April 51.650, Mai, 51.471, Juni 45.462 t. Monatsdurchschnitt 1937: 49.789, 1945: 49.346, 1946 (erstes Halbjahr): 52.263 t.

Kohlenbedarf und Kohlenversorgung Oberösterreichs
(Juni 1946) *[Übersicht 53]*

Wirtschaftsgruppe	Steinkohle		Koks		Braunkohle	
	Bedarf	Zuteilung	Bedarf	Zuteilung	Bedarf	Zuteilung
	in Tonnen					
Öffentliche Versorgungsbetriebe	38.080	30.930	—	—	15.000	4.000
Landwirtschaft, Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	2.617	2.345	140	—	6.765	1.795
Chemische Industrie	2.885	1.025	760	700	13.080	3.865
Textil-, Zellstoff- und Papierindustrie	1.400	415	—	—	7.980	3.697
Bergbau, Eisen- u. Metallindustrie, Industrie in Steinen und Erden	1.730	1.250	1.820	95	8.960	5.755
Maschinenindustrie	580	220	555	—	7.475	5.455
Spitfäher, Haushalte, Gewerbe	6.120	3.265	1.120	1.205	24.600	5.433
Zusammen	53.412	39.450	4.395	2.000	83.860	30.000

dem Mangel an Kokskohle, die nur unregelmäßig und in ungenügender Menge aus dem Ausland eintrifft¹⁾. Damit im Zusammenhang steht auch die Erzeugung von Kunstdünger. Die Kokerei würde nämlich die Linzer Stickstoffwerke mit Gas versorgen, wodurch die Produktion von Stickstoff und Kalkammonsalpeter (Kunstdünger mit 20,5 v. H. Reinstickstoff und 40 v. H. kohlensaurem Kalk) aufgenommen werden könnte. Die Stickstoffwerke haben eine Kapazität von 60.000 Tonnen Stickstoff im Jahr, die österreichische Landwirtschaft benötigt davon 30.000 bis 40.000 Tonnen.

Ende Juni 1946 wurde ein Übereinkommen über die Eisen- und Stahlerzeugung in Oberösterreich und Steiermark erzielt und damit das Erzeugungsprogramm der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke in Linz und der Österreichischen Alpine Montangesellschaft festgelegt. Die österreichische Roheisen- und Stahlproduktion soll 5.500 Tonnen im Tag betragen (1,75 Millionen Tonnen im Jahr, und zwar 0,9 Millionen Tonnen Rohstahl), es sollen zwei Hochöfen in Donawitz und ein Hochofen in Linz angeblasen werden²⁾. Dadurch könnte auch die Stickstofferzeugung der Linzer Stickstoffwerke bedeutend vergrößert werden³⁾. Zahlenmäßig liegt das Verhältnis so, daß bei einer Verkokung von 30.000 Tonnen Kohle im Monat 1.500 Tonnen reiner Stickstoff erzeugt werden. Der Betrieb eines einzigen Hochofens jedoch würde die Erzeugung von 1.500 auf 2.500 Tonnen im Monat steigern.

Eine Wiederaufnahme der Produktion war bisher in der oberösterreichischen Aluminiumindustrie

¹⁾ Inzwischen wurde der Betrieb am 4. Juli 1946 aufgenommen.

²⁾ In Donawitz wird der erste Hochofen am 10. August 1946 angeblasen.

³⁾ Die Stickstofferzeugung wurde am 4. Juli 1946 aufgenommen.

noch nicht möglich. Von Bedeutung für die Zukunft kann die Fabrik in Ranshofen werden, die für eine Monatskapazität von 5.000 Tonnen Aluminium gebaut wurde. Anlage und Ausrüstung des Werkes sind im wesentlichen unbeschädigt erhalten, doch war die Erzeugung von Aluminium durch die Militärregierung vorerst verboten⁴⁾. Für die Wiederaufnahme der Erzeugung ist die Versorgung mit Tonerde aus dem Ausland entscheidend. In den Anlagen der Ranshofener Fabrik sind derzeit Werkstätten zur Reparatur von Eisenbahn-, Güter- und Personenwagen untergebracht.

Die mangelhafte Versorgung mit Rohmaterialien und Hilfsstoffen beeinträchtigte auch noch andere Wirtschaftszweige in ihrer Produktion. So mußte Anfang März die *Lenzinger Zellwollefabrik* (1.500 Arbeiter und 1.300 Angestellte) vorübergehend stillgelegt werden, weil die für die Produktion benötigten Chemikalien nicht vorhanden waren. Die Wiederaufnahme der Erzeugung von Zellwolle war ursprünglich für den 1. Juni 1946 vorgesehen; die Papiererzeugung lief schon zwei Monate vorher an. Vorerst ist die Produktion von 8 Tonnen Zellwolle im Tag (200 Tonnen im Monat) angesetzt, doch ist eine Erhöhung auf 15 bzw. 30 Tonnen vorgesehen. (Die Kapazität wird mit 1.200 Tonnen im Monat angegeben. Die Papiererzeugung hat einen Umfang von 1.000 Tonnen im Monat.)

Die *Sodaerzeugung* könnte ohne weiteres die normalen Produktionsausmaße von 170 bis 200 Tonnen am Tag erreichen, wenn die Koksanlieferungen gleichmäßiger und hinreichend erfolgen würden; so verlassen täglich nur 120 bis 150 Tonnen das Werk. Auch für die *Papiererzeugung* ist die Rohstoffversorgung schwierig, doch ist die Ausnützung der Betriebskapazität gut; es laufen auch Kompensationsgeschäfte mit dem Balkan gegen Tabak.

Die *Erdöl-Raffinerie* in Ebensee ist eine unterirdische Anlage. Im Sommer 1943 wurde mit den Bauarbeiten begonnen, am 6. Mai 1945 war die Anlage fertig, am 12. Juni 1945 begann die Produktion mit 115 Beschäftigten (der Vollbetrieb würde 650 Arbeiter erfordern). Ihre Beschäftigung war nur solange gesichert, als die Raffinerien im Wiener Becken nicht voll arbeiteten, bzw. das vorrätige Rohöl (aus Zistersdorf in Schleppkähnen auf dem Donauweg herangeführt) reichte. Auch die im Vorjahr in Braunau eingerichtete Erdölraffinerie — der einzige Betrieb Österreichs, der Schweröle aus Rückständen

⁴⁾ Das Unternehmen wurde als „deutsches Eigentum“ behandelt und daher besonderen Beschränkungen unterworfen. Seither ist der Betrieb der österreichischen Regierung übergeben und die Erzeugung aufgenommen worden.

erzeugt — arbeitet und liefert monatlich 10 Tonnen Motor- und Schmieröl.

Die *Papierindustrie* und die *papierverarbeitende Industrie* arbeiten mit rund 40 v. H. ihrer Kapazität. Auch hier fehlt es an Rohstoffen. Aufbringung und Verteilung der Rohstoffe innerhalb des österreichischen Raumes sind derzeit noch unbefriedigend. So wurde von Tirol z. B. Holz für Papiererzeugung in die Schweiz geliefert, während zur selben Zeit der Bedarf der oberösterreichischen Papierindustrie an diesem Rohstoff nicht befriedigt werden konnte.

Die Aufnahme der Arbeit in Lenzing ermöglicht neue Zuteilungen an die *Textilfabriken* in Österreich, deren Rohstofflager nun fast vollständig erschöpft sind. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe ist nur zu sehr ungünstigen Preisrelationen möglich, so daß viele Fabriken in jüngster Zeit zur Lohnverarbeitung ausländischer Rohstoffe übergegangen sind. Der Bedarf der oberösterreichischen Textilindustrie beträgt rund 320 Tonnen Zellwolle oder Baumwolle monatlich, doch decken die gegenwärtigen Zuteilungen nur 30 bis 40 v. H. des Bedarfes.

In der Textilindustrie trat eine Milderung der Rohstoffnöte dadurch ein, daß die USA-Besatzungstruppen aus ihrem Beutegut große Mengen an Merinowolle u. ä. beistellten. Durch Mischung mit Zellwolle wurde Material für Anzüge und Wintermäntel gewonnen, die bis Ende Februar 1946 bereits auf den Markt gebracht werden konnten. Ein Fünftel der Erzeugung wurde als Reserve für die übrigen Bundesländer zurückbehalten.

Die *Baustoffindustrie* ist im allgemeinen gut angelaufen und es kann in nächster Zukunft in einzelnen Zweigen noch mit weiteren Produktionssteigerungen gerechnet werden. Die Ziegelfabriken Oberösterreichs haben eine Kapazität von rund 60 Millionen Ziegeleinheiten pro Jahr. Die Erzeugung von 1946 wird voraussichtlich 40 Millionen Einheiten erreichen. Eine befriedigende Produktion wurde in den Zementfabriken erzielt, deren Kapazität zu mehr als 80 v. H. ausgenützt war. In den Kalkwerken hat bisher der Mangel an gelernten Arbeitern verhindert, daß die Kapazität zu mehr als rund 45 v. H. ausgenützt werden konnte.

Die Erzeugung von *Glas* in Höhe von rund 20 Tonnen monatlich in der Glashütte in Schneegattern kann den Bedarf nicht annähernd decken. Zur Steigerung der Produktion fehlt es an Quarzsand und Kohle, während Soda in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht. Im Mai 1946 wurde ein Sandlager unter den Kohlenlagern des Hausrucks

aufgefunden, doch können Ausdehnung, Verwertbarkeit und Abbaumöglichkeit bisher noch nicht abschließend beurteilt werden. Die Abbauprobe werden fortgesetzt. Der Eisengehalt dieses Quarzsandvorkommens beträgt durchschnittlich 0,04 v. H. Sind die genannten Quarzsandlager ausreichend groß, so könnte die oberösterreichische Glasindustrie auf Grund heimischer Rohstofflager beträchtlich erweitert werden. Einige kleinere Betriebe zur Erzeugung von Glas und Glaswaren (Gablonzer Schmuck) werden zur Zeit aufgebaut. Diese Erzeugung würde durch oberösterreichische Quarzsandfunde weitgehend gesichert werden.

Die aus dem Gebiet von Gablonz ausgesiedelten Glasarbeiter haben sich im Ennstal, in Losensteinleiten bei Steyr und in Kremsmünster angesiedelt, so daß dadurch ein neues Gewerbe — Gablonzer Glas- und Schmuckwaren — entsteht.

Die Oberösterreichische Glas-G. m. b. H. Thaddeushütte liefert den Gablonzer Arbeitern das Stangenglas zur Herstellung von Knöpfen und Schmuckstücken, sie wird auch mit der Erzeugung der viel gefragten Laboratoriengläser beginnen, die früher in Jena hergestellt worden sind. Für später ist auch die Produktion von Hohlglas, Bleikristallglas und stoßfestem Glas beabsichtigt.

Die Gmundner Optischen Werke sollen Brillen gläser aus dem Linsenmaterial anfertigen, das die Moosbrunner Glasfabrik liefert.

In Schneegattern ist die Produktion im Gange. Es wird Preßglas hergestellt, etwa 20 Tonnen monatlich, obwohl die Hütte 300 Tonnen erzeugen könnte.

Die oberösterreichischen *Salinen* erzeugten im April 1946 über 5.100 Tonnen Salz, die *Solowerke* 315 Kartons zu je 10.000 Stück Buchzündler (die Kapazität beträgt fast 1.200 Kartons), 33 Tonnen Schuhcreme, 22 Tonnen Lederfett, 18,5 Tonnen Wagenfett, 6,5 Tonnen Möbelpolitur. Die Zündhölzchenfabrik war durch Bomben stark beschädigt worden und hat erst im Dezember 1945 den Betrieb wieder aufgenommen. Die Wegscheider Farnefabrik erzeugt verschiedene *Farben* in bescheidenem Ausmaß. Die Produktion von *Seifen und Waschmitteln* betrug im April 1946 255 Tonnen.

Die oberösterreichische *Kaolin-Industrie* hat ihren Betrieb wieder aufgenommen. Die Kaolin-gruben waren durch den Krieg stark beschädigt worden, so daß man ein Jahr brauchte, um sie wieder instand zu setzen. Die Leistungsfähigkeit beläuft sich auf 40.000 Tonnen im Jahr.

Die *Lebens- und Genußmittelindustrie* ist entsprechend der Rohstofflage sehr unterschiedlich aus-

genutzt. Die Nahrungsmittelwerke konnten in jüngster Zeit — dank größerer Rohstoffzuwendungen — die Erzeugung steigern. Die Mühlenindustrie ist nicht einmal zu 50 v. H. ihrer Kapazität beschäftigt. Die industrielle Erzeugung von Fett ist eingestellt.

Von den Nahrungsmittelindustrien arbeitet die Kaffee-Ersatzmittelindustrie nur mit 30 v. H. ihrer Leistungsfähigkeit, denn es fehlt an Rohstoffen. Die Hefefabriken erzeugen Hefe und Nährhefe, aber ihre Produktion ist beengt durch den Mangel an Rohstoffen (Melasse und Chemikalien). Die Molkeereien — die zu den Hauptversorgern Wiens mit Käse, Milch und Butter zählen — haben Kriegsschäden erlitten, doch sind sie soweit behoben, daß ein normales Arbeiten möglich ist.

Die *Tabakfabrik* in Linz wurde durch den Krieg nicht beschädigt. Schon 14 Tage nach der Besetzung durch US-Truppen war sie wieder in Betrieb. Seit Anfang Juni 1945 wurde Oberösterreich mit Tabakwaren beliefert, in den folgenden Monaten nach und nach auch die übrigen Bundesländer. Die Erzeugung betrug im Mai 1945 50 Millionen, im Dezember 1945 142 Millionen Zigaretten.

Wenn die geplante Eisen- und Stahlerzeugung anläuft, dann wird auch das Programm leichter zu verwirklichen sein, das die *Linzer Maschinenfabrik*, zusammen mit der *Hütte Linz*, für den augenblicklichen Bedarf aufgestellt hat (Stahl-, Hoch- und Brückenbau, Bau von Apparaten und landwirtschaftlichen Maschinen).

Auch *Steyr-Daimler-Puch* hat ein Produktionsprogramm aufgestellt. Es sind in Aussicht genommen: ein neuer Drei-Tonnen-Lastkraftwagen und die Entwicklung eines Dieselmotors, der in die landwirtschaftlichen Traktoren eingebaut werden soll. Ausgiebige Beschäftigung hatten die Steyr-Werke durch die Reparatur von 1.000 Beutefahrzeugen, die von den US-Besatzungstruppen beigebracht und nach erfolgter Instandsetzung der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Diese Aktion wird fortgesetzt. Ein großer Auftrag war auch die Herstellung von Jeep-Aufbauten. Die Maschinenfabrik arbeitet für das eigene Werk und kann noch nicht zur Versorgung der österreichischen Industrie mit Maschinen beitragen. Die *Kugellagerwerke* in Steyr sind von der amerikanischen Militärverwaltung Ende Februar 1946 freigegeben worden. Die Fertigung von Walzlagern (Kugellager, Kegellager usw.) ist in vollem Gange; es können in Steyr bis zu 5 Millionen Kugellager im Jahr hergestellt werden. Die Linzer *Schiffswerfte* führen Schiffsreparaturen sowie die Reparatur von Kesseln und

Rohlmotoren durch und planen die Serienerzeugung von Stahlhäusern.

Die *eisen- und stahlerarbeitende Industrie* Oberösterreichs benötigt monatlich etwa 3.600 Ton-

Die industriellen Betriebe der US-Zone in Oberösterreich¹⁾
Stand vom April 1946 [Übersicht 54]

Wirtschaftsgruppe	Anzahl der Firmen	Kapazität	Produktion	Beschäftigte Arbeiter
		im Monat		
1. Bergwerke (Kohle)	3	66.250 t	52.190 t	2.631
2. Salinen	5	7.000 t	5.129 t	1.003
3. Hüttenwerke	1	5.166 t	1.665 t	3.600
4. Erdöl	1	20.000 t	21 t	55
5. Metallindustrie	2	5.166 t	—	—
6. Stein und Keramik	65	—	—	2.657
a) Ziegel	38	60 Mill. Ziegel pro Jahr	1946 voraussichtlich 40 Mill. Einh.	1.000
b) Zement	2	12.875 t	10.570 t	487
c) Kalk	4	3.000 t	1.375 t	139
d) Schotter	18	—	—	815
e) Natursteine	2	13.650 t	6.498 t	620
f) Keramik	5	—	—	120
g) Eternit	1	3.000 t	680 t	190
h) Beton- und Kunststeinwaren	1	2.000 t	85 t	90
7. Glas	1	300 t	20 t	158
8. Chemische Industrie	27	—	—	2.084 ²⁾
a) Farben	5	—	—	76
b) Kautschuk	1	—	—	62
c) Kerzen	3	72 t	7 t	296
d) Kristallsoda, calc. Soda usw.	1	11.230 t	5.820 t	573
e) Pharm. Industrie	2	—	—	45
f) Seifen und Waschmittel	4	535 t	255 t	—
g) Schuh- und Lederpflegemittel	5	—	—	—
h) Zündererzeugung	1	1.166 Kart.	315 Kart.	98
i) Technische Gase	4	112 t	72 t	1.068
j) Teerprodukte	1	110.000 m ³	63.300 m ³	—
9. Papierindustrie	8	255 t	74 t	44
a) Papier	—	5.325 t	2.189 t	3.016
b) Zellstoff	—	4.720 t	572 t	—
c) Holzschliff	—	2.780 t	697 t	—
d) Pappe	—	400 t	238 t	—
10. Papierverarbeitende Industrie	7	—	—	260
11. Lederindustrie	7	600 t	240 t	700
12. Schuhindustrie	6	55.000 Paar	22.667 Paar	358
13. Brauereien	35	70.000 hl	40.000 hl	900
14. Spiritusindustrie	4	4.400 hl	468 hl	86
15. Zuckerindustrie	1	30.000 t in der Kamp.	6.723 t (1945/46)	184
16. Nahrungsmittelind.	33	—	—	1.949
a) Mühlenindustrie	9	6.350 t	2.852 t	300
b) Nahrungsmittelind.	7	5.500 t	522 t	—
c) Fleischwaren	3	475 t	101 t	—
d) Kaffee	3	1.130 t	326 t	285
e) Tabakindustrie	1	123.000.000 Zigaretten	Erzeugung z. Zt. keine Erzeugung	508
f) Fettwarenindustrie	1	—	—	—
17. Sägeindustrie	116	111.660 fm	22.500 fm	1.400
18. Holzverarb. Ind.	33	12.000 m ³	1.500 m ³	1.658
19. Eisen- u. metallverarbeitende Industrie	47	—	—	2.727
20. Maschinenindustrie	20	—	—	3.971
21. Fahrzeugindustrie	4	—	—	5.044
22. Gießereien	6	—	—	285
23. Stahlbau	13	—	—	800
24. Elektroindustrie	20	—	—	1.318
25. Textilindustrie	24	—	—	2.560
a) Baumwollspinner	4	300 t	150 t	—
b) Baumwollweber	8	1.375.000 m	538.362 m	—
c) Leinenspinner	1	60 t	12 t	—
d) Wollspinner	4	45 t	24 t	—
e) Wollweber	2	25.000 m	13.000 m	—
f) Strickwaren	2	—	—	—
g) Seidenweber	1	—	—	—
h) Roßhaarspinner	1	40.000 kg	6.000 kg	—
i) Textilfärbereien	1	180.000 m	70.000 m	—
26. Bekleidungsindustrie	17	240.000 St.	50.000 St.	695

¹⁾ Nach Berichten der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen Oberösterreichs. Die Tabelle bietet aber keine vollständige Übersicht, denn sie berücksichtigt nur Industriebetriebe mit mehr als 20 Arbeitskräften, sie umfaßt nur die US-Zone Oberösterreichs (die Großindustrie befindet sich allerdings ausschließlich in der US-Zone) und sie enthält einige Industriezweige nicht (z. B. Bauindustrie, öffentliche Versorgungsbetriebe). — ²⁾ Da die Firmen verschiedene chemische Produkte erzeugen, scheinen die Beschäftigtenzahlen in verschiedenen Gruppen auf. Eine Addition der Beschäftigten in den Unterabteilungen ergibt nicht alle Beschäftigten.

nen Eisen, Stahl und Bleche, die bisher in erster Linie aus der Steiermark bezogen wurden.

Besonders gut beschäftigt sind die Erzeuger von *Eßbestecken* aus Leichtmetall und nicht rostendem Stahl sowie von rostfreien Messern. Die *Sensen- und Sichelindustrie* profitiert von den Kompensationsgeschäften mit Polen, der Tschechoslowakei, Italien, der Schweiz und der Türkei. Im April 1946 wurden 90.000 Stück Sensen erzeugt.

In der *Elektroindustrie* sind Betriebe zu verzeichnen, die Spezialerzeugnisse liefern. Dazu zählt ein Radiowerk, das schon zu Beginn der Luftangriffe auf Wien nach Oberösterreich verlagert worden ist. Zuerst wurden elektrische Haushaltgeräte, elektrische Strahlungsöfen, Sicherungen usw. hergestellt. Das weitere Produktionsprogramm sieht vor: Radioapparate, Kinogeräte, Photoapparate. Auch eine Glühlampenfabrik ist von Wien nach Gmunden verlagert worden. In Linz befindet sich ferner ein Betrieb der Siemens-Schuckert-Werke, die nach der Zerstörung ihrer Hauptfabrik in Wien zuerst nach Mitterberghütten und dann nach Linz verlagert haben, wo sie im Juni 1945 mit der Arbeit begonnen haben. Die Lokomotivwerkstätte der „Elin“ repariert elektrische Lokomotiven im Aluminiumwerk Ranshofen.

Die *Leder-* und die *Schuhindustrie* sind ziemlich gut beschäftigt, soweit es die Versorgung mit Rohmaterial erlaubt. Die Schuhindustrie hat eine Kapazität von monatlich 55.000 Paar Schuhen; die Erzeugung erreichte im April fast 23.000 Paar.

Die *Sägeindustrie* vermag monatlich 112.000 Festmeter Holz zu verschneiden; ihre Erzeugung im April 1946 war 22.500 Festmeter. Die *holzverarbeitende* Industrie ist für einen Verbrauch von 12.000 Kubikmeter Holz eingerichtet, sie hat im April 1946 rund 1.500 Kubikmeter verarbeitet. Zu erwähnen ist der Zusammenschluß der österreichischen Holzbaufirmen zum Verband für die Herstellung eines Volkswohnhauses mit dem Sitz in Linz. Die Leistungsfähigkeit des Verbandes wird mit 18.000 Waggon Holz im Jahre angegeben; das Volkswohnhaus wird auch exportiert werden.

Salzburg

In Land Salzburg hat nur der Luftkrieg Zerstörungen angerichtet. Bald nach Kriegsende wurde in allen Industrien wieder gearbeitet. Die Besatzungsmacht sorgte für Kohle und dafür, daß verlagerte Rohstoffe sowie verlagerte Maschinen wieder zurückgebracht wurden. Die Industrie und das Gewerbe kamen daher früher zu einer geregelten Produktion als anderswo.

Große Werke, wie das *Aluminiumwerk* in Lend sowie die *Zellulosefabrik* in Hallein liegen allerdings still. Das Aluminiumwerk Lend¹⁾ wartet auf Tonerde aus Ungarn oder Italien. Bis zur Wiederaufnahme der Aluminiumproduktion stellt das Werk Aluminiumgeschirr her, und zwar 3.000 Stück im Monat.

Die *Zellulosefabrik* Hallein — die Werke gehören seit 1918 einem amerikanischen Konzern — mußte wegen Rohstoffschwierigkeiten die Erzeugung einstellen, und zwar war nicht nur die Kohlenversorgung völlig unzureichend, sondern auch der Bedarf an Holz (jährlich 180.000 Festmeter) und an Schwefelverbindungen (bisher aus Italien) konnte nicht gedeckt werden. Die Zubringung von Holz war wegen Arbeitermangel und Transportschwierigkeiten zu gering. Die Betriebsstilllegung wird von längerer Dauer sein.

Der *Kupferbergbau* Mitterberg-Mühlbach ist durch das Wiederaufbauprogramm der US-Besatzungsmacht wieder in Betrieb gesetzt worden und hat im Monat Mai 1946 rund 700 Tonnen Kupfer erzeugt.

Die *Saline* Hallein ist voll beschäftigt. Die Industrien der *Steine* und *Erden* arbeiten mit verschiedener Ausnützung der Kapazität; es werden Hundertsätze von 10 bis 85 genannt, der Durchschnitt dürfte bei 50 v. H. liegen. In der *Eisen- und Metallindustrie* sind die *Gießereien* am schlechtesten beschäftigt (20 v. H.), während die *übrigen Zweige* im allgemeinen mit 50 bis 70 v. H. ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Die *Sägewerke* nützen ihre Anlagen etwa zur Hälfte aus, in den *holzverarbeitenden Industrien* ist die Lage bei den einzelnen Betrieben sehr verschieden (30 bis 100 v. H.).

Die *Druckereien* sind voll beschäftigt. Die papierverarbeitende Industrie nutzt mit 30 bis 50 v. H. ihre Kapazität aus. In der *Lederindustrie* wird kaum die halbe Kapazität ausgenutzt, in der *chemischen Industrie* schwankt der Produktionsatz von 6 bis 70 v. H., in der *Textilindustrie* gibt es einige gut beschäftigte Betriebe, dasselbe gilt für die *Bekleidungsindustrie*. Von den *Lebensmittelindustrien* haben die Brauereien die geringste Erzeugung, am besten ausgenutzt sind die Bäckereibetriebe. Die Mühlen arbeiten mit 40 bis 100 v. H. ihrer Kapazität, die Marmeladefabriken mit 50 bis 60 v. H., die Nahrungsmittelerzeugung mit 30 bis 100 v. H., die Käsereien mit 50 v. H., die Mar-

¹⁾ Die Kapazität beläuft sich für das alte Werk auf 3.000 Tonnen, für das neue Werk auf 6.000 Tonnen im Jahr.

garineerzeugung mit 25 v. H., die Essigerzeugung mit 80 v. H., die Getränkeindustrie mit 70 v. H.

In der ehemaligen Glashütte Bürmoos bei Salzburg stellen die dort untergebrachten Dentalwerke als einzige Fabrik Österreichs zahnärztliche Instrumente und Apparate her (200 Beschäftigte); die Ausnützung der vollen Kapazität würde einen Beschäftigtenstand von 500 erfordern.

Die Abwanderung der Glasarbeiter aus dem Gablonzer Gebiet ermöglichte die Gründung der „Glas- und Bijouterie Gesellschaft“ in Salzburg, die fabrikmäßig Glas und Glaswaren sowie Bijouterieschmuck und Galanteriewaren im Gablonzer Stil aus Metall, Glas, Kunststoffen herstellt.

Die Kohlenkrise konnte durch die Einführung von Ölfeuerung für Großverbraucher gemildert werden.

Verschiedene Zweige des Gewerbes ziehen Nutzen aus den Einkäufen der US-Besatzungstruppen, die auch am *Fremdenverkehr* und an den Salzburger Festspielen namhaften Anteil haben.

Das Wiederaufbauprogramm der US-Besatzungsmacht sieht auch die Wiederherstellung der *Verkehrswege* sowie die Beschaffung von Wohnraum vor. Die Hauptschwierigkeiten, die der Durchführung der Arbeiten entgegenstehen, sind der Mangel an geschulten Arbeitskräften und an den notwendigen Facharbeitern. So ist im Land Salzburg der Bedarf an Handwerkern, die zur Durchführung des vollen Aufbau- und Wiederherstellungsprogramms notwendig sind, nur zu 75 v. H. gedeckt; es fehlen 2.884 Arbeiter. Das *Wohnbauprogramm* sieht 400 Wohnungen im Land Salzburg vor. Die Stadt Salzburg rechnet, ihre Bautätigkeit so vorwärts zu treiben, daß bis zum Winter 1946 rund 500 beziehbare Wohnungen zur Verfügung stehen werden.

Tirol

Für Tirol sind die *Elektrizitätswirtschaft*, die *Holzwirtschaft* und der *Fremdenverkehr* entscheidend.

Der *Holzwirtschaft* fehlt es vor allem an Arbeitskräften, um das Holz zu fällen und ins Tal zu bringen; der Holzanfall wird daher geringer sein als in früheren Jahren. Das Rundholzaufkommen des Landes erreicht höchstens 440.000 Festmeter, die gesamte Kapazität von 995.000 Festmeter der Sägen (236 Vollgatterbetriebe, 109 Betriebe mit Venezianergatter und 101 Betriebe mit Einblattgatter) könnte daher nur zu 44 v. H. ausgenützt werden. Derzeit werden kaum 16.000 Festmeter im

Monat verschnitten, was einer durchschnittlichen Kapazitätsausnützung von 19 v. H. gleichkommt.

Wichtig für den Wiederaufbau ist die Tiroler Holzfaserdämmplattenfabrik in Wörgl. Sie erzeugt Holzplatten, ferner Klapphäuser aus Holz und Holzfaserdämmplatten, und zwar täglich 4 bis 6 Stück Kleinhäuser (ein Haus kostet nicht ganz 5.000 Schilling). Der Betrieb stellt ferner verschiedene Holzwaren her und repariert auch Bauschäden an Dachstühlen und Holzhäusern. Die Werke in Kramsach, die früher Messingblech, Küchengeräte und Werkzeuge aller Art hergestellt haben, fertigten im Krieg Flugzeugteile und Brennstoffbehälter für Flugzeuge an. Heute erzeugen sie mit 160 Arbeitern Möbel, ferner aus Leder und anderen Werkstoffen Schuhe, Akten- und Einkaufstaschen, während eine kunstgewerbliche Abteilung Holzgeräte usw. herstellt. Die Holzverarbeitende Industrie hat in ihrer Erzeugung gut 50 v. H. ihres Vorkriegsstandes erreicht.

Der *Fremdenverkehr* ist noch sehr schwach; es befinden sich hauptsächlich Gäste aus Frankreich am Arlberg und in Seefeld.

In der *Elektrizitätswirtschaft* erlaubt der Verbundbetrieb eine fast vollkommene Deckung des Bedarfes. Den Stromüberschuß hat früher Bayern abgenommen. Auf Anordnung der alliierten Militärregierung wurde ein Teil dieser Strommenge nach Wien abgezweigt. Die Erzeugung ist wieder so hoch wie in den letzten Vorkriegsjahren und beläuft sich derzeit auf fast 30 Millionen kWh im Monat.

Die *Textilindustrie* ist mit Veredlungsarbeiten für die Schweizer Textilindustrie gut beschäftigt, und zwar wird Baumwolle gegen Spinnlohn verarbeitet. Der Veredlungsverkehr soll auf andere Länder erweitert werden.

Für die Abwicklung der Geschäfte mit der Schweiz sorgt die „Wirtschaftsstelle Tirol-Schweiz“. Die zur Verarbeitung des Schweizer Rohmaterials nötigen Hilfsstoffe (Chemikalien) werden ebenfalls aus der Schweiz geliefert. Die Ausnützung der Kapazität in der Textilindustrie bewegt sich um zwei Drittel der vollen Leistungsfähigkeit.

Die *eisen- und metallverarbeitende Industrie* leidet unter dem Mangel an Rohmaterial. Die Zufuhr von Eisen und Rohstahl aus der Steiermark hat sich bisher ziemlich schwierig gestaltet. Hier von sind die Stubai Eisenindustrie, die durch die Erzeugung hochwertiger Werkzeuge bekannt ist, und das Metallwerk am Plansee bei Reutte besonders in Mitleidenschaft gezogen. Die während des

Krieges aus Deutschland nach Tirol verlagerten oder in Tirol als Zweigwerke errichteten Betriebe arbeiten vorläufig nach einem Notprogramm, bis die Besitzfrage entschieden sein wird. Die größten Werke dieser Art in Tirol, die Jenbacher- (früher Heinckell-) Werke und das frühere Messerschmitt-Werk in Kematen, erzeugen Haushaltartikel (in Jenbach wurden in den letzten zwei Monaten 65.000 Pfannen, 35.000 Aluminiumkochgeschirre, 70.000 Aluminiumschöpfer und 20.000 Stück andere Haushaltgeräte hergestellt), ferner in Kematen außer Haushaltartikeln Installationskleinteile, Skikanten und Skistöcke, Kinderwagen, Bau- und Möbelbeschläge, elektrische Öfen, Kocher und Bügeleisen. Auch Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen werden ausgeführt. Durch ein Sonderabkommen mit den Saurer-Werken wird es möglich sein, in Kematen die Reparatur von Kraftfahrzeugen vorzunehmen und auch Autoersatzteile herzustellen. Ein neues Unternehmen in Pertisau am Achensee beschäftigt sich mit der Erzeugung von Kühlanlagen und Kühlschränken sowie von Industrie- und Hotel-(Speise-)Aufzügen.

Der *Kohlenbergbau* Tirols ist bescheiden (kaum 2 v. H. der österreichischen Produktion). Das Häringer Kohlenbergwerk fördert; ferner wurde in einem wiederholt aufgelassenen Braunkohlenbergbau die Arbeit wieder aufgenommen. Die tägliche Förderung beläuft sich auf 10 Tonnen¹⁾.

In der *Glasindustrie* ist die Errichtung einer Glashütte in Imst sowie die Erzeugung von Gabelnzer Schmuck aus Glas und von feuerpolierten Schmucksteinen (künstlichen Edelsteinen) in Wattens von Bedeutung. Bis April sind über 6.500 Kilogramm Glasschmuck nach den USA exportiert worden, weitere, noch größere Ausfuhren von Glasschmuck nach den USA sind vorgesehen. Diese Erzeugnisse werden zum Teil in Heimarbeit hergestellt. Die Firma Swarovski beschäftigt sich auch mit der Anfertigung von optischen Geräten (Feldstechern).

Die Herstellung von *Insulin* („Alpine-Insulin“) wurde wieder in vollem Umfang aufgenommen. In den Räumen der ehemaligen Glashütte in Rattenberg werden Lebertranpräparate (Tetravit) erzeugt.

¹⁾ Die gesamte Förderung Tirols belief sich im Monatsdurchschnitt des Jahres 1937 auf 3.703 Tonnen, 1945 auf 577 Tonnen, 1946 (erstes Halbjahr) auf 1.684 Tonnen, im Dezember 1945 1.322 Tonnen, Jänner 1946 1.915 Tonnen, Februar 1.821 Tonnen, März 1.862 Tonnen, April 1.675 Tonnen, Mai 1.633 Tonnen, Juni 1.199 Tonnen Braunkohle.

Vorarlberg

Für die wirtschaftliche Lage Vorarlbergs von größter Bedeutung ist die *Textilindustrie*. Im Jahre 1937 arbeiteten 80 v. H. aller Beschäftigten in der Textilindustrie. Ein Drittel aller Spindeln Österreichs und etwa die Hälfte aller Webstühle liefen in Vorarlberg. Während des Krieges wurden die Werke teilweise auf Rüstungsindustrie umgestellt. So wie der gesamte Wirtschaftsapparat des Landes ist auch die Textilindustrie von Kriegsschäden verschont geblieben. Sie hat schon seit Kriegsende gearbeitet, jedoch nur in bescheidenem Umfang, da sie sehr unter dem Mangel an Rohstoffen litt. Eine Wendung trat erst ein, als sie Lohnaufträge aus der Schweiz erhielt. Durch die Lohnspinnerei und Lohnweberei bietet sich für 206.000 *Baumwollspindeln* und 5.100 *Webstühle* Beschäftigung²⁾, aber die vorhandene Kapazität wird nur zu 40 v. H. ausgenutzt. Es fehlt nicht an Aufträgen und dem dazu notwendigen Rohmaterial — es wird alles von der Schweiz zur Verfügung gestellt —, sondern an den erforderlichen Arbeitskräften. Die Textilindustrie braucht noch 2.000 Arbeitskräfte. Kommt der Handel erst wieder richtig in Gang, dann ergeben sich auch für die *Stickereiindustrie* gute Aussichten. Es wurden ausgeführt im Jahre 1923 16.634.000 kg Stickereien, 1928 26.092.000 kg, 1933 8.548.000 kg, 1937 10.198.000 kg, 1938 6.207.000 kg. Die *Wollindustrie* verfügte am 31. August 1939 über 44.500 Spindeln und 153 Webstühle; im ersten Quartal 1946 liefen 34.000 Spindeln und 156 Webstühle. Die Zahl der Beschäftigten betrug aber nur 40 v. H. des Vorkriegsstandes. Die *Wirkerei- und Strickereiindustrie* arbeitete im ersten Quartal 1946 mit 966 Wirk- und Strickmaschinen (im letzten Quartal 1945 mit 781 Maschinen).

Die *Bekleidungsindustrie* nützt ihre Kapazität nur zu 40 v. H. aus.

Von großer Wichtigkeit für die Vorarlberger Wirtschaft ist auch die *Elektrizitätswirtschaft*. Es werden jährlich 650 bis 700 Millionen kWh Strom erzeugt — allein die Ill-Werke erzeugen 550 bis 580 Millionen kWh —, 30 bis 35 Millionen kWh werden im Land verbraucht, der Rest geht je zur Hälfte ins Rhein- und Ruhrgebiet und nach Württemberg, ferner kleinere Mengen ins Bayrische Allgäu (15 Millionen kWh) und nach Liechtenstein. Seit Kriegsende fließt Vorarlberger (und Tiroler) Strom nach Deutschland, ohne daß bisher eine Bezahlung zu erreichen war. Die Alliierten beraten

²⁾ Vor dem Kriege waren 207.302 Spindeln und 6.450 Webstühle vorhanden.

darüber, aber die Preisfestsetzung für den Strom und für die Kompensationsgüter (in erster Linie Steinkohle) bietet besondere Schwierigkeiten.

Die *Sägeindustrie* weist 30 v. H., die *holzverarbeitende Industrie* 70 v. H. Ausnützung der Kapazität aus. Die *Papier-, papierverarbeitende Industrie* und das *graphische Gewerbe* sind voll beschäftigt. Die *Lebens- und Genußmittelindustrie* sind unterschiedlich beschäftigt, am besten die Nahrungsmittelfabriken, die Mühlen und Bäckereien (60 bis 100 v. H.).

Verkehr

Auf dem Gebiet des Verkehrs ist erfolgreich an der Behebung der Kriegsschäden gearbeitet worden. Wenn das Verkehrsvolumen noch nicht den Bedürfnissen unserer heute noch sehr eingeschränkt arbeitenden Wirtschaft entspricht, so liegt dies vor allem in den Schwierigkeiten, die sich aus der Besetzung Österreichs ergeben. Die Wiederherstellungsarbeiten in den technischen Grundlagen des Verkehrs dagegen sind, dank der unmittelbaren Hilfe der Besatzungsmächte (Eisenbahnoberbau, Brücken, Straßen usw.) schon sehr viel weiter gediehen, als es das derzeitige Verkehrsvolumen vermuten ließe. Das berechtigt zu der Annahme, daß mit dem stärkeren Anlaufen der Wirtschaftstätigkeit eine entsprechende Zunahme der Verkehrsleistungen erwartet werden darf.

Eisenbahnverkehr

Sowohl der Reise- als auch der Güterverkehr ist in den ersten vier Monaten dieses Jahres namhaft gestiegen (siehe Übersicht 55). Die Zunahme des Eisenbahnverkehrs seit Jänner d. J. betrug mit Ausnahme des Direktionsbezirkes Villach im groben Durchschnitt etwa 100 v. H.

Personen- und Güterverkehr auf den österreichischen Eisenbahnen¹⁾

[Übersicht 55]

Jahr, Monat	Eisenbahndirektionsbezirk				
	Wien	Linz	Innsbruck	Villach	Summe
	in 1000 Nettotonnenkilometer				
Personenzüge					
1946 I	5.023	6.770	4.612	4.560	20.965
II	5.435	7.325	4.990	4.934	22.684
III	8.235	11.098	7.560	7.475	34.368
IV	11.358	10.741	7.304	7.926	37.329
Güterzüge					
1946 I	31.189	35.494	9.528	30.821	77.032
II	36.814	41.895	11.246	36.379	126.334
III	51.130	58.187	15.620	50.526	175.463
IV	63.297	71.308	17.874	47.245	199.724

¹⁾ Einschließlich des Militärverkehrs.

Obwohl der Direktionsbereich Wien im Personenzugsverkehr an erster Stelle und im Güterzugsverkehr an zweiter Stelle, knapp hinter Linz, steht, ist Wiens Verkehr, an seiner wirtschaftlichen Bedeutung gemessen, doch noch weiter vom normalen Verkehrsstand entfernt als die Gebiete der anderen Eisenbahndirektionen. Bei der Beurteilung der geleisteten Nettotonnenkilometer muß, insbesondere bei den Reisezügen, die im Vergleich zu 1937 wesentlich stärkere Besetzung der Züge berücksichtigt werden, so daß Schlüsse auf die Dichte des Verkehrs nur bedingt zulässig sind. Der Fahrplan, der im Westen Österreichs dank der weitgehenden Elektrifizierung und der besseren Kohlenbevorratung fast friedensmäßig ist, weist für die östlichen Gebiete Österreichs, trotz namhafter Verbesserungen in diesem Jahr, noch immer große Lücken auf.

Der Kohlenvorrat der Bahn ist im westlichen Teil Österreichs auf 45 Tage gestiegen. Im östlichen Österreich hatte sich die Lage seit dem letzten Quartal 1945 zunächst bedeutend gebessert und im Maximum eine Bevorratung von 10 Tagen erreicht, die aber in der letzten Zeit wieder auf 4 bis 5 Tage zurückgegangen ist.

Um Kohle zu sparen, hat man begonnen, Lokomotiven auf Ölfeuerung umzustellen. Von den geplanten 200 Lokomotiven für Zusatzölfeuerung wurde jedoch zunächst ein Teil zurückgestellt, während eine Anzahl auf Ölfeuerung eingerichteter Maschinen aus dem Verkehr gezogen wurden, da die Rohölanlieferung ungenügend ist. Die Wirtschaftlichkeit der Verwendung von Rohöl ist nur gewährleistet, wenn der Rohölpreis eine bestimmte Grenze nicht übersteigt.

Das gesamte Betriebsnetz der österreichischen Staatseisenbahnen umfaßt ohne die Privatbahnstrecken 5.955 km. Davon sind lediglich noch 150 km, zumeist minderwichtige Sackbahnen, instand zu setzen. Von den rund 385 Brücken, die in der Zeit vom September 1944 bis Ende April 1945 zerstört wurden, konnten bisher etwa 275 zumeist behelfsmäßig wiederhergestellt und dem Verkehr übergeben werden. An rund 70 Brücken wird derzeit noch gearbeitet und ungefähr 40 meist kleinere Übergänge sind noch endgültig instand zu setzen. Völlig neu hergestellt werden Brücken nur — und auch da nur unter Hilfeleistung der Besatzungsmächte — an besonders wichtigen Flußübergängen, wenn die alte Brücke gänzlich zerstört ist.

Die Heizhausanlagen der größeren Zwischenstationen, wie Gloggnitz, Mürzzuschlag, Knittelfeld usw. konnten betriebsfähig erhalten werden, während

die Heizhäuser in Wien, ferner je eine Rotunde für je 12 bis 16 Maschinen in Linz, Attuang, Wörgl, Innsbruck und Graz völlig zerstört wurden. Ihr Wiederaufbau wird zum größten Teil von dem Elektrifizierungsprogramm der betreffenden Strecken abhängen. Die Hauptreparaturwerkstätten, und zwar das Lokomotivreparaturwerk Floridsdorf, die Hauptwerkstätte Linz sowie die Waggonausbesserungswerkstätten Feldkirchen und St. Pölten arbeiten mit einer Kapazität von 30 bis 35 v. H. des Standes von 1937/38. Das Bahnhauptreparaturwerk Knittelfeld steht mit der vollen Kapazität zur Verfügung. Der Wiederaufbau der zerstörten Bahnhofanlagen steht ebenfalls zum Teil im Zusammenhang mit der geplanten Elektrifizierung.

Der größte Teil der unmittelbar verkehrshindernden Zerstörungen konnte also bereits beseitigt werden. In der Tat nähern sich die Verkehrsleistungen bereits wieder langsam denen des Jahres 1937.

Freilich ist bisher nur ein Teil dieser Leistungen der österreichischen Wirtschaft unmittelbar zugute gekommen, während ein nicht unerheblicher Prozentsatz den Bedürfnissen der Besatzungsmächte diene. Beachtung aber verdient, daß diese Leistung überhaupt schon erbracht werden konnte. Bei genügend rollendem Material und entsprechender Kohlenbevorratung wird auch ein noch wesentlich größeres Verkehrsvolumen bewältigt werden können.

Für die künftige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wird aber nicht allein die technische Möglichkeit, Verkehrsleistungen zu bewältigen, entscheidend sein. In dem Maße, als sich das wirtschaftliche Leben wieder normalisiert, werden die Erwägungen der Wirtschaftlichkeit jene der technischen Möglichkeiten an Bedeutung wieder weit überragen.

Zunächst hat im Hinblick auf finanzielle Erfordernisse die Österreichische Staatseisenbahn mit Wirkung vom 1. Juli d. J. die Personen- und Gepäcktarife bedeutend erhöht. Eine Erhöhung der Gütertarife soll folgen. Die Erhöhung erfolgt zu einer Zeit, da die offizielle Preispolitik grundsätzlich noch bestrebt ist, an dem bestehenden Preisniveau festzuhalten und der Wirtschaft Ausnahmegenehmigungen von den geltenden Preisvorschriften nur zögernd und unter einschränkenden Bedingungen gewährt. Da sich endgültige neue Preisrelationen erst bilden müssen, sollte die Gestaltung der Gütertarife nur mit größter Vorsicht vorgenommen werden. Eine Erhöhung der Personentarife, als Preise für Konsumleistungen, wird die Produktionsfähigkeit der Gesamtwirtschaft weniger beeinträchtigen als die Erhöhung der Güter-

tarife, die Preise für Produktionsleistungen darstellen. Der Wiederaufbau der Wirtschaft bedeutet nichts anderes als die Durchführung langfristiger Investitionen. Während dieser Zeit kann sich der Verbrauch an Konsumgütern zwangsläufig nur sehr langsam ausdehnen. In einer freien Wirtschaft tritt dies durch entsprechende Änderungen in dem Verhältnis der einzelnen Preise zueinander (des Preisgefüges) automatisch ein. In einer gelenkten Wirtschaft muß die Preispolitik trachten, die Preisrelationen autonom in diesem Sinne zu bestimmen. Die Tarifpolitik der Bahn ist ein wesentlicher Bestandteil der Preispolitik und sie muß sich daher mit ihren Maßnahmen in das Grundkonzept der allgemeinen Preispolitik einordnen.

Auto- und Fuhrwerksverkehr

Hinsichtlich des Autoverkehrs ist zu den Feststellungen im letzten Bericht (1. Dezember 1945, S. 27) nichts Wesentliches hinzuzufügen. Der Stand an Last- und Personenkraftwagen hat sich wohl dank den UNRRA-Lieferungen und der Abgabe zahlreicher Beutefahrzeuge seitens der Besatzungsmächte erhöht, doch verhindert die Knappheit an Treibstoff und Reifen noch eine entscheidende Ausdehnung der Transportleistungen. Von der UNRRA hat Österreich 1.000 Fahrzeuge zu erwarten, davon 800 Stück zu je 3 Tonnen und 200 Stück zu je 1 Tonne Tragfähigkeit. Die ersten 270 Fahrzeuge sind bereits verteilt worden. Während östlich der Demarkationslinie die Zahl der Lastkraftwagen verhältnismäßig langsam ansteigt, ist der Bedarf westlich der Demarkationslinien fast gesättigt (siehe Übersicht 56).

Auch im Lastkraftwagenverkehr sind Tarifierhöhungen zugestanden worden.

Der Fuhrwerksverkehr leidet in erster Linie am Pferdemangel. Einem zucht- und mengenmäßig befriedigenden Pferdestand in den westlichen Bundesländern steht eine erhebliche Dezimierung in Niederösterreich, Burgenland, besonders aber in Wien, gegenüber. Eine Vermehrung ist bis heute in nennenswerter Weise nicht erfolgt, weil die Einfuhr aus dem Westen kaum den laufenden Ausfall im Osten ersetzen konnte. Was die Bespannfahrzeuge betrifft, so ist der Ausfall an leichteren Fahrzeugen in der Landwirtschaft teils durch Schenkung, teils durch Kauf aus Wehrmachtbeständen wettgemacht worden. Bei den schweren Brücken-, Streif- und Kippwagen muß in größerem Umfang Ersatz beschafft werden, weil der Großteil dieser Fahrzeuge während der Kampfhandlungen meist durch Brand

Stand an einsatzfähigen Kraftfahrzeugen in den einzelnen österreichischen Bundesländern

[Übersicht 56]

Land	Jahresende	Be- völkerung	Last- kraftwagen	Omnibusse	Zug- maschinen	Sonder- fahrzeuge	Anhänger	Personen- kraftwagen	Kraft- räder
Wien	1938	1,929.976	6.791	1.118	55	474	896	15.939	18.854
	1944 ²⁾	1,641.693	12.482	1.439	955	1.333	6.235	17.815	25.500
	1945 ³⁾	1,451.475	3.553	71	263	207	148	1.786	2.915
Niederösterreich	1938	1,514.435	.	6000	.	.	.	ca. 10.000	ca. 27.000
	1944 ²⁾	1,664.798	2.945	96	2.350	.	.	2.352	2.300
	1945 ³⁾	1,494.325	506	9	223	.	181	410	1.161
Oberösterreich	1938	1,034.871	2.078	71	782	177	517	4.843	11.915
	1944 ²⁾	1,091.328
	1945 ³⁾	1,202.187	3.400	305	751	214	216	3.453	5.054
Salzburg	1938	257.226
	1944 ²⁾	278.870
	1945 ³⁾	346.799	810	39	243	50	243	932	1.122
Tirol	1938	330.309	1.686	135	335	.	112	2.201	5.412
	1944 ²⁾	356.629	1.288	160	571	.	.	2.371	6.382
	1945 ³⁾	402.529	1.323	69	425	179	339	1.299	3.309
Vorarlberg	1938	156.091	1.030	65	334	65	175	1.230	3.900
	1944 ²⁾	164.991	470	45	285	55	180	650	2.100
	1945 ³⁾	186.708	387	18	280	30	125	405	1.615
Steiermark	1938	1,014.323	3.525	274	478	288	397	2.613	12.977
	1944 ²⁾	1,131.805	2.875	256	493	297	308	2.440	11.670
	1945 ³⁾	1,096.291	942	58	384	144	252	821	1.906
Kärnten	1938	449.713	604	110	39	68	66	1.450	3.213
	1944 ²⁾	472.714	830	32	140	75	122	1.763	4.632
	1945 ³⁾	543.112	782	32	129	81	145	1.700	4.568
Burgenland	1938	285.325	393	58	358	21	288	977	1.979
	1944 ²⁾	4)	333	64	332	25	288	461	849
	1945 ³⁾	276.933	28	0	47	2	12	35	53

1) Jeweiliger Gebietsstand. — 2) Bevölkerung Anfang 1944. — 3) Bevölkerung Anfang 1946. — 4) In Niederösterreich und Steiermark enthalten.

vernichtet wurde. Abgesehen von solchen Fahrzeugen kann, rein zahlenmäßig gesehen, auf dem Gebiet der Bespannfahrzeuge der Friedensstand als erreicht betrachtet werden. In der Zusammensetzung, vor allem in der Ausstattung (Bespannfahrzeuge mit Rollgerachsen für den Stadtverkehr) ist noch wesentliches nachzuholen.

Das rund 4.500 km lange österreichische Bundesstraßennetz hat durch die Kampfhandlungen, speziell im Gebiet von Niederösterreich, Steiermark und Burgenland, ganz erheblich gelitten. Es leidet, mit Ausnahme von Steiermark, zum Teil auch weiterhin an einer Überbelastung durch Verkehrsmittel, die für Rollbahnen mit staubfreier Decke nicht geeignet sind. Die Bundesstraßenbauverwaltung sieht für die Instandsetzung dieser Verkehrswege einen Zeitraum von zirka zwei Jahren nach Beendigung der militärischen Besetzung vor.

Binnenschifffahrt

Vom Gesamtstand der für die österreichische Binnenschifffahrt in Betracht kommenden Schiffeinheiten befindet sich derzeit ein Teil in der östlichen Zone Österreichs, ein ungefähr gleich großer Teil in der westlichen Zone, während ein Teil noch versenkt ist. Der im Westen befindliche Schiffspark steht seit 15. April bzw. 1. Mai d. J. auf der Strecke Linz—Passau für Personen- und Güterverkehr mit eigenem Personal unter amerikanischer Aufsicht zur Verfügung. Seit dieser Zeit kann der Schiffsverkehr zwischen Linz und Passau wieder als wesentliche

Entlastung des westlichen Verkehrsnetzes dienen. Auf der Strecke Linz—Wien findet zunächst kein Verkehr der DDSG statt, doch wurde ein solcher zwischen Tulln—Wien—Preßburg von der Verwaltung der DDSG (russischer Aufsichtsteil der Generaldirektion) eingerichtet. Die Strecke zwischen Linz und Preßburg ist noch nicht frei. Die Strompassagen bei Preßburg und im Strudengau sind nur knapp für das Durchmanövrieren eines Schleppzuges freigemacht worden.

Die geänderten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen werden aller Voraussicht nach eine Intensivierung des Handels mit dem Osten und Südosten mit sich bringen. Der österreichischen Binnenschifffahrt werden damit im Vergleich zu 1937 erhöhte Aufgaben zufallen, insbesondere dann, wenn der Güterumschlag über Wien in stärkerem Maße zunehmen sollte.

Postkraftwagenverkehr

Während der Postkraftwagenverkehr in West-Österreich durch die Kriegshandlungen verhältnismäßig wenig Verluste erlitten hat und den größten Teil seiner Linien wieder in Betrieb nehmen konnte, leidet der Osten immer noch schwer unter den Zerstörungen des Krieges.

In Steiermark z. B. erhöhte sich die Zahl der Postkraftwagenlinien von 11 (August 1945) auf 52 und in Klagenfurt und Osttirol von 23 (1945) auf 51. Mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr wird in beiden Ländern durch Einstellung reparierter Kraftwagen das Liniensystem weiter ausgebaut.

In Salzburg, Tirol und Vorarlberg waren die kriegsbedingten Verkehrsunterbrechungen in der Regel nur sehr

kurz. Salzburg dürfte bald wieder einen friedensmäßigen Personenkraftwagenverkehr erreichen und auch in den anderen Ländern der amerikanischen und französischen Zone ist nur ein ganz kleiner Hundertsatz der früheren Linien noch nicht in Betrieb.

Die Straßenverhältnisse sind in West-Österreich verhältnismäßig gut und der Fortschritt der Reparaturen ist zufriedenstellend. In Kärnten und Steiermark wurden Behelfsbauten errichtet und von alliierter Stelle Reparaturwerkzeuge zur Verfügung gestellt. Die großen Treibstoffzuweisungen sind hinreichend, doch herrscht Reifenmangel.

Ost-Österreich dagegen wurde durch die Kriegshandlungen und Evakuierungen fast des gesamten Wagenparkes beraubt, so daß mit Kriegsende weder Betriebsmittel noch Betriebsanlagen vorhanden waren.

Durch die Postkraftwagenlinie zwischen Wien und Brünn, die gemeinsam mit den tschechoslowakischen Eisenbahnen betrieben wird, wurde der Postkraftwagen-Auslandsdienst aufgenommen. Auf gleicher Grundlage sind weitere Linien nach Preßburg und Znaim geplant. Mit Ungarn sind Verhandlungen über eine Kraftwagenverbindung nach Budapest angebahnt, doch muß erst die Sicherheit der Betriebsmittel gewährleistet sein. Die Linie durch das Berchtesgadener Ländchen nach Lofer wird ebenfalls wieder betrieben.

Postdienst

Durch die Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Postanstalten und deren Einrichtungen und Betriebsmittel konnte seit Kriegsende der Postdienst allmählich erweitert werden¹⁾. Heute sind im Inland bereits Postsendungen bis zu 1000 Gramm, eingeschriebene und Eilsendungen zugelassen. Ebenso ist der auf 5 Kilogramm Stückgewicht erweiterte Paketverkehr, beschränkt auf besondere Güterarten, in Kraft. Auch Postanweisungen bis zu 1.000 Schilling sowie Wertbriefe sind zulässig. Die seinerzeitige Zeitungspostordnung ist gegenwärtig noch nicht wieder in Kraft, doch sind für die klaglose Abwicklung dieser besonders wichtigen Sendungen entsprechende Vorkehrungen getroffen. Gleichfalls beschränkt möglich ist der Postnachnahme- und Postauftragverkehr. Die reichsdeutsche Postordnung wird in Kürze durch die österreichische ersetzt werden. Im allgemeinen funktioniert der Postverkehr trotz der Demarkationslinien zufriedenstellend und Verzögerungen in der Beförderung bzw. Zustellung von Briefsendungen gehen ausschließlich auf die gegenwärtig gehandhabte Zensurpraxis zurück.

Fernmeldewesen

Während in der westlichen und südlichen Zone Österreichs das Fernmeldewesen (Telephon und Telegraph) nur geringfügige Schäden erlitten hat und keinerlei Störungen unterworfen war, hat es im östlichen Teil Österreichs durch die Kriegshandlungen aufs schwerste gelitten. In Wien sind, von den Luftkriegsschäden abgesehen, die unmittelbaren Zerstörungen weitaus geringer als am flachen Lande, wo die Fernsprecheinrichtungen mit Kriegsende größtenteils

¹⁾ Zur Wiederinstandsetzung von Postämtern wurden 1945 rund 1 Million Schilling, 1946 bis zur Jahresmitte fast 2 Millionen Schilling aufgewendet und für den restlichen Teil des Jahres sind noch Bauvorhaben von rund 3 Millionen Schilling vorgesehen.

verschwunden waren. Die Fernsprecheinrichtungen der Stadt Wien erlitten erst durch die später vorgenommenen Demontagen von zirka 60.000 Teilnehmerapparaten sowie von 9, allerdings kleineren, dafür aber moderneren automatischen Vermittlungsstellen an der Peripherie der Stadt eine namhafte Einschränkung. Um den Fernsprechbetrieb halbwegs aufrechtzuerhalten, wurde das noch vorhandene Kabelnetz der demontierten mit den noch verbliebenen restlichen 9 Vermittlungsämtern zusammengeschlossen. Die Demontagen im Fernschreibverkehr haben sich bisher nicht so sehr fühlbar gemacht, da der Auslandsverkehr sowohl seitens der alliierten Behörden als auch seitens der noch stillliegenden Wirtschaft sehr eingeschränkt ist. Auch aus devisentechnischen Gründen muß der österreichische Fernsprech- und Fernschreibverkehr ins Ausland in solchen Grenzen gehalten werden, daß die seitens Österreich mit dem Ausland geführten drahtlichen Verbindungen wertmäßig keinesfalls die der Gegenrichtungen übersteigen, da sonst der ohnehin knappe Devisenvorrat belastet würde.

Im Jahre 1938 zählte Wien zirka 130.000 Fernsprechteilnehmer (einschließlich der sogenannten Gesellschaftsanschlüsse, einer spezifisch österreichischen Einrichtung). Durch Ausschaltung von Teilnehmern zum Teil aus politischen Gründen sank diese Zahl auf ungefähr 100.000. Nach Kriegsausbruch hat sich der Kreis der zivilen Fernsprechteilnehmer weiter verkleinert, während amtliche Stellen in bedeutender Zahl an das Fernsprechnetzzugeschaltet wurden. Derzeit sind wieder rund 60.000 Teilnehmer eingeschaltet.

Flugpostverkehr

Da Österreich derzeit noch keine Berechtigung zur Unterhaltung eigener Fluglinien besitzt, wird der seit 25. März d. J. in beschränktem Ausmaß wieder eröffnete Flugpostverkehr nach dem Ausland ausschließlich mit alliierten Flugzeugen bewältigt. Die alliierten Stellen unterhalten zur Zeit Flugverbindungen nach London, Paris und Moskau. Die vor kurzem eröffnete Flugverbindung mit New York ist wieder eingestellt worden. Flugpostsendungen aus Österreich nach anderen Richtungen werden mit dem Schnellzug nach Prag gebracht und von dort durch tschechoslowakische Flugzeuge weiterbefördert.

Verkehrsbetriebe der Stadt Wien

Die Verkehrsanlagen der Stadt Wien haben in der letzten Phase des Krieges insbesondere durch die Straßenkämpfe schwere Schäden erlitten. Der Wagenpark wurde zum Bau von Barrikaden verwendet, die Fahrleitungen ganzer Straßenzüge von durchfahrenden schweren Panzern heruntergerissen, die eisernen Maste umgelegt, Brücken gesprengt, Bahnhofsanlagen und sonstige Objekte, soweit sie der Luftkrieg verschonte, durch Artilleriebeschuß zerstört.

Von den 3.635 Personenwagen der Straßenbahn zu Kriegbeginn wurden 587, d. s. 16 v. H., vollkommen zerstört, 1.539, d. i. 42 v. H., beschädigt (hievon zwei Fünftel schwer). Von den rund 660 Kilometer Fahrleitung wurden 250, d. s. rund 40 v. H., vollkommen zerstört und ungefähr 500 Eisenmaste umgelegt. Der Oberbau hat sich als widerstandsfähiger gegenüber den Kriegseinflüssen erwiesen als die übrigen Einrichtungen und Fahrbetriebsmittel. Von 650 Kilometer Geleisen wurden durch mehr als 500 Bombentreffer nur etwa 12 Kilometer zerstört. Die Wieder-

herstellungsarbeiten sind nahezu abgeschlossen. Von 14 Betriebsbahnhöfen wurden 12 schwer beschädigt, von 14 Werkstättengebäuden wurden 3 zerstört, 8 schwer beschädigt, von 8 Autogaragen 2 zerstört, 2 leichter und 2 schwerer beschädigt und schließlich von 33 sonstigen Hochbauobjekten 1 zerstört, 20 leicht und 9 schwer beschädigt. 13 Gewölbe der Hochbahnstrecke, zahlreiche Eindeckungen, Stütz- und Futtermauern wurden an 35 Stellen teils schwer, teils leichter beschädigt. Schließlich wurde ein Betriebsbahnhof und 2 Stationsgebäude gänzlich zerstört.

Als sich die Kampfhandlungen der Stadt Wien näherten, mußte auch der Verkehr der Wiener Verkehrsbetriebe eingestellt werden. Nach Einzug der russischen Armee lagen Wagen und Fahrleitung zerstört auf der Straße, der Betriebsstrom fehlte, die meisten leitenden Beamten waren geflüchtet und das Fahrpersonal in alle Winde zerstreut. Durch mühevollste Kleinarbeit ist es Ende April 1945, also kaum 3 Wochen nach Abschluß der Kriegshandlungen gelungen, die ersten 6 Linien der Straßenbahn in Betrieb zu nehmen. Den weiteren Wiederaufbau zeigen folgende Ziffern:

Straßenbahnverkehr in Wien¹⁾
[Übersicht 57]

	April 1945	August 1945	Dezember 1945	April 1946
Straßen- und Stadtbahn				
Betriebskilometer insgesamt	31'3	102'6	163'3	198'6
davon: Straßenbahn . . .	31'3	80'9	141'6	176'9
Stadtbahn	—	21'7	21'7	21'7
Wagenbetriebsstand				
insgesamt	125	795	1.201	1.547
davon: Straßenbahn . . .	125	528	998	1.345
Stadtbahn	—	177	203	202
Wagennutzkilometer				
(in 1000 km) insgesamt .	33'0	4.023'7	6.126'0	7.883'8
davon: Straßenbahn . . .	33'0	2.442'0	4.455'4	6.042'6
Stadtbahn	—	1.581'7	1.670'6	1.841'2
Fahrgastbeförderung				
(in 1000 Personen) insges.	3.215'0	28.936'0	37.456'0	52.117'0
Autobusbetrieb				
Betriebskilometer	—	—	—	11'0
Wagenbetriebsstand	—	—	—	10
Wagennutzkilometer				
(in 1000 km)	—	—	—	41'3
Fahrgastbeförderung				
(in 1000 Personen)	—	—	—	325'0

¹⁾ Stand am Monatsende bzw. Monatssummen.

Die Betriebslänge der Straßenbahn betrug vor Ausbruch des Krieges 287,5 Kilometer, wovon bis heute 198,6 Kilometer, d. s. rund 70 v. H. wieder hergestellt sind. Die Betriebslänge der Stadtbahn betrug 26,7 Kilometer, wovon bis heute 22 Kilometer, also 83 v. H. wieder erneuert sind.

Vor Ausbruch des Krieges wurden auf Straßen- und Stadtbahn zusammen jährlich 494 Millionen Fahrgäste befördert. Diese Zahl erreichte während des Krieges eine Spitze von 730 Millionen.

Die Wiederherstellungsarbeiten am beschädigten Fahrpark wurden bisher in der betriebseigenen Hauptwerkstätte von rund 1100 Arbeitern bewältigt. Von den 1.500 beschädigten Wagen sind zirka 800 bereits wieder hergestellt, ungefähr 700 — es sind dies die schwerer beschädigten — werden derzeit repariert. Da durch die Überlastung des restlichen Fahrparks laufend eine große Zahl von Wagen in Reparatur steht, kann die Wiederherstellung des kriegsbeschädigten Wagenparks nur durch Hinzuziehung von drei Privatfirmen bewältigt werden.

Rund 220 Kilometer Fahrleitung sind seither gleichfalls wieder erneuert worden, ungefähr 30 Kilometer harren noch ihrer Wiederherstellung. Hierbei sind außer der betriebseigenen Spezialwerkstätte noch gleichfalls drei Privatfirmen beschäftigt. Der Fortschritt dieser Arbeiten wird durch Mangel an Fahrdrabt, Transportmitteln und insbesondere an Spezialturmwagen stark behindert.

Auch an der Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Hochbauten wird gearbeitet. Der katastrophale Mangel an Baumaterialien jedweder Art verzögert jedoch diese Arbeiten. Es wurden daher vorläufig nur die allerdringendsten Schäden notdürftig behoben, um die Objekte vor Witterungseinflüssen zu schützen.

Außenhandel

Hauptprobleme des österreichischen Außenhandels

Die derzeitige Außenhandelstätigkeit Österreichs unterscheidet sich wesentlich von der vor dem Kriege bzw. vor der Annexion.

Während bis zum Jahre 1938 der österreichische Außenhandel fast ausschließlich in österreichischen Händen lag, wird heute der überwiegende Teil der Aus- und Einfuhr von alliierten Stellen bzw. der UNRRA durchgeführt.

Die zur Zeit herrschende Aus- und Einfuhrstätigkeit kann in drei großen Gruppen zusammengefaßt werden:

1. auf *Anweisung der Besatzungsmächte* und der *UNRRA*;
2. unter *Anmeldung* beim *Österreichischen Warenverkehrsbüro*;
3. unter *Umgehung* des *Österreichischen Warenverkehrsbüros*.

Die *erste Gruppe* umfaßt hinsichtlich der Einfuhr die Lieferungen der alliierten Militärbehörden und der UNRRA. Es handelt sich hier vor allem um Lebensmittel- und Kohlenlieferungen, aber auch der umfangreiche Verleih von ausländischen Filmen und andere Leistungen zählen in diese Gruppe. Auf der *Ausfuhrseite* wären außer den beschlagnahmten und abtransportierten Maschinen, Apparaten, Lagerbeständen u. dgl. m. alle jene Leistungen der österreichischen Wirtschaft zu berücksichtigen, die von den alliierten Stellen auf Grund der vom österreichischen Staat zur Verfügung gestellten Gelder erworben werden. Ferner sind alle jene Gegenleistungen in Betracht zu ziehen, die aus den durch Filmverleih und ähnlichen Leistungen erzielten Erlösen den alliierten Stellen zufallen. Auch der Export elektrischer Energie ist hier einzubeziehen.

Charakteristisch für die meisten dieser Aus- und Einfuhren ist, daß nicht wie bei normaler Kompensationstätigkeit die Leistung des Inlandes unmittelbar einer Gegenleistung des Auslandes und umgekehrt entspricht, so daß auch der Anspruch auf einen Ausgleich der Aus- und Einfuhrleistungen *in summa* nicht erhoben werden kann. Seitens der österreichischen Behörden ist dieser wesentliche Teil des zwischenstaatlichen Güterverkehrs nicht zu erfassen.

In der *zweiten Gruppe* sind alle Außenhandelsgeschäfte enthalten, die vom Österreichischen Warenverkehrsbüro registriert werden. Die nachstehende Besprechung der bisherigen Außenhandelstätigkeit muß sich auf diese Gruppe von Außenhandelsgeschäften beschränken; sie ist auf den Unterlagen des Österreichischen Warenverkehrsbüros aufgebaut.

Diese Umsätze sind im Verhältnis zu der unter 1. genannten Ein- und Ausfuhrfähigkeit gering, sie geben aber ein Bild über die steigende Außenhandeltendenz, soweit sie auf der Initiative der österreichischen Privatwirtschaft unter Mithilfe des Staates beruht.

Die dritte Gruppe umfaßt alle übrigen Außenhandels-geschäfte, die beim Warenverkehrsbüro anmeldepflichtig wären, aber nicht registriert, sondern „schwarz“ durchgeführt werden. Diese Geschäfte waren infolge der schlechten Verbindungen über die Demarkationslinien früher noch zahlreicher als gegenwärtig, es werden aber auch heute noch solche Geschäfte getätigt. Somit ergibt sich, daß der im nachstehenden gebotene Außenhandelsüberblick kein lückenloses und vollkommen richtiges Bild bietet, aber auf jeden Fall Aufschluß über herrschende Tendenzen in Österreichs Außenhandel wiedergibt.

Von August 1945 bis Mai 1946 wurden unter Einschaltung des Österreichischen Warenverkehrsbüros insgesamt für 13 Millionen Schilling Waren importiert und für 26 Millionen Schilling exportiert.

Ein Vergleich dieser Werte mit denen des Jahres 1937 gäbe ein viel zu günstiges Bild, da die gegenwärtigen Preise der Ein- und Ausfuhrwaren hauptsächlich wegen der viel zu hoch festgesetzten Devisenkurse um 100 v. H. bis 400 v. H. höher liegen als 1937.

Der österreichische Außenhandel, von dem die Gesamtwirtschaft in weit höherem Maße abhängt als in den meisten übrigen Ländern, ist nach wie vor äußerst gering.

Freilich ist zu berücksichtigen, daß Österreich praktisch erst in den letzten Monaten die Geschäftsverbindungen mit dem Ausland wieder aufgenommen hat und zum Teil auch heute noch, u. a. durch die Briefzensur, in der Anbahnung und dem Abschluß von Geschäften stark behindert ist.

Die abgeschlossenen Verträge im Außenhandel zeigen (zum Unterschied von den durchgeführten Lieferungen) ein etwas günstigeres Bild. Wenn diese Verträge vom Alliierten Kontrollrat genehmigt werden und der Handelspartner die Verträge auch wirklich erfüllen kann, ist für die nächste Zeit eine erhebliche Belebung im österreichischen Außenhandel zu erwarten.

Die in den Monaten Jänner bis Mai 1946 abgeschlossenen Außenhandelsgeschäfte erreichen in der Einfuhr 12,7 v. H. und in der Ausfuhr 17,1 v. H. der Werte des Jahres 1937.

Bei den durchgeführten Geschäften fällt auf, daß die österreichischen Lieferungen den Gegenlieferungen des Auslandes vorausseilen. Im allgemeinen bemüht sich der österreichische Exporteur, prompt zu liefern, während sich die ausländischen Handelspartner mit ihren Gegenleistungen mehr Zeit lassen, sei es weil sie im Geschäft mit einem noch

von vier Mächten besetzten Land ein erhöhtes Risiko sehen, sei es auf Grund der günstigen Handelsposition, die sie gegenüber Österreich besitzen. Gelegentlich wird auch behauptet, daß österreichische Exporteure ihre Forderungen länger als notwendig im Ausland belassen. Das Vorausseilen der österreichischen Lieferungen vor den ausländischen bedeutet eine Kreditgewährung Österreichs an das Ausland.

Die zu hohen Devisenkurse und daher überhöhten Einfuhrpreise belasten den österreichischen Käufer schwer. Da aber der österreichische Exporteur für seine Ausfuhr ebenfalls viel höhere Preise erzielt, wäre es möglich, die Importgüter über den Weg einer Ausgleichskasse zu verbilligen. Eine solche funktioniert bisher noch nicht, so daß in vielen Fällen die Einfuhrware zu enorm hohen Preisen abgesetzt wird, während der österreichische Exporteur zumeist die vollen, durch die hohen Ausfuhrpreise überhöhten Exportgewinne verbuchen kann. Der Exporteur wird zwar an dem Auslandsgeschäft durch höhere Preise stärker interessiert, auf der anderen Seite wird jedoch dadurch das österreichische Preisniveau beträchtlich erhöht.

Im Ausland sind gegenüber der Vorkriegszeit die Preise zum Teil sehr gestiegen, während in Österreich im wesentlichen noch immer der Stopppreis gilt. Die für die Bewertung der Auslandswaren beim Warenverkehrsbüro derzeit gültigen (fiktiven) Devisenkurse berücksichtigen nun im allgemeinen die stärkeren Preissteigerungen im Ausland nicht. Im Gegenteil, die Umrechnungskurse wurden im Gegensatz zur Entwicklung der Kaufkraftparitäten sogar noch zu ungunsten Österreichs weiter erhöht. So kommt es, daß gegenwärtig beispielsweise 1 Tonne Steinkohle, die 1937 mit 28,40 Schilling bewertet wurde, nunmehr für 10 Dollar = 100 österreichische Schillinge vom Ausland gekauft werden muß.

Eine wesentliche Stärkung wird Österreichs Ausfuhrfähigkeit durch die Rohstofflieferungen der UNRRA für die österreichische Industrie erfahren. Solche Einfuhrgüter sind: Brennmaterial und Treibstoffe, Textilrohstoffe und Textilien, Maschinen, Werkzeuge, Chemikalien, Fahrzeuge, Leder und Häute. Durch diese Einfuhren wäre die Möglichkeit gegeben, Österreichs Exportindustrie wieder leistungsfähig und betriebsbereit zu machen.

Entwicklung in den einzelnen Monaten

Das erste offizielle Kompensationsgeschäft wurde Ende August 1945 mit Ungarn abgeschlossen, aber nicht vollständig durchgeführt. Ein zweiter

Anzahl der Außenhandelsgeschäfte Oesterreichs
[Übersicht 58]

Zeit	Kompen- sations- ge- schäfte	Ver- edlungs- verkehr	Ein- fuhr-	Aus- fuhr-	Ins- ge- samt
			Devisen- Geschäfte		
1945: August	1	—	—	—	1
September	1	—	—	—	1
Oktober	2	—	—	—	2
November	13	—	—	—	13
Dezember	14	—	—	—	14
1946: Jänner	22	—	—	3	25
Februar	37	1	—	5	43
März	77	6	3	12	98
April	121	12	5	23	161
Mai ¹⁾	59	29	7	11	106

¹⁾ Vorläufige Ziffern.

Die Außenhandelsgeschäfte Oesterreichs
[Übersicht 59]

Zeit	Wert der ab- geschlossenen Außenhandels- geschäfte in Mill. S		Zeit	Wert der ab- geschlossenen Außenhandels- geschäfte in Mill. S	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr		Ein- fuhr	Aus- fuhr
1945 August	0'6	0'6	1946 Jänner	1'8	3'2
September	2'5	2'3	Februar	5'7	6'3
Oktober	0'0	0'0	März	10'1	9'5
November	3'2	2'9	April	34'6	42'2
Dezember	3'0	3'0	Mai ¹⁾	23'2	19'2

¹⁾ Vorläufige Ziffern.

umfangreicher Abschluß wurde einen Monat später mit der Tschechoslowakischen Republik getätigt, dem im Oktober zwei kleine Kompensationsverträge folgten. Aber erst ab November 1945 kam es zu einer regeren Abschlußtätigkeit, die ab März 1946 beachtlich gestiegen ist (siehe Übersichten 58 und 59).

Auch die Zahl der abgeschlossenen Geschäfte steigt ständig, und zwar progressiv an. Die Kurven der Abbildung 12 lassen erkennen, daß sich die wertmäßige Zunahme der Außenhandelsabschlüsse nicht nur auf wenige Großgeschäfte beschränkt.

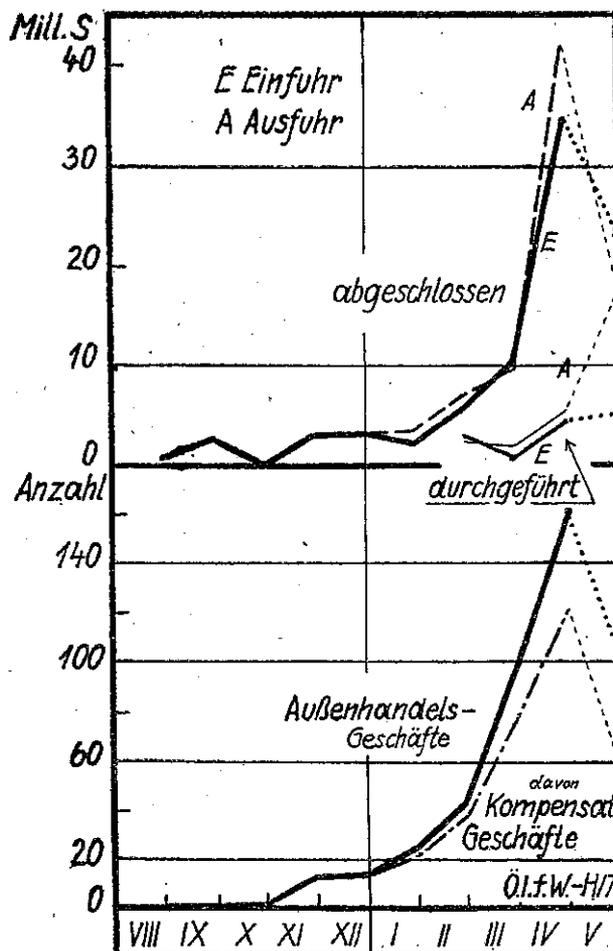
Wenn der Wert der Aus- und Einfuhrabschlüsse nicht genau übereinstimmt, so ist dies darauf zurückzuführen, daß außer Kompensationsgeschäften auch Abschlüsse gegen freie Devisen getätigt wurden (siehe Abbildung 15). Ferner sind auch einzelne Kompensationen noch nicht restlos ausgeglichen und weisen vorübergehende Kompensationsspitzen auf.

Wert der durchgeführten Lieferungen
[Übersicht 60]

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr
	Mill. S	
August 1945 bis 31. Jänner 1946	1'9	1'5
1946 Februar	2'4	2'2
März	0'5	1'4
April	3'8	4'9
Mai	5'1	36'3

Die schon durchgeführten Lieferungen sind im Vergleich zu den getätigten Abschlüssen noch sehr gering (siehe Übersicht 60).

Abb. 12. Außenhandelsgeschäfte Oesterreichs vom August 1945 bis Mai 1946
(Natürlicher Maßstab; die Angaben für Mai sind vorläufig)



Die Außenhandelstätigkeit steigt sowohl wertmäßig als auch der Anzahl der Geschäfte nach progressiv an. Die Außenhandelsgeschäfte insgesamt sind infolge der freien Devisengeschäfte und der Lohnveredelungen erheblich höher als die Nur-Kompensationsgeschäfte. Das Absinken der Kurven im Monat Mai geht teilweise darauf zurück, daß noch nicht alle Geschäfte gemeldet worden sind. Die „durchgeführten“ Geschäfte erlangen erst ab Mai nennenswerte Bedeutung.

Handelspartner

Zu den gegenwärtig für Österreich bedeutendsten Handelspartnern zählen außer der Tschechoslowakei noch die Schweiz und Italien, also die unmittelbaren Nachbarstaaten. Der Außenhandelsumsatz mit diesen drei Ländern beträgt bis Mai

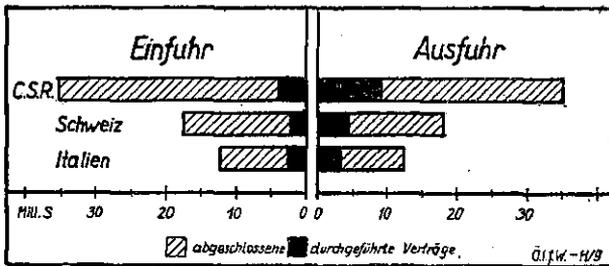
1946 insgesamt 93·8 v. H. der getätigten Einfuhren bzw. 62·7 v. H. der getätigten Ausfuhren (siehe Übersicht 61 und Abbildungen 13, 14 und 15).

Außenhandel Oesterreichs nach Herkunfts- und Bestimmungsländern¹⁾
August 1945 bis Mai 1946
[Übersicht 61]

Land	Abgeschlossene Geschäfte				Durchgeführte Lieferungen			
	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill. S	v. H.	Mill. S	v. H.	Mill. S	v. H.	Mill. S	v. H.
Tschechoslowakei	35·8	42·3	35·0	39·2	6·8	53·1	8·9	33·8
Schweiz	21·1	24·9	18·3	20·5	2·4	18·8	4·4	16·7
Italien	12·4	14·6	12·4	13·9	2·8	21·9	3·2	12·2
Deutschland	1·2	1·4	1·4	1·6	0·1	0·8	0·1	0·4
Ungarn	3·0	3·5	2·6	2·9	0·4	3·1	0·4	1·4
Schweden	2·0	2·4	4·3	4·8	0·1	0·8	2·7	10·3
USA	3·1	3·7	6·3	7·1	—	—	6·3	24·0
England	2·1	2·6	—	—	—	—	—	—
Frankreich	0·0	0·0	4·2	4·7	—	—	0·1	0·4
Jugoslawien	1·9	2·2	1·9	2·1	0·2	1·5	0·2	0·8
Rumänien	0·2	0·2	0·1	0·1	—	—	—	—
Dänemark	0·2	0·2	0·2	0·2	—	—	—	—
Holland	0·3	0·4	0·0	0·0	—	—	0·0	0·0
Belgien	1·3	1·5	2·4	2·8	—	—	0·0	0·0
Portugal	0·1	0·1	0·1	0·1	—	—	—	—
Zusammen	84·7	100·0	89·2	100·0	12·8	100·0	26·3	100·0

¹⁾ Einschließlich des Veredlungsverkehrs.

Abb. 13. Kompensationsverträge Oesterreichs mit den einzelnen Ländern vom August 1945 bis Mai 1946
(Natürlicher Maßstab)

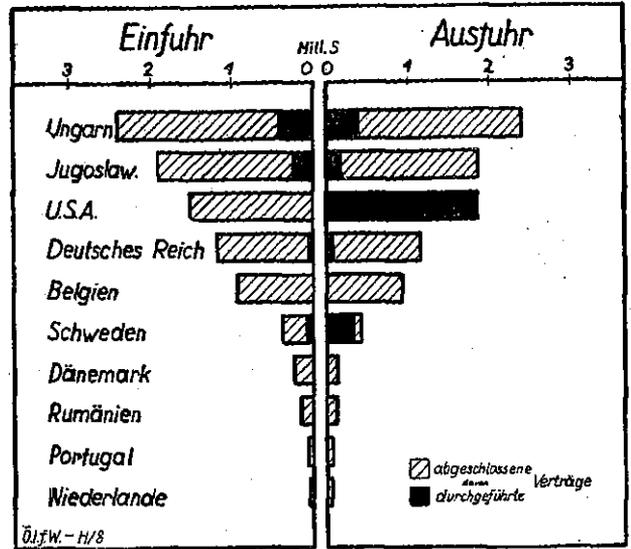


Von den abgeschlossenen Geschäften ist sowohl bei der Ausfuhr als auch besonders bei der Einfuhr erst ein kleiner Teil wirklich durchgeführt.

Die umfangreichsten Abschlüsse wurden bis Mai 1946 mit der *Tschechoslowakei* getätigt. Der Anteil der bereits ausgeführten Lieferungen an den Abschlüssen liegt jedoch unter dem Durchschnitt der übrigen Länder. Die Exportgüter sind Eisenerze, Soda, Magnesit, maschinelle Bestandteile und Vorrichtungen, Sensen u. a. m., die Importgüter vor allem Braunkohle, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe für die Textilfabrikation, Kartoffeln, Schwefelkohlenstoff und andere Chemikalien.

Nach der *Schweiz* wurden außer einer Reihe von Fertigfabrikaten Magnesit, Edelmehle, Blei, Kunstdruckpapiere, Schnittholz, Roheisen und Holzbaracken ausgeführt. Die Importe umfassen verschiedenste Maschinen und Geräte, Schafwolle, Kon-

Abb. 14. Kompensationsverträge Oesterreichs mit den einzelnen Ländern vom August 1945 bis Mai 1946
(Natürlicher Maßstab)



Von den abgeschlossenen Geschäften ist sowohl bei der Ausfuhr als auch besonders bei der Einfuhr erst ein kleiner Teil wirklich durchgeführt.

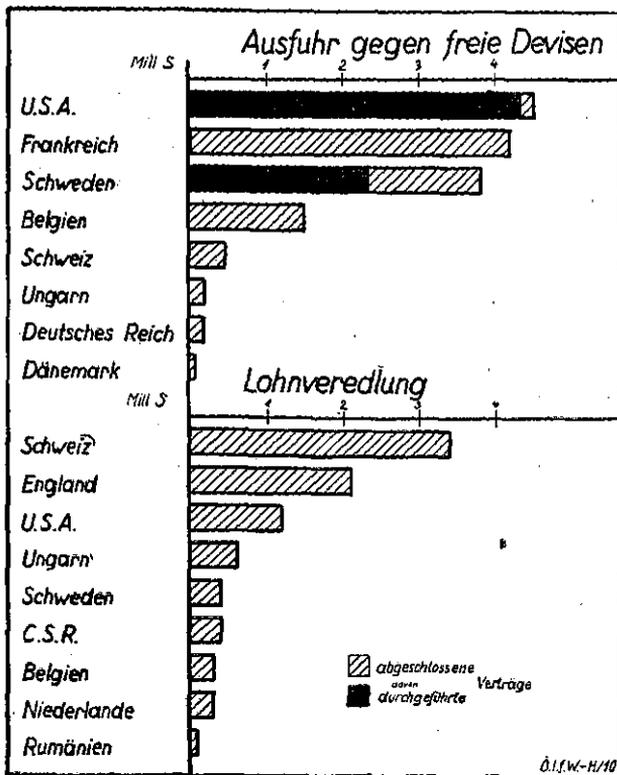
denmilch, Kartoffeln und Sämereien, Elektroden, Erze, Textilien u. a. m.

Italien hat einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Abschlüsse bereits durchgeführt, auch das Verhältnis der Importe zu den Exporten ist befriedigender als bei der *Tschechoslowakei* und der *Schweiz*. Die Hauptexportgüter sind Zellulose, Papier und Schnittholz, Magnesit, Maschinen und Apparate sowie Edelmehle. Die wichtigsten Importgüter sind Hanf, Obst, Gemüse und Sämereien, Schwefel und Schwefelsäure, Werkzeugmaschinen und Filze.

Der Außenhandelsverkehr mit *Deutschland* ist gegenüber der Austauschfähigkeit vor 1937 sehr gering. Dies ist neben der geringen Produktion in Deutschland vor allem auf die strenge Genehmigungspflicht des Außenhandels und der geschäftlichen Korrespondenz mit Deutschland zurückzuführen. Ausgetauscht werden vor allem Magnesit und Soda sowie Fertigwaren gegen Chemikalien, Buna und Apparate. Weitaus die meisten Geschäfte (14 Abschlüsse) wurden mit der amerikanischen Besatzungszone getätigt. Mit der britischen Zone wurden zwei Geschäfte und mit den anderen Zonen nur je ein Geschäft abgeschlossen.

Der Austausch mit *Ungarn* setzt sich, außer einer Kompensation (Braunkohle gegen Grubenholz), auf die die Hälfte des Umsatzes entfällt, aus kleineren Geschäften zusammen. Die Warenzusam-

Abb. 15. Ausfuhr Oesterreichs gegen freie Devisen und Lohnveredelungsverkehr vom August 1945 bis Mai 1946 (Natürlicher Maßstab)



Ausfuhrsgeschäfte gegen freie Devisen waren bisher praktisch nur mit den USA und Schweden bedeutend. Im Lohnveredelungsverkehr wurden noch keine durchgeführten Geschäfte gemeldet.

mensetzung ist wechselnd und charakteristische Außenhandelsgüter treten kaum hervor.

Nach Schweden wurden bisher relativ die meisten Exporte gegen freie Devisen getätigt. Von 35 Abschlüssen im Werte von 4.3 Millionen Schilling entfallen 27 Abschlüsse im Werte von 3.8 Millionen Schilling (also 88 v. H.) auf Geschäfte gegen freie Devisen. 61 v. H. der abgeschlossenen Export-Devisen-Geschäfte wurden bereits durchgeführt. Schweden kann also gegenwärtig als einer der idealsten Handelspartner betrachtet werden. Hauptexportgüter im Verkehr mit Schweden sind: Magnesit und Textilwaren (Herrenhüte) sowie Mikroskope; Hauptimportgüter: Stahlfertigwaren, vor allem Kugellager, ferner Salzheringe.

Mit den Vereinigten Staaten wurde das bisher umfangreichste Exportgeschäft gegen freie Devisen getätigt. Es handelt sich um den Verkauf von Tyrolit-Glassteinen im Werte von mehreren Millionen Schilling. Das Lohnveredelungsgeschäft (Wolle gegen Garne) ist für die Zukunft vielver-

sprechend. Unter anderem kaufte Österreich in den Vereinigten Staaten auch 10.000 Flaschen Penicillin.

Mit Großbritannien wurden bisher nur Lohnveredelungsgeschäfte abgeschlossen. Es handelt sich, außer einem Geschäft mit Schafwolle, um die Ver-spinnung von Baumwolle, für die als Spinnlohn Baumwollzwirne, Garne und Webwaren überlassen werden. Durch diese Verträge, die erst Ende Mai abgeschlossen wurden, nahm man erstmals wieder die Geschäftsverbindung mit Großbritannien auf.

Mit Frankreich schloß man außer einer kleinen Warenkompensation Exportgeschäfte gegen freie Devisen ab. Die Exportgüter sind Magnesit und Magnesitsteine. Aus Tirol und Vorarlberg werden österreichische Erzeugnisse auch ohne Einvernehmen mit dem österreichischen Warenverkehrs-büro nach Frankreich geliefert. So arbeiten ver-schiedene Werke der Holz- und Metallindustrie sowie andere Branchen im Auftrag französischer Staatsstellen. Ähnliches gilt auch für den umfangreichen Stromexport ins Rheinland sowie nach Frankreich und Belgien.

Im Kompensationsgeschäft mit Jugoslawien liefert Österreich hauptsächlich Werkzeuge und Ge-räte sowie Magnesit gegen Bergbau- und Hütten-produkte.

Mit Belgien wurden zwei Geschäfte gegen freie Devisen abgeschlossen. Es sollen hauptsächlich Magnesit und Magnesitsteine geliefert werden. Ferner konnte ein umfangreicher Veredelungsauftrag für die Anfertigung von Hutstumpen aus Kanin-haaren übernommen werden.

Die übrigen Länder, wie Holland, Dänemark, Rumänien und Portugal haben bisher nur ganz ge-ringen Anteil an Österreichs Außenhandel.

Außenhandelsgüter

In der Ausfuhr stehen Erze und Mineralien mit wertmäßig 33.5 v. H. aller durchgeführten Ge-schäfte an erster Stelle. Von diesem Posten ent-fallen 15.6 v. H., also fast die Hälfte, auf den Export von Magnesit und Magnesitwaren. Bereits im Februar konnten umfangreiche Lieferungen durchgeführt werden. Im März waren zwar die Lieferungen gering, doch nahmen die neuen Ver-tragsabschlüsse beträchtlich zu, so daß in den Monaten April und Mai die bisher größten Mengen exportiert wurden. Gleichzeitig wurden aber auch die umfangreichsten neuen Exportgeschäfte abge-schlossen.

Die Ausfuhr von Metall und Metallwaren nimmt ständig zu und die Höhe der Abschlüsse läßt

erkennen, daß ihnen zukünftig in der Ausfuhr eine entscheidende Bedeutung zukommen wird.

Der Posten *Diverse Waren* umfaßt Kunststoffe, wie Beckacite, Klingerit u. a. Dichtungsmaterial, ferner Bleistifte, Glaswaren, Lederwaren usw. Auch diese Waren wurden zum Großteil erst in den Monaten April und Mai ausgeführt.

Papier und *Papierwaren* sowie *Holz* und *Holzwaren* machten 1937 fast 22 v. H., derzeit jedoch nicht ganz 9 v. H. der gesamten Ausfuhr aus. Wenn auch auf Grund der Abschlüsse eine Erhöhung auf zirka 15 v. H. zu erwarten ist, so wird auf lange Sicht infolge des Raubbaues am österreichischen Waldbestand der Holzexport gegenüber 1937 doch stark zurückbleiben müssen.

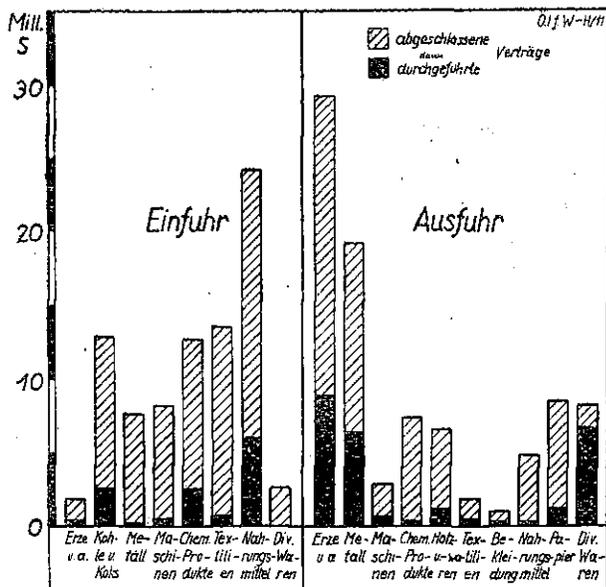
Erdöl, das einen der stärksten Aktivposten der österreichischen Handelsbilanz bilden könnte, wurde bisher für den Außenhandel nicht freigegeben.

Unter den *Einfuhrgütern* stehen jetzt *Nahrungs- und Genußmittel* an erster Stelle, während sie noch im März sowohl hinsichtlich der abgeschlossenen, als auch der durchgeführten Geschäfte zu den unbedeutendsten Warengruppen gehörten. Für die Zukunft ist aus der Warenkompensation ein wachsender Beitrag zur Ernährung zu erwarten.

Auch die Einfuhr von *Textilien* wird zukünftig durch das Lohnveredelungsgeschäft zunehmende Bedeutung erlangen.

Die Einfuhr von *Kohle* und *Koks* steht mengenmäßig an erster Stelle, sie ist jedoch im Verhältnis zum Kohlenbedarf Österreichs noch sehr gering (11 v. H.). Die absolut und relativ zu den anderen Güterpreisen stark erhöhten Kohlenimportpreise

Abb. 16. Wertmäßige Aufgliederung der Ein- und Ausfuhr Oesterreichs nach Warengruppen vom August 1945 bis Mai 1946
(Natürlicher Maßstab)



Der wertmäßige Anteil der durchgeführten Geschäfte an den abgeschlossenen ist gering und in den einzelnen Warengruppen verschieden.

wirkten sich bereits stark auf das Gesamtpreisniveau aus.

Die Einfuhr von *chemischen Produkten* steht der Bedeutung nach an dritter Stelle (bis Mai 1946). Die eingeführten Erzeugnisse sind äußerst vielfältig.

An weiterer Stelle rangieren *Maschinen* sowie *Metalle* und *Metallwaren*.

Die Außenhandelsgeschäfte. Oesterreichs in der Zeit vom August 1945 bis Mai 1946 nach wichtigen Warengruppen

[Übersicht 62]

Warengruppe	Abgeschlossene Außenhandelsgeschäfte				Durchgeführte Lieferungen							
	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr				Ausfuhr			
	Wert in Mill. S	v. H.	Wert in Mill. S	v. H.	Wert in Mill. S	v. H. des Wertes	v. H. des Wertes der abgeschlossenen Geschäfte		Wert in Mill. S	v. H. des Wertes	v. H. des Wertes der abgeschlossenen Geschäfte	
							der betreff. Warengruppe	insgesamt			der betreff. Warengruppe	insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Insgesamt	84,7	100,0	89,2	100,0	12,8	100,0	15,1	15,1	26,3	100,0	29,5	29,5
davon:												
Erze, Mineralien, Baustoffe	1,8	2,1	29,2	32,7	0,3	2,3	16,7	0,3	8,8	33,5	30,1	9,9
Stein-, Braunkohle, Koks	12,8	15,1	—	—	2,5	19,5	19,5	3,0	—	—	—	—
Metalle und Metallwaren	7,6	9,0	19,1	21,4	0,2	1,6	2,6	0,2	6,4	24,3	33,5	7,2
Maschinen, Apparate und Bestandteile (auch elektrische)	8,2	9,7	2,8	3,1	0,5	3,9	6,1	0,6	0,7	2,7	25,0	0,8
Chemische Produkte (einschließlich der medizinischen)	12,7	15,0	7,4	8,3	2,5	19,5	19,7	3,0	0,3	1,1	4,1	0,3
Holz und Holzwaren	0,1	0,1	6,5	7,3	—	—	—	—	1,2	4,6	18,5	1,3
Textilien (außer Bekleidung)	13,5	15,9	1,8	2,0	0,7	5,5	5,2	0,8	0,5	1,9	27,8	0,6
Bekleidung	0,3	0,4	1,0	1,1	—	—	—	—	0,3	1,1	30,0	0,3
Nahrungs- und Genußmittel, landwirtschaftliche Rohstoffe und Produkte	24,1	28,5	4,8	5,4	6,0	46,9	24,9	7,1	0,3	1,1	6,3	0,3
Papierzeug, Papierwaren (einschließlich Bücher)	0,9	1,1	8,5	9,5	—	—	—	—	1,1	4,2	12,9	1,2
Diverse Waren	2,7	3,1	8,1	9,2	0,1	0,8	3,7	0,1	6,7	25,5	82,7	7,6

Unter den *Erzen* und *Mineralien* figurieren meist Erze von Legierungsmetallen (Chromerze), die zur Stahlveredelung benötigt werden, ferner auch Tonerden u. ä. (siehe ferner Abbildung 16 und Übersicht 62).

Außenhandelstätigkeit der Bundesländer

Solange eine zentrale Lenkung des österreichischen Außenhandels noch notwendig ist, muß auch eine enge Verbindung der Bundesländer mit den zentralen Stellen in Wien angestrebt werden. Wenn einzelne Bundesländer selbständig Handelsgeschäfte mit dem Ausland abschließen und die mit dem Ausland Verhandlungen führenden Behörden in Wien weder über die Exportmöglichkeiten noch über den Importbedarf der Bundesländer unterrichtet werden, kann der Wiederaufbau der österreichischen Außen- und Binnenwirtschaft nicht im österreichischen Gesamtinteresse gelenkt werden.

Die Außenhandelsstellen in den Bundesländern sind daher auch im eigenen Interesse immer mehr zu einer engeren Zusammenarbeit mit der Wiener Zentrale bereit. Es werden jetzt Meldungen an das Österreichische Warenverkehrsbüro über die von den Bundesländern getätigten Außenhandelsgeschäfte erstattet.

Eine zentrale Lenkung wird nur nach gesamtösterreichischen Dringlichkeitsstufen erfolgen können. Die Beachtung dieser gesamtösterreichischen Dringlichkeitsstufen wird manche Not lindern und den Wiederaufbau der Gesamtwirtschaft beschleunigen können. Nur der Mangel an Kontakt mit den Wiener zentralen Außenhandelsstellen konnte dazu führen, daß z. B. Tirol Heilmittel gegen Importwaren in das Ausland lieferte, während in Wien nicht einmal die Spitäler die nötigen Heilmittel zur Verfügung hatten. Andererseits waren Bundesländer gezwungen, Kompensationsgeschäfte mit dem Ausland zu tätigen, um eine Ware zu erhalten, die zum Tausch gegen ein noch dringender benötigtes Gut aus einem anderen Bundesland gebraucht wurde. Um eine ordnungsmäßige Abwicklung des Außenhandels zu sichern, wird in den Handelsabkommen mit den Regierungen jetzt vereinbart, nur solche Außenhandelsgeschäfte mit Österreich zuzulassen, die vom Österreichischen Warenverkehrsbüro genehmigt sind.

Infolge der Demarkationslinien innerhalb des österreichischen Wirtschaftsraumes hatte sich ein Kompensationsverkehr zwischen den einzelnen Bundesländern herausgebildet, der sich von dem Außenhandel über die Staatsgrenzen kaum unterscheidet

und wie das obige Beispiel zeigt, auch diesen mitbeeinflussen kann.

Anhaltspunkte über den wertmäßigen Umfang dieser „Außenhandelstätigkeit“ zwischen den Bundesländern geben z. B. einige Zahlen aus Oberösterreich (siehe Übersicht 63).

Interregionaler Außenhandel Oberösterreichs
(Juni 1945 bis einschließlich März 1946. In Schilling.)
[Übersicht 63]

Land	Einfuhr nach Oberösterreich	Ausfuhr aus Oberösterreich ¹⁾
Wien	2.395.271	5.854.204
Niederösterreich	1.251.175	2.380.372
Steiermark	7.150.326	6.980.973
Kärnten	1.468.966	2.825.528
Tirol	2.330.824	2.624.025
Vorarlberg	844.570	807.735
Insgesamt	15.441.132	21.472.837

¹⁾ Ausfuhrwert berechnet auf Grund der Selbstkostenpreise für Erzeugnisse des österreichischen Staatsmonopols: Zigaretten, Salz.

Mit Salzburg, das ebenfalls in der amerikanischen Zone liegt, besteht kein „Außenhandel“.

Die Hauptausfuhrgüter Wiens nach Oberösterreich waren in der Berichtszeit: Schuhe, Rohhäute, Elektromotoren, Industrieausrüstungen, Back- und Braumalz u. a. m.

Hauptausfuhrgüter Niederösterreichs: Textilien, Bau- und Schnittholz, Aluminiumfolien.

Hauptausfuhrgüter Steiermarks: Fichtenrinde, Fichtenlohe, Stahl- und Eisenwaren, Werkzeuge, Häute, Glas und Glaswaren, Zement, Zündhölzer u. a. m.

Hauptausfuhrgüter Kärntens: Fichtenrinde und Fichtenlohe, Rohhäute, Heraklith-Platten, Akkumulatoren u. a. m.

Hauptausfuhrgüter Tirols: Rohtabake, Fohlen, Nutzrinder, Textilrohwaren, Häute, Karbid, Holz, Zellwollgewebe u. a. m.

Hauptausfuhrgüter Vorarlbergs: Erntebindegarne, diverse Lebensmittel, diverse Spinnstoffwaren.

Hauptausfuhrgüter Oberösterreichs: Zigaretten, Salz, Soda, Schafwolle, Zellwolle, Textilwaren, Leder, Eisen- und Metallwaren, Aluminium, Papier und Papierwaren, Schiachtrinder.

Legt man im interregionalen Außenhandel für die beiden bisherigen Hauptausfuhrgüter Zigaretten und Salz die Selbstkostenpreise dieser Staatsmonopole zugrunde, so ist die Ausfuhr aus Oberösterreich nach den übrigen Bundesländern (außer Salzburg) für den Zeitraum von Juni 1945 bis März 1946 zirka drei Viertel der Gesamtausfuhr, während die Einfuhr aus den Bundesländern zirka zwei Drittel ausmacht.

Handelspolitische Vereinbarungen

Handelsverträge

Eine weitere Erleichterung für die Wiederaufnahme und den Ausbau der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen waren Handelsverträge und andere wirtschaftspolitische Vereinbarungen mit dem Ausland.

Das erste über den Rahmen eines Kompensationsgeschäftes hinausgehende Handelsabkommen Österreichs mit dem Ausland wurde am 15. Dezember 1945 mit der *Tschechoslowakischen Republik* als „Kompensationsübereinkommen“ für das erste Halbjahr 1946 abgeschlossen.

Das Abkommen ist weniger bedeutend wegen des vorgesehenen Güteraustausches, als deshalb, weil es den ersten Schritt zu zwischenstaatlichen Wirtschaftsvereinbarungen darstellte.

Ein zweites Abkommen wurde mit der provisorischen Regierung *Polens* getroffen. Die Liste der von Österreich nach Polen auszuführenden Waren enthält eine große Anzahl von mittelgroßen Posten, während die polnischen Lieferungen nur wenige, umfangreiche Warengruppen umfassen, unter denen Kohle wertmäßig über 82 v. H. ausmacht. Der Wertumfang des in diesem Rahmen vorgesehenen Warenaustausches übersteigt den des Abkommens mit der *Tschechoslowakei* wesentlich.

Ein Zusatzprotokoll regelt den Transitverkehr Polens durch Österreich nach Italien, *Tschechoslowakei*, Jugoslawien und anderen Ländern. Danach werden die Transitzkosten, die grundsätzlich von dem importierenden Land zu tragen sind, durch Warenlieferungen an Österreich zu leisten sein. In dem Zusammenhang wurden auch technische Einzelheiten des Transitverkehrs erörtert.

Das am 4. April d. J. abgeschlossene Übereinkommen mit *Italien* ist hinsichtlich des vorgesehenen Güteraustausches bzw. seines wertmäßigen Umfangs nicht so genau umrissen, es sind nur die für den Austausch in Frage kommenden Warengruppen, ohne Mengen- und Wertangaben, genannt.

In Aussicht stehen ähnliche Handelsverträge mit der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion.

Kreditverträge

Bisher wurde ein Kreditabkommen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Darin stellen die USA 10 Millionen Dollar zum Ankauf von Demobilisierungsgütern der USFA für die österreichische Wirtschaft zur Verfügung. Der Kredit ist in 25 gleichen Jahresraten ab 1. Juli 1952 rückzahlbar und ab 1. Juli 1947 mit $2\frac{3}{8}$ v. H. zu verzinsen.

Weitere umfangreichere Kredite wurden in Aussicht gestellt. Damit würde Österreich die Möglichkeit geboten, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch im übrigen Ausland Einkäufe für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu tätigen.

Die sogenannte Aktion „Wilcox“ dagegen soll in erster Linie die Kaufkraft des Besatzungsgeldes für die Soldaten der USFA erhöhen, indem durch Kredite für den Bezug ausländischer Rohstoffe österreichische Qualitätswaren für die USFA erzeugt werden können.

Oesterreichs Außenhandelsorganisationen

Die wichtigsten österreichischen Organisationsstellen für den Außenhandel sind:

Österreichisches Warenverkehrsbüro: Vorbereitung, Vermittlung und Überwachung von Außenhandelsgeschäften. Innere Organisation nach Referaten, Länderreferaten und Filialstellen in den Bundesländern ist vorgesehen.

Abteilung für Exportförderung der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen. Unterstützung der Exporteure, Beratung und laufende Information ausländischer Kunden und österreichischer Ausfuhrhändler. Erfassung aller Exportfirmen, Evidenzhaltung ihrer Exportfähigkeit, Errichtung von Korrespondenz- und Außenhandelsstellen im Ausland, Beobachtung der Auslandsmärkte, Durchführung von Marktanalysen usw.

Diese beiden Behörden bilden den Kern der österreichischen Außenhandelsorganisationen, ihnen übergeordnet ist das *Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau* mit den Abteilungen:

Abt. 1: Handels- und Kompensationsverträge, Mitwirkung bei internationalen Vereinbarungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur. Evidenzhaltung und Bearbeitung der Wirtschaftsgesetzgebung des Auslandes.

Abt. 2: Legislative Angelegenheiten des Zolltarifes, Zollbeirat, Ein-, Aus- und Durchfuhragenden.

Abt. 3: Exportförderung und andere Angelegenheiten.

Eine weitere übergeordnete Stelle ist das *Außenamt des Bundeskanzleramtes* bzw. dessen

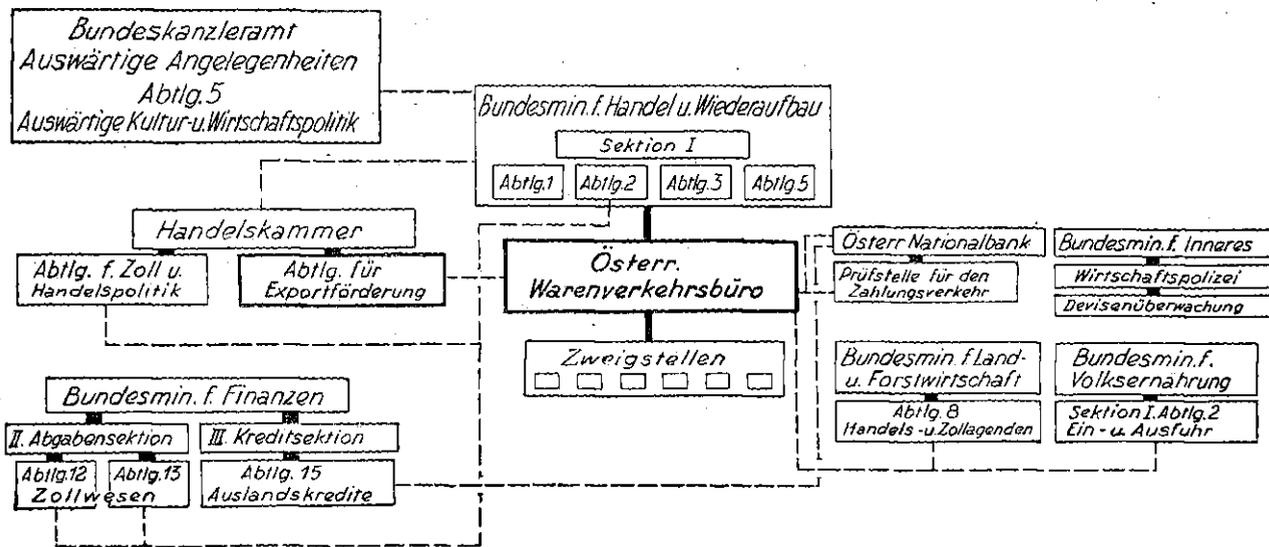
Abt. 5: Auswärtige Kultur- und Wirtschaftspolitik, Angelegenheiten der auswärtigen Politik. Vorbereitungen bei Verhandlungen auf dem Gebiet der Handels-, Finanz- und Verkehrspolitik sowie sonstige außenpolitische Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur.

Für den Devisenverkehr ist die *Österreichische Nationalbank* bzw. deren *Prüfstelle für den Zahlungsverkehr* zuständig.

Die Agenden der *Devisenüberwachung* obliegen jedoch der *Wirtschaftspolizei*.

Die *Abteilung für Zoll- und Handelspolitik* der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und

Abb. 17. Oesterreichs behördliche Außenhandelsorganisationen im Inland



Kreditwesen befaßt sich mit allgemeinen Fragen des Zollwesens, Zollgesetz, Zollverfahren, Vorbereitung von Handelsverträgen, Außenhandelsstatistik, Ursprungszeugnissen, legislativem Übersetzungsdienst u. a. m.

Im Bundesministerium für Finanzen sind folgende Abteilungen mit Außenhandelsfragen betraut:

Abt. 12: Zollrecht, Zollverfahren, Überleitung auf das österreichische Zollrecht, Sonderabkommen mit fremden Staaten. Verwaltungsangelegenheiten des Zolldienstes, Zollinspektion in Angelegenheiten des Zollverfahrens und der Zollverwaltung.

Abt. 13: Zolltarif, Zollinspektion in Angelegenheiten der Tarifierung, Handelsverträge mit auswärtigen Staaten, Handelsstatistik, Erlaubnisschein-

verkehr, wirtschaftliche Ein- und Ausfuhrverbote, Ausfuhrabgaben, Mitwirkung bei der Überleitung auf das österreichische Zollrecht.

Abt. 15: Unter anderem Devisengesetzgebung, internationale Vereinbarungen betreffend den Zahlungsverkehr.

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist die

Abt. 8 u. a. mit handels- und zollpolitischen Angelegenheiten, Kompensationsverkehr u. dgl. betraut.

Im Bundesministerium für Volksernährung ist es die *Abteilung 2*, die sich mit Ein- und Ausfuhrangelegenheiten und Kompensationsverhandlungen auf dem Gebiete der Ernährung befaßt.

Wirtschaftszahlen Österreichs seit dem Jahre 1923

Anmerkungen zu den nachstehenden Tabellen:

★ Saisonbereinigt. — ϕ Durchschnitt. — Ein Punkt (.) bedeutet, daß die Daten zwar erhoben sind, aber noch nicht vorliegen, ein Strich (—) bedeutet, daß die Daten überhaupt nicht mehr erhoben wurden. — *) Provisorische Zahlen. — ¹⁾ Monatsmitte. — ²⁾ Monatssummen. — ³⁾ Monatsende. — ⁴⁾ Monatsdurchschnitt. — ⁵⁾ Der Rückgang von August auf September 1936 erklärt sich vorwiegend aus der Neubewertung der auf Schweizer Franken lautenden Effekten. — ⁶⁾ Parität ab Mai 1934: 100 S = 57.0726 Schw. Fr., vorher 100 S = 72.926 Schw. Fr., ab September 1936 100 S = 82.509 Schw. Fr., ab Jänner 1937 100 S = 82.336 Schw. Fr. — ⁷⁾ Ab Mai 1934 Aufwertung des Goldbestandes und der Devisen. — ⁸⁾ Ohne Bankaktien. — ⁹⁾ Kol. 27: Dividendensumme ausgedrückt in % des Gesamtkurswertes, Kol. 28: Dividendensumme ausgedrückt in % des Kurswertes der A. G., die Dividende zahlen. — ¹⁰⁾ Bei einer Laufzeit von 2 Wochen bis 3 Monate gegen 150%ige Deckung in Effekten (mit Nachschußpflicht) für erste Firmen. — ¹¹⁾ Ab April 1934 Umrechnung zum Privatclearingkurs, bzw. für 100 S Gold = 125 S. — ¹²⁾ 1928 nur Pfandbriefe der Hypothekenanstalten, sonst inkl. Aktienbanken. — ¹³⁾ Für Juni und Juli 1931 nur Sparkassen allein, da Angaben der anderen Geldinstitute fehlen; ab November 1933 inkl. der auf Schillingbeträge umgerechneten Fremdwährungseinlagen und Kassenscheine in fremder Währung. — ¹⁴⁾ Angaben des Reichsverbandes deutscher Sparkassen in Österreich. — Für die Jahre 1929—1931 Jahresdurchschnitte aus den Vierteljahrsziffern. — ¹⁵⁾ Der Rückgang im Februar 1937 gegenüber dem Vormonat erklärt sich aus der Umwandlung der auf Goldschilling lautenden Pfandbriefe in Schillingpfandbriefe. — ¹⁶⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais. — ¹⁷⁾ Inländische Agrarstoffpreise in Prozenten der inländischen Industriestoffpreise. — ¹⁸⁾ Nur Neuauftrieb auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx, ausschließlich der Kontumazanlage und der Außermarktbezüge. Ab August 1939 ohne den Markt für ausgeweidete Tiere, der aufgelassen wurde. Ziffern daher mit den vorhergehenden nicht genau vergleichbar. — ¹⁹⁾ An Stelle der Jahresdurchschnitte Stand am Jahresende. — ²⁰⁾ Auf 100 unmittelbar neu angemeldete offene Stellen entfallen unmittelbar neu angemeldete Stellengesuche. — ²¹⁾ ϕ 1938 Jänner bis September. ϕ 1939 März bis Juni. — ²²⁾ ϕ 1938 Jänner bis September. ϕ 1939 März bis September. ϕ 1941 Jänner bis Juni. — ²³⁾ ϕ 1938 Jänner bis Juli. — ²⁴⁾ ϕ 1938 Mai bis Dezember. — ²⁵⁾ Ab März 1938 mit den Vormonaten nicht vergleichbar. — ²⁶⁾ Ab Jänner 1939 einschließlich der an Österreich gefallenem sudetendeutschen Gebieten. — ²⁷⁾ Ab Dezember 1938 Groß-Wien, früher Wien-Stadt; Österreich-Land ohne die Gebiete, die an Groß-Wien gefallen sind. — ²⁸⁾ Ab April 1938 mit den Vormonaten nicht vergleichbar. — ²⁹⁾ Ab Juli 1938 ausschließlich der Strecken westlich Wörgl, die den Reichsbahndirektionen München und Augsburg unterstellt wurden und ab Ende Oktober 1938 einschließlich der in Südmähren gelegenen CSD., die an die Reichsbahndirektion Wien angegliedert wurden. — ³⁰⁾ 1939 und 1940 fortgeschriebener Bestand am 1. Juli j. J. 1945 Stand am Jahresende. — ³¹⁾ ϕ 1941 Jänner bis Oktober. — ³²⁾ Für 1940 Zahl der bewinkelten Fahrzeuge am 30. Juni. — ³³⁾ Bestand an Nutzkraftfahrzeugen Anfang Jänner 1941 in den Bereichen der Bevollmächtigten für den Nahverkehr. Wien: Kraftomnibusse insgesamt 526, davon bewinkelt 414; Lastkraftwagen insgesamt 18.329, davon bewinkelt 13.562; Zugmaschinen einschließlich Sattelschlepper insgesamt 3.331, davon bewinkelt 2.637. — ³⁴⁾ Ab 1939 Groß-Wien. — ³⁵⁾ Ab 1945 Groß-Wien. — ³⁶⁾ Ab 1945 Arbeitsgesuche und ab Mai 1946 vorgemerkte Arbeitskräfte. — ³⁷⁾ Metallindustrie. — ³⁸⁾ Ab Oktober 1946 einschließlich des Wiederaufbauszuschlages. — ³⁹⁾ Ab Jänner 1946 einschließlich des Militärverkehrs. — ⁴⁰⁾ Für die Produktion in der Papierindustrie 1946 sind nur Summenergebnisse Jänner bis Mai, bzw. Jänner bis Juni vorhanden, welche auf die Einzelmonate gleichmäßig aufgeteilt wurden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Monatsberichte, Jahrgang I bis XII (1927 bis 1938).

Beobachtungen der österreichischen und internationalen Wirtschaft in den Jahren 1927 bis 1938, 12 Bände.

Beiträge zur Konjunkturforschung

1. Geldtheorie und Konjunkturtheorie von Friedrich A. Hayek, 1929.
2. Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung von Fritz Machlup, 1931.
3. Preise und Produktion von Friedrich A. Hayek, 1931.
4. Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf von Erich Schiff, 1933.
5. Die Grenzen der Wirtschaftspolitik von Oskar Morgenstern, 1934.
6. Führer durch die Krisenpolitik von Fritz Machlup, 1934.
7. Kapital und Produktion von Richard von Strigl, 1934.
8. Internationale Kapitalbewegungen von Ragnar Nurkse, 1935.
9. Berechnung und Ausschaltung von Saisonschwankungen von A. Wald, 1936.
10. Prices in the Trade Cycle by Gerhard Tintner. Herausgegeben in Verbindung mit der London School of Economics and Political Science, Wien, 1935.

Beilagen zu den Monatsberichten

1. Berechnung des inländischen Anteiles von Löhnen, Gehältern und Soziallasten an den Gesteungskosten der österreichischen Produktion, 24. Dezember 1932, 6. Jahrgang, Heft 12.
2. Ausschaltung von Saisonschwankungen mittels Lag-Korrelation von Franz J. Zrzavy, 26. Oktober 1933, 7. Jahrgang, Heft 10.
3. Die Verkürzung der Arbeitszeit als Krisenursache (auch in englischer Sprache erschienen) von Dr. Siegfried Camuzzi, 26. Jänner 1935, 9. Jahrgang, Heft 1.
4. Arbeitsmöglichkeiten durch Produktionssteigerung und Arbeitszeitverkürzung von Univ.-Doz. Dr. Hans Bayer, 26. Februar 1935, 9. Jahrgang, Heft 2.
5. Der Aufbau des österreichischen Arbeitsmarktes von Univ.-Prof. Dr. Richard von Strigl, 26. Juni 1936, 10. Jahrgang, Heft 6.
6. Grundsätzliches zur Berechnung des Produktionsindex von Dr. A. Wald, 26. Februar 1937, 11. Jahrgang, Heft 2.
7. Der Nachwuchs auf dem österreichischen Arbeitsmarkte von Univ.-Prof. Dr. Richard von Strigl, 26. Februar 1937, 11. Jahrgang, Heft 2.
8. Extrapolation des gleitenden 12-Monats-Durchschnittes von Dr. A. Wald, 25. November 1937, 11. Jahrgang, Heft 11.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES WIENER INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Monatsberichte, Jahrgang XII bis XVII (1938 bis 1944)

Ausgewählte Aufsätze über Österreich aus den Monatsberichten:

- Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 1.
- Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum. Ein geschichtlicher Rückblick. 13. Jahrgang, Nr. 4.
- Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 4.
- Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39, 13. Jahrgang, Nr. 4.
- Die öffentlichen Aufträge im Wirtschaftsaufschwung der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 4.
- Entwicklung und Struktur des Verbrauches in der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 4.
- Die Ostmark im großdeutschen Südosthandel, 13. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in den ostmärkischen Gaue, 13. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft, 13. Jahrgang, Nr. 7.
- Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 7.
- Die Lage der Gebirgsbauern in der Ostmark, 13. Jahrgang, Nr. 7.
- Der tägliche Arbeitsweg in Oberdonau, 14. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Wandlungen in der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung der Ostmarkgaue, 14. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Der Wohnungsbedarf in den Reichsgauen der Ostmark, 15. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Der Wohnungsbedarf in Wien, 15. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Das Wirtschaftsgefüge von Wien im Vergleich zu Hamburg und Berlin, 15. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Landwirtschaftliche Bevölkerung und Vergewerblichung im Donauland, 16. Jahrgang, Nr. 3/4.

Ausgewählte Aufsätze über Südosteuropa aus den Monatsberichten:

- Der deutsche Südost-Handel und der weltwirtschaftliche Rückschlag 1937/38, 13. Jahrgang, Nr. 1.
- Die Zukunftsmöglichkeiten der Balkanwirtschaft, 13. Jahrgang, Nr. 7.
- Deutschlands Handel mit den Südostländern, 13. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Entwicklung der südosteuropäischen Handelsbilanzen, 13. Jahrgang, Nr. 8.
- Getreidewirtschaft und Handelsbilanzen im Südosten, 13. Jahrgang, Nr. 8.
- Die Verkehrsmittel im Südosten und ihre Bedeutung für den Außenhandel, 13. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Das Bevölkerungsproblem in den Südostländern, 13. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Industrie- und Handelspflanzen im Südosten, 13. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Der gegenseitige Warenaustausch der Südostländer, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Die Tabakwirtschaft in Südosteuropa, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Wandlungen in der Forst- und Holzwirtschaft Südosteuropas, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Probleme der Industrialisierung im Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Landflucht von der südöstlichen Reichsgrenze, 14. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Viehwirtschaft im Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Die Eisenbahnen Rumäniens, 14. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Viehwirtschaft aus dem Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Das neue Rumänien: Die volkswirtschaftliche Struktur nach den Abtretungen von 1940, 14. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Eisenbahnen Bulgariens, 14. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Das neue Ungarn: Die volkswirtschaftliche Struktur nach den Gebietserweiterungen von 1938 bis 1940, 15. Jahrgang, Nr. 1/3.
- Stand und Möglichkeiten der Energieversorgung des südosteuropäischen Raumes, 14. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Die Eisenbahnen Griechenlands, 15. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Die volkswirtschaftliche Struktur der Slowakei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Eisenbahnen der Slowakei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Eisenbahnen der Türkei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Hauptprobleme der bulgarischen Agrarpolitik, 15. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Gebiet, Bevölkerung und agrarische Wirtschaftszonen der Türkei, 15. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Die ungarischen Eisenbahnen, 15. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Eisenbahnen im Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien, 15. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Hauptprobleme der türkischen Agrarpolitik, 15. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Grundlagen und Wesensmerkmale der Eisenbahnen des Südostraumes, 16. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Zeittafel zur Entwicklung der Eisenbahnen im Südostraum 1825—1942, 16. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Der Reisanbau in Südosteuropa, 16. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Der türkische Bergbau und seine wirtschaftlichen Probleme, 16. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Probleme der ungarischen Sozialpolitik, 16. Jahrgang, Nr. 7/8/9.
- Die Wasserwirtschaft der ungarischen Tiefebene, 16. Jahrgang, Nr. 7/8/9.
- Probleme der bulgarischen Sozialpolitik, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.
- Die Wirtschaftsstruktur Albaniens, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.
- Gemeinschaftsarbeit und Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft Südosteuropas, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.

Sonderhefte

- Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne in Wien seit der Wiedervereinigung, Wien, 1941.
- Die voraussichtliche Entwicklung des Wiener Hafenumschlages I. und II. Teil (II. Teil: Erwiderung auf die Stellungnahme der Reichsstelle für Raumordnung), Wien, 1941.
- Die südosteuropäischen Eisenbahnen, Wien, 1942.
- Die Bauxit- und Aluminiumwirtschaft in Italien, Wien, 1943.
- Die Bauxit- und Aluminiumwirtschaft der südosteuropäischen Länder, Wien, 1943.
- Stand und Möglichkeit der Energieversorgung der Slowakei, Wien, 1943.
- Die Zuckerindustrie in Rumänien, Wien, 1944.
- Die Zuckerindustrie in Ungarn, Wien, 1944.
- Die Brauindustrie in Rumänien, Wien, 1944.
- Stand und Möglichkeit der Energieversorgung Ungarns, Wien, 1945.

Wirtschaftskarten

- Die Wirtschaftsstruktur Jugoslawiens, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur Rumäniens, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur der Slowakei, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur Ungarns, Wien, 1941.
- Standorte der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Türkei, Wien, 1942.
- Die Wirtschaftsstruktur Bulgariens, Wien, 1944.
- Die Wirtschaftsstruktur Albaniens, Wien, 1944.

Sämtliche Publikationen sind vergriffen. Belegexemplare der Arbeiten können in der Bibliothek des Instituts eingesehen werden.

Ausgewählte Aufsätze über Südosteuropa aus den Monatsberichten:

- Der deutsche Südost-Handel und der weltwirtschaftliche Rückschlag 1937/38, 13. Jahrgang, Nr. 1.
- Die Zukunftsmöglichkeiten der Balkanwirtschaft, 13. Jahrgang, Nr. 7.
- Deutschlands Handel mit den Südostländern, 13. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Entwicklung der südosteuropäischen Handelsbilanzen, 13. Jahrgang, Nr. 8.
- Getreidewirtschaft und Handelsbilanzen im Südosten, 13. Jahrgang, Nr. 8.
- Die Verkehrsmittel im Südosten und ihre Bedeutung für den Außenhandel, 13. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Das Bevölkerungsproblem in den Südostländern, 13. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Industrie- und Handelspflanzen im Südosten, 13. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Der gegenseitige Warenaustausch der Südostländer, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Die Tabakwirtschaft in Südosteuropa, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Wandlungen in der Forst- und Holzwirtschaft Südosteuropas, 14. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Probleme der Industrialisierung im Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Landflucht von der südöstlichen Reichsgrenze, 14. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Viehwirtschaft im Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Die Eisenbahnen Rumäniens, 14. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Viehwirtschaft aus dem Südosten, 14. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Das neue Rumänien: Die volkswirtschaftliche Struktur nach den Abtretungen von 1940, 14. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Eisenbahnen Bulgariens, 14. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Das neue Ungarn: Die volkswirtschaftliche Struktur nach den Gebiets Erweiterungen von 1938 bis 1940, 15. Jahrgang, Nr. 1/3.
- Stand und Möglichkeiten der Energieversorgung des südosteuropäischen Raumes, 14. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Die Eisenbahnen Griechenlands, 15. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Die volkswirtschaftliche Struktur der Slowakei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Eisenbahnen der Slowakei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Die Eisenbahnen der Türkei, 15. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Hauptprobleme der bulgarischen Agrarpolitik, 15. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Gebiet, Bevölkerung und agrarische Wirtschaftszonen der Türkei, 15. Jahrgang, Nr. 7/8.
- Die ungarischen Eisenbahnen, 15. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Die Eisenbahnen im Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien, 15. Jahrgang, Nr. 9/10.
- Hauptprobleme der türkischen Agrarpolitik, 15. Jahrgang, Nr. 11/12.
- Grundlagen und Wesensmerkmale der Eisenbahnen des Südostraumes, 16. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Zeittafel zur Entwicklung der Eisenbahnen im Südostraum 1825—1942, 16. Jahrgang, Nr. 1/2.
- Der Reisanbau in Südosteuropa, 16. Jahrgang, Nr. 3/4.
- Der türkische Bergbau und seine wirtschaftlichen Probleme, 16. Jahrgang, Nr. 5/6.
- Probleme der ungarischen Sozialpolitik, 16. Jahrgang, Nr. 7/8/9.
- Die Wasserwirtschaft der ungarischen Tiefebene, 16. Jahrgang, Nr. 7/8/9.
- Probleme der bulgarischen Sozialpolitik, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.
- Die Wirtschaftsstruktur Albaniens, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.
- Gemeinschaftsarbeit und Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft Südosteuropas, 17. Jahrgang, Nr. 1/2/3.

Sonderhefte

- Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne in Wien seit der Wiedervereinigung, Wien, 1941.
- Die voraussichtliche Entwicklung des Wiener Hafenschlages I. und II. Teil (II. Teil: Erwiderung auf die Stellungnahme der Reichsstelle für Raumordnung), Wien, 1941.
- Die südosteuropäischen Eisenbahnen, Wien, 1942.
- Die Bauxit- und Aluminiumwirtschaft in Italien, Wien, 1943.
- Die Bauxit- und Aluminiumwirtschaft der südosteuropäischen Länder, Wien, 1943.
- Stand und Möglichkeit der Energieversorgung der Slowakei, Wien, 1943.
- Die Zuckerindustrie in Rumänien, Wien, 1944.
- Die Zuckerindustrie in Ungarn, Wien, 1944.
- Die Brauindustrie in Rumänien, Wien, 1944.
- Stand und Möglichkeit der Energieversorgung Ungarns, Wien, 1945.

Wirtschaftskarten

- Die Wirtschaftsstruktur Jugoslawiens, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur Rumäniens, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur der Slowakei, Wien, 1941.
- Die Wirtschaftsstruktur Ungarns, Wien, 1941.
- Standorte der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Türkei, Wien, 1942.
- Die Wirtschaftsstruktur Bulgariens, Wien, 1944.
- Die Wirtschaftsstruktur Albaniens, Wien, 1944.

Sämtliche Publikationen sind vergriffen. Belegexemplare der Arbeiten können in der Bibliothek des Instituts eingesehen werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Monatsberichte, Jahrgang XVIII (1945)

Sonderhefte

1. Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung, Wien, 1945.
 2. Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft, Wien, 1946.
-

Wirtschaftskarten

Kraftwerke und Verbundnetz in Österreich, Stand 1946.
